

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Partei in der Gesellschaft

II

Dr. Hans BENEDIKTER
Südtiroler Abgeordneter zum Römischen
Parlament
Peter BERMANN
Student; Initiator des Trofaiacher Kreises
KR Paul BURGSTALLER
Landesparteiobmann-Stellvertreter der
ÖVP Steiermark; Nationalratsabgeordneter
Dr. Erhard BUSEK
Vizebürgermeister von Wien
Dr. Irene DYK
Landtagsabgeordnete in Oberösterreich
Robert GRAF
Präsident der Handelskammer Burgenland;
Nationalratsabgeordneter
Walter HEINZINGER
Generalsekretär des ÖAAB;
Nationalratsabgeordneter
Dkfm. Dr. Manfred HEUBRANDTNER
Vizebürgermeister von Trofaiach
Dr. Gerhard HIRSCHMANN
LandesparteiSekretär der ÖVP Steiermark
Herwig HÖSELE
Pressereferent des steirischen
Landeshauptmannes
Dr. Herwig HOFER
LandesparteiSekretär der ÖVP Kärnten;
Landtagsabgeordneter
Bertram JÄGER
Bundesparteiobmann-Stellvertreter der ÖVP;
Präsident der Arbeiterkammer Vorarlberg;
Landtagsabgeordneter
Prof. Kurt JUNGWIRTH
Landesrat, Steiermark
Prof. Dr. Hans KATSCHTHALER
Landeshauptmann-Stellvertreter, Salzburg
Dr. Josef KRÄINER
Landeshauptmann von Steiermark
Dr. Gertrude KUBIENA
Stadtrat in Wien
Reinhold LOPATKA
Hauptbezirksobmann der JVP Hartberg
DDR. Alois LUGGER
Bürgermeister von Innsbruck
o. Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
Professor für Politikwissenschaft und
Verfassungsrecht an der Universität Graz
Dr. Joseph MARKO
Univ.-Ass. am Institut für Öffentliches Recht
an der Universität Graz
Mag. Herbert MARUSSIG
Modell Steiermark
Dr. Alois MOCK
Bundesparteiobmann der ÖVP
Mag. Dr. Otto NIEDERMAYER
Gymnasiallehrer; Initiator des Trofaiacher
Kreises
o. Univ.-Prof. Dr. Anton PELINKA
Professor für Politikwissenschaft an der
Universität Innsbruck
Dipl.-Ing. Josef RIEGLER
Direktor des Österr. Bauernbundes;
Nationalratsabgeordneter
o. Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
Professor am Institut für Bürgerliches Recht;
Landtagsabgeordneter, Steiermark
Dr. Karin Maria SCHMIDLECHNER
Lehrbeauftragte am Institut für Geschichte
(Neuzeit) an der Universität Graz
Dipl.-Ing. Dieter SCHOELLER
Architekt; Geschäftsführer des Steirischen
Volksbildungswerkes
Dr. Eduard STAUDINGER
Univ.-Ass. am Institut für Geschichte an der
Universität Graz
Dipl.-Ing. Helmut STROBL
Gemeinderat in Graz
Dr. Barbara WICHA
Univ.-Ass. am Institut für Politikwissenschaft
an der Universität Salzburg
Dr. Hermann WITTHALM
Vizekanzler a. D.; Bundesobmann des Österr.
Seniorenbundes

INHALT:

Editorial	
Josef Krainer	
Der politische Stil der	
80er Jahre — ist ein	
Umdenken notwendig?	
Wolfgang Mantl	
Umorientierung	
Anton Pelinka	
Zwischen neolebistären und	
neokorporativen Tendenzen	
Joseph Marko	
Sterben die Parteien wie	
Dinosaurier aus?	
Eduard Staudinger	
Haben die politischen Parteien	
ihre Zukunft hinter sich?	
Brief aus Demokratia	
Otto Niedermayer	
Sind die Parteien auf dem	
Weg in die Isolation?	
Paul Burgstaller	
Erspricht die Parteistruktur	
der Gesellschaftsstruktur?	
Barbara Wicha	
Bedürfnisse der	
Frauen in der Politik	
Karin Maria Schmidlechner	
Frauen und Politik —	
Frauen in der Politik	
Bernd Schilcher	
Overnewsed...	
Gerhard Hirschmann	
Die Zukunft der Parteien	
Herwig Hösele	
Mehr Zusammenarbeit und mehr	
Bürgerrechte	
Herbert Marussig	
Mehr Fantasie in der Politik	
Peter Bermann	
Die Mundwerksburschen	
beherrschen uns	
Dieter Schoeller	
Wer frisst wen?	
politicum fragt Politiker	
Ludo und Heli	
Politicissimus	
Gazi Herzog	
Für klares Denken, Sagen	
und Tun	
Ex libris	

politicum



1	März 1982 / 3. Jahrgang
2	Bisher sind erschienen:
4	Heft 1 „Politische Bildung“ (vergriffen)
6	Heft 2 „Kommunalpolitik“
8	Heft 3 „Modell Steiermark in Diskussion“
11	Heft 4 „Arbeit“ (vergriffen)
13	Heft 5 „Hat Österreich seine Vergangenheit bewältigt?“ (vergriffen)
14	Heft 6 „Kommunikation und Politik“ (vergriffen)
18	Heft 7 „Leben in der Stadt — Leben auf dem Land“ (vergriffen)
20	Heft 8 „Kunst und Politik“
25	Heft 9 „Familie und Politik“
29	Heft 10 „Sport und Politik“
31	In Vorbereitung sind:
34	Heft 12 „Hat die österreichische Wirtschaft eine Zukunft?“
35	Heft 13 Österreich — Die Zweite Republik im Wandel
36	Herausgeber: Josef-Krainer-Haus.
38	Bildungszentrum der ÖVP Steiermark.
40	Eigentümer und Verleger: ÖVP Steiermark, für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Kapfer, alle 8045 Graz, Pfeifferhofweg 28.
54	Ständige Redaktion: Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching
56	Redaktion dieser Nummer: Peter Bermann und Ludwig Kapfer
57	Grafische Gestaltung und Illustrationen: Georg Schmid
	Druck:
	Fotosatz + Offsetdruck Klampfer OHG., Weiz
	Für den Vertrieb verantwortlich:
	Ing. Karl Robausch
	Bestellungen an Josef-Krainer-Haus,
	Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK,
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER,
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL,
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER,
Univ.-Prof. Dr. Stefan SCHLEICHER,
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER,
Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER,
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER.

„politicum“ versteht sich als Zeitschrift, die die offene Diskussion fördert. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen daher nicht mit dem offiziellen Standpunkt der Steirischen Volkspartei oder mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen. Sie geben die Auffassung des Autors wieder. Unverlangte Manuskripte werden gerne entgegengenommen, denn „politicum“ lebt von der vielseitigen Diskussion und lädt dazu ein. Wir können für solche Manuskripte, die etwa 3 bis 10 Maschinenschreibzeilen Länge aufweisen sollen, und Ihre Rücksendung allerdings keine Gewähr übernehmen.

EDITORIAL

Unerfreuliche Dinge im (partei)politischen Leben Österreichs werden derzeit zum Politikum; Grund genug für politicum, diese Nummer unter das Generalthema „Partei in der Gesellschaft“ zu stellen.

Außerdem gibt's Grund genug, sich ständig mit Partei(en) und ihrer Rolle in der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Aktuelle Ereignisse haben uns bestärkt, ein Heft zum Thema „Partei“ herauszugeben.

Zum einen: Im März findet der Bundesparteitag der ÖVP in Linz statt. 33 Monate nach Beginn der Reformdiskussion und nicht mehr so lange bis zur nächsten Wahlauseinandersetzung muß an das Eingeständnis vom Juni 1979 erinnert werden: „Die gesellschaftliche und politische Entwicklung seit 1970 stellt an die Österreichische Volkspartei Anforderungen, die nur durch eine umfassende Erneuerung der gesamten Partei erfüllt werden können.“

Dieser Bundesparteitag wird unter anderem auch festzustellen haben, ob all die Reformvorschläge nur emotionales Dampfablassen gewesen sind oder ob der angepeilten Organisationsform auch die notwendige „Gesinnungsreform“ gefolgt ist, damit die „(Volks-)Partei in der Gesellschaft“ wieder mehr Glaubwürdigkeit erlangt...

Zum anderen: Fünf Jahre sind es in diesen Monaten her, seit einige junge Leute den Versuch unternommen haben, über die Partei bzw. über unsere Parteien im allgemeinen mehr als üblich nachzudenken; nicht bloß am Stammtisch und nicht allein in einer (politischen) Dunkelkammer. Genau fünf Jahre gibt es den TROFAIACHER KREIS, das oberste Diskussionsforum, das sich zu den Prinzipien der Volkspartei bekennt und trotzdem eine Art „Sensibitorium“ für subkutane politische Fragen und Bewegungen ist. In den Prinzipien der Offenheit und Liberalität war und ist es das Anliegen des KREISES, das Motto die-

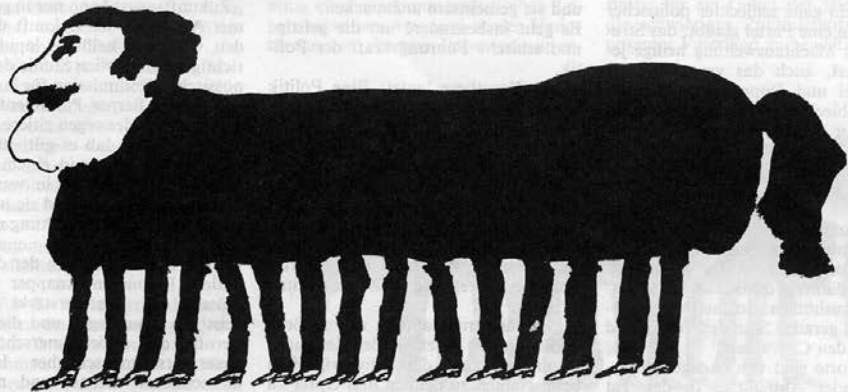
ser politicum-Nummer ständig aufzuwärmen, darüber zu reden und da und dort Überlegungen anzustellen. Das vorliegende Heft ist in Zusammenarbeit mit dem Trofaacher Kreis entstanden. Peter Bermann als einer der Initiatoren des Kreises hat die redaktionelle Betreuung übernommen. Wir sagen ihm dafür einen herzlichen Dank.

„Politikverdrossenheit und Zukunftsangst sind zwei Schlagworte, die die Stimmung der angebrochenen 80er Jahre in vielem charakterisieren und die in einem nicht geringen Maß ihre Ursachen auch in Stil und Inhalt der Politik haben, die kausal miteinander in Verbindung stehen“, meint Landeshauptmann Dr. Krainer in seinem politicum-Beitrag. Und gerade Stil und Inhalt der Politik sind es auch, die viele veranlassen „auszuwandern“ in moralisch gefestigte, ehrliche, überschaubare, menschliche „Nischen und Winkel“ des täglichen Lebens.

Sind Großparteien wirklich „unsympathische und unnütze Dinosaurier, über die sich lustige grüne Mikroben gerade hermachen?“ Haben die politischen Parteien ihre Zukunft hinter sich, oder müssen wir, vereinfacht ausgedrückt, wenn wir Demokratie wollen, auch Parteien wollen?

Um nun den Blick für all diese Fragen und Probleme zu schärfen und um nicht Gefahr zu laufen, daß allein Wissenschaftler die Rolle der „Partei in der Gesellschaft“ durchleuchten, läßt politicum 11 die Politiker selbst zu Wort kommen. Denn wenn wir immer von „Partei“ und „politischem Stil“ und „Inhalt der Politik“ sprechen, dürfen wir nicht jene vergessen, die all diese theoretischen und leblosen Begriffe zu übersetzen haben und ihnen erst „Leben einhauchen“.

Mit dem vorliegenden Heft sollen nicht nur die vorhandenen Fehlhaltungen der politischen Parteien aufgezeigt werden, sondern vor allem auch Wege und Möglichkeiten der Verbesserung gesucht werden.



DER POLITISCHE STIL DER 80er JAHRE — IST EIN UMDENKEN NOTWENDIG?

Leider vermisst ich die Geradheit, es ist eine elende Politik jene, die sich von diesem Weg entfernt. Wie irrig, wer glaubt, die Überlegenheit der Politik bestehe in der großen Feinheit, in Betrug usw. Nach meiner Meinung sehe ich sie (nicht) darin, (sondern) in der Richtigkeit, die wahre Lage zu erkennen, die Folgen zu berechnen und dann die zweckmäßigsten und zu ihrer Ausführung die besten Maßregeln zu treffen. Wer darinnen den besten Blick hat, der hat die Überlegenheit, hier lässt sich die Ehrlichkeit gut vertragen...

Diese Sätze sind von zeitloser Aktualität und Gültigkeit gerade auch im Blick auf die Fragestellung dieses Beitrages „Der politische Stil der 80er Jahre — ist ein Umdenken notwendig?“. Sie stammen, wie sollte es im Jahr der 200. Wiederkehr des Geburtstages unseres steirischen Prinzen Erzherzog Johann (der die Grundlagen der modernen Steiermark schuf und uns ein für die Zukunft verpflichtendes Erbe hinterläßt, auf dem es weiter- und neu zu bauen gilt) anders sein, aus seinem Tagebuch vom 14. Dezember 1814.

Vor über 20 Jahren richtete der aus einer steirischen Arbeiterfamilie gewachsene sozialdemokratische Literat, Professor Franz Taucher, in einer Rede folgende mahnende Worte an die Parteien:

„Es ist ein ganz schlechter politischer Stil, wenn eine Partei glaubt, das Streben nach Machtausweitung heilige jedes Mittel, auch das verwerflichste, Heuchelei und Doppelzüngigkeit. Es ist ein schlechter politischer Stil, wenn es ihr nur darum geht, dem Wählervolk zu schmeicheln, anstatt es zu belehren und zu führen, und es ist ein miserabler politischer Stil, wenn sie tut, als wäre sie tabu, und Kritik als Majestätsbeleidigung auffaßt. Ich spreche das in großer Besorgnis aus. Wird dieser Stil fortgesetzt, wird er allmählich das Fundament unserer Rechtsstaatlichkeit aushöhlen. Solche Politik verbiegt den geraden Sinn des Volkes und verdirbt den Charakter.“

Diese Worte sind von nachgerade beklemmender Aktualität. In der Tat müssen wir leider registrieren, daß die

Politikerverdrossenheit vor allem bei der Jugend in einem bedrohlich großen Maße gewachsen ist. Die Jugend ist nicht an der Politik schlechthin verdrossen, aber an Inhalten und Stil der politischen Auseinandersetzung, die als schal und den gegenwärtigen Herausforderungen wenig adäquat empfunden werden. Die Glaubwürdigkeit der politischen Verantwortungsträger und damit die Vorbildfunktion und ihr Ansehen sind, wie viele Umfragen belegen, stark gesunken.

Zugleich hat die Zukunftsangst auf Grund objektiver Fakten, wie verstärkte Wirtschaftskrisensymptome, wachsende Umwelt-, Energie- und Rohstoffprobleme und eine bedrohliche Gefährdung des Weltfriedens mit verschärftem Wettrüsten, ein bisher nicht geahntes Ausmaß angenommen. Die Befunde der Meinungsforscher decken sich: Noch selten zuvor gab es ein derartiges Stimmungstief, gab es soviel Pessimismus.

Politikverdrossenheit und Zukunftsangst sind also zwei Schlagworte, die die Stimmung der angebrochenen 80er-Jahre in vielem charakterisieren und die in einem nicht geringen Maß ihre Ursachen auch in Stil und Inhalt der Politik haben, die causal miteinander in Verbindung stehen.

Politiker und Parteien sind daher gefordert, den Problemen der Zeit mit besonderer Sensibilität nachzuspüren und sie gemeinsam anzupacken.

Es geht insbesondere um die geistige und ethische Führungskraft der Politik.

Meine Kernthese lautet: Eine Politik des Fortwurstelns, des Stillstandes, des Beschränkens auf Machtzementierung wird die Probleme und die Verdrossenheitsgefühle nur vergrößern. Eine Politik hingegen, die mutig die Fragen der Zeit anpackt, schöpferische Perspektiven sichtbar macht und Aufgaben stellt, wird in breitesten Kreisen Vertrauen erwecken und zur Mitgestaltung anregen.

In verstärktem Maße ist es zu hören und zu lesen: Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, um die Schwierigkeiten beim Namen zu nennen und Opfer zu verlangen. In der liberalen und ange-

henen Hamburger „Zeit“ stand bereits im Juni auf der Titelseite ein Leitartikel des Chefredakteurs Theo Sommer mit der Schlagzeile „Nun doch Bitternis, Schweiß und Tränen“, in dem es heißt: „Es (gemeint ist das Volk) ist bereit, auch einschneidende Maßnahmen hinzunehmen. Es wartet seit langem auf eine Blut-, Schweiß- und Tränenrede.“

Persönlich halte ich nichts von einer derartigen Rede im Sinne der Ankündigung einer Austerität-Politik.

Wohl aber scheint mir eines, ausgehend von meiner Kernthese, wichtig: Die Bevölkerung hat ein feines Gespür für die Situation und die Erfordernisse der Zeit, ja, sie ist auch bereit, sogenannte unpopuläre Maßnahmen mitzutragen, wenn sie — und das halte ich für die entscheidende Voraussetzung — in die Politik und in die politischen Verantwortungsträger Vertrauen setzen kann.

Dieses Vertrauen als eine der wesentlichen Grundlagen unserer Gesellschaft kann nur durch eine glaubwürdige Politik mit realistischen und längerfristigen Zukunftsperspektiven erhalten und errungen werden, mit einer Politik, die bewußt von kurzfristigen taktischen Vorteilen und umfrageorientierten Augenblicksentscheidungen Abstand nimmt.

Es geht um mehr Vertrauen der Menschen in die Politik und um mehr Vertrauen der Politik in die Menschen. Mit einer solchen Politik des Vertrauens, die das Zukunftsorientierte und Notwendige mehrheitsfähig macht, wollen wir auch die Zukunftsangst überwinden. Denn Zukunftsangst ist ein schlechter Ratgeber und lähmt unsere Kräfte, die wir zur Bewältigung unserer Aufgaben konzentrieren müssen, damit wir unsere Bewährungsprobe bestehen.

Und ich bin davon überzeugt, daß wir sie bestehen werden, auch mit jenem verpflichtendem Wissen, daß unsere Väter und Vorväter ungleich größere Herausforderungen gemeistert haben.

„Zukunftsangst kann nur in gemeinsamer Arbeit an der Zukunft überwunden werden“, heißt es lapidar, aber richtig in der großen Studie der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen an das Berner Parlament, die ich bewußt auch deswegen zitiere, weil ich überzeugt bin, daß es gilt, junge und kritische Menschen in einem offenen und ständigen Dialog in verstärktem Maße anzusprechen und sie mit ihrem Idealismus zur Mitgestaltung zu gewinnen.

Gerade in einer Zeit, in der die materiellen Ressourcen knapper werden, müssen wir uns verstärkt auf die geistigen Grundlagen und die Mobilisierung des schier unerschöpflichen Reservoirs menschlicher Initiative, menschlichen Geistes und menschlicher Phantasie besinnen und stützen.

Denn besonders in einer Situation, in der materielle Versprechungen kaum gemacht und noch weniger eingelöst werden können und die Sinnfragen des Lebens immer öfter gestellt werden, sind verstärkte ideelle Anstrengungen und Leitlinien erforderlich. Die neuen und großen Probleme verlangen neue und kühne Antworten.

In diesem Sinne haben wir in der Steiermark mit der Arbeit an unserem „Modell Steiermark für die 80er Jahre“ einen programmatischen Aufbruch unternommen, an dem viele parteiungebundene, vor allem auch viele junge Kräfte aus allen Lebensbereichen, insbesondere auch aus der Wissenschaft, mitwirkten. Dieses alle Lebensbereiche und die wichtigsten, neuen Fragestellungen umfassende Programm wird nun, wie unser „Modell Steiermark für die 70er Jahre“, dessen wesentliche Forderungen realisiert wurden, Schritt um Schritt in die politische Praxis umgesetzt.

Wesentliche Elemente einer solchen zukunftsorientierten Politik des Vertrauens sind Redlichkeit, Offenheit, Liberalität, Toleranz und Gesprächsfähigkeit.

Besonders in einer Situation, in der nicht mehr mit billigen Patentrezepten und einfachen Antworten auf die großen Fragen reagiert werden kann, sind Integrationskraft und Aufgeschlossenheit, die auch eine gewisse Risikobereitschaft in sich schließen, für alle guten neuen Ideen und Personen erforderlich — auch wenn sie unbequem sind. Verlangt werden auch Nachdenklichkeit und das Geltenlassen von anderen Meinungen.

Offenheit und Gesprächsfähigkeit soll insbesondere gegenüber jungen und kritischen Menschen, die häufig nach Alternativlösungsansätzen suchen, bestehen.

Offenheit und Gesprächsfähigkeit ist ein Wesensauftrag aller Politik allen Menschen gegenüber.

Eine Politik des Vertrauens muß sich der großen Probleme der Menschen genauso annehmen, wie ihrer kleinen Sehnsüchte, Sorgen, Nöte und Wünsche. Eine solche Politik muß „das Ohr am Volk haben“, zuhören können, sich einer verständlichen Sprache, nicht eines blutleeren Funktionärs-Chinesisch oder lebensfremder Leerformeln bedienen — sie muß vor allem überschaubar sein.

Die Unübersichtlichkeit und Anonymität vieler Institutionen ist es, die in den Menschen Verdrossenheits- und Angstphänomene auslösen und sie unsere Gesellschaft als kalt empfinden läßt.

Speziell für die Volkspartei, die in allen Schichten der Bevölkerung wurzelt und daraus ihre Kraft schöpft, ist es die vornehmste Aufgabe, für alle Menschen da zu sein, den Menschen nicht als Nummer zu sehen, nicht über die

Köpfe der Menschen hinweg zu entscheiden, sondern eine Politik mit und für den Menschen zu gestalten, und jedes einzelne menschliche Schicksal als solches zu behandeln. Dieser immer wieder geäußerte programmatische Anspruch ist schwer zu erfüllen, aber er darf nicht in Lippenbekenntnissen erschöpfen, sondern muß in der tagtäglichen Praxis geübt und verwirklicht werden.

Diese weitgehende Identität von Reden, Verhalten und Handeln, von Anspruch und Wirklichkeit muß überhaupt ein weiteres Merkmal des politischen Stils der 80er-Jahre sein. Denn das Phänomen der Politikverdrossenheit hängt sicherlich auch mit der Diskrepanz von Versprechen und Verwirklichen, von Sonntagsreden und politischem Alltag zusammen. Vor allem ein „Verteilungssozialismus“ in Vulgärförm, der das rechte Maß für Ansprüche und Möglichkeiten verloren hat, spielte hier in den letzten Jahren eine verhängnisvolle Rolle. Uneinlösbare Versprechungen dieser Ideologie nach dem Motto „Alles ist möglich und machbar“ nähren Illusionen, die niemals erfüllt werden konnten und können. Umso schmerzlicher ist das Erwachen in der harten Realität. Wir müssen uns immer jenes Tatbestandes bewußt sein, den einer der größten, aus Österreich stammenden lebenden Philosophen unserer Zeit, Sir Karl Popper, so formuliert hat: „Unsere westlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen sind also sehr unvollkommen und verbesserungsbedürftig, aber sie sind die besten, die es bisher gegeben hat. Weitere Verbesserungen sind dringend. Aber vor allen politischen Ideen ist der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, vielleicht am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle.“

Im Zusammenhang mit den in den letzten Jahren gehäuften Korruptionsfällen, die ich auch als Entartungserscheinung einer stark materialistischen Lebensweise bewerte, und in der Hedonismus zum obersten Lebensprinzip er-

hoben wurde, habe ich immer wieder meine persönliche Position unterstrichen: Kontrolle ist gut und notwendig, politische Ethik besser und entscheidend.

Es geht um eine glaubwürdige und selbstverständlich gelebte politische Ethik der Anständigkeit und sauberen Ordnung, die auf breiter Front platzgreifen muß.

Es geht um eine Verantwortungsethik in der Politik, die über Pragmatismus und Technokratie hinausragt, die Politik nicht als zynische Bedienung von Schalthebeln der Machtapparatur und des Selbstzwecks, sondern als bewußten Dienst an der Gemeinschaft und am einzelnen ansieht.

Politik muß sich um eine schrittweise Gestaltung und Verbesserung der Welt nach dem Maß des Menschen bemühen.

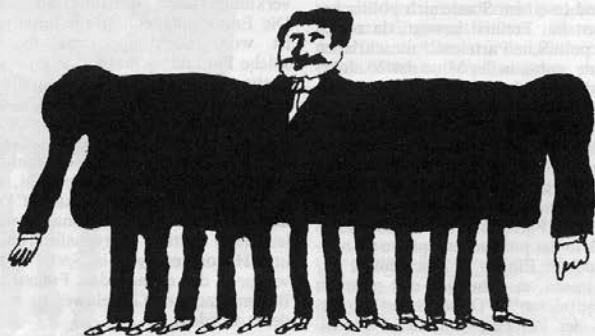
Sicherlich ist also für den politischen Stil der 80er-Jahre ein Umdenken erforderlich, das freilich in vielem vor allem eine Besinnung auf zeitlos gültige Werte politischen Handelns und politischer Ethik sein muß.

Eines erscheint mir abschließend in einer solchen Phase des Umdenkens und Umbruchs, in der so manche Gesellschaftstheoretiker, wie der liberale Ralph Dahrendorf, auf die Gefahr des Verlustes des bisherigen gesellschaftlichen Basiskonsenses hinweisen, besonders wichtig: Eine echte Gesinnung der Zusammenarbeit.

Ich bin ein unbedingter Verfechter der Zusammenarbeit auf allen Ebenen, denn im Miteinander kann wesentlich mehr erreicht werden, als im Gegeneinander.

So ist das großartige Werk des Wiederaufbaues vor allem auch ein Werk der Zusammenarbeit, als sich Politiker guten Willens aus allen ideologischen Lagern nach 1945 die Hände reichten.

Gerade heute, in einer neuen, tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchsituation, halte ich die nationale Sammlung und die Mobilisierung aller Kräfte, die Zusammenarbeit auf breiter Basis, für ein Gebot der Stunde, um die schwierigen Zukunftsaufgaben in unserem Vaterland zu bewältigen.



UMORIENTIERUNG

„Alte“ Parteiskepsis

Der Aufstieg der politischen Parteien¹⁾ als wichtigster Modernisierungsfaktor neben der Bürokratie des neuzeitlichen Staates wurde wie ein Schatten von Parteiskepsis begleitet, aber nicht verhindert. Auch am Beginn der sozialwissenschaftlichen Parteienforschung steht Parteienkritik: Im Werk Moisei OSTROGORSKIS und Robert MICHELS' erscheinen die Parteien als Zerstörer des liberalen Parlamentarismus bzw. als oligarchisch organisierte Preisgabe der Demokratie.²⁾ Die in manchen Varianten bis heute nachwirkende „alte“ Parteiskepsis umfaßte drei Ströme, die gleichzeitig drei verschiedene Reaktionen auf die durchaus kompromissarischen Ergebnisse der bürgerlichen Revolutionen darstellen:

1. **Konservativ-integrative** Parteienkritik (geschlossene Gemeinwohlvorstellungen vom Volksganzen unter starker Führung);
2. **repräsentativ-altliberale** Parteienkritik (freier, parteimäßig ungebundener Abgeordneter als Zentralfigur);
3. **identitär-radikaldemokratische** Parteienkritik (Mediatisierung des Volkes durch die Parteien, Gegenbild: Identität von Regierenden und Regierten, Räteystem).³⁾

„Neue“ Parteiskepsis

Nach den Extremen faschistisch/nationalsozialistischer und stalinistischer Diktatur schien nach 1945 die Reputation der Parteien als demokratische Faktoren und als Garanten der Stabilität eines politischen Systems gesichert, eng verbunden mit dem Siegeszug (neo)pluralistischer Ideen (Ernst FRAENKEL, Gerhard LEIBHOLZ, Ulrich SCHEUNER, Gustav E. KAFKA) über ihr angelsächsisches Ursprungsgebiet hinaus. Was 1869 mit dem heute eher vorsichtig anmutenden Wort Johann C. BLUNSCHLI: „Wo irgend in einem Staate sich politisches Leben mit Freiheit bewegt, da zeigen sich politische Parteien“⁴⁾ umschrieben wurde, nahm in der Mitte des 20. Jahrhunderts in den wiederholten Formulierungen Gerhard LEIBHOLZ' und in seiner Theorie vom „Parteienstaat“⁵⁾ drohende Gestalt an: Ohne die Parteien „würden die heute emanzipierten Aktivbürger ziel- und richtungslos im politischen Raum hin- und hervegetieren. Die Parteien sind es, die so das Volk in der politischen Sphäre als realhandelnde Einheit in Erscheinung treten lassen, es sozusagen erst politisch konstituieren“⁶⁾. Dieses Selbstbewußtsein der Parteien (und der Parteienstaatstheoretiker) wurde in den sechzig

ger Jahren durch die Pluralismus-, Parlamentarismus- und Parteiskepsis der **Neue Linken**⁶⁾ erschüttert und weitete sich in den siebziger Jahren zu einer breiten „neuen“ Parteiskepsis aus, so wenn Leon D. EPSTEIN, ein Hauptvertreter gegenwärtiger amerikanischer Parteienforschung, 1975 lakonisch und mit Stoßrichtung gegen die europäischen „Volksparteien“ bemerkt: „Politics is too large, diverse, and important to be left solely or mainly to parties.“⁷⁾

— von außen

Gerade die christlichdemokratischen und sozialdemokratischen „Volksparteien“, mit ihrer breiten sozialen Basis und breiten Programmatik (wenn auch mit jeweils verschiedenen Schwerpunkten), mit ihren bürokratischen Apparaten, ausgerichtet auf die Regierungsbildung, die Träger des europäischen Wiederaufbaus nach 1945 mit seinen materiellen wie ideellen Werten auf Sicherheiten, gerade diese Volksparteien, die nach wie vor eine sehr starke Mehrheit von Stimmen und Mandaten auf sich konzentrieren, erfuhren immer heftigere Kritik.⁸⁾ Das volksparteiliche Politikmuster der sozialen Integrationsparteien — „umstellt von den mächtigen Interessengruppen“⁹⁾ — mit seiner Ausrichtung auf mehrheitsfähige Themen begann Risse und Löcher aufzuweisen, durch die Probleme, Meinungen, Werte, Interessen und Bedürfnisse (Umwelt, Stadtentwicklung, Verkehr, Bildung, Kultur, Jugendfragen) unberücksichtigt und ungelöst durchfielen. In den Großkollektiven von Massen- und Mitgliederparteien sinkt die Partizipationschance des einzelnen Mitglieds, Wählers oder Sympathisanten. „Je mehr freilich die Koordination von Interessen im Vordergrund der Parteitativitäten steht, um so mehr besteht die Gefahr, daß die Artikulation von Interessen zur verkümmerten Restfunktion wird. Die Entstehung von Bürgerinitiativen ist wohl auch als Reaktion auf solche Funktions- und auf organisatorische Defizite der Volksparteien anzusehen.“¹⁰⁾ Bernd GUGGENBERGER hat den Parteien den plastischen Vorwurf einer „sorgsam austrierten Problemvermeidungschorographie“¹¹⁾ (Sperrung vom Autor) gemacht, die sich etwa im „Blumenwahlkampf“ vor den österreichischen Nationalratswahlen 1979 mittels Personalisierungen und Historisierungen in Szene setzte, wodurch die drängenden Fragen der Bürger und des Gemeinwesens zugedeckt wurden.

Wie manifestiert sich nun diese

„neue“ Parteiskepsis, die immerhin das faktische Willensbildungsmonopol der etablierten Parteien aufgebrochen hat? „Nonpartisanship“ kann verschiedene Stufen durchlaufen: vom **Aktivitätsentzug** (Bürgerinitiativen) über den **Stimmzug** (Wahlenthaltung, ungültige Stimmen) bis zur eigentlich paradoxen Gründung neuer Parteien gleiches als „**Antiparteienpartei**“. Der Einstieg in den politischen Prozeß der Wahlen und des Parlamentarismus durch grüne, bunte oder alternative Listen wirkt meist als Knalleffekt, neben dem die leise Dramatik des Aktivitätsentzugs oft unbeachtet bleibt, der darin besteht, daß neue Bürgergruppen heftig mit den Parteien um das relativ schmale Reservoir aktivitätswilliger Bürger konkurrieren. Es beginnt ein Wettlauf um die **motivationsstarke Freiwilligkeit**, auf die Bürgergruppen und Parteien für eine erfolgreiche Arbeit angewiesen sind. Da Freizeit knapp ist, stellt sich das Aktivitätsproblem meist alternativ als Wahl zwischen Parteien und Bürgergruppen, nicht kumulativ als Tätigkeit in Parteien und Bürgergruppen. Soziologische Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland ergaben in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, daß 34% der Gesamtbevölkerung, daß 63% (!) der potentiellen Parteimitglieder zur Mitarbeit in einer Bürgerinitiative bereit waren.¹²⁾ 1978 fand man heraus, daß 43,7% der fleißigen deutschen Kirchgänger, also des christlichen Aktivsegments, die Gründung einer Umweltpartei begrüßen würden.¹³⁾

— von innen

Die „neue“ Skepsis gegen Programm, Struktur, Organisation und Praxis der Volksparteien erfolgt jedoch nicht nur in der eben skizzierten Form „von außen“, sondern auch „von innen“, aus den Parteien selbst, sei es durch **innerparteiliche Opposition**, namentlich in den Jugendorganisationen der Parteien, oder durch kritisch-sensible **Einzelstimmen**, die nicht immer zum offenen Dissens gesteigert sein müssen, sondern häufig in mißbilligender Reserviertheit verharren, sich Zonen des Nonkonformismus freihalten. So die nachdenklich-ironische Distanz gegenüber dem Parteigetriebe bei Peter GLOTZ, dem Bundesgeschäftsführer der SPD: „Am Abend treffe ich einen alten Bekannten. Er ist jetzt Landtagsabgeordneter, völlig ausgeleert, beherrscht nur noch von der Überlastungsattitüde. Wenn man ihn trifft, dauert es keine zehn Minuten, bis er grazios seufzend zum Terminkalender greift und einem zeigt, daß dort kein einziger weißer Fleck übriggeblieben ist. So beweist er sich und der Umwelt, daß er lebt!“¹⁴⁾

Tabelle 1: Akzeptanz einer neu gegründeten Partei

	Wahlberechtigte (insgesamt)	Pflichtschule	Schulbildung	
			Fachschule	Matura/Universität
Eine Erweiterung des Parteienspektrums betrachten als grundsätzlich begrüßenswert (in %)	17	9	16	38

Quelle: Imas-Institut, Meinungslinien in Österreich (1981).

Tabelle 2: Bereitschaft zur Wahl einer Umweltschutz-, „partei“:

in Prozent	alle Jugendlichen	nach Schulbildung und Parteipräferenz						
		Haupt- schule	BHS	Uni	SPO	ÖVP	andere	unklar
— vorstellbar	50	45	53	54	60	45	54	54
— nicht vorstellbar	45	49	42	40	37	52	45	42
— keine Antwort	4	6	5	6	2	3	1	4
	(100%)							

Basis: Jugendliche, die schon von der „grünen“ Alternativbewegung gehört oder gelesen haben; insgesamt 468 Befragte oder 43 Prozent.

Quelle: Dr. Fessel-GFK, Jugend und Politik (1980).

Parteiendämmerung in Dänemark

Der Wahltag des 4. Dezember 1973 in Dänemark wurde „ein Tag des Zorns und der Abrechnung“, als die großen traditionellen Parteien, die seit 1920 das politische Spielfeld besetzt hatten, erleben mußten, daß dieses Spielfeld am Wahlabend plötzlich ganz anders aussah: 40% der dänischen Wähler wechselten die Partei, 36% wählten eine noch nicht im Parlament vertretene Partei, eine davon die Steuerprotestpartei („Fortschrittspartei“) von Mogens GLISTRUP, erhielt auf Anhieb 16% der Stimmen und wurde so zur zweitstärksten wahlwerbenden Gruppe. „Dies kann etablierten Parteien passieren, wenn allzu lange der Eindruck entsteht: „Alles ist austauschbar und nichts ändert sich.“¹⁵⁾

— und in Österreich?

In diesen Tagen erscheint ein Buch zweier junger Politikwissenschaftler,¹⁶⁾ die nicht in der Manier der Hutscherdeattacken österreichischer Nörgler, aber auch nicht durch Nacherzählen deutscher Forschungsergebnisse, sondern gestützt auf heimisches empirisches Material ein ausgewogenes „Österreichbild“ der Probleme unseres Parteiensystems zeichnen, das durch ein starkes Sicherheits- und Stabilitätsbedürfnis der Bevölkerung getragen und verwundbar zugleich ist. Neue Themen und Werte kommen hinzu: Bereits 62% aller Österreicher (75% der Hochschulabsolventen) halten den Umweltschutz für sehr wichtig. Anders als in anderen Ländern ist noch keine drastische Erosion des von den Parteien dominierten politischen Pro-

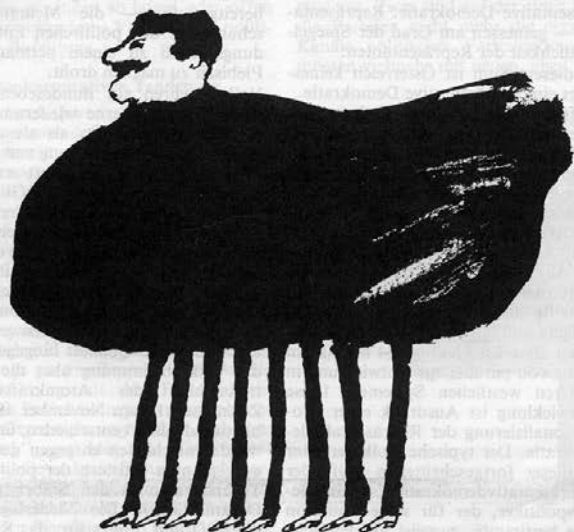
zesses der repräsentativen Demokratie zu bemerken, wohl aber ein **Knistern** wie in den oberen Stockwerken des Turmes zu Babel, mit dem man die überaus starke parteiförmige Durchdringung von Staat und Gesellschaft verglichen könnte. Die Niederlage der „alten“ Politik- und Interessenskonstellationen bei der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf im Jahre 1978 war ein deutliches **Signal**, dem leisere Äußerungen eines **latenten Unbehagens** korrespondieren, das durch mehrere Defekte und Defizite des österreichischen Parteiensystems ausgelöst wird: Glaubwürdigkeitsverlust durch Korruption und unsanktionierte Verantwortlichkeiten, Privilegien der Berufspolitiker, Bürokratisierung der Partiarbeit, Verständigungsschwierigkeiten infolge der technisch-massenmedialen Züge einer ritualisierten und theatralischen Politik. Ohnmachtsgefühle, Privatismus, Opportismus, ja Zynismus sind die Folge, aber keine umfassende Krise. Das Gebäude hält. Noch? Als Indikator des Unbehagens sei der „Resonanzboden“ für ökologische Parteiengründungen bei allen Wahlberechtigten und bei Jugendlichen vorgestellt. (Tab. 1 und 2).

Wegskizzen

Demokratie mit Kontinuität, Konsens und Koordination des politischen Handelns läßt sich nicht mit einem starken Mann, einer starken Partei, aber auch nicht mit universeller Basisdemokratie durchhalten, sie ist nach wie vor auf Parteien mit Partizipationschancen und Leistungsfähigkeit angewiesen, Parteien die stabil und glaubwürdig sind und ein problemdeckendes Programmangebot mit Durchsetzungsbereitschaft verbinden, um so die Integration, Kohäsion und Identität des politischen Systems auch im historisch-sozialen Wandel zu bewahren. Für die österreichischen Parteien weisen die Reformimpulse in Richtung auf **Beseitigung und Entschlackung**, hierzulande müssen — wohl unter „Mit- und Nachhilfe“ der Bürger — einige Stockwerke des erwähnten Turmes abgetragen werden, um auch nicht parteiunbesetzten Bürgeraktivitäten Platz zu schaffen, die dann mit den Parteien zu einem **offenen Kapillarsystem** politischer Interaktion vernetzt werden könnten, um so Unbehagen, Verdrossenheit und Entfremdung abzubauen.

Anmerkungen

- 1) Allgemeine Parteienliteratur: Klaus BERCHTOLD (Hrsg.): *Öster. Parteienprogramme 1868 — 1966*. Wien 1967. — Maurice DUVERGER: *Die polit. Parteien*. Tübingen 1959. — Heinz FISCHER (Hrsg.): *Das polit. System Österreichs*. 2. A. Wien 1977. — Jürgen HARTMANN: *Parteienforschung*. Darmstadt 1979. — Wolfgang JÄGER (Hrsg.): *Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung*. Stuttgart



ZWISCHEN NEOPLEBISZITÄREN UND NEOKORPORATIVEN TENDENZEN

Zur Entwicklung der österreichischen Demokratie

Das politische System Österreichs ist, in seinen formellen Strukturen, im wesentlichen typisch für eine parlamentarische und repräsentative Demokratie. Die zentrale Stellung des Parlaments, die — trotz der Novelle des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1929 — eindeutige Vorherrschaft parlamentarischer gegenüber präsidentiellen Elementen machen Österreich ansich zu einer westlichen „Normaldemokratie“, durchaus vergleichbar mit anderen politischen Systemen West- und Mitteleuropas.¹⁾ Der Souverän, das Volk, der Wähler — er kann zwischen mehreren Alternativen wählen, er kann mit der Bestellung einer aus einer einzigen Partei oder einer Parteienkoalition bestehenden Parlamentsmehrheit indirekt auch seine Regierung bestellen.

Parteienwettbewerb und Parlamentarismus sind aber die wesentlichen Merkmale einer fortgeschrittenen repräsentativen Demokratie. Repräsentativ — im Sinne einer Filterung des plebiszitär geäußerten Bürgerwillens durch Parteien und Parlamentarismus: in diesem Sinn ist Österreich eine repräsentative Demokratie. Repräsentativ — gemessen am Grad der Spiegelbildlichkeit der Repräsentanten:

In diesem Sinn ist Österreich keineswegs eine repräsentative Demokratie. Dafür gibt es zahlreiche Belege. Der österreichische Nationalrat, als — formales — Zentralorgan der österreichischen Demokratie, unterliegt einem lang andauernden Verarbeitungs- und Akademisierungsprozess. Überrepräsentiert sind öffentlich Bedienstete, sind Akademiker, sind Männer, sind die Altersgruppen zwischen 40 und 65. Unterrepräsentiert sind Arbeiter, Angestellte (weniger Bauern), Frauen, jüngere und ältere Wähler.

Doch diese Entwicklung ist normal im Sinne von parallel zur Entwicklung in anderen westlichen Systemen. Diese Entwicklung ist Ausdruck einer Professionalisierung der Repräsentativdemokratie. Der typische Volksvertreter in dieser fortgeschrittenen Stufe der Repräsentativdemokratie ist ein Berufspolitiker, der für seine Funktion eine bestimmte, zumeist akademische

Grundausbildung erhalten hat; der durch eine Position im öffentlichen Dienst sozial zusätzlich abgesichert ist; der seine Wähler nicht durch individuelle Identität des Milieus, sondern durch permanente Meinungsforschung kennt oder zu kennen glaubt; der überdies fest in ein Netz von dicht organisierten und zentral gesteuerten Parteien und Verbänden eingebunden ist.²⁾

Die neoplebiszitären Tendenzen

Die Professionalisierung der Politik läßt sich zwar nicht mit dem zweiten, sehr wohl aber mit dem ersten Begriff von Repräsentativität vereinbaren. Die Filterung des Bürgerwillens erfolgt eben nicht mehr durch individuell definierte Repräsentanten, sondern durch durchorganisierte Großorganisationen. Ein anderer Trend der österreichischen Demokratie rührt hingegen an den Kern der Repräsentativdemokratie — die neoplebiszitären Tendenzen.

Beginnend in den 60er Jahren, wurden in Österreich immer mehr die traditionellen Elemente direkter Demokratie entwickelt und eingesetzt. Gleichzeitig wurden auch neuartige Instrumente bereitgestellt — die Meinungsforschung, die den politischen Entscheidungsprozeß zu einem permanenten Plebiszit zu machen droht.

Volksbegehren auf Bundesebene waren freilich insofern wiederum auch repräsentativ geprägt, als sie durchwegs nur mit Unterstützung von Großorganisationen durchgeführt wurden. Die Printmedien, oder der ÖGB, oder eine Partei, oder kirchliche Verbände standen jeweils dahinter. Dementsprechend waren die Volksbegehren eigentlich keine neue Qualität in der Politik, sondern nur ein neues Druckmittel, das bestimmte Großgruppen im Konflikt gegen andere einzusetzen versuchten. Eine neue Qualität hingegen war die Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf vom November 1978 — hier wurde direkt entschieden; und hier wurde entschieden entgegen den vorausgeplanten Mustern der politischen Technokraten in den Stäben großer Organisationen. Die Niederlage, die die SPÖ und, hinter ihr, das Konzert

1973. — Albert KADAN/Anton PELINKA: Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien. St. Pölten 1979. — Gerhard LEHMBRUCH: Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Stuttgart 1976. — Kurt LENK/Franz NEUMANN (Hrsg.): Theorie und Soziologie der Parteien. Neuausgabe. 2 Bde. Darmstadt-Neuwied/Rhein 1974. — Wolfgang MANTL: Der österr. Parteienstaat. Die Rolle und einige Gegenwartsprobleme der Parteien in der österr. Demokratie. Retzhof/Leibnitz 1969. — Heinrich OBERREUTHER (Hrsg.): Parlamentar. Opposition. Ein internationaler Vergleich. Hamburg 1974. — Anton PELINKA/Married WELAN: Demokratie und Verfassung in Österreich. Wien — Frankfurt/Main — Zürich 1971. — Joachim RASCHKE (Hrsg.): Die polit. Parteien in Westeuropa. Reinbek/Hamburg 1978. — Gilbert ZIEBURA (Hrsg.): Beiträge zur allg. Parteienlehre. Darmstadt 1969.
- 2) Moise OSTROGORSKI: Democracy and the Organization of Political Parties. New York 1902. — Robert MICHELS: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Neudruck der 2. A. (1925). Stuttgart 1970.
- 3) Klaus v. BEYME: Polit. Parteien. In: Sowjetsystem und demokrat. Gesellschaft. V. Bd. Freiburg/Brsgau 1972, Sp. 144.
- 4) Johann C. BLUNTSCHLI: Charakter und Geist der polit. Parteien. Nördlingen 1869, 1 (Es handelt sich um die Anfangsphase des Buches).
- 5) Gerhard LEIBHOLZ: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit (1965). In: Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltung der Demokratie im 20. Jh. 3. A. Berlin 1966, 256.
- 6) Z. B. bei Johannes AGNOLI: Die Transformation der Demokratie. Frankfurt/Main 1968.
- 7) Leon D. EPSTEIN: Political parties. In: Fred I. GREENSTEIN/Nelson W. POLZBY (Hrsg.): Handbook of Political Science. IV. Bd. Reading/Mass. 1975, 271.
- 8) Peter HAUNGS: Über polit. Parteien in westlichen Demokratien. In: (Hrsg.): Res Publica. Studien zum Verfassungsweisen. Dolf STERNBERGER z. 70. Geb. München 1977, 141 — 169. — Band GUGGENBERGER: Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Von der Ökologiebewegung zur Umweltpartei. Stuttgart u. a. 1980. — Ds./Udo KEMPF (Hrsg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen 1978. — Norbert LAMMERT: Das Phänomen der „Staatsverdrossenheit“ und die Strukturdefekte der Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25, 23. Juni 1979, 3—14. — Harry TALLERT: Die Öko-Bewegung — ein etablierter Störfaktor im Parteiensystem? In: a. O. 31 — 38.
- 9) Kurt SONTHEIMER: Der unbehagliche Bürger. Vom deutschen Umgang mit der Demokratie. Zürich 1980, 28.
- 10) HAUNGS, Parteien, 156 (Anm. 8). Auch LAMMERT, Phänomen, 7 (Anm. 8); „... der ehemals selbstverständliche Weg über die Parteien wird zunehmend als Umweg empfunden und vermieden.“
- 11) Bernd GUGGENBERGER: Krise der repräsentativen Demokratie? Die Legitimität der Bürgerinitiativen und das Prinzip der Mehrheitsentscheidung. In: KEMPF, Bürgerinitiativen, 42 (Anm. 8).
- 12) Paul v. KODOLITSCH: Effizienzsteigerung oder Systemüberwindung — zur empirischen Erfolgsbilanz der Bürgerinitiativen. In: GUGGENBERGER/KEMPF, Bürgerinitiativen, 335/10 (Anm. 8).
- 13) TALLERT, Öko-Bewegung, 33 (Anm. 8).
- 14) Peter GLOTZ: Die Innenausstattung der Macht. Polit. Tagebuch 1976 — 1978. München 1979, 145. Etwas auch: „Aber nichts zerstört die Glaubwürdigkeit der Politiker so sehr wie ihre eigene Aussage, etwas von sich zu zeigen. Unser Versuch, unverletzlich zu erscheinen und uns an die Gebirde unserer Wähler anzupassen, verwandelt uns in einen Maskenzug. Die souverän alle Risiken scheuende Sprache der Politiker erstarrt zum Geplapper, das die Fernseher zum Kenntnis nehmen wie das weiße Rauschen“ (9). „In all diese Aktivität, die kaum einer mehr ernst nehmen kann, steckt auch ein Unterwerfungsritual: Der soziale Aufstieg über die Politik wird in den Wahlkämpfen ratenweise abgelehnt. Jeder Politiker weiß, daß er die Verewerlung auch der sinnlosesten Wahlkampfkampagne noch Jahre später vorgehalten bekommen wird“ (101).
- 15) TALLERT, Öko-Bewegung, 36 (Anm. 8).
- 16) Fritz PLASSER/Peter ULRICH: Das Unbehagen im Parteienstaat. Jugend und Politik in Österreich. Wien — Köln — Graz 1982 (im Druck), diesem Band sind auch die beiden hier abgedruckten Tabellen entnommen. — Kritisch zur Lage der österreichischen Parteien u. a. auch: Christian BRÜNNER (Hrsg.): Korruption und Kontrolle: Wien — Köln — Graz 1981. — Andreas KHOL: Krise der Parteien — Krise der Demokratie? In: Österr. Jahrbuch für Politik 1980, 391—414. — Norbert LESER: Ein Umbruch des Parteiensystems steht bevor. In: Die Presse, 22./23. November 1980, 5 f.

der Sozialpartner im November 1978 einstecken mußten, war tatsächlich eine neue Qualität österreichischer Demokratie.⁵⁾

Viel häufiger äußert sich diese neue Qualität unterhalb der Bundesebene. Vor allem im lokalen Politikbereich, aber auch auf der Ebene der Länder kommt Parteien und Verbänden immer wieder die Entscheidungsfähigkeit abhandeln. Das Stichwort „Bürgerinitiativen“ umschreibt in sehr allgemeiner Form diese Entwicklungen.

Daß neoplebiszitäre Erscheinungen durchaus auch gegen bestimmte Grundwerte der Demokratie gerichtet sein können, zeigt der Kärntner Ortstafelkonflikt. Die vom Kärntner Heimatdienst und anderen Organisationen gestützte, neoplebiszitäre Welle machte — beginnend 1972 — aus den großen Parteien Getriebene, die hinter der sich plebiszitär artikulierenden „öffentlichen Meinung“ hinterherhinken und nur allzu rasch auf ihre politischen Grundwerte vergaßen; auf die Solidarität ebenso wie auf die Subsidiarität.⁶⁾ Die neoplebiszitären Tendenzen erschweren jedenfalls die Steuerbarkeit des politischen Systems und die Berechenbarkeit politischer Entscheidungsprozesse. Die Bewertung dieser Tendenzen muß ambivalent bleiben. Einerseits wird dadurch die Abhängigkeit der Gewählten von den Wählern verstärkt und damit ein Plus an demokratischer Qualität ermöglicht. Andererseits können neoplebiszitäre Erscheinungsformen auch Voraussetzungen demokratischen Entscheidens, die nicht mehrheitsfähig sind — wie etwa Minderheitenrechte, allmählich aushöhlen. Einerseits wird durch solche Tendenzen der von einer neuen Kaste von Berufspolitikern dominierte Parteienstaat in Bewegung gebracht, andererseits gewinnen so latent oder offen antidemokratische Vorurteile an politischer Bedeutung.

Die neokorporativen Tendenzen

Die durch parteienstaatlichen Parlamentarismus definierte Repräsentativdemokratie wird in Österreich freilich auch noch von einer anderen Seite bedrängt. Unter dem Stichwort „Sozialpartnerschaft“ sind in Österreich Entscheidungsmuster fest etabliert, die vom Parlamentarismus weitgehend unabhängig sind. Das Zusammenspiel der durch zentralisierte und mit Monopolspruch auftretende Großverbände organisierten Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit hat, gerade durch die enge personelle und institutionelle Verflechtung mit den Parteien, ein zweites Entscheidungszentrum gebildet die „Gegenregierung“ oder „Nebenregierung“, gebildet aus österreichischem Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer, Handelskammer und Landwirtschaftskammerorganisationen sowie der Vereinigung Österreichischer

Industrieller.⁷⁾ Die österreichische Sozialpartnerschaft steht insofern in der Tradition des Korporatismus, als sie an den latenten oder offenen Antiliberalismus und Antiparlamentarismus korporativen Denkens der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts anknüpft. Sie ist jedoch insofern von einer neuen Qualität, als sie der Gewerkschaftsbewegung Autonomie beläßt, als sie tatsächlich eine Art Gleichgewicht im Status quo zwischen Arbeit und Kapital garantiert. Der Korporatismus alter Prägung war ein Mittel zur Ausschaltung der Repräsentativdemokratie und der Arbeiterbewegung. Der Korporatismus neuer Art ist ein Mittel zur Ergänzung der Repräsentativdemokratie unter Mitwirkung der Arbeiterbewegung.⁸⁾ Die neokorporativen Tendenzen arbeiten den neoplebiszitären Tendenzen entgegen. Die Sozialpartnerschaft verhilft den politischen Entscheidungsträgern zu einer größeren Unabhängigkeit vom konkret artikulierten Wählerwillen. Die Sozialpartner müssen keine Wahlen gewinnen. Sie sind vom Konkurrenzdruck eines permanenten Wahlkampfes, der der parteienstaatlichen und parlamentarischen Repräsentativdemokratie immer innewohnt, weitgehend befreit. Sie können daher neoplebiszitäre Erscheinungsformen entgegenstehen. In der Auseinandersetzung um die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf war und ist die Gegenläufigkeit dieser beiden Tendenzen überdeutlich. Das plebiszitär artikuliert Nein stand und steht dem korporativ festgelegten Ja gegenüber. Die Gegenläufigkeit der Tendenzen, die die Repräsentativdemokratie in Österreich relativieren, macht aber auch die Zukunftschancen des parteienstaatlichen Parlamentarismus aus. Zwar sind auf der einen Seite die Parteien nicht mehr die einzigen Kanäle politischer Partizipation, sie müssen vielmehr mit neuen, eben neo-

plebiszitären Formen politischer Beteiligung konkurrieren.⁹⁾ Aber auf der anderen Seite verfügt das Politische System Österreichs ein neokorporatives Refugium, in dem die politischen Entscheidungsträger die Intimität des ungeklärten, teildemokratisierten Absolutismus genießen können. So kann sich die österreichische Repräsentativdemokratie in eine Balance zwischen die jede Berechenbarkeit gefährdenden neoplebiszitären und die ein Übermaß an Berechenbarkeit versprechenden neokorporativen Erscheinungsformen retten.

Anmerkungen:

1) Zur Entwicklung der repräsentativen Demokratie und der Demokratie allgemein vgl. Anton Pelinka, Dynamische Demokratie. Zur konkreten Utopie gesellschaftlicher Gleichheit. Stuttgart 1974. Wolfgang Mantl, Repräsentation und Identität. Demokratie im Konflikt. Ein Beitrag zur modernen Staatsrechtslehre. Wien 1975. Klaus E. Bärtsch, Die Gleichheit der Ungleichheiten. Zur Bedeutung von Gleichheit, Selbstbestimmung und Geschichte im Streit um die konstitutionelle Demokratie. München 1979.

2) Zur Situation des österreichischen Parlamentarismus vgl. Peter Gerlich, Parlamentarische Kontrolle im politischen System. Die Verwaltungsfunktionen des Nationalrates in Recht und Wirklichkeit. Wien 1973. Helmut Widder, Parlamentarische Strukturen im politischen System. Zu Grundlagen und Grundfragen des österreichischen Regierungssystems. Berlin (West) 1979. Siehe auch die von Peter Gerlich und Heinz Fischer verfaßten Aufsätze in: Heinz Fischer (Hrsg.), Das politische System Österreichs. Wien 1974, sowie die von Heinz Wittmann und Anton Pelinka verfaßten Aufsätze in: Andreas Khol, Alfred Stirmann (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 77, 78, 79. Wien 1978, 1979 und 1980.

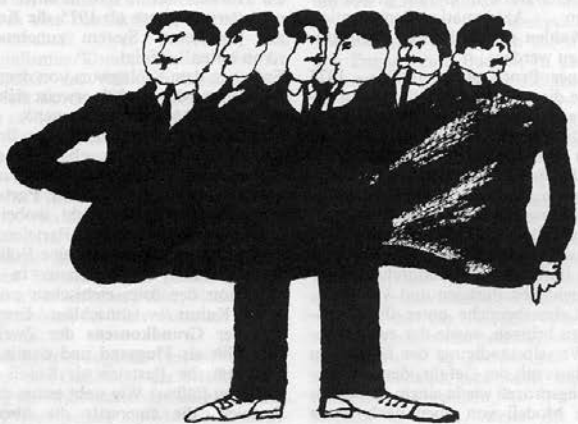
3) Vgl. dazu Dieter Bichlbauer, Hannes Wimmer, Studie zur Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich aus demokratietheoretischer und soziologischer Sicht. 2 Bände. Endbericht. Österreichische Gesellschaft zur Förderung der Forschung. Wien 1979.

4) Die minderheitenfeindliche Tendenz wird deutlich bei Ludwig Flaschberger, Albert F. Reiterer, Der tägliche Abwehrkampf. Kärntens Slowenen. Wien 1980.

5) Gerald Schöpfer (Hrsg.), Phänomen Sozialpartnerschaft. Hermann Ihler zum 75. Geburtstag. Wien 1980. Anton Pelinka, Modellfall Österreich. Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpartnerschaft. Wien 1981.

6) Zum internationalen Vergleich siehe Philippe C. Schmitter, Gerhard Lehmbruch (eds.), Trends Toward Corporatism. Intermediation. Beverly Hills 1979.

7) Zur politischen Partizipation in Österreich siehe Roland Deiser, Norbert Winkler, Politische Partizipation in Österreich. 2 Bände. Endbericht. Österreichische Gesellschaft zur Förderung der Forschung. Wien 1980. Zum internationalen Vergleich Samuel Barnes, Max Kaase, et al., Political Action, Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills 1979.



STERBEN DIE PARTEIEN WIE DINOSAURIER AUS?

Die Stabilität des österreichischen Parteienstaates mit seinen konföderalorientierten Konfliktregelungsmustern galt bis weit in die siebziger Jahre international als beispielhaft, die österreichische Alpenrepublik als „Insel der Seligen“ (Paul VI), an deren festen Ufern die Wogen der Probleme von der weltweiten Inflation bis zum harten Terrorismus hochaufschäumend anbränden, ohne sie überfluten zu können. Im Gegensatz zur „Dialektik der Bürgerkriegspsychose“ (K. Renner), die die Erste Republik beherrscht hatte, schien die Zweite Republik ihre Identität sowohl nach außen als auch nach innen gefunden zu haben.

Die Wiederaufbauphase von 1945 — 1960 hatte mit dem Proporzsystem der Großen Koalition und der Sozialpartnerschaft, der Austragung des Klassenkampfes am „Grünen Tisch“, zu einem in Österreich bis dahin unerreichten Lebensstandard für einen großen Teil der Bevölkerung geführt. Doch diese unzweifelhafte Leistung in wirtschaftlicher Hinsicht war nicht nur getragen von einem materiellen Grundwertekonsens der Bevölkerung, deren vertikale, strukturelle Versäulung die notwendige Erfolgsbereitschaft auch für einen Konsens der politischen Eliten in den Parteien, Verbänden und der Bürokratie lieferte, was zu einem Machtkartell führte, das auf dem weitgehenden Verzicht der Bevölkerung auf unmittelbare Einflußnahme auf Sachentscheidungen beruhte und diese den Experten und Politikern überließ, wodurch das System der repräsentativen Demokratie in Gefahr geriet, zur bloßen „Akklamationsdemokratie“ bei Wahlen ohne Alternativen degradiert zu werden.

In einer Protestphase 1960 — 1975 wurde dieses Machtkartell auf den demokratischen Prüfstand gestellt, wobei die beträchtlichen Defizite zwischen dem demokratischen Anspruch und der Praxis der politischen Institutionen im Prozeß der politischen Willensbildung zunehmend einer breiteren Öffentlichkeit bewußt und auf ihre „Notwendigkeit“ hinterfragt wurden. Dem Bestreben der undurchschaubar verflochtenen Parteien und Verbände, alle Lebensbereiche unter ihren Einfluß zu bringen, sowie der zunehmenden Verselbständigung der Eliten von der Basis mit der Gefahr, den Willensbildungsprozeß wie in einem autokratischen Modell von oben nach unten durchzuführen (z. B. Problem der Kan-

didatenaufstellung), wurden die Forderungen nach Kontrolle, Transparenz des politischen Prozesses und Partizipation entgegengesetzt. Träger dieses Protests, der in der Studentenbewegung 1968 kulminierte, waren die Jugend und Schichten mit höherer Bildung. In dieser Phase der österreichischen Nachkriegsgeschichte erfolgte die Kritik allerdings noch aus dem Bereich der politischen Institutionen selbst¹⁾ und durch institutionelle Reformen, u.a. des Zentralorgans Parlament sowie der Parteien (Vorwahlen), dem demokratischen Anspruch besser zu genügen. Dem entsprach auch die „Aktivierung“ der in der Bundesverfassung vorgesehenen direktdemokratischen Einrichtungen, insbesondere des Instruments Volksbegehren, durch die Parteien und ihnen nahestehenden Vorförderorganisationen oder Personen, sowie durch kritischere Printmassenmedien, die zunehmend die Rolle einer „vierten Gewalt“ als Kontrollinstanz zur Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit in ihr Selbstverständnis übernahmen und auch spielten.²⁾

Demgegenüber sind die Abnahme der Wahlbeteiligung, der steigende Anteil von Wechselwählern und die Praxis des „ticket-splitting“, also die Stimmgabe für verschiedene Parteien je nach Gemeinde-, Landtags- oder Nationalratswahlen im legislativen Bereich, das Auftreten von Basisinitiativen³⁾ im exekutiven Bereich, deren Tätigkeit vor allem gegen die Maßnahmen kommunaler^{3a)} u. regionaler Behörden gerichtet ist, sowie jugendliche „Frustrationsrevolten“ ein Hinweis dafür, daß in einer Umorientierungsphase ab 1975 die Kritik am politischen System zunehmend „von unten“ erfolgt.

Entgegen dem Schlagwort von der Demokratieverdrossenheit erweist sich jedoch bei Meinungsumfragen⁴⁾, daß nicht die Demokratie als Ideal in Frage gestellt wird, sondern, ebenso wie in der Protestphase, noch immer oder schon wieder die Praxis der Parteien im Zentrum der Kritik steht, wobei die Gefahr besteht, daß diese Parteienverdrossenheit in eine allgemeine Politikverdrossenheit, — durchaus in der Tradition der österreichischen politischen Kultur —, umschlägt. Erweist sich der Grundkonsens der Zweiten Republik als Flugsand und damit die Stabilität der Parteien als Koloß auf tönernen Füßen? Wie steht es um diese Parteien, die einerseits die liberale Trennung von Staat und Gesellschaft

aufgehoben und dadurch „quasistaatliche“ Funktion und dementsprechende Macht erlangt haben, die sie bis in die letzten Winkel der bürgerlichen Freiräume (Freizeit und Sport) hinein auszuüben versuchen?

Wie reagieren nun die Parteien auf die ihnen entgegengebrachte Kritik?

— Idealtypisch lassen sich drei Vorgehensweisen der Parteien in Bezug auf diese „neue außerparlamentarische Opposition“ der Bürger- und Basisinitiativen unterscheiden:⁵⁾

A) Repression: durch Behinderung oder Unterdrückung auf gesetzlichem Weg und/oder durch Beeinflussungstaktiken (sozialer Druck durch Ausnützen von Abhängigkeitsverhältnissen bei der Wohnungs- oder Postenvergabe)

B) Laissez-faire Stil: gewähren lassen unter eventueller Ausnützung für eigene kurzfristige politische Ziele

C) Integration: Eingliederung in den innerparteilichen Willensbildungsprozeß und Einbringen der neuen Werte und Interessen in den legislativen Prozeß

— Inhaltlich-programmatisch lassen sich nach 1945 drei Diskussionswellen in und durch die drei im Nationalrat vertretenen Parteien, SPÖ, ÖVP und FPÖ unterscheiden, die ihren konkreten Niederschlag auch in der Verabschiedung von (Grundsatz)Programmen⁶⁾ gefunden haben. Diese erste Welle der Diskussion erfolgte nach der Erlangung der völligen staatlichen Unabhängigkeit 1957/58, die zweite am Beginn der Protestphase 1964/65 und die dritte am Ende dieser Phase 1972 mit einem Nachziehen der SPÖ 1978. Die Parteien reagierten also auf den sozialen Wandel mit politischer Mobilisierung und Überprüfung ihrer eigenen Grundwerte.

Das Demokratieverständnis der Parteien erfährt in diesen Programmwellen eine Dynamisierung in zweifacher Hinsicht: Einerseits wird Demokratie nicht mehr nur statisch-formal und begrenzt auf den Bereich der staatlichen Institutionen als Gleichheit vor dem Gesetz und allgemeines, gleiches Wahlrecht verstanden, sondern als Prozeß der Willensbildung, der auch zwischen den Wahlterminen die gesamte Bevölkerung miteinbeziehen soll. Dem entspricht eine Ausweitung der Träger des Entscheidungsfindungsprozesses vom traditionell repräsentativen Modell Politiker/Experte auf ein Dreieck Politiker — Experte — (betroffener) Bürger. Andererseits erfährt der Begriff eine Dynamisierung durch die Ausweitung vom „nur“ politischen auf das ökonomische und kulturelle Subsystem als „Demokratisierung“ der Gesellschaft mit dem Postulat zum Abbau sozialer Ungleichheiten auch bei den Parteien ÖVP und FPÖ, wenn auch nicht so weitgehend wie bei der SPÖ.

Während von den **Sachthemen** her Kontrolle, Transparenz und Partizipation in Ansätzen schon in den älteren Programmschichten enthalten sind, werden Umweltschutz, die Energie- und Rohstoffproblematik, der Feminismus und die „neue soziale Frage“⁷⁷, das Eintreten für die Gruppen der Gesellschaft, die durch das soziale Netz des Wohlfahrtsstaates fallen, weil sie keine organisierte Verbandsmacht hinter sich haben, in der dritten Diskussionswelle von den relativ „geschlossenen“ Weltanschauungsparteien rezipiert (Modell C), was durchaus ihrem Bemühen um die Wählerstimmen dieses „Protestpotentials“ entspricht.

— Was das **personelle Substrat** und die **Praxis der Parteien** betrifft, so tendiert die ÖVP eher zum Laissez-faire Stil, was einerseits durch den hohen Stellenwert des Grundwerts (individuelle) Freiheit bzw. „neue Selbstständigkeit“ bedingt erscheint und sich in Reformmaßnahmen äußert, die der organisatorischen Selbstständigkeit der Bürgerinitiativen nicht die Legitimation absprechen (z.B. Einrichtungen eines Büros für Bürgerinitiativen in Graz), sowie durch den Aufbau eines außer- und nebenparteilichen Kapillarnetzes zur Politikberatung (z.B. Modell Steiermark) und zur Mobilisierung der Aktivbürger, ohne diese sogleich mit einem Parteibuch „beglücken“ zu wollen (obwohl dies in traditionellen Bereichen wie der Postenvergabe bei Schulen durchaus noch die herrschende Praxis bleibt).

Bei der SPÖ schwingt das Pendel stärker zwischen den Typen A) Repression und C) Integration hin und her, was programmatisch bedingt zu sein scheint, durch Übergangsprobleme vom Wohlfahrtsstaat, in dem der sozialdemokratisch-liberale Konsens⁸⁰ an der Macht ist, zur „sozialen Demokratie“ in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Andererseits wird versucht, zwischen „guten“ und „schlechten“ Bürgerinitiativen zu unterscheiden⁸¹: Bürgerinitiativen sind gut, wenn sie die Interessen der Betroffenen klarmachen und bessere Lösungen erbringen, sie sind schlecht, wenn sie Obstruktion betreiben und — von der sozialen Zusammensetzung her — Privilegien der Besitzbürger bewahren wollen. Dieser Versuch und Erklärungen, die die SPÖ zur größten Bevölkerungsinitiative stilisieren⁸² sowie Maulkorbplakate, die dazu auffordern, „in Zeiten wie diesen“ nicht zu kritisieren, sondern besser in der Partei mitzuarbeiten, sind geeignet, die organisatorische Selbstständigkeit jeglichen Protests in Abrede zu stellen. Dem entsprechen auch die Versuche, direktdemokratische Mittel wie Volksbefragungen oder die erste Volksabstimmung der Geschichte der Republik über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes windetorf 1978 als Ventil gegen

Parteienkritik und -verdrossenheit umzufunktionieren.

Nach dieser **Analyse der Reaktion der Parteien** im Bereich ihrer Programmatik und ihrer Herrschaftspraxis läßt sich die **Hypothese** ableiten, daß die „**Repräsentationslücke**“¹¹ der Parteien sich nicht auf die Übernahme von Sachthemen bezieht, sondern auf die Vertretung bestimmter Personen und Gruppen, deren Interessen von den innerparteilich herrschenden Gruppen nicht aufgegriffen und vertreten werden.

Am **Beispiel des Themas Partizipation** zeigt sich auch, daß Sachthemen durchaus die „Lager“¹¹² wechseln können, ohne daß dies in Verbindung mit der Diskrepanz zwischen programmatischen Anspruch und dessen Verwirklichung eine Entsprechung in einer erheblichen personellen Fluktuation zwischen den Lagern fände.

Vielmehr führt diese Diskrepanz, wenn eine bestimmte „Reizschwelle“ überschritten wird, eher zu einem völligen Bruch mit den traditionellen Integrationsparteien.

Ist dies ein Indikator dafür, daß es in Zusammenhang mit dem allgemeinen **sozialstrukturellen Wandel** und dem Vordringen sogenannter „**postmaterialistischer**“ Werte, die vor allem die Qualität der Lebensumwelt und der sozialen Beziehungen betreffen, zu einem allmählichen **Auswandern der Jugend** und höher gebildeten Schichten aus dem **Parteiensystem** kommt?¹³ Sterben die Parteien wie Dinosaurier als anachronistische soziale Gebilde aus?

Aber können Parteien überhaupt „absterben“, sind sie nicht doch **funktionale Erfordernisse** jedes politischen Systems einer (nach-)industriellen Gesellschaft?

Historische Versuche der „Überwindung“ der Parteiendemokratie mit parlamentarischem Regierungssystem haben im Extrem zu totalitären Systemen mit der Diktatur eines Mannes (Hitler, Stalin) geführt, ohne daß dadurch eine konfliktfreie, harmonische Gesellschaft „per decretum“ als Sozialismus/Kommunismus oder im Kollektiv der Volksgemeinschaft hergestellt wurde. Wirtschaftliche Interessen sowie kulturelle (nationale, religiöse) Werte wirken auch unter der Oberfläche totalitärer Herrschaftssysteme als Anknüpfungspunkte für antagonistische Fraktions- und Parteibildungen fort, wie die Legitimationsprobleme nicht nur „spätkapitalistischer“¹⁴, sondern gerade auch der sozialistischen Staaten zeigen (Bildung freier Gewerkschaften in Polen, Nationalitätenprobleme im Vielvölkerstaat Jugoslawien).

Aber auch in **Jugoslawien**, wo versucht wird, den Gedanken der **Selbstverwaltung als Organisationsprinzip** für Staat und Gesellschaft als **Modell einer direkten Demokratie** unter den Bedin-

gungen einer arbeitsteilig differenzierenden Industriegesellschaft — wenn auch unter der Führung des Bundes der Kommunisten als inhärentem Systemwiderspruch — zu verwirklichen, zeigen sich die **Probleme jedes basisdemokratischen Verfahrens**:¹⁵

— das Problem des Ausgleichs von antagonistischen Einzelinteressen und die Findung und Vertretung eines Allgemeininteresses nach dem Mehrheits- oder Einstimmigkeitsprinzip mit einem wirksamen Minderheitenschutz konnte auch hier noch nicht befriedigend gelöst werden;

— das Problem ein optimales Verhältnis zwischen Zeit und Effizienz zu finden

— auch ein Delegiertensystem mit relativem imperativen Mandat führt zu Entfremdungserscheinungen von der Basis, zur Herrschaft der Nomenklatura

— das größte Problem bleibt jedoch die Mobilisierung und Aktivierung der Bürger am Arbeitsplatz und in den Wohnbereichen.

Empirische Untersuchungen¹⁶ haben ergeben, daß der Grad der (Aus-)Bildung

— unabhängig vom gesellschaftspolitischen System¹⁶ — ein **entscheidender Faktor für politische Aktivität oder Passivität** der einzelnen Staatsbürger ist. Je höher der Grad der Bildung, wobei die Fähigkeit zu abstrakter Begriffsbildung die Voraussetzung zum Durchschauen komplizierter politischer Sachverhalte und Handlungsabläufe zu sein scheint, desto höher wird die Bereitschaft, sich auch selbst politisch zu engagieren.

Bessere und mehr Bildung für mehr Menschen, sind daher ein geeignetes Mittel um ein stärkeres politisches Engagement zu fördern und so dem demokratischen Anspruch gerechter zu werden.

Auch der **Zusammenschluß von Bürgerinitiativen** zu „grünen“ und „alternativen“ Listen, um an den Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern teilzunehmen und so um die Macht, den Zugang zum Budget, zu konkurrieren, bestätigt die Notwendigkeit, ein funktionales Äquivalent für die spezifische Artikulations-, Aggregations- und Integrationsfunktion der Parteien und Verbände zu finden.

Zwei mögliche **Entwicklungen** scheinen sich für die nächste **Zukunft** in Österreich abzuzeichnen:^{16a}

— die Erweiterung des traditionellen „hinkenden Dreiparteiensystems“¹⁷ um zumindest eine, wahrscheinlich mehrere grüne/alternative Parteien — und/oder der Aufbau einer sich selbstbestimmenden und organisierenden Subkultur in „autonomen“, d.h. staats- und damit auch partei- und verbandsfreien Bereichen.¹⁸

Kommt es dann, wenn die alten Machteliten als Reaktion auf diese

Transformation des Parteiensystems zu autokratisch-hierarchischen Verhaltensweisen^{16a)} zurückgreifen und die politischen Kommunikationskanäle versteinern, zu einer **Polarisierung des politischen Systems? Reform oder Revolution** hieße dann die **Alternative**, die zur Entscheidung stünde!

Doch in welche Richtung müßte eine solche Reform¹⁹⁾ der „alten“ Parteien gehen, um den drohenden Bruch in zwei verschiedene, sich ausschließende Lebenswelten zu vermeiden, wie er in Berlin oder Zürich bereits als Damoklesschwert über der Stadt hängt?

Zwei miteinander verbundene **Formierungen** wären hier zu benennen:

— die **Aufgabe des Alleinverwaltungsmonopols und absoluten Verwaltungs- und Regelungsanspruchs** für alle gesellschaftlichen Lebensbereiche und — der **Übergang von einer an lebenslanger Lagerbindung und damit verbundenem Freund-Feind Denkschema orientierten „weltanschaulich geschlossenen“ Mitgliederpartei zum Typus einer offenen Mitarbeiterpartei**,²⁰⁾ an der jeder entsprechend seinen Wertvorstellungen und Interessen „projektorientiert“ am politischen Willensbildungsprozeß teilnehmen kann.

Dieser Parteityp entspräche einer **partizipativen Demokratie**, in der die **Dialektik von Partei**, die als bürokratische Institution unweigerlich dem ehernen Gesetz der Oligarchie unterliegt, und **Bewegung**, die gegen die alten Machteliten mit neuen Werten und Interessen antritt, die **offene Gesellschaft**²¹⁾ und damit die **Freiheit des Einzelnen** zu sichern vermöchte.

Die **Verantwortung**, welche dieser Möglichkeit effektiv wird, liegt in hohem Maße bei den **Parteien!** „Deren demokratische Qualität, das Maß an innerparteilicher Demokratie, kann als

Indikator dafür aufgefaßt werden, welche Entwicklung die österreichische Demokratie nimmt“, schrieb Anton Pelinka schon 1974.²²⁾

Anmerkungen

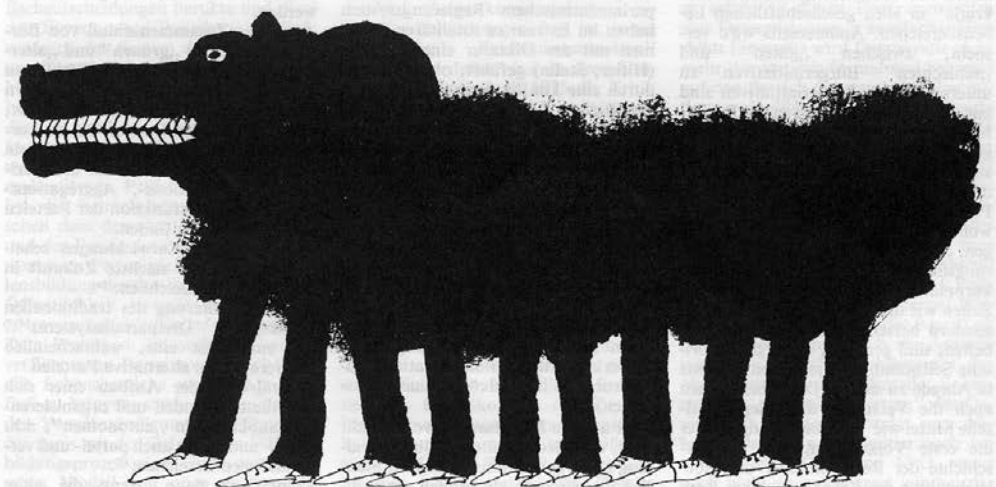
1) Vgl. dazu im besonderen E. Busek/M. Peterlik: Die unvollendete Republik. Wien 1968; Chr. Broda/L. Gratz: Für ein besseres Parlament — für eine funktionierende Demokratie. Wien 1969; E. Busek/G. Wilfinger: Demokratiekritik-Demokratiereform. Wien 1969; H. Fischer: Demokratiereform durch Reform der Institutionen? In: AKV-Informationen 3/1969, S. 9–14; K. H. Rüschel (Hrsg.): Demokratiereform. Die Existenzfrage Österreichs. Wien—Hamburg 1969; Chr. Broda: Die Stunde der Parlamentsreform ist gekommen. Wien 1970.

2) Zur Deskription und Kritik des politischen Systems der Zweiten Republik allgemein: G. Lehmbruck: Proportionalismus. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich. Tübingen 1967; K. H. Nallmayer: Das österreichische Regierungssystem. Köln—Opladen 1968; A. Pelinka/M. Welan: Demokratie und Verfassung in Österreich. Wien 1971; R. Steininger: Polarisierung und Integration. Eine vergleichende Untersuchung der strukturellen Versäulung der Gesellschaft in den Niederlanden und in Österreich. Meisenheim 1975; H. Fischer (Hrsg.): Das politische System Österreichs. 2. Aufl. Wien 1977; die von A. Khol/A. Stirmann herausgeg. Österreichischen Jahrbücher für Politik ab 1977; R. Kriebbaum: Österreichs Innenpolitik 1970–1975. München 1981.

3) A. Pelinka: Zustand und Alternativen des politischen Systems. In: ÖZP 1/1980, S. 28 unterscheidet, ausgehend vom Oberbegriff Basisinitiativen, zwischen **Bürgerinitiativen**, bei denen die unmittelbar Betroffenen auf die an sie zuständigen Institutionen Druck ausüben, um im Sinn der Betroffenen zu entscheiden, und **Bürgeraktionen**, bei denen die unmittelbar Betroffenen die Entscheidungskompetenz selbst in Anspruch nehmen, wodurch eine neue Entscheidungssituation entsteht. Vgl. weiters alle zur Problematik: R. Brun (Hrsg.): Der grüne Protest. Herausforderung durch die Umweltparteien. Frankfurt/Main 1978; B. Guggenberger/U. Kempf (Hrsg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen 1978; A. Pelinka: Bürgerinitiativen — gefährlich oder notwendig? Freiburg/Br. 1978; P. John: Bedingungen und Grenzen politischer Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel von Bürgerinitiativen. München 1979; P. Murphy/F. Rubart/F. Müller/J. Raschke: Protest, Grüne, Bunte und Steuerrebell. Reinbek 1979; B. Guggenberger: Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Stuttgart 1980!

3a) Vgl. dazu Kursbuch 54: Jugend. Herausg. v. K. M. Michel/H. Wieser. Berlin 1978; R. Örtmans: Du hast keine Chance, aber nutze sie. Eine Jugend steigt aus. Reinbek 1980; Eidgenössische Kommission für Jugendfragen: Thesen zu den Jugendunruhen 1980. Bern 1980; R. Hanny: Zürich, Anfang September. Frankfurt/Main 1981.

- 4) Vgl. die für Österreich umfassende Analyse von F. Plasser/P. A. Ullrich: Unbehagen im Parteienstaat. Jugend und Politik in Österreich. Wien 1982 (im Druck).
- 5) E. Gehrmacher: Das Salzburger Seminar „gegen“ die Bürgerinitiativen. In: Die Zukunft 12/1979, S. 10 f.
- 6) Die der Analyse zugrunde gelegten Parteiprogramme sind abgedruckt bei K. Berchtold: Österreichische Parteiprogramme 1868–1966. Wien 1967, sowie A. Kadan/A. Pelinka: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. St. Pölten 1979. Weiters: ÖVP: 4 Pläne zur Lebensqualität. Wien 1973/74; ÖVP: Modell Österreich. Die neue Freiheit. Wien 1981; ÖVP Steiermark: Modell Steiermark. Graz o.J. (1980); SPÖ: Bereit für die 80er Jahre. Entwurf für das neue Parteiprogramm. Wien o.J. (1977); SPÖ Steiermark: Steirische Alternativen für das Jahr 2000. Graz o.J. (1981?); SPÖ Oberösterreich: Orientierungsrahmen 85. 6 Landesentwicklungsprogramme für Oberösterreich. Linz o.J. (1973?).
- 7) H. Geißler: Die Neue Soziale Frage. Freiburg/Br. 1976.
- 8) Vgl. dazu R. Dahrendorf: Lebenschancen. Frankfurt/Main 1979, insb. Kap. 5: Am Ende des sozialdemokratischen Konsensus?
- 9) E. Gehrmacher: Das Salzburger Seminar, a.a.O., S. 9.
- 10) K. Bleha: Notwendige Richtigstellung. Die Zukunft 12/1979, S. 7.
- 11) U. Thaysen: Bürgerinitiativen, Parlamente und Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/1978, S. 52.
- 12) Zum Begriff des „Lagers“ vgl. A. Wandruszka: Österreichs politische Struktur. In: H. Benedikt (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien 1977, S. 289 ff.
- 13) Vgl. dazu D. Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbek 1979; ders.: Die Zukunft der westlichen Welt. Frankfurt/Main 1976; L. Rosenmayr (Hrsg.): Politische Beteiligung und Wertwandel in Österreich. München—Wien 1980; F. Plasser/P. A. Ullrich: Unbehagen im Parteienstaat, a.a.O.
- 14) J. Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt/Main 1973.
- 15) Vgl. dazu R. Furtak: Jugoslawien. Politik-Gesellschaft-Wirtschaft. Hamburg 1975, S. 152 ff.
- 16) Vgl. die bei B. Horvat: Die jugoslawische Gesellschaft. Frankfurt/Main 1972, S. 93, 110 sowie bei F. Plasser/P. A. Ullrich, a.a.O., S. 178, 202, 219 zitierten Umfragen.
- 16a) A. Pelinka: Struktur und Funktion der politischen Parteien. In: H. Fischer (Hrsg.): Das politische System Österreichs, a.a.O., S. 3, 49; E. Matzner: Sozialpartnerschaft. In: H. Fischer, a.a.O., S. 446 ff. und N. Leser: Im Jahre 2000 gibt es diese Parteien nicht mehr. In: Präsens. 19. Dez. 1981, S. 5 sprechen die idealtypischen Alternativen der Entwicklung des Parteiensystems an: eine Fundamentaldemokratisierung oder einen Neo-Autoritarismus.
- 17) W. Mantl: Der österreichische Parteienstaat. Retzhof—Leibnitz 1969, S. 26.
- 18) Exemplarisch dafür Ch. Badelt: Soziökonomie der Selbstorganisation. Frankfurt—New York 1980.
- 19) Vgl. dazu grundsätzlich Chr. Graf v. Krockow: Reform als politisches Prinzip. München 1976.
- 20) So auch F. Plasser/P. A. Ullrich, a.a.O., S. 191.
- 21) K. R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. 2 Bde. 5. Aufl. München 1977; grundlegend auch A. Etzioni: The Active Society. London 1968.
- 22) A. Pelinka: Struktur und Funktion der politischen Parteien. A.a.O., S. 49.



HABEN DIE POLITISCHEN PARTEIEN IHRE ZUKUNFT HINTER SICH?

Zwei Überlegungen führen zu der im Titel gestellten Frage:

1. Die Parteien entstanden, wuchsen und erlangten ihre Bedeutung als sinnvolle politische Organisationsformen unter **konkreten historischen Bedingungen und bestimmten Zukunftsperspektiven**. Sie begannen als gruppenspezifische Interessenvertretungen oder auch als eine Form der Opposition gegen obrigkeitstaatliche Herrschaftsstrukturen und sozial ungerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen mit klaren **normativen** Auffassungen darüber, wie Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aufgebaut sein **sollten**. Die Überzeugung, eine ordnungspolitisch neu gestaltende oder bewahrende Kraft zu **werden**, prägte ihr Selbstverständnis. Sie zielten in ihrer staats-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Orientierung über den gegebenen Ordnungsrahmen hinaus **auf die Zukunft** ab. Feste Verankerung in verschiedenen gesellschaftlichen Klassen, bei allerdings unübersehbaren Ansätzen zur sozialen Integration, in zahlreichen Vorfeldorganisationen und vor allem in unterschiedlichen Weltanschauungen charakterisierten die ersten Jahrzehnte der sich polarisierten gegenüberstehenden Parteien, die 1918 ihre entscheidende politische Bedeutungssteigerung im Staat erfahren hatten. Einen stärkeren gemeinsamen **gesamtsstaatlichen Verantwortungsrahmen** sowie einen Grundkonsens im Hinblick auf die Staats-, Wirtschafts- und Sozialordnung erarbeiteten sich die beiden Großparteien erst nach 1945. Der Aufbau und die Verwirklichung der bestehenden Form eines politisch stabilen und quantitativ mehr Menschen als früher erfassenden materiellen Wohlfahrtsstaates stehen in **enger Verknüpfung** mit einem mehrheitlichen Grundkonsens in der Bevölkerung, der Öffnung der Parteien zu Integrationsparteien und den von ihnen entwickelten Strategien, soziale Konflikte zu vermeiden, zu lösen bzw. ihnen ihre politische Brisanz zu nehmen.

Risse und negative Entwicklungen im Wohlfahrtsstaat sowie Kritik an seiner Vernachlässigung zentraler sozialer Anliegen und zahlreicher Gruppen, wie sie in deren mangelhaften Vertretung im eng verflochtenen System der Parteien, Verbände und Gewerkschaften gegenüber der Dominanz wirt-

schaftlicher Interessenvertretungen zum Ausdruck kommt, schlagen auch auf die Verantwortung der an dieser Entwicklung mitbeteiligten Parteien und ihre Funktionstüchtigkeit zurück. Die Vorteile unserer technisch-industrialisierten Welt und unseres am Massenkonsum orientierten Wohlfahrtsstaates treten gegenüber den uneingelöst gebliebenen Bereichen, den geschaffenen Nachteilen und entstandenen ökologischen Kosten, den sozialen und kulturellen Folgeproblemen immer rascher eingesetzter neuer Technologien, den national wachsenden Einkommensunterschieden und der internationalen Polarisierung zwischen Reichtum und Armut in den Hintergrund. Eine Glaubwürdigkeits- und Sinnkrise des materiellen Wohlfahrtsstaates trifft die Parteien ebenso wie seine gefährdete ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit. Neue Reflexionen und Sensibilisierungen bedrängen die bisher akzeptierten und dominierenden Positiva des Wohlfahrtsstaates, wodurch bisherigen politischen Strategien des Wachstums und seiner unreflektiert optimistisch-positiven Bewertung der Leerlauf droht.

2. Das erreichte materielle wohlfahrtsstaatliche Niveau sowie die neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen veränderten die Rahmenbedingungen und die Wertgrundlagen politischen Handelns. Die Notwendigkeit rascher Umstellung auf die Dynamik ablaufender Veränderungen und überzeugender Annahme neu aufgetauchter zentraler Werte und Ideen überfordert die statischen Parteiapparate. Die Parteien deklarieren sich zwar als „zukunftsorientiert“, „problemlösend“ und „verantwortungsbewußt“, überzeugen jedoch kaum als mögliche Dämme gegen den tatsächlichen, subjektiv empfundenen oder gezielt gesteuerten höheren Wellenschlag der Problemflut. Sowohl der innere als auch der äußere Problemdruck auf die Parteien nimmt zu, während die Loyalitätsbindungen und die Enttäuschungsfestigkeit der Wähler nicht uneingeschränkt als gesichert gelten kann. Unmutsäußerungen zeigen sich, Randgruppen bröckeln ab, außerparlamentarische politische Initiativen mehren sich und suchen neue politische Plattformen, Vorstellungen direkter und plebiszitärer Demokratiefor-

men als erhoffte Möglichkeiten unverfälschter Willenskundgebungen gewinnen an Tiefe, aber ebenso sind Desinteresse und apathisch-resignatives Verhalten gegenüber Parteien und ihrer Politik, vorwiegendes Konsum- und Freizeitinteresse unverkennbar. Das breite Spektrum möglicher neuer politischer Praxisansätze, die sich als Handlungsgesetz zu den etablierten Parteien verstehen, sich aber **nicht** notwendigerweise und durchgehend gegen Parteien als solche richten, weisen auch Aktivitäten fest verankerter Parteimitglieder außerhalb oder auch gegen die Linie ihrer Stammpartei auf. Dies zeigt sich besonders bei den Jugendorganisationen, Intellektuellen und Frauen, die kritische Alternativen vertreten. Damit zusammenhängend trachten die Parteien eher danach „neue direkt-demokratische politische Beteiligungsformen zu schlucken, als in ihnen eine qualitative Ausweitung und Bereicherung der Demokratie anzuerkennen.“

Weiters wird die Identifikationsmöglichkeit weniger mit den Programmen als vielmehr mit der konkreten Arbeit und politischen Praxis der Parteien ebenso in Frage gestellt wie ihre — parteiintern befürchtete, weil für Mehrheitsbildungen unerläßliche — künftige breite Integrationsfähigkeit. Daran anknüpfend belebt das Schlagwort von der „Krise des bestehenden Parteiensystems“ zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen, Meinungsumfragen ¹¹ und auch das Vokabular reuig-erster, Veräumnisse eingestehender Politiker.

Parteienskepsis und Kritik am Parteiensystem sowie an der Struktur und der politischen Realität einer Parteidemokratie gehören in Österreich praktisch zur historisch gewachsenen, politischen Kultur und werden zum Teil von den Parteien selbst mitgetragen. Sie beruhen vornehmlich auf den, das freie, ungebundene Individuum betonenden liberalen und den, einen über den Parteien stehenden starken Staat hervorhebenden konservativen, aber auch auf klassischen sozialdemokratischen Traditionen. Bestehende Vertrauensdefizite wurden von den Parteien nie ernstlich aufgearbeitet. Eine gezielte Bewußtseinsbildung über die Notwendigkeit von Parteien zur **demokratischen Bewältigung** vieler Aufgaben einer pluralistischen Gesellschaftsordnung haben sie eher unterlassen.

Trotz der bisher erwähnten Knirschpunkte erfährt der Begriff „Krise des Parteiensystems“ in diesem Zusammenhang allerdings nicht selten eine vorschnelle, undifferenzierende Verwendung und wird mitunter auch aus taktischen Überlegungen in die Diskussion und die Analyse bestehender Verhältnisse eingebracht. Nach **Jürgen Habermas** tritt eine Krise erst dann

ein, wenn die Struktur eines Gesellschaftssystems weniger Möglichkeiten der Problemlösung zuläßt als zur Bestandserhaltung dieses Systems in Anspruch genommen werden müßten. In diesem Sinne sind Krisen **anhaltende Störungen** der Systemintegration. (Legitimationsproblem im Spätkapitalismus, Frankfurt, 1973, S. 11).

Diese Feststellung gilt auch für die ein politisches System dominierenden Integrationsparteien. Ambivalenzen und Gravamina belasten deren Selbstverständnis, stellen ihre politische Praxis und Problemlösungskompetenz in Frage, implizieren ein Abbrücken von den Parteien, weisen Defizite nach und fordern damit die Stabilität des Systems heraus. Oft gehörte Vorwürfe beinhalten folgende Punkte:

— Die Parteien erstarren zum Selbstzweck ihrer Führungskader und vollziehen eine weitgehende Verselbständigung gegenüber dem Wähler und dem Wählerwillen.

— Die innerparteiliche Demokratie funktioniert nur ansatzweise. Die Parteien verabsäumen es, im Sinne einer demokratischen Bewußtseinbildung zu wirken. Sie selbst forcieren die starke Persönlichkeit, den Führungstyp, die Leitfigur.

— Die Parteien erweisen sich als lernunwillig und unbeweglich gegenüber neu auftretenden existenziellen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen und Bedürfnissen. Sie entwickeln wenig innovative Impulse in Grundsatzfragen der Ökonomie, Ökologie und der zunehmenden, undurchsichtig verwaltenden Bürokratie, die sich demokratischen Einfluß-, Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten entzieht.

— Grundlegende Anliegen verschiedener sozialer Gruppen werden nicht nur beiläufig oder aus wahltaktischen Erwägungen vertreten. Die Parteien zeigen sich als politische Umsetzungsorgane der ihnen von Interessensverbänden und Gewerkschaften diktierten Ziele. Dies bedeutet eine klare Dominanz der wohlorganisierten Wirtschaftsinteressen gegenüber kaum repräsentativ vertretenen sozialen Allgemeininteressen und Bedürfnissen spezieller Gruppen wie Frauen, Jugendliche, Alte, Behinderte, Kranke, Wohnungssuchende, Alleinstehende, Außenseiter, Haftentlassene usw.

— Die Parteien suchen Augenblickserfolge und führen ruinös-peinliche Auseinandersetzungen um die politische Macht. Ihr Machterwerb, -erhalt und -ausbau sowie ihre Demonstration der Macht verbiegen den Bürger zu einem Instrument der Parteien, anstatt die Parteien zu Institutionen des Bürgers zu formen. Parteien üben Macht aus, anstatt den Bürger davor zu schützen. Thomas Hobbes formulierte über den absoluten Staat im „Leviathan“: Hunger nach Macht und abermals

Macht, der erst im Tode endet.

— Die Parteien entwickeln einen Monopolanspruch in der politischen Willensbildung und erweitern ihren Funktionsbereich zum Staat im Staat, indem sie sich sowohl im politischen als auch im gesellschaftlichen Leben Allzuständigkeitspositionen aufbauen. Dies löst umfassende Erwartungshaltungen gegenüber ihren Problemlösungsfähigkeiten aus. Sie werden zu Feuerwehren nicht der Notlagen der Bürger in Wohnungs- und Arbeitsplatzfragen, sondern bei vielfachen individuellen Interessen und Karriereabsichten. Enttäuschungen würden gleichzeitig das Verhältnis des einzelnen Bürgers zu seiner Partei belasten. Dies fixiert sie auf einen enormen Erfolgswang, der zu Maßnahmen führt, die häufig die eigenen Demokratieformeln verschütten und den Begriff „Partei“ zu einem negativen Symbolbegriff stempeln. Die Parteien werden nicht in erster Linie nach ihrer Politik und als politische Handlungsfaktoren, sondern nach ihren Serviceleistungen beurteilt. Hohe Parteiservice konsumierende Erwartungshaltungen schlagen unversehens in Enttäuschung, aber auch in Parteienverdruss um. Diese Form der gehegten Bürgernähe verkehrt sich in Bürgerferne.

— Die Kulminierung von Kompetenzen im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereich führt zu einer Überbeanspruchung und zur realen Utopie:

Abgeordnete hetzen mit hängenden Zungen umher, um die Termine ihrer ständig mit gesellschaftlichen und politischen Partizipationsverpflichtungen überfüllten Kalender wahrzunehmen, mit permanent schlechtem Gewissen allerdings, nicht überall gleichzeitig und gleich lang sein, sich nur für einen Teil der Sitzungen konkret vorbereiten, die Entschleunigung, Vorlagen und Pläne bei weitem nicht alle durcharbeiten zu können. Sie sitzen bei allen nur denkbaren Anlässen Repräsentationstermine ab und vernachlässigen ihre politische Arbeit.

(frei nach Fritz Vilmar, Strategien der Demokratisierung Bd. 1; Theorie der Praxis, Darmstadt, 1973, S. 154).

Diese vielleicht überzogen formulierte Kritik muß allerdings das schwierige Umfeld berücksichtigen, in dem Parteien agieren.

Integrationsparteien befinden sich auf einer ständigen Gratwanderung zwischen dem Abgleiten in die Profillosigkeit und der Gefahr, durch pointierte Stellungnahmen potentielle und angepeilte Wählergruppen zu verlieren. Sie überwinden zwar die Spannungen deutlicher Polarisierungen, verdecken aber auch leicht weiterhin bestehende soziale Unterschiede, verschiedene soziale Interessen und Werthaltungen. Es ist schwer, Unternehmer und Arbeiter anzusprechen, traditionelle Stand-

punkte über Wirtschaftswachstum zu verteidigen und der endlichen Sensibilisierung in Umwelt- und Energiefragen Rechnung zu tragen, ein christliches und liberales Welt- und Gesellschaftsbild zu verbinden, die kaum organisierten sozialen Allgemeininteressen und Bedürfnisse zahlreicher Gruppen ebenso zu vertreten wie die in Verbänden und Gewerkschaften gut organisierten Interessen der Wirtschaft. Die Notwendigkeit, heterogen eingestellten Gruppen eine politische Identifikationsmöglichkeit zu bieten, führt zu ständigen inneren Belastungen der Parteien. Je politisch bewußter und klarer ein Standpunkt vertreten wird, umso geringer erscheint seine Integrations- und Verwirklichungschance durch eine der etablierten Parteien.

Für die demokratische Gestaltung einer pluralistischen Gesellschaftsordnung, in der Wertvielfalt, komplexe ökonomische, soziale, politisch-kulturelle Ebenen, gestreute Verantwortlichkeiten und Entscheidungsinstanzen sowie internationale Verflechtungen den politischen Handlungsrahmen bestimmen, sind Integrationsparteien schwer ersetzbar. **Demokratisch aufgebaute und handelnde Parteien** erleichtern auch **demokratische Lösungen** und stellen eine wichtige Voraussetzung für die Abwehr möglicher autoritärer Entwicklungen dar. Ohne demokratische Parteien wächst die Macht der Interessensverbände und der Bürokratie. Lassen die Parteien in diesen wichtigen Funktionen allerdings aus, verklammern sie sich mit den Verbänden, Gewerkschaften und der Bürokratie zu einem starren System, zeigen sie Konzepts- und Integrationsmängel gegenüber zentralen Bedürfnissen, entwickeln sie undemokratisches, machtbezogenes Verhalten und vernachlässigen sie die innerparteiliche Demokratisierung, so bewirkt dies Unbehagens- und Unmutspotentiale, die dadurch noch verstärkt werden, weil kein geeigneter, die Parteien überwindender **demokratischer** Handlungsersatz vorhanden ist, der der Komplexität der Gesellschaftsstruktur gewachsen wäre.

Die Realität einer vielschichtigen, pluralistischen Gesellschaft kollidiert allerdings mit dem totalen Zuständigkeitsanspruch der Parteien. Ihnen obliegt damit die Aufgabe ihrer Selbstreduzierung auf ihre **wesentlichen Funktionen** in einer Parteiendemokratie, der Forcierung einer demokratischen Arbeitsstellung zwischen Parteien und anderen, in vielen Bereichen adäquateren Möglichkeiten der politischen Willensbildung durch unmittelbare Betroffene, der Neuformulierung ihrer politischen Kompetenz, der Qualitätsverbesserung ihrer Tätigkeit, einer in diesem Sinne erfolgreiche öffentlichen, bewußtseinsbildenden Arbeit,

der Entwicklung von Phantasie und Kreativität in der politischen und sozialen Bewältigung der eingesetzten Technologie und ihrer Folgewirkungen nach Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit.

BRIEF AUS DEMOKRATIA

Lieber Ludwig!

Vielen Dank für Deinen Brief. Für Eure Politik und Eure Partei hab ich mich sehr interessiert. Aus den vielen dicken Programmen, die Du mir gesandt hast, hab ich entnommen, daß Ihr Euch für die gleichen Ziele wie wir einsetzt. Ich denke da z. B. an Demokratie, Partnerschaft oder Freiheit. Das gefällt mir, wenn ich auch manches nur sehr schwer verstehe. Wieso fordert Ihr z. B. ein Mitspracherecht für Bürger Eures Staates, wenn diese ohnehin das gesamte Sprachrecht besitzen. Auch verstehe ich nicht, daß die Bürger ein Antragsrecht bekommen sollen, wo sie doch ohnehin alles entscheiden können. Und bei manchen Eurer Schriften hab ich herzlich gelacht. Ihr seid wirklich ein Volk mit Humor. Da hab ich vom „Nullwachstum“ gelesen, das ist wirklich lustig. Oder, daß der Mensch im Mittelpunkt der Politik stehen soll. Recht ulkig. Einiges verstehe ich leider nicht, das liegt aber sicher an meiner geringen Bildung. In Euren Büchern und Programmen habt Ihr so viele unheimlich komplizierte Worte. Ich bewundere Dein Volk, daß es so viel weiß. Bei uns würden sich die Menschen nicht zurechtfinden können.

Ich lese, daß in Eurem Staat 600 bis 700 Gesetze im Jahr beschlossen werden. So fleißig sind unsere Politiker nicht. Ich wüßte auch nicht, was wir mit so viel Gesetzen anfangen könnten. Die könnte bei uns kein Mensch mehr kennen. Aber Ihr seid sicher viel intelligenter als wir.

Ich bewundere Eure Politiker, daß sie an einem Tag in mehr als 10 Dörfern mit den Leuten reden können. Wieso Ihr trotzdem so viele große Plakate mit den Gesichtern Eurer Politiker braucht, das verstehe ich nicht.

Nicht schön finde ich, daß Eure Politiker so viel auf andere Politiker schimpfen. Sag Ihnen doch, sie sollen öfter miteinander reden. Verstehen kann ich auch nicht, wieso bei Euch die Politiker so viele kleine Geschenke verteilen, wenn sie vor einer Wahl stehen. Bei uns würde niemand deswegen gewählt, weil er Streichhölzer ausgibt.

Das liegt sicher noch daran, daß wir noch lange nicht so gut organisiert sind wie Ihr. Ich getraue mir's fast nicht zu schreiben, aber bei uns gibt es noch nicht einmal eine Meinungsforschung. Daher müssen unsere Politiker sehr viel mit den Menschen reden. Jetzt wirst Du auch verstehen, daß bei uns ein Politiker nicht Fußballpräsident sein könnte, weil er dann ja zu wenig Zeit für die Politik hätte. Ich bewundere Eure Politiker, daß sie so viele Ämter ausfüllen können. Ihr seid einfach in allem moderner als wir. Wir haben auch kein so großes Krankenhaus wie Ihr da in Wien habt. Die Schulen sind auch viel kleiner, auch die Autobahnen, unsere Wohnhäuser, die Betriebe, in denen wir arbeiten. Wir haben es zwar versucht mit großen Wohnhäusern, Betrieben und Krankenhäusern, aber bei uns hat es nicht geklappt. Die Menschen in unserem Land haben sich nicht zurechtgefunden damit. Aber das liegt sicher auch daran, daß wir nicht so intelligent sind wie Ihr.

Ich hoffe, daß Dich mein Brief glücklich antrifft und grüße Dich herzlich.

Dein Freund aus Demokratia



SIND DIE PARTEIEN AUF DEM WEG IN DIE ISOLATION?

Es mutet paradox an, in einem Staat, „der als Schulbeispiel eines Parteienstaates, einer Parteiengesellschaft“ (Mantl) gilt, eine solche Entwicklung zu vermuten. Ein Staat, dessen Parteien eine überaus hohe Parteidichte aufweisen und von zwei Großparteien dominiert, die mit allen ihren Verflechtungen zu Verbänden, Vorförderorganisationen und sonstigen einflussreichen Gruppen, ein Machtkartell bilden, dessen Ausläufer in beinahe alle Lebensbereiche der Gesellschaft dringen, kann sich doch kaum von der Gesellschaft isolieren!

Bei genauerem Hinsehen wird man jedoch nicht unerhebliche Entfremdungserscheinungen zwischen Bürger und politischem System feststellen können, deren Wichtigkeit — bei aller Stabilität und strukturellen Resistenz der österreichischen Machthaber — nicht zu übersehen ist.

14 Elitäre Entfremdung

Ein erhebliches Ausmaß der Entfremdung zwischen Parteivolk und -spitze korreliert mit mangelndem Demokratieverständnis innerhalb der Parteien. Im Falle der ÖVP, die sich in ihrem **Salzburger Programm** in wesentlichen Punkten zur innerparteilichen Demokratie und Partizipation „aller Staatsbürger ... an der politischen Willensbildung und Entscheidung der öffentlichen Angelegenheiten“ (4.10.1.) bekennt, wird die politische Praxis den programmatischen Grundsätzen keinesfalls gerecht.

Stirnmann stellt fest, „daß die Norm, die das Grundsatzprogramm hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie in seinen Kapiteln „Partizipation“ und „Dynamische Demokratie“ aufstellt, von der Partei selbst auf weiten Gebieten nicht oder jedenfalls nicht durchgehend angewandt wird. Daraus ergibt sich ein Identifikationsproblem der eigenen Mitglieder und ein Glaubwürdigkeitsproblem der Öffentlichkeit.“

Als besonders gravierend werden das Fehlen der innerparteilichen Interessensartikulation aufgrund einer Verkrustung/Verstopfung der Kommunikation von der Basis, das Erstarrn in Formalkonventionen und Vereinsmeierei, die Formen einer geschlossenen Gruppe annehmen, das Austrocknen der politischen Diskussion

gegenüber eher gruppenspezifischen Problemen und überhaupt der erstarrte und rituelle Charakter von Parteitage- und -sitzungen empfunden. Personalisierung statt politischer Linie und das Mißlingen der für eine offene Partei lebenswichtigen Rekrutierung schrecken engagierte Sympathisanten eher ab und haben die Tendenz zur Bildung von Funktionärs-Cliquen zur Folge, deren gruppenspezifische Interessenslage den allgemeinen politischen Problemen entweder kaum entsprechen oder nicht die nötige Priorität einräumen.

Neben diesem verhängnisvollen Isolationsprozeß entwickelt sich eine parlamentarische Elite.

„Parlamentarische Eliten waren niemals repräsentativ in einem soziostrukturellen Sinn. Der Abstand zwischen der Herkunft dieser Eliten und der Struktur ihrer Wähler nimmt jedoch im allgemeinen zu. Parlamentarische Eliten werden immer stärker. Berufspolitiker, die sich in ihrer sozialen Verankerung, in ihrer Ausbildung, daher auch in ihrem Bewußtsein entfernen. Zwischen Mandanten und Mandatäre schiebt sich eine wachsende soziale Kluft ...“ (Pelinka). Neben dieser sozialen Entfremdung wird zunehmende Kritik an den repräsentativen Institutionen hörbar. (Ifes-Umfrage: „Wichtiger als die Wahl der Abgeordneten alle vier Jahre wäre es, wenn das Volk öfter über wichtige Fragen direkt abstimmen könnte — 66%! Die Bevölkerung wünscht mehr Mitbestimmung in Einzelfragen (Umwelt 41%, Wohnwelt 40%, betriebl. Fragen 49%, berufl. Interessenvertretung 46%, Schulfragen 42%. — Bretschneider, 1979).

„Ehernes Gesetz der Oligarchie“

Robert Michels' Gesetz der Oligarchisierung von Macht erfuhre im österr. politischen System seine Ausprägung. „Politik bleibt deshalb der Kampf um Herrschaftsgebiete und Herrschaftspositionen, gewissermaßen ein Luxusgut, zumeist ein Privileg zahlenmäßig eng begrenzter Herrscherschichten“ (Krockow). Die Entwertung der Demokratie zugunsten politischer Machtansprüche, die von Funktionärseliten wahrgenommen werden, provozieren

Ohnmachtsgefühle in der Bevölkerung.

In den letzten Jahren machte sich eine Einstellung bemerkbar, die von dem Gefühl getragen ist, von Politik nicht betroffen zu sein und auch nicht eingreifen zu können. (Umfrage: Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was der kleine Mann denkt und sagt: 54%. Leute wie ich haben keinen Einfluß darauf, was regierende Politiker tun: 75%, bin nur ein kleines Rädchen im Getriebe und habe keinen Einfluß darauf, wie es weitergeht 56%. — Bretschneider). Der politische Einteilungsrahmen der Bevölkerung hat sich von den Gegensatzpaaren Konservativ-Fortschrittlich (in der VP-SP) durch die Angleichung des parteipolitischen Argumentationsfeldes entfernt und in ein Oben-Unten-Schema verwandelt. (Politische Führungsschicht und Aktivisten, privilegierte „Insider“ gegenüber einfachem „Wahlbürger“).

Partizipationsmanko

Der Monopolanspruch der politischen Parteien auf politische Willensbildung und Entscheidung scheint das in Österreich in zaghaften Ansätzen keimende Partizipationsreservoir zu ersticken.

Im Vergleich zu den anderen Industriegesellschaften nimmt Österreich eine gewisse Sonderstellung ein: „Phänomene politischer Inaktivität treten hier im allgemeinen etwas deutlicher hervor... Die politische Kultur Österreichs zeichnet sich aber nicht nur durch eine eher unterdurchschnittliche Partizipationsfreudigkeit aus, sondern damit in Zusammenhang muß auch die Tatsache gesehen werden, daß Gefühle politischer Ineffizienz, d. h. ein geringes Vertrauen in die eigene Fähigkeit, politische Entscheidungsprozesse wirksam beeinflussen zu können, sehr stark verbreitet ist“ (Rosenmayr).

Allerdings besteht ein gewisses Potential an mitarbeitenswilligen Bürgern: 48% erklären sich bereit, bei aktuellen Problemen mitzuarbeiten (Bretschneider). Auch muß mit Rosenmayr festgehalten werden, daß „sich das politische Handlungsrepertoire des Durchschnittsbürgers im Anschluß an die Ereignisse der 60er Jahre vermutlich erweitert hat: unkonventionelles politisches Verhalten bzw. politischer Protest scheinen zunehmend Eingang zu finden ... Auch zeigt sich eine relativ hohe Bereitschaft der Befragten, unkonventionelle Artikulationsformen als legitime Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen zu akzeptieren...“ Es gibt Anzeichen dafür, daß für konventionelle und unkonventionelle Beteiligung ein nicht zu unterschätzendes Reservoir vorhanden ist.

Eine Ausschöpfung dieser Kräfte — vor allem Jugendliche und Gebildete — würde ein Umdenken in allen For-

men der politischen Teilnahme erfordern, wie sie in etwa im Modell Steiermark oder pro Wien in Ansätzen vorhanden sind.

Vor allem wird von diesen Menschen ein sichtbarer Effekt ihrer Arbeit vor allem auf den Entscheidungsebenen erwartet.

Gerade weil die Parteien als „Motor“ demokratischer Entwicklung im Staate notwendig sind, „müssen sie danach trachten, ihre Wert- und Interessensbetrachtungsfähigkeit und damit ihr Problemlösungspotential zu erhalten oder wiederzugewinnen, sie müssen sich selbst dann neuen Themen öffnen, wenn sie dieses Umfeld nicht besetzen können, dürfen das Neue und noch Fremde nicht mit kompakten Mehrheiten nieder — und „hinaus“ stimmen. Die österreichische Hoffnung geht noch dahin, daß die Errungenschaft der Zweiten Republik, nämlich ein stabiles und auf wenige Teilnehmer konzentriertes Parteiensystem, mit einem Umfeld nicht parteibesetzter Bürgeraktivitäten zu einem offenen Kapillarsystem symmetrischer Kommunikation“ zu verändern (Mantl).

Derartige von zuversichtlicher Hoffnung und Einsicht getragene Vorstellungen wird man doch vor dem Hintergrund einer verkrusteten und in ihrer Starrheit in sich gekehrten, verödeten politischen Landschaft erwägen müssen.

Unglaubwürdigkeit der Politiker

Das Handeln vieler Politiker bzw. dessen Aufnahme, Einschätzung und Wertung durch die Öffentlichkeit erscheint vielen Bürgern nicht mehr glaubwürdig. Man registriert das Überwiegen des „Showcharakters des Politischen“ (Gmoser) und ist der Meinung, daß Politiker oft in der Öffentlichkeit streiten, aber hinterher schnell wieder gut Freund sind: 72%(!) (Österr. Jahrb. f. Politik). Die Widerspruchlichkeit des Parteienhandelns führte dazu, „daß viele Bürger ... sich ... von den etablierten Parteien nicht mehr richtig vertreten fühlen“ (Gehmacher). In der Tat fühlen sich 68% der Wähler von ihren Abgeordneten nur halbwegs in ihren Interessen vertreten (6% schlecht und 17% sehr gut vertreten — IFES 1980).

Eine Aufzählung aller Faktoren, die zu dieser Entwicklung führten, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht erfolgen, aber auf einige Erscheinungen sei hingewiesen: Druck der Wohlstandsicherung (Johnson): Die Sicherung des Wohlstandes als systemstabilisierende Maxime politischen Handelns zwingt den Politiker zu weitgehenden Wahlversprechen, die entsprechende Erwartungen in der Bevölkerung hervorgerufen, mit zunehmender Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage aber

nicht eingehalten werden können und Frustration, Unglaubwürdigkeit und letztlich politische Resignation in der Bevölkerung zur Folge haben.

Scheinöffentlichkeit und Scheinkonflikt (Pelinka)

Die Konfliktlinien in den Parlamenten entsprechen in zunehmendem Maße den Rollen.

So bestimmt auch die Rolle die Stellung der einzelnen Parlamentsfraktionen, deren Verhalten von „logisch deduzierbaren Interessen“ geprägt ist. „Das Gegenüber im Parlament wird so zu einem vorausberechenbaren Ritual, dessen systemstabilisierende Wirkung nur so lange aufreht bleibt, solange das Fiktive, das Theatralische solcher Konflikte nicht allgemein durchschaut wird. Solche Scheinkonflikte haben die Tendenz zur Scheinöffentlichkeit.“ Da die eigentlichen Entscheidungen entweder im vorparlamentarischen Raum oder in den nicht-öffentlichen Bereichen des parlamentarischen Raums fallen, da dies aber — wegen der systemstabilisierenden Wirkung — nicht voll eingestanden werden kann, wird das Scheinwerflicht der Öffentlichkeit ... auf sekundäre Bereiche des Parlamentarismus gelenkt. Vor allem die konsensuellen Bereiche, in denen die politischen Eliten der parlamentarischen Parteien übereinstimmen ... werden der Öffentlichkeit entzogen.“

Programmatische Unglaubwürdigkeit (Gehmacher)

Die Programme der Parteien „decken im Sinne der weltanschaulichen Integration ein möglichst breites Wählerpotential ab und reduzieren damit die Konfliktbereitschaft in Grundsatzfragen, um keine möglichen Wählergruppen zu verlieren“. Eine solche Angleichung im Programmatischen zwingt zur Auseinandersetzung auf der Ebene der Sachfragen „um so Unterscheidungskriterien zu finden, deren Qualitäten (und Künstlichkeit — Anm. d. Verf.) vom Bürger größtenteils durchschaut wird.“ Dieser politische Pragmatismus unserer „Allerweltparteien“ ist vor dem Hintergrund einer materiellen Sicherheit und Wohlstand orientierten Bevölkerung zu sehen, deren Sensibilität für programmatische und weltanschauliche Grundsätze eher gering ausgebildet ist. Dennoch sind die Parteien dem „Vorwurf des politischen Konzeptverlustes und grundlegender programmatischer Defizite“ ausgesetzt, denn in „ganz Westeuropa ist ... in den letzten Jahren ein wieder stärker werdendes Bedürfnis nach politischer Ideologisierung zu beobachten“ (Scheer), das von einer steigenden Sehnsucht nach grober politischer Identifizierung, eindeutiger Orientierung und Überschaubar-

keit der politischen Alternativen und erhöhter Empfindlichkeit für Entartungen des Systems und neuen Problemen, die außerhalb der materialistisch-pragmatischen Problembewußtseinslage u. -kapazität der konventionellen Parteien liegen, geprägt ist.

Geringe Problemlösungskapazitäten, Innovationsverlust und Argumentationslosigkeit gegenüber neuen politischen Strömungen

„Die Lösung (der) Widersprüche und Konflikte von politischen Systemen reifer Industriegesellschaften ... fordert ... ein hohes Maß an Konsensbereitschaft und vor allem die Fähigkeit zur offenen Austragung von gesellschaftlichen Zielkonflikten. Das politische System Österreichs entspricht nicht immer diesen Forderungen österreichischer Realpolitik, die an Wunscherfüllung orientiert ist (Ullram). Dies zeigt sich an einer inflexiblen Haltung gegenüber neuen Strömungen am Rande des politischen Kraftfeldes:

a.) „Postmaterialismus“ und „Neue Privatheit“.

Das Wertsystem verändert sich in Richtung nicht materieller Werte: Eine Erscheinung, die als „Neue Romantik“, „Postmaterialismus“, „Neue Privatheit“ zu umschreiben versucht wird. Für das politische System sind bei diesen Strömungen ein erhöhtes Reservoir an politischer und sozialer Teilnahme — neben stark individualistischen Grundströmungen — von Bedeutung. Es vollzieht sich ein „Übergang vom passiven Konsumenten zur aktiven sozialen, kulturellen und politischen Partizipation und eine tendenzielle Aufhebung der strikten Trennung zwischen Arbeitswelt und Freizeit. Die sozialen Konflikte werden weniger als solche der materiellen Verteilung, als vielmehr der Art und des Ausmaßes politischer Teilnahme, der Gestaltung der Arbeitsorganisation und der Werte qualitativer Lebensführung gegen politische Ziele und Steuerungsmethoden“ (Plasser/Ullram) gesehen.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Potential aktiver Bürger (nach Gehmacher ca. 14% der Österreicher — mit einem gewissen Schwerpunkt bei den Jüngeren und höher Gebildeten) von den Zielen und Praktiken konventioneller Parteipolitik eher abgestoßen und in ihre private Atmosphäre verwiesen werden.

„Man entwickelt eine vage Sehnsucht nach einem stabileren, vielleicht auch einfacheren, ruhigen Leben des „menschlichen Maßes“, ohne recht angeben zu können, wie dies aussehen soll ...“ (Bretschneider). Für eine Partei, die das Subsidiaritätsprinzip zu den grundlegenden Prinzipien sozialen Handelns erhebt, mag vielleicht von Bedeutung sein, daß 65% dieser Men-

sehen eine ausgeprägte Neigung zur Selbsthilfe vor staatlicher Hilfe aufweisen.

b.) Technologiemißtrauen, „Grüne“ Bewegung und Alternativgruppen

Bretschneider sieht in einem um sich greifenden Technologiemißtrauen die „geistige Grundlage der Grünen Bewegung“, in deren Mittelpunkt Sicherheits- und Gesundheitsrisiken der modernen Großtechnologien, Zivilisationsunbehagen, soziale Anomie und Isolation, Entfremdung der Arbeit, Sinnverlust etc. — kurzum, die sozialen, biologischen und ästhetischen Deformationserscheinungen hochtechnisierter Industriegesellschaften stehen.

Für die konventionelle Politik ist von Bedeutung, daß ein allgemeiner Glaubensverlust „an die Problemlösungskapazität der Experten, die noch vor den Politikern rangierten“ zu verzeichnen ist. Man traut den Politikern von Anfang an keine besonderen Problemlösungskapazitäten zu:

Politiker handeln erst dann, wenn die Probleme da sind: 75%. Entscheidungen lassen allzulang auf sich warten: 80%.

Durch die Identifikation der Politik mit dem wirtschaftlich-technischen System, das nach wie vor auf Expansion ausgerichtet ist, werden Politiker auch noch in dieses Experten-Technokraten-Ablehnungsfeld einbezogen; erwartet man doch von den Parteien nicht mehr eine starke Fortschrittssymbolik wie Anfang der 70er Jahre. Weite Kreise der Bevölkerung, vor allem innerhalb der Jugend, sind von dem Bewußtsein getragen, daß Fortschritt und Modernität auch ihre negativen Folgen haben. Für 60% der österr. Bevölkerung ergibt sich die Notwendigkeit, eine neue Moral zu entwickeln, um die Menschlichkeit vor ihrer Selbsterstörung zu bewahren.

Ein ausgeprägtes Umweltbewußtsein ist längst ausgebildet und die Möglichkeit alternativer Parteienbildungen nicht mehr auszuschließen (ca. 7% der österr. Bevölkerung würden eine Alternativpartei wählen).

In Anbetracht der Tatsache, daß die Entwicklung der Technologie-Skeptiker in Österreich hinter dem „Zeitgeist“ in anderen westeuropäischen Ländern nachhinkt, ist hierzu-land noch mit mehreren systemstabilisierenden Gegebenheiten zu rechnen: Die Sonderstellung Österreichs in seiner soziopolitischen Entwicklung: Österr. fällt international gesehen aus dem Rahmen und bleibt durch seine materialistische Orientierung hinter postmaterialistischen Strömungen zurück“. Die Konservativität der Jugend und eine extreme Sicherheitsorientierung der österr. Gesellschaft bewirken, „daß die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen kanalisiert und der Spielraum für „soziale Experimente“

bzw. neue Politikangebote in engen Grenzen“ gehalten werden. (Plasser/Ulram).

Die Neigung des Österreichers zu Reglementierungen durch den Staat — auch in Umweltfragen — läßt hier eine Kanalisierung durch etablierte Kräfte erwarten.

Die Beschränkung der Technologie-skeptiker auf akademische Zirkel und das Fehlen ideologischer Fundierungen trennen diese Bewegung von einer nötigen Basis in der Bevölkerung.

Korruption und Parteienfinanzierung

Korruption ist und war ein negativer Faktor politischer Kultur, es wäre „wenig zielführend Korruption in der politisch-kulturellen Dimension durch Aufhebung von Bedürfnissen und privater Interessenswahrnehmung bekämpfen zu wollen, um nur die Sorge für das Gemeinwohl von den Herzen und Hirnen der Menschen Besitz ergreifen zu lassen“ (Mantl).

Solche rigoristischen Versuche, gegen Grundgegebenheiten der menschlichen Natur vorzugehen, erweisen sich als eher unrealistisch. Der in unserem System dominante Menschentypus ist „homo oeconomicus und auf Gewinn — und Nutzenmaximierung orientiert“. Die sozio-strukturelle Beschaffenheit unseres Systems bietet eben für viele die Möglichkeit, persönliches Gewinnstreben mit Ausnutzung entsprechender Machtpositionen zu verbinden. Die Widerstände gegen das Überwuchern von Korruptionsfällen — sei es aus ethischen Motiven oder aus machtpolitischen Erwägungen, um eine Erosion der politischen Machtblöcke hintanzuhalten — werden mit dem Bewußtsein/Empfindlichkeit der Bevölkerung, der „öffentlichen Moral“, rechnen müssen. Bei der materialistischen Ausprägung und eher zu Korruptionstoleranz neigenden Einstellung des Österreichers — man denke an den weitverbreiteten Steuer-schwindel, Trink- und Schmiergeldgebrauch etc. — wird man die soziale Bewußtseinslage eher als leicht abgestumpft bezeichnen können: wird doch die moralische Reizschwelle im allgemeinen erst dann überschritten, wenn der Pleitegeier allzu schrill krächzt, der Skandal gewohnte Klatschspalten-Dimensionen besonders kraß übersteigt oder man selbst finanziellen Schädigungen ausgesetzt ist.

Ansätze zu moralischer Reaktion/Entrüstung sind zu verzeichnen bei:

- Bereicherung einzelner Politiker
- „Häufiger Folgenlosigkeit prä-tendierter Verantwortung, ihre mangelnde Realisierung, das Ausbleiben von Konsequenzen“ (Mantl) bei Korruptionsfällen
- Reduktion „der öffentlichen Moral auf die Grenz-moral des Strafrechts“ (Matzner)

• Parteienfinanzierung.

In diesem Punkt reagiert die Öffentlichkeit erstaunlich sensibel. Das betrifft vor allem die mangelnde Öffentlichkeit von Zuwendungen durch Spenden, öffentliche Aufträge mit ihren korruptionsanreizenden Bedingungen, „Seitenzahlungen“ — vor allem von Vorfeldorganisationen — und von der Ausgabenseite: Hohe Wahlkampf-kosten, deren Qualität stark kritisiert wird.

Verfälschung, Machtmißbrauch ... im Gesamten ein negatives Bild des Politikers

Der Parteienstaat Österreich räumt den Parteien große Machtbefugnisse ein, die von vielen als „Übermacht“ empfunden werden. Dementsprechend wächst auch die Gefahr des Machtmißbrauchs, da „die Nähe der Parteien zur Macht ... so groß ist, daß sie eben auch hohe Mauern überspringen können“ (Khol). Die Parteienmacht wird vom Staatsbürger als Fremdbestimmung, Herrschaftsausübung, Verteilung von Lebenschancen (Wohnung, Beruf etc.), Patronage, Protektion, Intervention usw. empfunden, im allgemeinen abgelehnt, aber infolge der nahezu totalen Machtbefugnis in eher resignativer Haltung vom einzelnen zur Sicherung seiner Lebensbedürfnisse in Anspruch genommen, ohne politisch-weltanschauliche Identifikation des Nutznießers aufkommen zu lassen. Die Umwandlung der Parteien zu sekundären Arbeitsmärkten, Wohnungsmaklern und Wohlfahrtsinstitutionen ist nahezu perfekt.

„Die Parteien, vor allem die Regierungspartei(en), sind in die moderne Arbeitsteilung mit ihren Institutionen-/Organschafts-/Repräsentationspositionen „eingezogen“ ... In der „Verfälschung“ von Politik, Verwaltung und Wirtschaft mit zahlreichen Rollenüberschneidungen und Pflichtkollisionen, in der Megalomanie von Großsubventionen kommt es zu Planungs-, Koordinations- und — besonders gravierend — Kontrolldefiziten: Nährboden für jene Großkorruption, die Österreich in der jüngsten Vergangenheit heftig bewegte“ (Mantl). Die Entfremdung des Bürgers ist eine doppelte: Undurchschaubarkeit des Großapparats als solchen und Unglaubwürdigkeit der Partei als sog. „weltanschauliche Gesinnungsgemeinschaft“, da sie in erster Linie als Apparat — neutral, undefinierbar und unpersönlich — erlebt wird.

Das Bild des Politikers bewegt sich seit jeher ins Negative.

„Was oft unter anderem Namen läuft („Staats-“ oder „Demokratieverdrossenheit“) ist in Wahrheit „Funktionsverdrössenheit“ (Mantl). Wird doch im Politiker in erster Linie die „Funktion“ und kaum die „Person“ gesehen — falls es ihm im Laufe einer

ENTSPRICHT DIE PARTEISTRUKTUR DER GESELLSCHAFTS-STRUKTUR?

scher Gesellschaften. Durch Passivierung der Staatsbürger gelingt es dem System, eine diffuse Unterstützung zu erlangen und einen offenen Ausbruch gegensätzlicher Klasseninteressen zu verzögern — die Krise zu verlängern. (Habermas)

2. Revolution. Verlust der ideellen Legitimität und rechtlichen Grundlagen führen zu gewaltsamen Umsturz.

3. Beharrung — „Dinosaurierreaktion“. Straffung, Stärkung des status quo bringe ein überdimensionales Größenwachstum, Panzerung und schließliches Zugrundegehen in der Sackgasse des Wachstums und der Starrheit mit sich (Krockow).

4. „Silent Revolution“. Unbequemer, aber doch friedlich ablaufender gesellschaftlicher Wandel durch die zunehmende Einbeziehung des Bürgers in die politische Entscheidung (Inglehart, Barnes, Kasse, Rosenmayr)

5. Reform als nichtkatastrophaler Wandel, Suche nach reformerischer Fehlerbeseitigung, Stabilisierung, Weiterentwicklung und Erneuerung des Systems (Mantl).

Unter Einbeziehung aller gegebenen Faktoren erscheinen Reform oder „friedlicher Wandel“ im günstigen und „Dinosaurierreaktion“ im schlechteren Fall als realistisch: Innerparteiliche Reformbereitschaft (Suche nach neuen, vieldimensionalen Kommunikations- und Artikulationsformen, die auch in die Parteistruktur eindringen), aktive Partizipation und Integration des politisch aufgeschlossenen Bürgerpotentials (Verwirklichung ihrer Vorstellungen bei behutsamer und effizienter Einbeziehung in das politische System könnten dieses flexibel und evolutionsfähig machen), die überaus starke Dominanz systemstabilisierender Gegebenheiten (Wohlfahrts-„Garantismus“, Sicherheitsdenken und Politik-Zufriedenheit bei Wahrung des Lebensstandards, großes Vertrauen in Autorität und Problemlösungskapazität des Staates, strukturelle Resistenz des Parteiensystems), der schrittweise Abbau diskrepanter Eigentumsverhältnisse (Eigentumsstreue) und die reformerische / demokratische Flexibilität der „liberalen Systemkonstruktion“ (Mantl) lassen die Entwicklung in eine solche Richtung vermuten.

Grundsätzlich möchte ich vorausschicken, daß diese Betrachtungen keinen Anspruch auf eine wissenschaftliche Arbeit über dieses Thema erheben, und daß ich über die o. a. Thematik nur aus meiner Sicht Betrachtungen anstellen möchte.

1. Grundsätzliches

Die Gesellschaftsstruktur hat sich in den letzten Jahren zweifellos sehr verändert. Der Bereich der unselbständigen Erwerbstätigen hat sich vergrößert, es gibt mehr Beamte, weniger Bauern, mehr Intellektuelle und eine größere Anzahl studierender Jugend. Die Arbeit wurde allgemein, und grob gesehen, eher leichter, wobei die zentrale Frage sicherlich an Bedeutung gewinnen wird: Geht uns die Arbeit überhaupt aus? Die Gesellschaft wird sich auch im nächsten Jahrzehnt in weiten Bereichen grundlegend verändern und es ist daher für eine Partei sicherlich notwendig, sich mit der grundsätzlichen Gesellschaftsentwicklung zu befassen. Eines, glaube ich, ist sicher zu beachten, daß eine Partei nur erfolgreich sein kann, wenn sich die Struktur der Gesellschaft in ihr widerspiegelt, wenn sie versucht, diese Meinungen und Programme auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Das Gleichgewicht der Parteistruktur zur Struktur der Gesellschaft wird ein ständiges Anliegen sein und immer mehr an Bedeutung gewinnen.

2. Der Kontakt mit der Basis

Die Beachtung der Gesellschaftsstruktur und ein Integrieren in alle Parteientscheidungsorgane ist primär nur über den Kontaktmann der Basis erreichbar. Wenn man nun die Kontakte zwischen der Parteiführung und den Mitgliedern betrachtet, so ist festzustellen, daß diese Kommunikation teilweise stark verkrustet bzw. unterentwickelt ist. Unterentwickelt deshalb, weil eine Zugehörigkeit zur ÖVP weder rational noch emotional erlebt wird. Das sogenannte Wir-Erlebnis tritt nicht ein, teilweise deshalb, weil die bündische Zugehörigkeit allzu sehr standespolitisch verstanden wird und andererseits auch dadurch, weil Mitglieder nicht bereit sind, das Mitzu-

tragen, „was die oben sich ausdenken oder ausgemacht haben“.

Dazu ist in weiten Bereichen auch ein großes Scheitern der Ortsparteiorganisationen zu verzeichnen, die wohl, aber eher selten, Mitgliedervollversammlungen durchführen, diese aber keine Meinungsbildung im Sinne eines Interessenausgleiches auf Ortsebene durchführen, sondern ausschließlich über geschäftsorganisatorische Punkte Beratungen durchführen sowie Entlassungen und Bestellungen neuer Funktionäre vornehmen.

Es werden nicht etwa politische Schwerpunkte und Arbeitsprogramme erstellt, sondern es wird ein politisches Referat, das ein mittlerer Funktionär meist ohne Diskussion abführt, das, ohne Widerspruch zu erregen, zur Kenntnis genommen wird, gehalten und im übrigen auf die katastrophalen Zustände, die sich innerhalb der Partei abspielen verwiesen, ohne konkrete Vorschläge oder vielleicht gar selbst die Ärmel aufzukrempeln und versuchen, es besser zu machen. Dazu ist auch festzustellen, daß diese Versammlungen schlecht besucht werden, wobei bemerkt werden muß, daß das direkte Mitglied diesen Mangel an direkter Mitsprache gar nicht erlebt und sich in der Regel bei der Durchsetzung von Ansprüchen begnügt, sei dies um einen besseren Arbeitsplatz oder um sein Wohnungsproblem zu lösen.

Dieser Mangel bringt die Ortsparteilungen oft um die Mitarbeit der ersten und politisch interessierten Mitglieder, die diese Funktionslosigkeit dieser Gremien durchschauen, sich aber nicht zu einem aktiven Protest durchdringen können und fördern damit jenen Typ des Funktionärs, der eine gewisse Platzhirsch-Hierarchie aufgebaut hat und der recht und schlecht die Kartei der Mitglieder in Ordnung hält und sonst irgendwelchen organisatorischen Krims-Krams erledigt und seinen Einfluß auf die nächsthöheren politischen Entscheidungsebenen dann begräbt, wenn er seinen Aktivitätsdrang für sich abgeschlossen hat.

3. Austrocknen der politischen Diskussion

Immer mehr wird ein Fehlen der politischen Diskussion bemerkt, allgemein werden nicht politische Fragen behandelt, sondern Probleme eher sekundärer Natur. Die wichtigen Fragen einer Parteilinie oder einer Strategie werden fast nur in Form von Raunereien und Meckereien über belanglose Dinge behandelt. Vor irgend einem konstruktiven Entschluß wird bereits eine kräftige Resignation signalisiert, die dann darin endet, daß man doch denen da oben, die ja eh sowieso zuviel verdienen, alles überlassen soll.

Dieses Problem ist nicht neu und bereits relativ früh erkannt worden und wurde vor allem bei der damals durchgeführten politischen Grundsatzdiskussion behandelt. Die Parteibasis und vor allem der breite Funktionärskader haben diese Diskussion, die eine zentrale Schlüsselfrage für uns ist, nicht mitgemacht. Unter dem Titel „zu was brauchen wir das“ wurde eine Verdrängung vorgenommen, wobei aber auch festgestellt werden muß, daß eine breite politische Diskussion, welche über organisatorische und personelle Probleme hinausgeht, und die von grundsätzlicher Natur ist, von der Partei noch nicht aufgenommen wurde. Als Alternative dazu wurde und wird immer mehr die Personaldiskussion forciert und dient somit mangels anderer Alternativen als Ersatzventil, wobei ein Funktionär nicht anhand der politischen Vorstellungen oder Programme oder von Erwartungen über sein politisches Handeln bewertet wird, sondern nur allzu oft nach seinem Auftreten, seinen persönlichen Beziehungen einem abstrakten Publikum präsentiert wird, das ihm je nach Zahlungsbereitschaft auch einen entsprechenden Applaus spendet. Kein Wunder, daß diese Personaldiskussion viele Enttäuschungen für die Partei, aber auch für viele Funktionäre gebracht hat, die wiederum ins zweite oder dritte Glied zurückmarschiert sind und sich dort recht und schlecht um die interne Organisation

der Partei kümmern, die zwar wichtig, aber politisch nicht entscheidend ist, außerdem auf einem Niveau geführt wird, welches der Personaldiskussion ähnlich ist.

4. Kraftfeld — gesunde Rivalität

Über politische Diskussionen und Behandlung von Sachproblemen, die an sich immer eigene Kraftfelder darstellen, sollte über die Funktionäre eine gesunde Rivalität bei der Darlegung der Standorte erreicht werden. Diese Rivalität sollte für die Partei genutzt werden und zu zusätzlicher Aktivität im Sinne der Gemeinschaft und nicht zur Frustration führen. Die Nutzbarmachung dieser Rivalität unter den Funktionären, die eine bestimmte Gesellschaftsschicht repräsentieren, muß zweifellos stärker forciert werden und sollte durch die Mitglieder der Partei auch stärker in Anspruch genommen werden. Die primadonnenhafte Empfindlichkeit sollte durch rasches Auswechseln einzelner einen neuen Weg aufzeigen und wiederum Ansporn sein, daß nichts ewig ist, sondern alles vergänglich.

5. Orientierung an Grenzwählern — Allwelt-Partei

Immer mehr wird ein angstvolles Schielen nach Grüppchen und Gruppierungen, die außerhalb der Parteien stehen, beobachtet, allzu oft ist man bereit, um auch diese Gesellschaftsschichte zu umfassen und zu integrieren und von den Parteilinien, den Programmen, abzugehen und somit als nicht linientreu und in erster Linie konsequent auch nicht glaubwürdig dazustehen. Den umgekehrten Weg zu gehen, jene Gruppen und Gruppierungen von der Problematik her zu überzeugen, diese miteinzubinden und von der Parteilinie zu überzeugen, wäre angebrachter und standhafter.

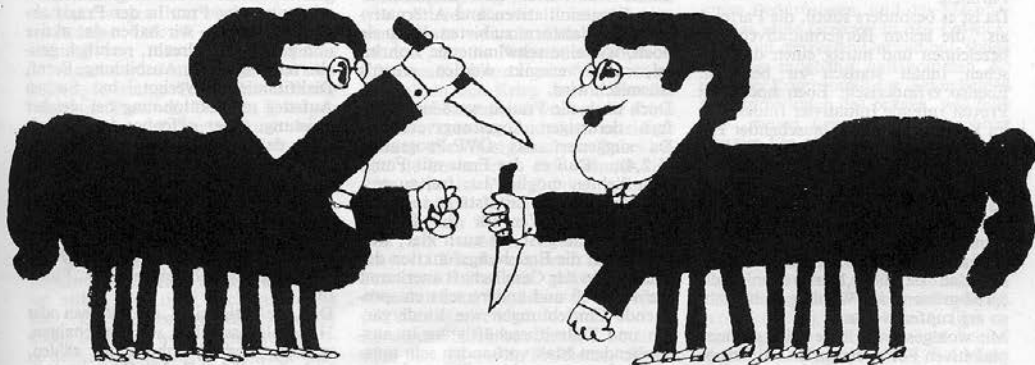
Eine Orientierung an Grenzwählern hat noch immer eine Schwächung der pragmatischen Profilierung mit sich gebracht. Das richtet sich nicht gegen grüne und grün-blaue oder grün-gelbe,

sondern richtet sich in erster Linie gegen uns selbst, den eingeschlagenen Weg pragmatisch überzeugend zum Wohle einer gesellschaftsumfassenden Politik weiterzugehen.

6. Parteitage

Parteitage sind üblicherweise reine Aklamationsveranstaltungen, wo keine Diskussionen mehr über grundsätzliche Unterschiede in der Auffassung der politischen Linie gehalten werden. In der Regel werden fernsehgerechte Reden und Anträge eingebracht, die vorher mit der Parteiführung abgesprochen sind, hingegen werden Anträge und Zusatzanträge, die nicht mit der Parteileitung abgesprochen sind, als störende Ausnahmerecheinungen disqualifiziert. Das führt auch dazu, daß ein weitgehendes Desinteresse sowohl der Massenmedien als auch der Mitglieder besteht, wo keinerlei Aufbruchstimmung zu verzeichnen ist, mangels nicht schon vorher bekannter kaum vorhandener Neuerungen. Parteitage sollten daher wiederum mit allen Gesellschaftsschichten umfassenden politischem Inhalt gefüllt werden. Sie sollten vor allem der wirtschaftlichen Veränderung Rechnung tragen und nicht das tatsächlich Machbare, sondern das politisch Nutzbare zum Ausdruck bringen. Parteitage sollten daher sehr stark zukunftsorientiert sein, dazu sind Alternativen sowohl im personellen als auch im sachlichen Bereich erforderlich. Sie sollten dazu benutzt werden, Ideen an die Öffentlichkeit zu bringen, langfristige Zielprojekte zu formulieren und zu diskutieren.

Parteitage sollten aber auch dazu benutzt werden, zu dokumentieren, welche breite Gesellschaftsschicht in einer Partei vertreten ist, die sehr wohl in der Lage ist, ihre unterschiedlichen Interessen zu artikulieren und diese darzulegen und daß auch die Möglichkeit besteht, diese in ein zukunftsorientiertes Programm einzubinden und Ansätze der Verwirklichung zu demonstrieren.



BEDÜRFNISSE DER FRAUEN IN DER POLITIK

Wer oben ist
will nicht
daß sich etwas ändert
wer reich ist
will nicht
daß sich etwas ändert
wer glücklich ist
will nicht
daß sich etwas ändert
wer unten ist
will hinaufgelangen
wer arm ist
will reich werden
wer unglücklich ist
versucht
glücklich zu werden
wer nicht nachdenkt
ist zufrieden
wer will
daß alles gleichbleibt
denkt nicht nach
wer will
daß sich etwas ändert
wird überstimmt.¹⁾

Immer dann, wenn Änderungen spürbar oder gar schon sichtbar werden, hat unsere Gesellschaft — und hier wieder die Mächtigen in ihr — sehr subtile Formen entwickelt, diesen Änderungen zu begegnen. Protest, der Änderungen einleiten könnte, wird entweder vorweggenommen oder mit milden Worten eingeschlafert. Protest, Konflikte, Änderungsbegehren oder -ansätze werden abgekauft, abgegolten. Teilforderungen, jene vor allem, die die eigene Macht nicht gefährden, werden befriedigt, Symptome werden behandelt, Ursachen bleiben.

Kanalisation

Bürgerinitiativen sind häufig Reaktion auf unflexible und unzureichende Strukturen im politischen System, in erster Linie auf Fehlverhalten und Versagen (oder ein Zuspätkommen) der Parteien.

Da ist es besonders subtil, die Parteien als „die ersten Bürgerinitiativen“ zu bezeichnen und hurtig einen dynamischen Inhalt statisch zu besetzen. Ebenso erfinderisch: Eben noch laut Protest rufende Initiativler finden sich im Kreis aufmerksam lauschender Politiker wieder als gutbezahlte Experte und Politikberater in öffentlichen Bauangelegenheiten wieder.

Es ist gewiss mehr als die Sympathie zur Farbe „grün“, wenn plötzlich die Parteien rot-grüne, blau-grüne, schwarz-grüne sind. Eines erhoffen sie, daß sie die „Nur-grünen“ sind, „Teil-grünen“ am Wahltag nicht mehr so arg rufen werden.

Mit wohlgesetzter Rede oder schönen plakativen Formeln werden die Frauen von Parteien abgefertigt. Auf Umsetz-

barkeit hatte doch bei Programmen noch niemand gedrungen. So spricht also die ÖVP im Salzburger Programm von 1972 im Abschnitt „Frau und Mann“ (der übrigens — ob seiner Platttheit? — in die sogenannte „Alltagsversion“, besser Banalversion, keinen Eingang gefunden hat, sondern sich dort gleich als „Partner in der Familie“ liest): „Vom Mann als Partner der Frau wird erwartet, daß er in allen Lebenssituationen der Gleichwertigkeit der Frau positiv gegenübersteht.“ Hoch gesteckt sind die Erwartungen an den Mann ohnedies nicht: Gleichwertigkeit heißt noch lange nicht Gleichberechtigung. Positiv gegenüberstehen heißt nicht einmal, den eigenen Standort zu verlassen. Und Partner-Sein (offenbar sind Mann und Frau nur aus dieser Partnerschaft heraus definierbar?) heißt noch nicht einmal, die eigene Rolle zu hinterfragen. Und wer dann, trotz Kapitel 5,2, noch immer aufmucken möchte, den verweist man auf die Papiere „Frau in der Gesellschaft“, vorgestellt am 2. 2. 1979, und auf den zum Diskussionsentwurf herabgewürdigten Text aus 1980/81: „Eine bessere ÖVP-Politik für die Frau“. Aufmerksamkeit genug für die Frauen, oder nicht?

Entschädigung, Abgeltung

In den Kulturbudgets von Kommunen und Ländern finden sich häufig Summen zur Subventionierung von Alternativenveranstaltungen und -projekten. Zeichen dafür, daß kulturelle Vielfalt nicht nur Lippenbekenntnis bleibt? Oder Gegengas für Ruhighalten, wenn schon nicht Integration? So wie staatliche Kulturförderung oft hart in die Nähe zur Belohnung von Wohlverhalten gerät. Mißtrauisch stimmt den wachen Beobachter auch die Bereitschaft von Partei- oder Stadtzeitungen, Bürgerinitiativen und Alternativen eine Plattform zu bieten. Kann sie doch, wie eine schwimmende Bohrrassel, rasch versenkt werden, wenn's stürmisch wird.

Doch auch die Frauen werden zu Opfer derartiger Abgeltungsversuche. Da suggeriert das ÖVP-Programm (5,2,4), „Daß es der Frau mit Familienpflichten möglich ist, frei zu entscheiden, ob sie berufstätig sein will oder nicht.“ Wer für die Familie hauptzuständig ist, ist auch klar, weil „einerseits die Erziehungsfunktion der Mutter von der Gesellschaft anerkannt werden muß und andererseits entsprechende Einrichtungen wie Kindergärten und Teilzeitbeschäftigung in ausreichendem Maß vorhanden sein müssen.“ Denn immerhin will man in der

ÖVP, „daß die Frau als Hausfrau und Mutter ebenso Anerkennung findet wie die berufstätige Frau“. Mir tun die Väter leid, denen diese Anerkennung verweigert wird. Und irgendwie meint man bei der Lektüre dieses Abschnittes, den Ruf nach dem Vergolden der Käfigstäbe — mit Wahlmöglichkeit, ob gerade oder gekrümmt — zu hören: Es klingt im extrem nach der Belohnung für weibliche Fortpflanzungsbereitschaft (Mütterehre; wann endlich schlagen wir eine Auszeichnung für männliche Zeugungsfähigkeit vor?) oder es klingt nach Hausfrauen- und Müttergehalt. So, wie sich der Betrieb von der Anstellung Behinderter „freikaufen“ kann. Bedauerlicherweise hat sich auch im „Diskussionspapier“ 1981 nichts geändert: Sollte die Frau eine Berufskarriere anstreben, habe sie Berufs- und Familienplanung aufeinander abzustimmen. Merk's wohl — und stimme ab!

Daß die Staatssekretärinnen in der SPÖ-Regierung die breite weibliche, nie bis zu höheren Funktionswürden emporsteigende Parteibasis (— was sie mit jener der ÖVP weitgehend gemeinsam hat) ruhighalten sollen, ist gewiß nur Gerücht.

Stillhalten durch Oberflächenkosmetik

Die Bilanzen unserer Wohlstandsgesellschaft machen es deutlich: Wir sanieren Fehlentwicklungen im nachhinein, schaffen es nicht mit unseren derzeitigen Denkweisen und Lebensmodellen, ihnen zuvorzukommen. Auch die Finanzspritze ist keine Impfung gegen Alkoholmißbrauch und Drogensucht, gegen Selbstmord, Gewalttat und psychosomatische Krankheiten; Einsamkeit wird auch in hübschen Altersheimen nicht weniger einsam. Und eine kaputtgemachte Umwelt regeneriert sich auch durch ein Beharren auf dem Verursacherprinzip nicht in dem Tempo, in dem sie kaputtgemacht wurde. Verbale Prinzipienreue ist eine Sache, Gefälligkeiten und Ausnahme-genehmigungen (von Betriebsstätten-genehmigungen bis zur Baulandwidmung) sind eine andere. Aber alles im Rahmen der Gesetze! Legal ist auch der Hintergrund, voll mit Gleichheitsgrundsätzen, vor dem sich die Diskriminierung der Frau in der Praxis abspielt. Gewiß — wir haben das aktive und passive Wahlrecht, rechtlich gesicherten Zugang zu Ausbildung, Beruf, Diskriminierungsverbot in Sachen Aufstieg und Entlohnung bei gleicher Leistung. Aber offenbar ist die Leistung der Frauen etwas weniger gleich. Woher kämen sonst die Einkommensunterschiede, die sich zwischen 1953 und 1979 zwischen Frauen und Männern von damals 48 auf jetzt 58 Prozent erhöht haben? Die Frauen sind halt in Niedriglohnbereichen, die Männer in Hochlohnbereichen tätig. Punktum.

Daß alle Tätigkeiten, die mit Frau oder Haushalt assoziiert werden könnten, zu den Niedriglohnbereichen zählen, ist bedauerlicher Zufall. Er endet dort,

wo die Professionalisierung exquisiten Charakter erhält: Der Nobel-Küche steht ein Chefkoch, doch keine Köchin, vor; im Salon komponiert der Couturier, doch keine Schneiderin; und im Chefszimmer sitzt der Chefredakteur, keine einfache Redakteurin, die noch dazu selbst tippen kann. All das hat nichts mit Diskriminierung zu tun. So wie es ein fast naturgesetzlicher Sachzwang ist, daß die Frauen als erste ihren Arbeitsplatz loswerden (wie Gastarbeiter), wenn Betriebe zusperrten. In der Bundesrepublik Deutschland schreit die „Ungleichheit vor dem Gesetz“ noch lauter: Gegenüber 1971 ist die Zahl der arbeitslosen Frauen im Jahr 1980 um 449% gestiegen, die der arbeitslosen Männer „nur“ um 323%. Wer sich mit den Segnungen formaler Gleichheit nicht zufriedengibt und jene vor dem Gesetz durch eine durch das Gesetz ergänzt sehen will, schmälert die Leistungen der Fleißigen, will nivellieren, ist ein Linker. Als Frau: eine Emanze, Suffragette, ein Flintenweib, eine Feministin. Sei legal ungleich und ruhig!

Frau ist nicht Frau — aber betroffen sind alle

Einer der Fehler, den Frauenbewegung, Frauenzeitschriften, aber auch Teile der Literatur machen, besteht darin, die Frau als Frau schlechthin zu sehen. Als mache es keinen Unterschied, ob es sich um eine alleinlebende jüngere oder ältere Frau handelt — die übrigens im ÖVP-Frauenkonzept keiner Erwähnung würdig waren. Oder, ob es eine geschiedene, verwitwete oder nie verheiratet gewesene Mutter ist. Oder eine berufstätige Frau mit Familie oder nur Mann oder eine Frau mit Familie ohne Beruf. Ganz zu schweigen von den Unterschieden, die sich aus Schichtzugehörigkeit, Region und Milieu ergeben. Dennoch haben selbst diese etwas verkürzenden Ansätze in einem Punkt recht: Was immer in unserer Umwelt sich ändert, was immer an Wandlungen in Bewußtsein, Wissen und Werten eintritt, es sind alle betroffen. Frauen sogar noch stärker als Männer und zwar nicht weil ihre Muskeln angeblich andersrum gestreift sind oder wegen ihrer biologisch anderen Anlagen,²¹ die oft genug zur Legitimierung von männlicher Dominanz mißbraucht wurden. Vielmehr hat eine jahrhundertlange Tradition der Erziehung zum Passiven, Dulden, Ertragen sie stärker sensibilisiert. Auch wenn hier die Umwelt mildern (aber auch verstärken) könnte.

Kommunikationswissenschaftler, Politologen, Soziologen und Psychologen haben oft auf die Trennung ehemals zusammengehörender Lebensfunktionen hingewiesen: Wohnen, Arbeiten, Freizeit finden fast nirgendwo mehr am selben Ort oder auch nur nahe statt. Die aufgezwungene Mobilität kostet Männern wie Frauen oft mehrere Stunden vergeudeter Fahrzeit und Nerven. Nun wird eine alleinlebende

berufstätige Frau den hauptsächlichsten Bekanntenkreis dort aufbauen, wo sie die hauptsächlichste Zeit zubringt — rund um die Arbeit. Im Krisen-, Krankheits- oder Notfall kann das in der Wohnumwelt Isolation, Hilflosigkeit bedeuten. Jedenfalls Belastung für andere, da die unmittelbare Nachbarschaft dann nur selten funktioniert. Bekannt sind auch die Spott- und Zerrbilder der „grünen Witwen“ (was mit der Öko-Bewegung nichts zu tun hat) am Stadtrand, deren Schicksal ohne Zweifel ein paar Gedanken mehr wert wäre. Etwas bewußt sind schon die zwischen Wohnung, Kindergarten, Schule, Kaufhaus, Partei (?) und Arbeitsplatz rasenden Hausfrauen und Mütter. Wobei davon — verkürzend, gewiß — ausgegangen wurde, daß der Mann im ÖVP-Programm-Auftrag seiner gleichwertigen Partnerin bloß positiv gegenübersteht und keinen Finger zum Helfen oder Mitverantworten rührt. Die übrigen denkbaren Facetten des Frau-Seins in unserer Gesellschaft sind leicht ausdenkbar — umso schwieriger ist es, eine Politik für die Frau zu machen. Die Konsequenz müßte heißen, daß die Frauen selbst, die am besten ihre Situationen kennen, am Entwurf der neuen Gesellschaft (nicht eines neuen Frauenbildes oder einer anderen Teilwirklichkeit) mit den Männern beteiligt sind.

Verändertes Wissen — veränderte Werte

Auch wenn erwiesenermaßen die steigende Bildungsbeteiligung von Mädchen nach wie vor überwiegend die oberen und mittleren und nicht die unteren Sozialschichten erfaßt,²² so haben Bewußtsein und Wissen der Frauen in allen Schichten über ihre eigene Situation und über die Umwelt zugenommen. Auch wenn nicht alle ihre Betroffenheit und ihre Einstellung dazu in gleicher Weise artikulieren wollen, dürfen oder können.

Die Funktion der Medien, aber auch der (Frauen-)Gruppen, die soziales Lernen ermöglichen, ist nicht zu unterschätzen. Spontaneität im Handeln und die breite Dimension im inhaltlichen Zugang zeigt die Südtiroler Initiative „Frauen für den Frieden“. Ausgangspunkt war die Erfahrung, daß Männer, um die Frauen und Kinder zu schützen (und ihre eigene Macht zu erhalten), in den Krieg zogen. Dies als Vorwand enttarnend wollten die Frauen zuvorkommen und das Verteidigtwerden überflüssig machen. Dabei haben sie beobachtet, daß Männer sich stets selbst im Weg standen, wenn sie mittun hätten sollen: Ihre Zugehörigkeit zu einer Partei hat die Kooperation mit anderen unerträglich erschwert. Die Konsequenz: eine reine Fraueninitiative mit globalem Ziel, aber durchaus lokalem und jedenfalls parteiübergreifendem Ansatz.

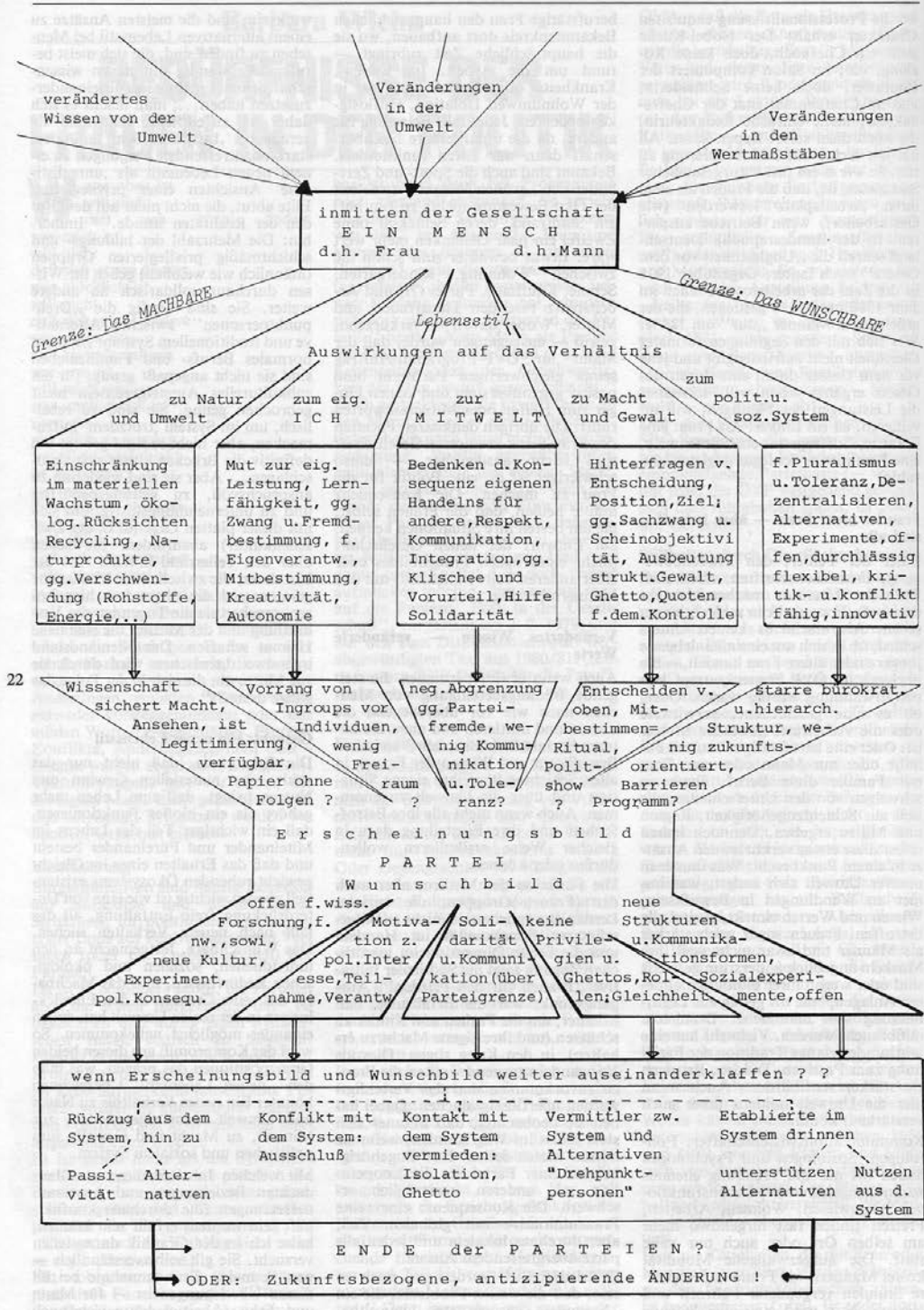
Es wird freilich vorderhand noch so sein, daß die weiten Probleme, die ein „besonders ausgeprägtes Umweltbe-

wußtsein, und die meisten Ansätze zu einem alternativen Lebensstil bei Menschen zu finden sind, die sich meist berufsmäßig ständig mit neuen wissenschaftlichen Ergebnissen auseinandersetzen haben...; man macht es sich daher viel zu einfach, wenn man die gerade bei „Intellektuellen“ besonders stark anzutreffenden Neigungen zu einem neuen Lebensstil als „unrealistische“ Ansichten einer privilegierten Elite abtut, die nicht mehr auf dem Boden der Realitäten stünde.“²³ Immerhin: Die Mehrzahl der bildungs- und schichtmäßig privilegierten Gruppen (männlich wie weiblich) geben ihr Wissen durchaus solidarisch an andere weiter. Sie sind häufig die „Drehpunktspersonen“²⁴ zwischen Alternativen und traditionellem System: „Für ein normales Berufs- und Familienleben sind sie nicht angepaßt genug, für ein subkulturelles Aussteigerdasein nicht gebrochen genug. Sie sind zu rebellisch, um im System ‚trotzdem‘ mitzumachen, aber nicht radikal genug, um definitiv die Brücken hinter sich abzuschlagen... Aber sie sind wiederum zu anspruchsvoll, zu geltungsbedürftig und zu unternehmungslustig, um sich mit dieser platten Lage (d. h. der Zwischenkultur) abzufinden. Sie sehen über den Tellerrand hinaus. Aus der Not derer, die zwischen die Mühlsteine geraten und die nirgendwo hingehören, machen sie die Tugenden der Vermittlung und der Mittler, die eine neue Heimat schaffen. Das Niemandland irgendwo dazwischen wird durch sie zur Mitte, um die sich in der Folge das ganze dreht.“²⁵

Gesucht: Ein neuer Lebensstil

Die Erkenntnis, daß nicht nur das zählt, was materiellen Gewinn und Nutzen bringt, daß zum Leben mehr gehört als ein bloßes Funktionieren, daß ein wichtiger Teil des Lebens im Miteinander und Füreinander besteht und daß das Erhalten eines im Gleichgewicht ruhenden Ökosystems existentiell ebenso wichtig ist wie eine von Unterdrückung freie Entfaltung, all das läßt nach neuem Verhalten suchen. Das Wünschbare, festgemacht an den individuellen, sozialen und ökologischen Bedürfnissen, und das Machbare, das seine Grenzen in den Entwicklungen in der realen Umwelt hat, sollen einander möglichst nahekommen. So wird der Kompromiß aus diesen beiden Grenzpositionen das prägen, was man den „neuen Lebensstil“²⁶ bezeichnen könnte: Ein neues Verhältnis zu Natur und Umwelt, zum eigenen Ich, zur Mitwelt, zu Macht und Gewalt, zum politischen und sozialen System.

Mit welchen Inhalten diese neu überdachten Beziehungen und Auseinandersetzungen (die durchaus konflikthaft sein werden) erfüllt sein können, habe ich in der Grafik darzustellen versucht. Sie gilt selbstverständlich — was ja meine Grundannahme bei all diesen Überlegungen ist — für Mann und Frau. Aber es hätte sich auch



Frauenspezifisches anführen lassen, etwa:

- ein aufgrund wissenschaftlicher Forschung stärkeres Hinterfragen der „biologischen“ Argumentation,
- die Nutzanwendung der Erkenntnisse über ökologische Verträglichkeit von Verhalten und Produkten,
- die zunehmende Bedeutung des Lebens in und mit der Natur,
- die Kooperation von Frauengruppen mit Wissenschaftlern bzw. Wissenschaftlerinnen;
- Möglichkeiten der Weiterbildung in Lerngruppen, Frauengruppen, Selbsthilfeorganisationen, durch Kommunikationstrainings,
- Prüfung des eigenen Verhaltens auf Klischees und Vorurteile, auf unkritisches Nachsagen,
- die Problematik der Selbstverwirklichung auf Kosten anderer (oft wieder Frauen: Oma, Nachbarin, Kindergärtnerin, Tagesmutter ...),
- Kreativität von Frauen, Kulturverhalten und -verständnis,
- Zusammenschluß zu überparteilichen Aktionsgruppen mit globalem Ziel: Friedensgruppen, 3. Welt-Aktionen, Solidaritätskomitees ... aber auch mit lokalem Inhalt: Bürgerinitiativen im Kommunalbereich, Nachbarschaftsgruppen,
- Solidarität mit Randgruppen: Alkoholikerinnen, Suchtkranke, Behinderte, Gastarbeiter;
- Machtbrechen durch gewerkschaftliche Organisation, Übertragen gewerkschaftlicher Mittel auf andere Bereiche (Parteien ...), durch Protestaktionen (gegen Mißbrauch in der Werbung, strukturelle Gewalt ...)
- Selbstschutzmaßnahmen: Frauenhausbewegung, Frauenpublizistik, Frauenkultur ...
- gemeinsame Aktionen gegen Mißbrauch von Amtsbefehl (Schule ...),
- Eintreten für Beseitigung von Klischees in Schulbüchern, Lernbehelfen und Unterrichtsprojekten,
- für kulturelles Verhalten-Lernen neben dem Anhäufen von Faktenwissen, für politische Bildung, für Zusammenhängen,
- Schaffung von dezentralen Kleingruppen, Bemühen um Dezentralisierung auch in der Verwaltung und Politik, Engagement in Bürgerinitiativen und Alternativgruppen, Praktizieren der verfügbaren Mittel der direkten Demokratie,
- gegen Sozialtechnologie und Spezialisierung unter Verlust der Zusammenhänge.

Partei — lernunfähig oder lernunwillig?

Erinnern wir uns der traditionellen Funktionen der Parteien — in Form der Rekrutierungs- und der Kommunikationsfunktion⁹⁾ — dann läge nichts näher, als die Verwirklichung dieses neuen Lebensstils und der

globalen Anliegen im Rahmen und im Wege der Parteien zu versuchen. Sie stehen als Institutionen ja mitten in diesem sich wandelnden Umfeld und sollten diesen Veränderungen durchaus Rechnung tragen können, indem sie ebenso wie das Individuum vorwiegend lernen. Um dem „menschlichen Dilemma“¹⁰⁾ zu entgehen, müßten sie auf die neuen Fragen eingehen, ihre Strukturen den Orientierungen der Menschen anpassen, über den materiellen und lokalen Ansatz hinausweisen in die Komplexität immaterieller und globaler Zusammenhänge. Müßten sie. Sollten sie. Meint man.

Aber die Parteien stellen sich dar als durchaus bürokratisch-hierarchische Institutionen,¹⁰⁾ mit einer genau festgelegten Autoritätshierarchie, einer Kommunikation von oben nach unten im Einwegverfahren, einer geregelten Arbeitsteilung (Abweichungen sind selten gewollt — und nicht Zeichen von Durchlässigkeit, sondern menschlicher Schwäche), einem System von Regeln und Richtlinien, das die Rechte und Pflichten der Mitglieder festlegt und mit relativ genau festgelegten Verfahrensweisen für die Aufgabenerfüllung. Zu den bürokratischen Elementen kommt noch eine Art sozialer Druck, der bis in die Privatsphäre reichen kann.

„Ob jemand in einer katholischen Gegend geachtet wird, weil er in der Fronleichnamsprozession fehlt oder in einer sozialistischen Umwelt als ‚Klassenfeind‘ denunziert wird, weil er nicht an der Mai-Parade teilnimmt, macht gewiß vielerlei Unterschiede, aber beides sind Konsequenzen, die sich aus der Nichtachtung der herrschenden Symbolismen ergeben.“¹¹⁾

Freiräume, ganz im Wortsinn, für ein Ausbrechen aus diesem formelhaften Verhaltenskostüm, sind spärlich und kaum erwünscht, da weitgehend unkontrollierbar: „Gänge, Flure, Vorzimmer, Treppenhäuser, Begegnungen im Zug, zufällige gemeinsame Anfahrten sind Orte, wie Austausch entstehen kann, weil keiner der Kontrahenten dem Symbolzwang der geschlossenen Ordnung unterliegt, die ihn von außen trennt. Die wahren ‚Stätten der Begegnung‘ sind die Zwischendurchs und Zwischendrins, die Zwischenräume und Zwischenzeiten der Praxis“.¹²⁾ Daß die Kommunikation über die Parteigrenzen hinweg auf der obersten Führungsspitze nicht nur erlaubt, sondern ritualisiert gelehrt wird, ist bekannt. Ebenso auch, daß vergleichbare Kontakte mit mittleren Management der Parteien oder zwischen Nurmilitären, wenn sie nicht genehmigt oder angeordnet sind, oftmals mit dem Hinweis auf Loyalitätsgrenzen getadelt werden. Denn ideologische Grenzen, wenn schon nicht Feindbilder und Klischees, müssen ja angeblich schon aus Marketing-Gründen¹³⁾ erhalten blei-

ben. Auf der kommunalen Ebene aber wird die Partei janusköpfig: „Sie ist einerseits Träger lokaler Politik, paßt sich den dort verbreiteten Verhaltensweisen an und neigt dazu, ihre eigene Parteilichkeit zu verleugnen. Andererseits ist sie Teil der überörtlichen Parteioorganisation und muß im Hinblick auf die ‚große Politik‘ den Bürgern spezifisch parteipolitische Kriterien für ihre Wahlentscheidung vermitteln.“¹⁴⁾ Was den Kommunikationsauftrag angeht, präsentieren sich die Parteien in der Realität häufig anders als es der Theorie nach sein sollte. Sie sollten ja Wünsche, Anliegen, Probleme bündeln und zu politischen Konzepten und Programmen formulieren. In Wahrheit laufen die Informations- und Kommunikationsprozesse umgekehrt, sind also Informationsausgaben, so daß die große Gefahr der Öffentlichkeitsarbeit der Parteien (und der Parteipresse) darin liegt, „daß ihre Informationsvermittlung und Meinungspflege nur die eigenen Mitglieder und Anhänger erreicht und damit einen rein innerbetrieblichen Charakter behält.“¹⁵⁾

Übertriebene Binnenorientierung lähmt aber die Fähigkeit der Partei, sich auf neue Inhalte einzustellen, auf neue Bedürfnisse und Ansprüche der Menschen zu antworten. Da jede Erneuerung der Organisation ein Öffnen des Blickes und ein Aufbrechen der Grenzen voraussetzt, eine größere Durchlässigkeit auch im Inneren durch ein Niederbrechen innerer Barrieren, muß eine starr bleibende Partei zwangsläufig aushungern. Die Betrachtung der Welt vom Kirchturm der eigenen Position und eine ständige ängstliche Abgrenzungs-„neurose“ werden nicht ausreichen, Anhänger rund um die Partei zu scharen.

Globale Anliegen, Wertfragen, langfristige Ziele, Identitätssuche können nicht mit Statutendiskussionen oder Neuauflegen alter Papiere beantwortet werden. Die Parteien werden nachweisen müssen, ob sie aufgrund verfeinerter Strukturen (oder personeller Fehlhaltungen) nicht lernfähig oder aus Sorge um die eigene Existenz und die der Funktionärsschicht nicht lernwillig sind.¹⁶⁾

Ein paar Wünsche einer Frau an eine Partei

Wie ich mir den neuen Lebensstil, selbst jenen in der „Zwischenkultur“, vorstelle, habe ich zu skizzieren versucht. Auch, wo meiner Ansicht nach die Fehler der Parteien allgemein — und natürlich der ÖVP im speziellen — liegen. Wenn die Partei noch immer die Einrichtung sein will, in der Politikentwicklung — und nicht bloß Administration und Repräsentation — stattfindet, dann muß sie sich meiner Ansicht nach fundamental ändern.

- Ich wünsche mir eine Partei, die ein

klare Zielbild von der Zukunft gemeinsam mit der Basis erarbeitet hat und Alternativen in der Zielerreichung bejaht.

Das Handeln in der Gegenwart muß sich aus dem Bild von der Zukunft entwickeln und ableiten lassen, nicht Ergebnis des Fortschreibens der Vergangenheit (oft im allzuwörtlichen Sinn: in der Form des Umschreibens und Fortschreibens alter Papiere) sein.

● Ich wünsche mir eine Partei, in der der politische Prozeß der Ideenfindung und der Suche nach Umsetzungsstrategien mindestens so hoch eingeschätzt wird wie das Produkt.

Wer den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß nicht zur Alibi-farce degenerieren will, kann nicht zulassen, daß gemeinsam erarbeitete Ergebnisse durch Autoritätseinsatz unterlaufen werden: Wo im Interesse der dynamischen Programmentwicklung Veränderungen nötig sind, sollen möglichst die von Anfang an Beteiligten auch an der Änderung mitwirken. Am Meinungsbildungsprozeß nicht teilnehmen und sich danach als Korrekturinstanz einzuschalten, grenzt an Arroganz. Diese „Arroganz der Mächtigen“ haben auch die Autor(innen) des vermeintlichen Programms „Eine bessere ÖVP-Politik für die Frau“ zu spüren bekommen, als ein bis dahin unbeteiligter Mächtiger zum Rotstift griff, es sprachlich — und auch im politischen Pluralismus — „säuberte“, bis es nun als „Diskussionsgrundlagen-Rumpf“ vorliegt (den an der Konzepterstellung beteiligt Gewesenen allerdings erst auf Anfrage)... Ich versuche mir auszumalen, wie die Reaktionen umgekehrt wären!

● Ich wünsche mir eine Partei, in der Demokratie mehr ist als ein Ritual und tatsächlich ein fairer Wettbewerb der Besseren stattfindet.

Von uns Frauen verlangt man, daß wir uns mit der harten Konkurrenz-Wirklichkeit einer Männerwelt abfinden und uns ihr aussetzen müssen. Die Spitzenfunktionäre der ÖVP haben fast ausnahmslos diese Konkurrenz gescheut — während sich die Kandidaten auf mittleren und unteren Ebenen (nach nicht ganz durchschaubarem Modus) immerhin einer Selektion aus der größeren Zahl stellen müssen, wird den Delegierten zu Landes- und Bundesparteitage die „Wahl“ durch vortestierten Ein-Personen-Listen „erleichtert“. Wenn es auch um die programmatisch proklamierte „Wahlfreiheit“ der Frau zwischen Beruf und Haushalt ebenso bestellt ist, dann danke ich jetzt schon...

● Ich wünsche mir eine Partei, die die wirklichen Anliegen und Nöte der Menschen begreift — und sie nicht für eindimensional materiell interessiert hält; eine Partei, die (auch Haus-)Frauen nicht für Dummer hält,

die Polit-Show, Ritualen oder Abschlussschätzungen erliegen.

Wäre das einmal allen Funktionären klar, müßten sie nicht so verblüfft auf die Absage gerade der Hausfrauen auf die ÖVP reagieren und nach Erklärungen suchen, die die Frauen zu Simpel-Gemütern stempeln: „Der SPÖ ist es durch einfach verständliche, direkte finanzielle Zuwendungen gelungen, Familienfreundlichkeit zu demonstrieren!“¹⁷ Nichts begriffen, meine Herren!

● Ich wünsche mir eine Partei, die von Binnesschwächen nicht durch verbale Kraftakte gegen politisch Andersdenkende ablenkt und Konflikte im Inneren leugnet; eine Partei, die Kooperation und Dialog mit den andern nicht nur zuläßt, sondern fördert. Kritiker im Inneren sind keine Parteiverräter, Andersdenkende keine Narren, parteiübergreifende Freundschaften sind nicht Illoyalität; und Diffamierung hat Kritikwürdiges noch nie saniert.

● Ich wünsche mir eine Partei, die den Problemen ihren richtigen Stellenwert zuordnet, jedenfalls die Bedeutung der Selbsterhaltung nicht überschätzt.

War das Papier der 17er-Kommission zur Statutenreform von den Mächtigen noch gnadenhalber dem Parteitag zur Kenntnis gebracht, ist jenes zu inhaltlichen Modellen gleich vorweg zu den Akten gelegt worden. Die „Reform“ war gelaufen, meinten sie. Bloß — diese „Nöte“ interessieren die Menschen weitaus weniger als die künftige Entwicklung menschlicher Beziehungen und menschlichen Lebens, hier und zB. in der Dritten Welt. Für Kleinkaro ist dabei kein Platz mehr.

● Ich wünsche mir eine Parteistruktur, die sowohl qualifizierten Direktmitgliedern (sie hatten die Reform doch zu ernst genommen!) als auch Frauen, selbst wenn Geheimquoten „erfüllt“ sein sollten, den Zugang zur Macht, nicht bloß zur Arbeit, schafft. „Die Frau braucht einen Mann, und es geht uns gut. Er wird auf der Leiter immer höher und höher steigen, ich werde die Leiter festhalten, damit sie nicht umkippt.“¹⁸ Das ist vorbei. Nur — es müssen sich Bedingungen für Mehrfachbelastete in den Parteien (Termine, Kinderaufsicht,...) tatsächlich ändern.

● Ich hoffe auf lauten Protest von Frauen und Männern in der Partei, weil in der 25-Seiten-Diskussionsgrundlage (vulgo Frauenpapier II) knapp eineinhalb Seiten zur „Politischen Vertretung“ und eine „Forderung“ nach Berichten an den Parteitag ausreichen sollen! Ich wünsche mir dann eine Partei, die darauf nicht mit einem neuen Papier, sondern mit neuem Verhalten, neuem Stil reagiert.

Und wenn das alles doch nicht passiert...

...dann bleiben uns Frauen die be-

kannten gewerkschaftlichen Solidaritätsmittel: Verweigerung der „niedrigen Dienste“ in den Parteiorganisationen (bei großen, mediengerechten Veranstaltungen besonders!), der ehrenamtlichen Ausbeutungs-Duldung, der Beitragszahlung ohne Gegenleistung. Solidarischer Streik der Frauen in den Parteien als Antwort auf de-facto-„Aussperrung“.¹⁹ Die letzte Konsequenz auf eine funktionslose Hülle: Ent-Puppen. Aussteigen aus der Institution nach erfolgreichem Marsch durch sie. Als letzte Antwort auf beharrliches „Überstimmtwerden“ (siehe eingangs)!

Anmerkungen:

- 1) „Wird sich etwas ändern“ von Elfriede HASLEINER-GÖTZ. In: Nebenwidersprüche. Wien: Vlg. Frischfleisch und Löwenmaul.
- 2) z. B. Fuchs, Anneliese: Die Rolle der Frau. Biologische Unterschiede zwischen Mann — Frau. Die gesellschaftliche Situation der Frau. Arbeitsgemeinschaft f. Präventivpsychologie. Wien. o. J.
- 2a) Nach jüngsten Untersuchungen doch nicht so „verkurzt“, oder? — „PATRIARCHAT 1981 — oder: DER GESCHLECHTERKAMPF UM DIE PARTIENSCHAFTHAFT IM HAUSHALT“. Hrsg. Staatssekretariat Johanna Dohnal. Bundeskanzleramt. Wien 1981.
- 3) Brandstätter, Trautl: Frauen in Österreich. Bilanz und Ausblick. (Hrsg. Bundeskanzleramt) Wien 1981, S. 15.
- 4) Bosse, Hartmut: Die Grundlagen eines neuen Lebensstils. In: Schlemmer, Johannes (Hrsg.): Zukunft in Bescheidenheit. Über die Alternativen, die wir noch haben. Frankfurt u. a.: Ullstein 1981, 107 — 117, S. 110.
- 5) Huber, Joseph: Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung. Berlin: Rotbuchverlag 1981 (Rotbuch 229), S. 96f.: „Drehpunktperson, heißt es bei Rolf Schwendter, so benannt nach dem „pivot player“, dem Drehpunktspieler der Spieltheorie, sind jene Personen, die sowohl mit dem Establishment als auch mit einer Subkultur in Interaktion stehen. Wichtig dabei ist, daß es sich nicht um reine Sozialisationsagenten des Establishments handelt, sondern daß sie die Instabilität zwischen Establishment und Subkultur in ihrer Person austragen.“
- 6) ebd., S. 97f.
- 7) Bosse, a.a.O., S. 113.
- 8) Naßmacher, Karl-Heinz: Parteien im kommunalpolitischen Zielbildungsprozeß. In: ÖZP 1 (1972), H. 4, S. 42.
- 9) The Human Gap. The Learning Report to the Club of Rome. Pergamon Press: Oxford u. a. 1979.
- 10) nach Max Weber sind die Kriterien zusammengefaßt z. B. bei Mayntz, Renate: Soziologie der öffentlichen Verwaltung. Heidelberg: C. F. Müller 1978, S. 110.
- 11) Pross, Harry: Politische Symbolik. Theorie und Praxis der öffentlichen Kommunikation. Stuttgart u. a.: Kohlhammer 1974, S. 131 ff.
- 12) Pross, a.a.O., S. 67.
- 13) Fürst, Dietrich: Kommunalpolitische Entscheidungsprozesse. Baden-Baden: Nomos 1975, S. 94.
- 14) Naßmacher, Karl-Heinz: Institutionen kommunalpolitischer Mitwirkung. In: Frey, Rainer (Hrsg.): Kommunalpolitik zwischen Krise und Reform. Köln: Grote 1976, 241 — 263, S. 252.
- 15) Rinsche, Günter: Dynamische Kommunalpolitik. Recklinghausen 1975, S. 90.
- 16) Schön, Donald A.: Die lernende Gesellschaft. Neuwied: Luchterhand 1973, S. 177ff.
- 17) Bericht zur Parteiarbeit 1977 — 1980, vorgelegt dem 28. ordentlichen Bundesparteitag der ÖVP, S. 27.
- 18) aus „Wie kommt das Salz ins Meer?“ von Brigitte Schweiger.
- 19) Dyk, Irene: Politische Dimensionen des „Neuen Feminismus“. S. 55 — 63.

FRAUEN UND POLITIK — FRAUEN IN DER POLITIK

I. Einleitung

Die Diskussion über die Rolle, die die Frau in der Gesellschaft spielen soll, beginnt in der Ära der Aufklärung. Gleichzeitig mit den allgemeinen Forderungen nach Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit wird erstmals auch die Forderung nach der Gleichberechtigung der Frauen erhoben. Als Resultat dieser Diskussion kam es im Verlauf der Französischen Revolution auch zu den ersten Ansätzen einer Frauenbewegung, d. h. zu einem Kampf organisierter Frauen um die gleiche Unabhängigkeit und Freiheit, für die die Männer kämpften. Der Zutritt zu den politischen Klubs und den politischen Gremien der Revolution blieb den Frauen allerdings ebenso untersagt wie zu den Zeiten des Ancien Regime.

Als 1789 die „Allgemeine Erklärung“ der Menschenrechte proklamiert wurde, proklamierte eine französische Revolutionärin, Olympe de Gouges, eine Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin, in der die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Abschaffung der männlichen Privilegien gefordert wurden. Drei Jahre später verfaßte die Engländerin Mary Wollstonecraft, die als erste Frauenrechtlerin gilt, ebenfalls eine Streitschrift für die volle rechtliche Gleichstellung der Frauen (Vindication of the rights of women). Die Erfolge dieser ersten Frauenbewegung blieben gering. In Frankreich wurde zwar 1790 die erbrechtliche Gleichstellung männlicher und weiblicher Nachkommen und 1792 erstmals die Möglichkeit der Ehescheidung eingeführt, in politischer Hinsicht stagnierte die Frauenbewegung jedoch nahezu für ein halbes Jahrhundert.

Bis zur bürgerlichen Revolution von 1848 wurde die Idee der Gleichberechtigung nur von den Vertretern des utopischen Sozialismus (mit Ausnahme Proudhons) befürwortet. In einer deutschen Übersetzung Saint-Simons taucht auch erstmals der Ausdruck „Emanzipation der Frau“ auf. Ursprünglich war dieser Terminus nicht auf die Frauenfrage beschränkt gewesen, sondern bedeutete im 19. Jahrhundert ganz allgemein die Befreiung von überflüssigem Zwang, irrationaler Herrschaft und Unterdrückung.

Auch die Revolution von 1848 bringt für die Frauenbewegung keinen wesentlichen Fortschritt.

Die Postulat nach formularer Gleich-

berechtigung blieb so lange ohne gesellschaftliche Resonanz, solange die sozio-ökonomische Struktur der Gesellschaft als patriarchalisch organisierte Agrargesellschaft intakt war. Erst die sprunghafte Industrialisierung veränderte die Situation der Frauen nachhaltig und radikal. Der beginnende Kapitalismus entwickelte einen so großen Bedarf an Arbeitskräften, daß die männlichen Arbeiter nicht ausreichen und auch die Mitarbeit der Frauen notwendig wird. Das ist die große Revolution, die im 19. Jahrhundert das Los der Frau verwandelt und für sie eine neue Ära eröffnet. (Simone de Beauvoir). Die Revolution bestand nicht in der Berufstätigkeit — der Großteil der Frauen war als „mithelfende Familienangehörige“ in Landwirtschaft und Gewerbe — in völliger Unterordnung unter den Mann — berufstätig gewesen, sondern in der Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz, in der Herauslösung der Frau aus dem patriarchalischem Familienverband.

Zunächst allerdings werden die Frauen noch mehr ausgebeutet als die Männer. Manche Frühsozialisten verlangten daher, den Frauen den Zutritt zu den Fabriken zu untersagen. Marx und Engels sehen in der neuen Arbeitssituation dagegen auch eine Chance der Frau für ihre Befreiung.

Die Haltung der Arbeiterschaft zur Frauenfrage war zunächst ambivalent. Sosehr man erkannte, daß die Frauen in den Fabriken einer noch stärkeren Ausbeutung ausgesetzt waren als die Männer, sosehr fürchteten die Arbeiter die Frauen als lohndrückende Konkurrenz. Dies führte zu einem latenten „proletarischen Antifeminismus“. Die endgültige Klärung des ideologischen Streits um die Frauenfrage, in dem Lassalle und seine Anhänger für ein Verbot der Frauenarbeit, Marx und seine Anhänger jedoch für die Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß waren, brachte erst August Bebel's Werk „Die Frau und der Sozialismus“, das binnen kurzem zum wichtigsten Buch für die sozialistische Theorie der Frauenemanzipation, aber auch für die Praxis der Sozialistischen Frauenbewegung wurde. In der Einleitung schreibt Bebel: „... Die Frauenfrage ist also für uns nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage, die gegenwärtig alle denkenden Köpfe erfüllt und alle Geister in Bewegung setzt; sie kann daher ihre endgültige Lösung nur finden durch die Aufhebung der gesell-

schaftlichen Gegensätze und Beseitigung der aus diesen hervorgehenden Übel...“

Während somit für die Arbeiterbewegung die Frauenfrage primär durch die ökonomische Verelendung der Arbeiterinnen aktualisiert wurde, entstand die bürgerliche Frauenbewegung aus anderen Wurzeln. Der Zerfall der Familie als Produktionseinheit stellte vor allem die unverheirateten Frauen vor eine neue ökonomische Situation. Hatten sie früher als Verwandte im Verband der Großfamilie gelebt, so waren sie nun gezwungen, sich durch einen Beruf selbst zu erhalten. Die wachsende Zahl der alleinstehenden Frauen auf der einen Seite sowie der wachsende Bedarf der Industrie nach qualifizierten Arbeitskräften machte den Zugang zur Bildung zur zentralen Frage der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die unverheirateten Frauen des Mittelstandes und die verheirateten Frauen der Oberschicht waren also die eigentlichen Trägerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, die an die ursprünglichen Forderungen des Liberalismus nach Freiheit und Gleichheit anknüpfen. Der wichtigste Sprecher der bürgerlichen Frauenbewegung war der englische Philosoph und Politiker John Stuart Mill, der in seiner Streitschrift über die „Subjection of Women“ 1896 die gesetzliche Knechtschaft, die die Frau sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Leben dem Manne unterordnete, verurteilte. Schon 1867 hatte er vor dem englischen Parlament erstmals die Einführung des Stimmrechtes für Frauen gefordert.

Diese Forderung war der Ausgangspunkt für die Bewegung der „Suffragetten“, die im ausgehenden 19. Jahrhundert in den meisten europäischen Ländern die gleichen bürgerlichen Rechte wie die Männer verlangten. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen stand das Wahlrecht sowie der Zugang zu den Bildungsinstitutionen, vor allem zu den Hochschulen. Beide Ziele wurden in den meisten Ländern zu Beginn des 20. Jahrhunderts erreicht. Damit fanden die Emanzipationsbestrebungen der bürgerlichen Frauenbewegung fast überall ihren Abschluß.

Als die formale Gleichberechtigung der Frauen erreicht war, zeigte sich sehr bald, daß die ökonomischen, sozialen und sexuellen Diskriminierungen damit nicht beseitigt waren. Das Weiterbestehen der faktischen Ungleichheit bei formaler Gleichheit gab allen jenen Vertretern eines traditionellen Frauenbildes Auftrieb, die von jeher alle Bestrebungen in Richtung Emanzipation als sinn- und wirkungslos abgelehnt hatten. Diese führten die Stagnation auf die natürliche Bestimmung der Frau zurück, auf die Min-

derwertigkeit des Weibes und ähnliches, während die Vertreter der Frauenbewegung die Ursache in die unveränderte patriarchalische Struktur der Familie und in der Übertragung der traditionellen Vorstellungen von der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern durch die Erziehung sahen. Für die bürgerliche Frauenbewegung und die christlich-konservativen Parteien stellte die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Geschlechtern und der Institutionalisierung dieses Verhältnisses kein politisches Problem dar, weil die Unterordnung der Frau unter den Mann in der christlichen Ehe und Familie als Ausdruck der natürlichen, gottgewollten Ordnung gesehen wurde.

Aber auch in den Arbeiterschichten dominierte nach wie vor das patriarchalische Frauen- und Familienideal. Die hierarchische Beziehung zwischen Mann, Frau und Kindern innerhalb der Familie, die Zuweisung sämtlicher Haushalts- und Erziehungsfunktionen an die Frau und die damit von Anfang der weiblichen Berufstätigkeit an gegebene Doppelbelastung sind die direkte Folge dieses vorindustriellen Familienmodells, das durch Erziehung auch jeweils auf die nächste Generation übertragen werden.

In der Zwischenkriegszeit erhob die österreichische Sozialdemokratie die Forderung, die Frau nicht nur im öffentlich-rechtlichen, sondern auch im privatrechtlichen Bereich dem Manne gleichzustellen.

Während der Zeit des Faschismus spielte das patriarchalische Familienbild und die traditionelle Auffassung von der Rolle der Frau eine wichtige Rolle: „... Die deutsche Frau braucht sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Lebens nie zu emanzipieren... Wenn früher die liberalen, intellektualistischen Frauenbewegungen in ihren Programmen viele Punkte enthielten, die ihren Ausgang vom sogenannten Geiste nahmen, dann enthält das Programm unserer nationalsozialistischen Frauenbewegung eigentlich nur einen einzigen Punkt, und dieser Punkt heißt: das Kind“ (Hitler, zitiert nach Fest und Hervé Murray, 1963) „... Die deutschen Frauen wollen... in der Hauptsache Gattin und Mutter, sie wollen nicht Genossin sein, wie die roten Volksbeglucker es sich und ihnen einzureden versuchen. Sie haben keine Sehnsucht nach der Fabrik, keine Sehnsucht nach dem Büro und auch keine Sehnsucht nach dem Parlament. Ein trautes Heim, ein lieber Mann und eine Schar glücklicher Kinder steht ihrem Herzen näher.“ (Curt Rosten, Das ABC des Nationalsozialismus, Berlin 1933).

Ebenso wie im Ersten, stieg auch im Zweiten Weltkrieg die Zahl der berufstätigen Frauen sprunghaft an. Trotz-

dem führte die hohe weibliche Erwerbsquote, die auch nach 1945 aufrecht blieb, zu keinen gesellschaftspolitischen Konsequenzen, in der Literatur und in den Massenmedien wird unverändert das traditionelle Frauenbild verherrlicht. Die versuchte Zurückdrängung der Frau ins Heim, zu Herd und Kindern, und ihre Absenz an wichtigen Stellen des öffentlichen Lebens wird zum Symptom für die allgemeine Restauration der alten Ordnung nach 1945.

Biologisch wird dies durch die Ansicht untermauert, daß die psychische und physische Entwicklung der Frau auf die Entdeckung ihrer körperlichen Andersartigkeit zurückzuführen sei und nicht auf die verschiedene Erziehung von Mädchen und Knaben und die gesellschaftliche Geringschätzung der Frau.

Erst neueste Erkenntnisse der Naturwissenschaften stellten dieses biologische Rollenbild von der Frau radikal in Frage, schufen die Grundlagen eines neuen Verhältnisses zwischen den Geschlechtern. In den USA kam es zur Entstehung einer neuen Frauenbewegung, die gegen das von der Wirtschaft, der Werbung und den Massenmedien propagierte Leitbild der Frau als „glückliche Hausfrau und Mutter“ protestierte. Verbunden wurde dieser Protest mit einer Renaissance der alten liberalen Gleichberechtigungsforderungen, wobei im Vordergrund die Forderung nach beruflicher Gleichberechtigung und Beseitigung der immer noch vorhandenen sozialen Schranken stand. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre kamen auch in mehreren europäischen Ländern Probleme und gesellschaftspolitische Forderungen, die die Frauen und ihr Rollenverständnis betrafen, auf die Tagesordnung.

II. Historischer Abriss zur Geschichte der Frauenorganisationen in Österreich

1. Von 1863 bis zum Ersten Weltkrieg
a) Die bürgerlich-liberale Frauenbewegung

Die wachsende Sensibilisierung der bürgerlichen Frauen für die bestehende Problematik manifestierte sich in der Gründung von zahlreichen Vereinen, wobei jedoch der Hinweis auf den großen Einfluß der deutschen Frauenbewegung nicht fehlen darf. Als erste derartige Gründung wurde im November 1866 der „Wiener Frauenerwerbsverein“ gegründet (Iduna Laube, Auguste Littrow-Bischoff, Helene von Hornbostel, Marie Kompert).

Außerdem gab es damals bereits einige katholische Frauenwohlstandsvereine, die aber rein karitativ wirkten. 1875 gründete Johanna Meynert den „Wiener Hausfrauenverein“.

Bis zum Ende der achtziger Jahre war die Organisation der bürgerlichen

Frauen von praktischen, wirtschaftlichen und karitativen Zielen geprägt. Dadurch kam es kaum zu theoretischen Ansätzen zur Frauenemanzipation, vielmehr war man bemüht, sich von den verspotteten Frauenrechtlerinnen Englands und Amerikas abzugrenzen.

Die wichtigsten Trägerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung waren die Lehrerinnen. Der 1870 gegründete „Verein der Lehrerinnen und Erzieherinnen“ kämpfte vorerst um die gleiche Bezahlung wie die Lehrer. Ab 1875 traten seine Mitglieder mit Marie Schwarz an die Spitze, die 1895 als erste Frau Bürgerschuldirektorin wurde, gegen die Männerherrschaft an den Schulen und das Zölibat auf.

Nachdem künstlerisch tätige Frauen vergeblich eine Aufnahme bei der männlichen Standesorganisation angestrebt hatten, entstand 1885 der „Verein der Schriftstellerinnen und Künstlerinnen“, in dessen Vorstand unter anderem Marie von Ebner-Eschenbach und Betty Paoli waren.

Mit dem Kampf um das Frauenwahlrecht um 1890 begann die von Rosa Mayreder als „ideologisch“ bezeichnete Phase.

Am 3. Oktober 1890 fand, von Lehrerinnen veranstaltet, die erste politische Frauenversammlung in Wien statt. Die Forderung nach politischen Rechten wurde besonders von Auguste Fickert, Rosa Mayreder und Marie Lang vertreten. Fickert und Mayreder gründeten 1899 die Zeitschrift „Dokumente der Frau“. Diese erschien bis zum Jahre 1912 und befaßte sich mit Bildung und Studium, Beruf und Arbeit, Rechtswesen, Medizin und Kulturgeschichte. Sie war betont überparteilich. Der sozialdemokratischen Arbeiterinnenbewegung stand sie wohlwollend gegenüber, während die christlich-soziale Frauenbewegung scharf kritisiert wurde. 1897 war nämlich von Karl Lueger der christlich-soziale Frauenbund gegründet worden, der als Gegenpol all dessen fungierte, was man Frauenbewegung nennen konnte. So wurde z. B. das Desinteresse der Frauen am Stimmrecht hervorgehoben und eine Reduzierung der Schulpflicht gefordert. Seit 1888 bestand in Amerika der Internationale Frauenbund, dem sich der auf Anregung von Marianne Hainisch im Jahre 1902 gegründete Bund österreichischer Frauenvereine anschloß. Dem Bund österreichischer Frauenvereine — er gab bis zum Jahre 1918 die Zeitschrift „Bund“ heraus — schlossen sich am Anfang 13 Organisationen an. Bis 1938 — er wurde damals aufgelöst — war er auf rund 100 Mitgliedsvereine angewachsen.

b) Die sozialdemokratische Frauenbewegung

Die ersten Formen von Zusammenschlüssen österreichischer Arbeiterinnen fanden ihr Vorbild in den seit

1867 entstandenen Arbeiterbildungsvereinen. Bereits 1868 wurde ein Wiener Arbeiterinnenbildungsverein gegründet, ebenso einer in Brünn und Graz. Sie lösten sich jedoch bald wieder auf, ohne besondere Bedeutung erlangt zu haben. In der Partei wurde die Frauenfrage erstmals erörtert und in programmatische Forderungen gefaßt auf dem „Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterkongreß“ im Jahre 1869 in Eisenach, an dem auch österreichische Delegierte teilnahmen. (Das Eisenacher Programm wurde auch für die österreichische Bewegung als verbindlich erklärt). Auf diesem Parteitag wurde der Antrag auf Wahlrecht für alle Staatsangehörigen von der Mehrheit abgelehnt und in das Programm lediglich die Wahlrechtsforderung für Männer aufgenommen. Im Juni 1890 wurde auf Anregung der Sozialistin Victoria Kofler und mit Unterstützung führender Sozialdemokraten der Wiener Arbeiterinnenbildungsverein gegründet. Kofler forderte am 2. Parteitag die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Fachorganisationen. Dies wurde jedoch abgelehnt.

Im Mai 1893 fand der erste selbständige größte Arbeiterinnenstreik statt. 600 Mädchen und Frauen aus vier Apparaturfabriken in Gumpendorf stellten die Arbeit ein und verlangten mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen.

Zu den wichtigsten Forderungen der Arbeiterinnenbewegung dieser Zeit gehörten der Achtstundentag und das Wahlrecht für Frauen. Am 1. 10. 1893 fand eine Arbeiterinnenversammlung mit rund 3000 Teilnehmerinnen statt, auf der Lotte Glas-Phol und Amalie Ryba-Seidel die Wahlrechtsforderung vertraten. Sie mußte jedoch zunächst zugunsten des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht für Männer zurückgestellt werden. Auf der Frauenkonferenz im Jahre 1903 führte Victor Adler diesbezüglich aus: „Wir müssen bei jeder Gelegenheit erklären, daß wir für das Frauenwahlrecht sind, daß wir auch den ersten Schritt auf diesem Gebiet machen wollen, aber auch, daß der letzte Schritt erst gemacht werden kann, wenn der erste Schritt gemacht ist. Und der ist: die Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechtes.“

Von insgesamt 31.522 gewerkschaftlich organisierten Personen im Jahre 1893 waren 659 weiblich. 1900 betrug der Mitgliedsstand von Frauen in sozialdemokratischen Organisationen 9.140, gegenüber insgesamt 540.000 Gewerkschafts- und 150.000 Parteimitgliedern.

Von 5.580 gewerkschaftlich organisierten Frauen im Jahre 1903 stieg die Zahl bis 1928 auf 167.467 und von 700 politisch organisierten auf 221.500 (Popp). Im Jahre 1902 wurde der Verein sozialdemokratischer Mädchen und Frauen gegründet. In den Statuten mußte er

sich als unpolitisch deklarieren, da das Vereinsgesetz die Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen untersagte. Als diese Bestimmung im Jahre 1911 wegfiel, forderte die Frauenkonferenz die gemeinsame Organisation von Männern und Frauen. Diese kam allerdings erst nach 1918 zustande.

2. Zwischenkriegszeit

Am 3. November 1918 fand eine Wahlrechtsversammlung statt, an der zum ersten mal gemeinsam der „Bund österreichischer Frauenvereine“, das „Frauentimmrechtskomitee“, der „christliche Frauenbund“, die gewerkschaftlich organisierten Frauen, die katholischen Frauenorganisationen, die soziale Zentralfstelle der christlichen Arbeiterinnen Österreichs sowie der Verband deutscher Hausfrauen teilnahmen. Bis dahin hatten sich die christlichen und katholischen Frauenorganisationen gegen das Wahlrecht für Frauen ausgesprochen.

Am 30. Oktober 1918 war der Beschluß der Nationalversammlung erfolgt, die Vereins- und Versammlungsfreiheit ohne Unterschied des Geschlechts herzustellen. Der „Deutsch-österreichische Verein für Frauenstimmrecht“ (früher Frauenstimmrechtskomitee) war der erste Verein des neuen Staates. Seine Konstituierung fand am 7. 11. 1918 statt.

Am 12. November 1918 beschloß die provisorische Nationalversammlung die Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle Vertretungskörper an alle volljährigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts. An den Wahlen am 16. Februar 1919 nahmen zum ersten Mal in der österreichischen Geschichte alle Frauen teil und ebenfalls zum ersten Mal wurden Frauen in die konstituierende Nationalversammlung gewählt: acht Sozialdemokratinnen, eine christlich-soziale Abgeordnete und gegen Ende der Funktionsperiode eine Vertreterin der Großdeutschen. In den Wiener Gemeinderat wurden je fünf Frauen der sozialdemokratischen und christlich-sozialen Partei und 2 Angehörige der deutsch-freieitlichen Partei gewählt. Der Einfluß der Frauen wurde jedoch wieder geringer, als die nichtsozialistischen Parteien dominierten.

Bis zum Jahre 1930 wurde von den Sozialdemokratinnen im Parlament eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen gefordert und zum Teil auch erreicht. Große Errungenschaften — die auf Anträge von sozialdemokratischen Frauen im Parlament zurückgingen — waren das Hausgehilfennengesetz, ein Hebammengesetz und der Ausbau der Mutterschaftsfürsorge in der Krankenversicherung. Die Forderung nach einer Reform des Familienrechts scheiterte am Widerstand der anderen Parteien. Durch weibliche Abgeordnete der bürgerlichen Parteien kam das Gesetz über den Schutz des Unterhal-

tungsanspruches und das Alkoholverbotsgesetz für Jugendliche zustande. Nach dem Jahr 1934 bestanden in Österreich nur noch die in die christlich-soziale Partei integrierten oder ihnen nahestehenden Frauenorganisationen. Partnerschaft in der Familie und Mitspracherecht im öffentlichen Leben waren hinfällig geworden. Diese Tendenzen wurden im Nationalsozialismus noch weiter ausgebaut.

3. Die Frauenorganisationen seit 1945. Im Gewerkschaftsbund wurde eine eigene Frauenabteilung errichtet. Der Anteil der Frauen an den Mandaten in den Gewerkschaftsvorständen beträgt durchschnittlich 10%, je nach dem weiblichen Mitgliederanteil bewegt er sich zwischen 2 und 30%.

Durchschnittlich 15% der gewählten Betriebsräte waren 1975 Frauen (1947 waren es 8%). Theoretisch haben die Frauen die gleichen Funktionen auszuüben wie die Männer. In der Praxis zeigt sich jedoch, daß sie oft viel weniger geneigt sind, Betriebsratsfunktionen zu übernehmen. Offenbar wirkt sich auch hier die Doppelbelastung aus.

Der Anteil der Frauen in der SPÖ betrug 1945 35,5% und sank bis 1974 auf 33,9%. Von den aktiven Funktionären sind rund 18% weiblich.

Mit den diversen Frauenkomitees wurde den Frauen in der SPÖ ein autonomer politischer Wirkungskreis zugesprochen.

Die Frauenorganisation der ÖVP, die „Österreichische Frauenbewegung“ wurde im Jahre 1945 gegründet. Zu Beginn ihres Bestehens lag der Schwerpunkt der Aktivität mehr auf karitativem und kulturellem Gebiet. Die Ausdehnung des Aufgabenbereichs auf politische Arbeit erfolgte erst später. Diese Schwerpunktverlagerung entspricht der Akzentuierung in der Gesamtpartei, deren programmatische Äußerungen nach 1945 noch keine Stellungnahme zur Frauenbewegung enthielten (erstmal 1958) Paunovic, Solar, Egger).

Die Frauen in der FPÖ sind in einem Frauenreferat organisiert, welches eine Untergliederung der Partei ist. (Jelinek, Stich)

Im Jahre 1969 wurde gemeinsam von der österreichischen Frauenbewegung und dem Bundesfrauenkomitee der SPÖ der „Österreichische Frauennring“ gegründet, Mitglieder sind außerdem noch der Bund österreichischer Frauenvereine und die FPÖ-Frauen.

Der Bund demokratischer Frauen wurde 1948 gegründet und ist in einer Aktionsgemeinschaft mit der KPÖ, die keine eigene Frauenorganisation hat, liiert. Er hat rund 10.000 Mitglieder. Die Katholische Frauenbewegung Österreichs umfaßt derzeit rund 150.000 Mitglieder.

III. Die Präsenz der Frauen im öffentlichen Leben in Österreich

1) Anteil der Frauen in Legislative und Regierung in Prozent

	1973	1979
Nationalrat	6	9
Bundesrat	21	16
Landtage	8	10
Bundesregierung	18	29
Landesregierungen	4	3

2) Anteil der Frauen in der Legislative nach Parteien in absoluten Zahlen.

	1973	1979
Nationalrat	11	16
davon SPÖ	8	10
ÖVP	3	6
FPÖ	—	—
Bundesrat	12	9
davon SPÖ	9	6
ÖVP	3	3
FPÖ	—	—
Landtage	35	44
davon SPÖ	24	28
ÖVP	11	15
FPÖ	—	—

3) Anteil der Frauen in Parteigremien (in Prozent)

	1973	1979
SPÖ-Bundespartei-vorstand	13	9
Delegierte zum Bundesparteitag	13	16
ÖVP-Bundespartei-vorstand	9	13
Delegierte zum Bundesparteitag	13	keine Angaben
FPÖ-Bundespartei-leitung	6	8
Delegierte zum Parteitag	15	7
KPÖ-Zentral-komitee	8	8
Delegierte zum Parteitag	15	28

4) Der Anteil der Frauen in den Kammern

„In den Kammern, den gesetzlichen Interessenvertretungen der Wirtschaft, der Arbeitnehmer und der freien Berufe sind von wenigen Ausnahmen abgesehen, in den Führungsgremien und den wichtigen Funktionen kaum Frauen vertreten.“

Dies gilt vor allem für die Bundeskammer und die Landeskammern der gewerblichen Wirtschaft sowie für die Kammern für Land- und Forstwirtschaft.

Etwas günstiger ist die Situation im Bereich der gesetzlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer, in den Arbeiterkammern.

In den Kammern der freien Berufe gibt es überwiegend keine einzige Frau in wichtigen Funktionen; die einzige große Ausnahme stellt die Apothekerkammer dar, wobei der Apothekerberuf einen extrem hohen Frauenanteil aufweist.“ (Trautl Brandstaller, Frauen in Österreich. Bilanz und Ausblick (o. O., 1981) 91—99).

IV. Zusammenfassung

Nach wie vor ist für die Situation der Frauen in der Politik in Österreich, dem Land, in dem es mehr Österreicherinnen als Österreicher gibt, charakteristisch, daß ein krasses Mißverhältnis zwischen Frauen und Männern in den entscheidenden Positionen des öffentlichen Lebens herrscht. Politik gilt noch immer nicht als Aktivitätsfeld für Frauen, ist noch immer hauptsächlich Männersache.

Zwar ist in den letzten Jahren ein Trend zur Verschiebung dieses Mißverhältnisses zugunsten der Frauen feststellbar, doch in einem solch geringem Ausmaß, daß es schon wieder fraglich wird, ob man dabei überhaupt legitimerweise von einer Verbesserung sprechen darf.

Diese Tatsache ist erstaunlich, vor allem deshalb, weil jene, die in erster Li-

nie für dieses Mißverständnis verantwortlich sind, nämlich die Politiker aller Parteien — es handelt sich bei diesem Problem (von leichten Differenzierungen abgesehen) ja um ein soziales „überparteiliches“ — immer wieder und unermüdlich Bekenntnisse für die Gleichberechtigung der Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ablegen. Deutlich erkennen die Herren Politiker, daß Frauen in der Politik unterrepräsentiert sind, vollkommen bewußt ist ihnen angeblich auch, daß Frauen es wesentlich schwerer als Männer haben, führende Positionen in der Politik zu erreichen, was sie, die Politiker, ja für so wünschenswert halten.

Intern sieht es, jedenfalls nach Angaben von Politikerinnen, die es geschafft haben, in die Phalanx der Männer einzudringen, allerdings erheblich anders aus. Da ist wenig zu bemerken von einer Bereitschaft der Politiker, irgend etwas zu unternehmen, daß diese Situation geändert werden könnte. Da ist mehr davon die Rede, daß die Frauen in den Parteien zwar für die Organisationsarbeit geschätzt werden, daß gegen ihr Vordringen in die Entscheidungsgremien jedoch immer wieder massiver Widerstand der Männer einsetzt. Da kann man hören, daß die Politiker, wenn es sich schon gar nicht mehr vermeiden läßt, Frauen in Führungsgremien aufzunehmen, diese am liebsten in die sogenannten „Frauenreservate“ (Soziales, Fürsorge, Wohltätigkeit) abschieben, auch wenn die Betroffenen von ihrer Ausbildung und Fähigkeit her auch durchaus für andere Sparten geeignet wären.

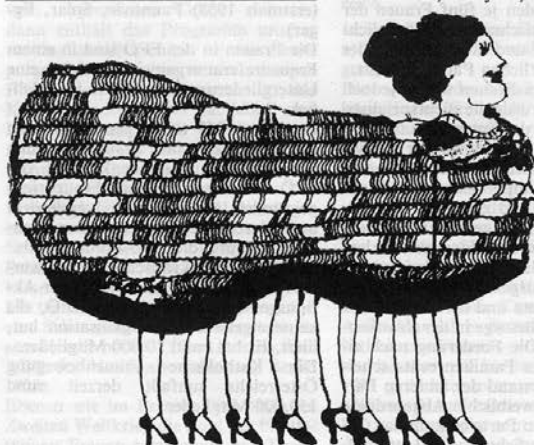
Ist es unter diesen Bedingungen dann eigentlich noch verwunderlich, daß die Frauen, die meistens schon durch Familie, Haushalt und Beruf mehrfach belastet sind, also bereits von vornherein nicht die gleichen Chancen wie die Männer haben, wenn sie ernsthaft in die Politik einsteigen wollen, so viel leichter resignieren als die Männer, so viel weniger bereit sind, den „Kampf“ um Posten, Mandate und Einfluß und die damit unabdinglich verbundenen Begleiterscheinungen (Intrigen usw.) mitzumachen?

„Die Frauen sind für die Politik eben zu wenig durchschlagkräftig“ nennen die Männer das dann.

Bleibt nur zu hoffen, daß sich das einmal ändern wird. Nur, so bald, wie manche Optimisten glauben, wird das sicher nicht der Fall sein.

LITERATURVERZEICHNIS

Bericht über die Situation der Frau in Österreich, Frauenbericht 1975
Heft 7: Die Frau im öffentlichen Leben (Bundeskanzleramt, Wien 1975).
Trautl Brandstaller, Frauen in Österreich. Bilanz und Ausblick (o. O., 1981).



OVERNEWS

Underinformed. Die englische Sprache ist einfach präziser, um das entscheidende Paradoxon unserer Zeit zu formulieren: Wir ersticken einerseits in einer Lawine von täglich produzierten Neuigkeiten, bleiben aber andererseits ohne wirkliche Information, d. h. ohne Orientierungshilfe.

Als ich unlängst einen befreundeten Redakteur in seiner Zeitung aufsuchte, war er anfangs nicht zu erblicken. Er hat einen neuen Papierkorb erhalten, 1,60 m hoch, 1 m Ø — hinter diesem verschwand er. Tatsächlich und wohl auch symbolisch. Denn dieser Papierkorb wird dort täglich mit Agenturen und sonstigen Meldungen bis zum Rand voll gefüllt. Nur ein ganz verschwindender Rest der eingehenden Meldungen gelangt mehr oder weniger umgemodelt in die Zeitung.

„Von über 99% allen Geschehens auf diesem Erdball“, schreibt der ehemalige dpa-Redakteur Manfred Steffens in seinem Buch „Das Geschäft mit der Nachricht“, „erfährt der Zeitungsläser nichts, weil es einfach nicht zur Kenntnis der Presse gelangt. Aber damit nicht genug: über 99% aller Nachrichten, die schließlich doch der Presse bekanntwerden, gelangen nie vor die Augen des Lesers, weil sie... dem Papierkorb anvertraut werden“.

Ganz dasselbe gilt natürlich für den öffentlich rechtlichen Bruder der Presse, den Hörfunk und das Fernsehen. Da aber Information heute zum allergrößten Teil über diese sogenannten Massenmedien erfolgt, konzentriert sich die Frage auf die dort geübte Selektion: Wer oder was sind die Filter, durch die die Menschheit heute ihre „News“ erhält?

Bei der zentralen Bedeutung dieser Frage ist es kein Wunder, daß sie längst schon zum Gegenstand von Forschung und Theoriebildung geworden ist. Walter Lippmann, der berühmte amerikanische Publizist machte schon 1922 die von ihm sogenannten „Stereotypen“ für die Auswahl der Nachrichten verantwortlich. Stereotypen sind nach Lippmann Vorurteile, subjektive Einstellungen und gängige Modelle der Weltansicht von meist hohen „emotionalen Gehalt“. Der betreffende Journalist hegt z. B. eine tiefer wurzelnde Abneigung gegen alle Art von Zahlen und Statistiken, sympathisiert mit der Frauenbewegung und den Grünen; hat ein gestörtes Verhältnis zur katholischen Kirche und mag Akademiker nicht — offiziell, weil sie angeblich ein gestörtes Verhältnis zur Wirklichkeit haben, in Wahrheit, weil er selbst vor der zweiten Staatsprüfung

die Uni verlassen hat. Solche und ähnliche Stereotypen braucht der Journalist gleichzeitig, um zu überleben. Er „arbeitet unter ungeheuren Druck, denn der Wettbewerb der Zeitungen ist oft eine Sache von Minuten. Jede Meldung erfordert ein rasches, aber komplexes Urteil... ohne Standardisierung, ohne Stereotypen, ohne Routineurteile, ohne eine ziemlich rücksichtslose Vernachlässigung der Fakten, stürbe der Redakteur bald an Aufregung“. (Walter Lippmann, Public opinion)

Niklas Luhmann nennt den selben Sachverhalt „Reduktion von Komplexität“, die angeblich den Sinn hat, das „Kommunikationssystem zu entlasten“. Das mag gut sein für das Kommunikationssystem, wahrscheinlich auch gut für den Journalisten — ob es aber auch gut ist für die, die diese „reduzierte Komplexität“ tagtäglich in Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen serviert bekommen ist eine andere Frage.

Denn zu diesen unbewußten Stereotypen der News-Produzenten kommen noch sehr bewußte Vorgänge, die eine sinnvolle Selektion der Nachrichten nicht gerade befördern: Journalisten begnügen sich nämlich in vielen Fällen nicht mit ihrer Spiegelfunktion. Stattdessen machen sie selbst liebend gerne Politik. Selten freilich so vordergründig wie gewisse Zeitungen, die darangehen, den einen oder anderen in Fortsetzungsromanen fertig zu machen. Häufiger ist da schon die subtilere Art des Verschweigens, was nicht ins eigene politische Konzept paßt; die „pointierte Hervorhebung“ all jener Fakten, die ein besonderes (schiefes) Licht auf eine Person oder ein Ereignis wirft.

Daneben spielt die Konkurrenz der Kollegen eine gewaltige Rolle. Der Wettlauf um die Topinformation; um den Hintergrundknüller. Da läßt sich beispielsweise ein Redakteur von einem Poliwiki das Exklusivrecht auf die Rücktrittsmeldung Zug um Zug mit der Zusicherung versprechen, demselben Politiker bis dahin eine „milde Behandlung“ angedeihen zu lassen.

Ein besonderer Typ der Informationsverfälschung ist der neuerdings aufkeimende Agitationsjournalismus. Bei diesem werden Zeitungen und Rundfunk zu permanenten Aktionen mißbraucht. Irgendetwas wird da immer gerettet; irgendjemandem wird immer geholfen. Ganz sicher jedenfalls der betreffenden Zeitung, dem betreffenden Kanal im Rundfunk und den jeweils inszenierenden Redakteur. Diese veröffentlichen dann entgeltliche und endlose Listen von „Rettungsgelil-

fen“ aus dem PT-Publikum — einzelne mit Bild, einzelne ohne je nach „Rettungsintensität“ und politischer Absicht.

Eine ähnliche Form von Korruption ist der „gemischte Journalismus“. Da trifft man dann in Pressekonferenzen immer wieder einzelne Redakteure, die gerade zuvor als Obmänner von Bürgerinitiativen, Alternativschulen, Kulturvereinigungen usw. bei eben demselben Politiker um Subventionen vorstellig wurden, über den sie nunmehr „kritische Berichte“ erstatten werden. Was danach tatsächlich geschieht — entweder besonders sanft oder besonders überkompensierend, je nach dem Grad des schlechten Gewissens.

Alles zusammen, die unbewußten Stereotypen, der halb bewußte Agitations- und gemischte Journalismus und die ganz bewußte Absicht als Journalist selber Politik zu machen schaffen natürlich Informationsfilter, die ganz besonders undurchsichtig und trübe sind.

Und das hat klare Auswirkungen. Einer Östgaard vom Osloer Institut für Friedensforschung faßt die Folgen solcher Informationsfilterungen in drei Kategorien zusammen:

- Vereinfachung
- Identifikation
- Sensationalismus

Zur ersten Kategorie zählt Östgaard die simple und einseitige Meldung. Sie wird der komplizierten und komplexen grundsätzlich vorgezogen. Der Journalist reduziert die Wirklichkeit auf das „was nach seiner Auffassung den Bedürfnissen des Publikums entspricht“. (Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien). Es wird dem Volk also nicht mehr „aufs Maul geschaut“ wie das noch Martin Luther geraten hatte, sondern nach dem Maul geschrieben.

Identifikation erzeugt, was nahe liegt. Das ist zunächst einmal geographisch aufzufassen und begründet die Hierarchie von Lokalredaktion — innenpolitische — und außenpolitische Redaktion. Die Entwicklungshilfe oder gar Entwicklungspolitik kommen in österreichischen Medien mangels Identifikation so gut wie überhaupt nicht vor. Ja die meisten Zeitungen und vor allem der ORF sind nicht einmal an irgendeiner entwicklungspolitischen Nachrichtenagentur angeschlossen.

Identifikation meint aber auch zeitliche und kulturelle Dimensionen. Das heute über Vergangenes kaum berichtet wird, ist mit ein Grund für die wachsende Geschichtslosigkeit der modernen Information.

Fremde Kulturen bleiben fremd, auch wenn sie geographisch nahe liegen, man denke nur an den Niederschlag slawischen Kulturguts in Kärntner Zeitungen.

Nur was schon hohen Rang hat, insbesondere was ökonomisch bedeutsam

ist, kommt auch als Meldung durch. Erik Rosengren (International News) hat in einem Vergleich dreier großer Tageszeitungen (Times, New York; Neues Deutschland, Ostberlin; und Dagens Nyheter, Stockholm) in einem Zeitraum von neun Jahren gezeigt, daß die Chance eines Ereignisses berichtet zu werden direkt proportional der Wirtschaftskraft des Landes ist, in dem es sich ereignet.

Gleich der zweite wesentliche Faktor für die Durchdringung der Nachrichtenbarriere ist der Grad der Personalisierbarkeit einer Meldung. Lassen sich Ereignisse mit bekannten Persönlichkeiten verknüpfen, können sie für sich genommen noch so unbedeutend sein, sie füllen die Spalten der internationalen Presse: Prinzessin Diana hat Schnupfen!

Als Sensationalismus schließlich bezeichnet Østgaard die Vorliebe der Journalisten für Unglück, Verbrechen, Konflikt, Gesellschaftsklatsch und Kuriositäten.

Das hat viele Gründe. Zum einen kommt negatives besser durch als positives. Jedermann weiß, wie schwer es ist, vorwärts zu kommen. Also glaubt er gerne ans Scheitern. Zudem entlasten die Verbrechen der anderen die eigenen Schuldgefühle. Wie gut steht man doch bei der Morgenlektüre der Zeitung da im Angesichte einer Welt von Heroinsüchtigen, Scheidungswütigen, Mordlüstern, Korruptionisten.

30 Gleichzeitig befriedigt der geschmackig aufgemaschernte Klatsch die sonst so schlecht behandelten non-cognitiven Saiten der menschlichen Seele: Da das Lesen von Zeitungen ja eine durchaus abstrakte und nüchterne Tätigkeit ist, die die Emotionen nicht befriedigt, bedarf es anderer emotionaler Aufputschmittel.

Ein Nachrichtensystem, das nach Vereinfachung, Identifikation und Sensationalismus ausgerichtet ist, zeigt nach Østgaard folgende Tendenzen:

- 1) Die Erhaltung und Bestärkung des status quo. Mächtige werden in dieser Art von Berichterstattung noch mächtiger; Ohnmächtige werden praktisch bedeutungslos.
- 2) Das Gefälle von Arm und Reich, von Elite und Masse wird durch diese Art von Berichterstattung noch verstärkt.
- 3) Individuelle Handlungen von anerkannten Führern geraten in die Nähe des Mystischen: der Bundeskanzler ist der Meinung...
- 4) Die Realität wird stark verzeichnet. Die in den Nachrichtenmedien verarbeitete Wirklichkeit ist z. B. voller Arbeitsloser (wenn es auch in Wahrheit nur 5% sind) voller Konflikte, voller Gewalt und voller sozialer Abweicher. Mit einem Wort Massenmedien machen die Ausnahme zur Regel.
- 5) News sind eigentlich „Olds“. Die stark konservierende Tendenz der

Massenmedien bevorzugt Nachrichtenkontinuität: ein Ereignis wird solange durchgehäcchelt, bis absolut nichts mehr berichtenswertes vorhanden ist. Das ist die eine Seite. Und längst nicht die ganze. Durchaus erhellungsbedürftig wäre neben der Selektion von Nachrichten der Ursprung dieser Nachrichten: Wie steht es etwa mit der Rolle der Nachrichtenagenturen, von denen die Massenmedien ein gutes Stück ihrer Wirklichkeit beziehen? Darüber gibt es noch wenig Auskunft.

Auf der anderen Seite stehen die Konsumenten der Information oder die „Rezipienten“ wie sie heute in der modernen Kommunikationssprache heißen. (Die im übrigen ein Widerspruch in sich ist: diese Kommunikationssprache wird immer isolierter und eigentümlicher, sodaß man mit ihrer Hilfe alles andere als Kommunikation betreiben kann). In dem Ausmaß in dem die Nachrichtenkonsumenten in spezialisierte Berufs- und Interessensgruppen zerfallen, zerfällt auch die Information. Zeitschriften und Magazine für Hobbyköche, Angler, Börsenmakler, Autofahrer, Fotofans, Pornographiefreunde, Feministen suchen bereits ihre elektronische Entsprechung im Rundfunk. Auch die Tages- und Wochenzeitungen hat längst schon ihre Spezialkunden: die, die bekanntlich die Zeitung von hinten beginnen bei der Sportseite; die nach der Kulturseite greifen; die sich zu allererst den Gesellschaftsklatsch der diversen Adabes zu Gemüte führen oder die die Börsenkurse studieren.

Mit dieser Spezialisierung beginnt die Information noch mehr zu zerfallen. Es ist dies der zweite gewaltige Angriff auf die Orientierungsfunktion der Nachricht. Der erste Angriff erfolgte wie John Pfeiffer meint („Aufbruch in die Gegenwart“) mit der Einführung der Schrift.

Damals bröckelte die Information vom Ritual ab, von der Zeremonie. Nur noch wenige Völker und Stämme informieren heute durch Gesänge, durch Tanz und Erzählungen. Mit dem Aufkommen der Schrift beginnt die schmucklose Prosa. Das abstrakte Gehirn orientierte Mitteilen und Lesen. Sie zerschlägt die Einheit von Religion und Erziehung von Unterhaltung, Kunst, Information. Die religiösen Gesänge auf den Karolineninseln im Pazifik enthalten neben Schilderungen der Reisen von Vorfahren genaue Anweisungen über die Segelkunst und Wetterkunde. Ein Erfahrungsschatz aus Jahrhunderten.

Je arbeitsteiliger die Gesellschaft wird, desto spezialisierter reagiert die News-Küche. Dazu kommt das technische Angebot. Lichtsatzverfahren bei der Presse, Kabel-TV, Bildplatte, Satellitenfernsehen und dgl. erhöhen die technischen Fähigkeiten in gewaltigem Ausmaß. Aber auch die größere Aus-

wahl erhöht nicht die Orientierungskraft der Information. Im Gegenteil. Abstraktion, Arbeitsteilung, der technische Faktor auf der einen Seite, Stereotypen, Aktionsjournalismus, Vereinfachung, Identifikation und Sensationalismus — was kann da eigentlich noch an Orientierung übrigbleiben?

Wer glaubt, daß diese Entwicklung nicht sinnvoll ist, wer sie ändern möchte, der muß offensichtlich an vielen Stellen gleichzeitig ansetzen. Manches geschieht auch schon. So ist der Höhepunkt der Abstraktion und Arbeitsteilung gesellschaftlich zweifellos überschritten. Die Sehnsucht nach mehr Einheit von Rationalität und Emotion wächst ebenso wie der Wunsch nach Übersicht umfassender Information.

Vieles was am Journalismus schlecht ist, läßt sich unter Umständen durch bessere Journalisten verändern. Denn auch hier zeigt sich, daß quantitatives Wachstum mit höherer Qualität nichts zu tun hat: die Redaktionen sind in der Vergangenheit zwar immer größer geworden, die Redakteure wurden deswegen nicht besser. Sie wurden eher unbetreuer. Eine Ausbildung in der Zeitung und im ORF findet häufig überhaupt nicht statt. Vielleicht wäre daher auch hier ein „small is beautiful“ jedenfalls aber nützlich.

Größer werden könnte hingegen der Horizont. Zumindest in einigen österreichischen Zeitungen sollte sich die Welt ereignen, nicht nur Franz Klammer, Hans Krankl und die Wiener Innenpolitik.

Was schließlich die Rezipienten der Nachrichten betrifft, so sind sie zunächst einmal gut beraten, wenn sie ihre „Medien“ kräftig wechseln. Ja vielleicht ist sogar der Ratschlag angebracht, sich Orientierung außerhalb der Medien zu suchen. Vor allem im direkten Gespräch. Dieses ist freilich nur sinnvoll wenn es über den eigenen Berufs- und Freundeskreis hinausgeht. Viele Leute reisen heute in viele Länder — leider liegen sie aber genauso träge am dortigen Badestrand wie im Gänsenhäufel. Fremde Länder haben aber nur Sinn in fremden Sprachen. Diese muß man lernen und beherrschen. Der neue „Arbeitsplatz-Nationalismus“ fördert diese liberale Auffassung nicht. Aber auch er ist bereits so zugespitzt, daß nur noch eine Wendung zum Besseren erwartet werden kann.

Das künftige Bild einer neuen Information ist zweifellos nicht das von Sängern und Tänzern die so ihre Nachrichten weitergeben. Aber auch die totale elektronische Kommunikation scheint mir kein erstrebenswertes Ziel. Dieses liegt irgendwo dazwischen. Vielleicht sogar etwas näher bei den Sängern und Tänzern als bei der Elektronik.

DIE ZUKUNFT DER (VOLKS)PARTEIEN

Stabile Parteienlandschaft

Parteisysteme gehören heute für ein breites Publikum zum guten Ton. Von der „Parteienverdrossenheit“ wird gern und oft gesprochen.

Deshalb sei zuerst auf ein Positivum und einige Fakten hingewiesen: Die parlamentarische Demokratie hat auch bei uns, im Zeithorizont gesehen, erst eine kurze Bewährungsprobe hinter sich. Daß wir seit dem 2. Weltkrieg eine erfreuliche Epoche sozialer und wirtschaftlicher Stabilität hinter uns haben, daran haben die Parteien einen ganz wesentlichen Anteil.

Die Wahlbeteiligung in Österreich bewegt sich noch immer konstant auf einer Höhe, die zunächst nur auf eine erstaunliche Stabilität hinweist. Insgesamt etwa 90% der Wähler votieren jeweils für die beiden Großparteien. Den Großteil der restlichen Stimmen kann nach wie vor die FPÖ für sich verbuchen.

Im Einklang mit dem oben Erwähnten darf angemerkt werden, daß es den Parteien in den Nachkriegsjahren durchaus gut gelungen ist, im Kanalisationssystem der politischen Willensbildung, das sie liefern, all die widerstrebenden gesellschaftlichen Interessen einigermaßen zu bündeln und zu integrieren.

Ein weiteres Faktum besteht darin, daß sich die Parteien zu großen Dienstleistungsapparaten entwickelt haben. Jede der großen Parteien verfügt über 1000e von Mitarbeitern, Bildungsabteilungen, Servicestellen, Rechtsberatungen, Werbeabteilungen und über einen breit gefächerten Organisationsapparat. Dies alles hat zunächst einmal durchaus gute Seiten.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung verschob sich auch die Repräsentativität der verschiedenen Parlamente. Der Berufspolitiker hat den Honoratiorenpolitiker im Parlament ziemlich verdrängt. Von dieser Entwicklung ist schon bei Max Weber die Rede, der die Herrschaft der „Berufspolitiker ohne Beruf“ herauszufinden sah. Auch diese Entwicklung könnte für die Zukunft eine durchaus positive Bedeutung haben: „Eine gewisse „Entfremdung“ des Politikern von seinem jeweiligen beruflichen, regionalen, ethnischen, interessenmäßigen Herkunftsmilieu, sei notwendig, um persönlichen Spielraum für Kompromisse und übergreifende Entscheidungen zu gewinnen“, so der Politologe Dietrich Herzog.

Kritik an den Parteien

Beim Blick auf die Zukunft der Parteien muß man sich aber sehr sorgsam mit der gegenwärtigen Kritik an den Parteien und der Unsicherheit, die diese selbst ergriffen hat, auseinandersetzen. Erstmals in der Nachkriegszeit erleben wir in Großbritannien, daß sich das traditionelle Parteiensystem im größeren Ausmaß zu verschieben anschickt. Darüber hinaus gibt es in beinahe allen westlichen Demokratien — vor allem in der jüngeren Generation — eine genauso sensible wie deutliche Distanz zu den traditionellen Parteien. Die Hauptkritik gipfelt zusammengefaßt in einem Vorwurf: Die Parteien fördern nur noch die lüsterne Begierlichkeit auf die Gegenwart und hätten keinerlei Vorstellung von der Zukunft. Aber auch innerhalb der Parteien selbst führt diese Distanz zu tiefgreifender Nachdenklichkeit. So hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler bereits vor Jahren darauf hingewiesen, die Parteien gerieten zunehmend in Gefahr, die „Dimension der Zukunft“ zu vernachlässigen. Zugleich wachse damit auch die Gefahr, daß immer mehr Bürger nicht die vermeidbaren Fehler in der Politik, sondern das ganze parlamentarische System für den Stau ungelöster Probleme verantwortlich machten. Und Richard von Weizsäcker, heute Bürgermeister von Berlin, hat dem noch eine weitere Nachdenklichkeit hinzugefügt: „Wahr ist, daß die Idee der Demokratie, Wechsel durch Wahlen, eine automatische Scheuklappenwirkung gegen die Zukunft besitzt“. Das liege daran, daß Parteien jeweils nur bis zur nächsten Wahl disponieren. Viele Kritiker meinen deshalb, daß der Politiker mit seiner Zukunftseinsicht nicht um Wähler werbe, „vielmehr ist er der, der die Wähler an dieser Einsicht hindert, ... er hält sie im Zustand eines unaufgeklärten Bewußtseins. Er verschweigt, daß die Gegenwart Opfer für die Zukunft erfordert“. Auf diese Weise aber entmündigt der Politiker seine Wähler. Er ist nicht Mitläufer kurzzeitiger Wählerwünsche, sondern ihr Produzent.

Wenn wir uns sehenden Auges in der österreichischen Szene umblicken, werden wir an dieser grundsätzlichen Kritik nicht vorbeikommen. Die langfristige Zukunft scheint tatsächlich immer mehr zum Thema verschiedener Randgruppen zu werden, in deren

Augen gerade die heutigen Macher und „Realisten“, eben diese Zukunft Stück für Stück zubetonieren. Oder wie hat es der „Wurschtel der Nation“, Günther Nennung, gerade dieser Tage in einer bemerkenswerten Abrechnung mit der Ära Kreisky auf eine Kurzformel gebracht? „Man kann Wahlen gewinnen und die Zukunft verspielen“.

Man muß aber festhalten, daß es zu einfach wäre, den Parteien diese Last allein aufzubürden. Gewiß, sie haben einen Großteil dieser Verantwortung zu tragen. Dieselbe Verantwortung richtet sich aber an alle organisierten Interessen und nicht zuletzt an die Bürger selbst. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade der, der die meisten ungedeckten Wechsel für die Zukunft aus seinem Zauberhut zieht, den größten Erfolg verbuchen kann.

Kritisch werden sich die Parteien auch fragen müssen, wie sehr ihnen das Anwachsen ihrer Apparate, wie sehr ihnen ihre teilweise Überorganisation, vieles von ihrer Atmosphäre, von ihrer Offenheit und vom Kontakt mit den Menschen genommen hat. Kleinliche Unzulänglichkeiten beim Postversand und Statutenprobleme haben bei vielen parteiinternen Diskussionen einen ungebührlich hohen Stellenwert.

Ein weiteres Dauerärgernis in den Augen sensibler Bürger stellt das Phänomen der Ämterkumulierung durch gewisse politische Verantwortungsträger dar. Auch hier muß festgehalten werden, daß sich bei näherem Hinsehen herausstellt, daß es sich eher um vereinzelte Ausnahmen handelt. Aber gerade um der notwendigen Wiedergewinnung der Glaubwürdigkeit willen werden die Parteien wohl diese Ausnahmen restlos abstellen müssen.

Es ist ja wirklich selbst von sehr talentierten Menschen nicht anzunehmen, daß sie mehr als ein oder zwei Aufgaben gleichzeitig gewissenhaft erfüllen können. Damit könnte auch der sorgvolle Blick auf den Terminkalender für die Betroffenen in Hinkunft etwas ungetrübter möglich sein.

Ein weiterer Dauerbrenner in der Kritik an den Parteien ist die Frage des „Basiskontakts“. Wer sieht, mit wie vielen hundert, ja tausenden Menschen, die meisten Politiker auf Sprechtagen, bei verschiedenen Veranstaltungen etc. zusammenkommen, wird dieser Kritik wohl schwerlich generell folgen können. Selbst ein nicht gerade unermüdlicher Typ des Arbeiters im Weinberg der Partei hat in diesem Bereich mehr zu verbuchen, als in der breiten Öffentlichkeit gesehen wird. Man wird aber selbstkritisch sich die Frage stellen müssen, ob in der Art dieser „Kontaktpflege“ etwas schief liegt. Mit wem wird gesprochen? Worüber wird gesprochen? In welcher Offenheit? Ist es nicht jene Art von Kommunikation, die unter dem Motto

steht, überall dabei sein und nirgendwo dazugehören?

Eine letzte kritische Anfrage richtet sich an die Aufgabe der Parteien nach dem Parteiengesetz. Dort heißt es, daß sie zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung berufen sind. Es heißt ausdrücklich „Mitwirkung“ und nicht Monopol!

Kritiker meinen, die Parteien hätten diese Aufgabenstellung ziemlich exzessiv zu ihren Gunsten interpretiert. Die Folge ist, daß trotz aller hehren Versuche zur „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ in vielen Bereichen geradezu das Gegenteil erreicht wurde. Den „Erfolg“ dieser Vorgangsweise verspüren wir heute schmerzlich: Je mehr Mündigkeit den Bürgern entzogen wurde, desto unlösbarer werden die Aufgaben der Zukunftsbewältigung.

Aufgaben künftiger Politik

An der Schwelle zur Jahrtausendwende sieht sich die Menschheit insgesamt einem Berg von Problemen gegenüber (Rüstungswahnsinn, Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt, Energieversorgung, Ressourcenverknappung, Bevölkerungsvermehrung, Umweltverschmutzung etc.) Probleme, die den einsehbaren Zukunftshorizont einengen und nicht gerade eine allzu euphorische Stimmung aufkommen lassen. Um die Dimensionen richtigzustellen, wird man auch hier anmerken müssen, daß in den letzten Jahren doch vieles durch das vielgelästerte Krisenmanagement noch regulierbar war. Allerdings, Politik und insbesondere demokratische Politik lebt ganz wesentlich vom Element der Zuversicht. Krisenmanagement allein kann aber das notwendige Maß an Hoffnung immer weniger mitliefern und bringt auf Dauer keine Stabilität. Das komplexe soziale und ökonomische Gefüge unserer Welt trägt keine einfachen Antworten.

Wohlstandspragmatismus und der billige Feudalismus der Mehrheiten werden ohne tiefgreifenden Wandel unseres Bewußtseins und der daraus notwendigen Veränderung unserer gesellschaftlichen Strukturen und insbesondere unserer Lebensformen die Demokratie auf eine harte Bewährungsprobe stellen.

Niemand kann sich abkoppeln, aussteigen ist gewiß kein Rezept für die Zukunft. Es geht schlicht und einfach um die „Wahrnehmung des Ganzen“ (Carl Friedrich von Weizsäcker).

Wir befinden uns ohne Zweifel in einer Zeit des weltweiten Umbruchs. Wir haben es mit einem politischen Themenwechsel zu tun, der längst nicht mehr auf grüne und alternative Gruppen beschränkt ist, sondern die gesamte Öffentlichkeit in den Industriestaaten bewegt: dem Bewußtsein für Umweltprobleme und für die Zweischneidigkeit des industriellen Wachstums. Dieser

Themenwechsel hat alte Begriffe von links und rechts überholt und dadurch auch Unsicherheit in die Parteien getragen. Neue Zielkonflikte werden in der Umwelt-, Energie- und Arbeitspolitik sichtbar und verlangen neue Kompromißmodelle. Die Unsicherheit der Parteien wird hoffentlich ein erstes Zeichen des Umdenkens sein.

Die Demokratie wird den Nachweiserbringen müssen, daß sie mehr ist, als eine Folgerscheinung großer materieller Wachstumsraten. Die Gefahr für die demokratischen Systeme unserer Tage liegt darin, daß Bürger und Verbände vom politischen System und insbesondere vom Staat Leistungen erwarten, denen kein Staat auf die Dauer entsprechen kann.

Zukunft ist nicht denkbar als weiterhin gesteigerte Gegenwart. Hier ist auch die traditionelle Nationalökonomie an eine Grenze geraten. Was nottut und zugleich Hoffnung verspricht, ist Besinnung auf Vernunft, die mehr ist als ökonomische Rationalität. „Der Mensch ist so geschiet geworden, daß er ohne Weisheit nicht wird überleben können“ schrieb Schumacher bereits vor Jahrzehnten angesichts der heraufkommenden Probleme.

Die Grundphilosophie westlicher Industriegesellschaften, die eine Maximierung von Glück über eine Maximierung von Gütern und Dienstleistungen erreichen will, wird von Tag zu Tag fragwürdiger. Alle ökonomischen Konzepte unterschiedlicher Herkunft (USA, Großbritannien, BRD, Österreich) lassen die wesentliche Frage der Zukunft ausgeklammert: Die Sinnfrage. (Sie ist auch nicht von der Ökonomie zu beantworten!)

Ich bin überzeugt, daß wir aus den gesellschaftlichen Sachzwängen und damit aus dem gesamten heutigen wirtschaftlichen Desaster solange nicht herauskommen, solange wir nicht diese politische Prämisse geklärt haben. Den Parteien erwächst daraus eine Aufgabe, der sie sich in den Jahren steigender Wachstumsraten kaum gewidmet haben.

Ich gebe zu, es würde der Zukunft nicht dienen, wollte eine Partei nun beim nächsten Wahlgang nur an die Zukunft denken, dafür aber auf den Wettbewerb um die Mehrheit verzichten. Wer glaubt, ein gutes politisches Programm zu besitzen, muß dafür eine Mehrheit finden. Die Aufgabe lautet schlicht und einfach, eine Politik, die die Zukunft verantwortlich berücksichtigt, mehrheitsfähig zu machen. Die Frage lautet, kann eine Partei mit Aussicht auf Mehrheitserfolg selbst verändernd auf das heutige Bewußtsein der Wähler einwirken? Ich bin überzeugt davon, daß letzteres unsere einzige Chance und möglich ist. Daran wird sich auch die Zukunft der Demokratie entscheiden.

Die Parteien werden sich wesentlich

auf ihre gesetzlich definierte Aufgabe der politischen Willensbildung konzentrieren, Handlungsfähigkeit und Führungsautorität demonstrieren müssen. Gleichzeitig bedürfen die repräsentativen Entscheidungsverfahren der notwendigen Ergänzung durch plebiszitäre Partizipationsmodelle. Die Zukunft ist nur durch ein verstärktes Mitdenken, Mitmachen und Verantwortungsbewußtsein aller Bürger zu gewinnen. „Wir wissen, daß unsere neuen Aufgaben nicht durch eine „Politik von oben“ bewältigt werden können. Wir brauchen dazu den Beitrag von Familie und Schule, von Wissenschaft und Kirchen, von Medien und Interessenvertretungen, die sich auf die Gesamtinteressen besinnen müssen“ (Modell Steiermark).

Politischer Stil

Die Zukunftsaufgaben zu lösen, hat eine Veränderung des politischen Stils zur Vorbedingung. Ich bin überzeugt davon, daß die Leute — insbesondere die jungen kritischen Menschen — die Wahrheit hören wollen. Jene Politik wird das Vertrauen der Zukunft haben, die ihre Probleme, auch ihre inneren „Sachzwänge“ offen darstellt.

In einer Zeit massenhaft zunehmender Arbeitslosigkeit wird jeder Politiker auch persönlich Fleiß, Bescheidenheit, Sparsamkeit und Opferbereitschaft demonstrieren müssen. Die Parteien selbst werden ihre überbordende Sucht, sich in alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belange einzumischen, um ihrer selbst Willen einschränken müssen. Die heutige Besetzungs-, genauer gesagt Besatzungspraxis, in wirtschaftlichen Betrieben, bei Banken, im öffentlichen Dienst, beim ORF, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen, schafft nicht nur zum Teil mißere Qualität sondern insbesondere bei einer Großzahl der Bürger dieses Landes unüberwindbare Ohnmachtsgefühle.

Die Lösung der künftigen Probleme erfordert das Gegenteil von aufgeregter Beschäftigungshektik, nämlich Nachdenklichkeit und geistige Innovation. Insbesondere Parlamentsdebatten und Parteiveranstaltungen, die bloß der Selbstdarstellung und Schuldzuweisung dienen, nicht aber der Aufhellung, sind nichts als leere Rituale — verderben das politische Leben zur Karikatur.

Der scheinbare Zwang, immerzu das eigene Hinterland zu bestärken, die Gegner immer zu demütigen und möglichst sprachlos zu machen, diese geradezu alltägliche Pflichtübung schafft das eigentliche Glaubwürdigkeitsdefizit.

Gerade der Meister der Nation kann der Versuchung immer weniger widerstehen, alles ganz einfach zu formulieren, bloß um entsprechenden Jubel hervorzurufen.

Die Fragen, denen sich die heute Verantwortung gegenüberstehen, erfordern zu ihrer Bewältigung ein außerordentlich hohes Abstraktionsvermögen, aber auch die Fähigkeit, sich von überkommenen ideologischen Begriffen zu lösen. Vielleicht wäre auch hier ein Vertrauensgewinn zu erreichen, wenn man das eine oder andere Mal zugeben würde, was nichts als die Wahrheit ist: Nämlich, daß man auf dieses oder jenes Problem keine richtige Antwort (noch) wisse, oder vielleicht gar die Meinung des Gegners dazu für erwägenswert halte. Ehrlich gemeint braucht niemand sich zu fürchten, dies als Führungsschwäche ausgelegt zu bekommen. Im Gegenteil, es könnte der Nachdenklichkeit und der breiten politischen Diskussion nur förderlich sein. Wie vieles könnten wir uns doch ersparen, im wahrsten Sinn des Wortes, hätte es dieses Maß an vernünftiger Diskussion in den vergangenen Jahren schon gegeben. (Zwentendorf, AKH, UNO-Konferenzzentrum etc.). Liberalität beinhaltet für mich wesentlich auch die Bereitschaft, vom Gegner zu lernen. Das sollten sich jene selbst ernannten „Liberalen“ dieses Landes einmal hinter die Ohren schreiben.

Die Zukunft der Volkspartei

Ableitend aus dem oben Gesagten noch einige kurze Anmerkungen zur Zukunft der Volkspartei. Es gehört offenbar zu den politischen Untugenden unserer Zeit, den Erfolg bzw. Nichterfolg einer politischen Kraft an ein oder zwei Spitzenpersonen „dingfest“ zu machen.

Zum Erfolg gehört aber ein Programm, eine große Linie und natürlich ein breites schillerndes Persönlichkeitsbild. Die Volkspartei benötigt für ihre Zukunft ein buntes Bild von Repräsentanten, die Handlungsfähigkeit, Volksnähe, Humor, Zuversicht, Begeisterung und geistige Offenheit ausstrahlen.

Man wird auch kurz vor einer Nationalratswahl und nach 11 Jahren Opposition festhalten müssen, daß es nicht um eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis gehen darf. Die Volkspartei muß sich als **geistige Alternative** zur herrschenden SPÖ glaubhaft darstellen können. Sie muß um ihrer langfristigen Glaubwürdigkeit willen, jeder Versuchung widerstehen, sich durch irgendein plummes Geschäft in eine künftige Regierung „einzukaufen“. Eine politische Strategie, die als Alternative zur heutigen SPÖ-Politik plus oder minus 1 Prozent anbieten kann, findet bei der Bevölkerung kein Gehör. Sie wird sich daher als Partei des Wandels zu einer neuen Politik darstellen müssen, zu einer Politik unter den oben beschriebenen — total veränderten — Rahmenbedingungen. Eine Untersuchung von Prof. Zulehner hat das Ergebnis erbracht, daß die

ÖVP auf ein Wählerreservoir setzen kann, das für eine zukunftsweisende Politik eher offen ist, weil es solidarischer (!) und belastbarer (!) ist. Dies ist eine Chance für die Zukunft, die es wahrzunehmen gilt. Als Vorbedingung dazu scheint mir eine Diskussion der Grundwerte und Grundsätze, die nicht im abstrakten Nirwana verlaufen und als Abgrenzungsdiskussion geführt werden darf, notwendig.

Insbesondere werden zwei konkrete Bereiche vor dem Hintergrund dieser Grundsätze zur Diskussion gestellt werden müssen:

1. Die Frage der sozialen Sicherheit
2. Die Frage des Wirtschaftssystems

ad 1) Die Volkspartei hat als soziale Integrationspartei aufgrund ihrer Struktur und ihres Selbstverständnisses einen Vorsprung für die „Wahrnehmung des Ganzen“. Wir müssen versuchen, im Sinne aller, das heute Gerechte und Richtige zu erkennen und den Mut haben, unangenehme Wahrheiten zu sagen, um den Gefahren einer Gefälligkeitsdemokratie energisch zu begegnen.

Es gibt einen ganz einfachen Leitsatz für unser politisches Handeln auf nationaler und internationaler Ebene: „Wenn Du den Frieden willst, schaffe Gerechtigkeit“. Die Menschen haben gerade in Zeiten des Umbruchs ein gesteigertes Bedürfnis nach sozialer Sicherheit. Wir müssen daher ihre Sorge um einen Arbeitsplatz (für jeden!) um Wohnungen, um ihre Pensionen, um die Umwelt etc. spüren und differenzierte aber stabile Lösungsmodelle anbieten. Wenn wir zur Einsicht gelangen, daß der materielle Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte nicht unbegrenzt fortgeschrieben werden kann, so müssen wir zu einer neuen **sozialen Philosophie** kommen. Wir stellen fest, daß die Menschen heute oft mehr gegeneinander als miteinander leben. Als Ziel gilt es, das Wort von der „teilenden Solidarität“ ernstzunehmen und in die Tat umzusetzen. Eine neue Politik kann nur auf dem Hintergrund dieser Solidarität, der Subsidiarität und der Lernfähigkeit der Bürger und gesellschaftlichen Gruppierungen beruhen.

ad 2) Wirtschaft ist ein gestaltbarer Prozeß. Weder ewige Gesetze, noch unentrinnbare Zwänge, noch eine festgelegte Wirtschaftsordnung dürfen uns gefangen nehmen. Vielmehr sind wir aufgerufen, uns zu fragen, welchen Stellenwert die Wirtschaft im menschlichen Leben hat. Die Wirtschaft muß Rücksicht nehmen auf den Menschen und die Endlichkeit der Natur.

Es mag sein, daß wir uns in Zukunft mehr werden anstrengen müssen, fleißiger sein müssen, in jedem Fall muß aber den arbeitenden Menschen auch mehr Identifikation mit ihrer Arbeit ermöglicht werden. Sie müssen mehr

Befriedigung an ihrer Arbeit finden und teilhaben an den Produkten ihrer Arbeit. Mitbestimmung und Mitbeteiligung, die nicht wieder auf betriebsfremde Gremien abgestellt sind, schaffen letztlich für jeden Betrieb und somit auch für den Unternehmer selbst Vorteile. Wir waren in dieser Diskussion vor Jahren schon um einen Schritt weiter als heute. Wir brauchen dazu auch den verändernden Geist neuer Unternehmer und die Eigenständigkeit aller am Arbeitsprozeß Beteiligten.

Die Volkspartei hat dann eine Chance, wenn sie sich dem derzeit ablaufenden **Kulturwandel** hin zur postindustriellen Gesellschaft stellt. Sie muß vor dem Hintergrund ihrer Grundwerte **gegen** jede Art von Lebenszerstörung, gegen Materialismus, gegen die Vorbestimmung aller Lebensbereiche und **für** Kreativität und eigenständige Initiativen eintreten. Statt weiterer Expansion der Gütervermehrung intensivere und persönlichere Nutzung der vorhandenen Güter.

Die Werte Familie, Natur, Eigentum und Leistung müssen neu interpretiert und als neu dargestellt werden. Es geht um die Emanzipation diskriminierter sozialer Gruppen aber auch um die Emanzipation von den sogenannten Sachzwängen.

Im ganzen muß sich die ÖVP als leistungsfähige, kompetente und offene Partei mit hoher Integrationskraft darstellen.

Die Chance dazu hat sie.



MEHR ZUSAMMEN- ARBEIT UND MEHR BÜRGERRECHTE

Die Frage nach der Zukunft der Parteien ist untrennbar verbunden mit der Frage nach der Zukunft des politischen Systems. Österreichs Demokratie hat in der Zweiten Republik in Relation zur Zwischenkriegszeit einen bemerkenswerten Festigungsprozeß erlebt. Alle Regierungssysteme mit Ausnahme einer offenen kleinen Koalition (eine stille, in Form der FPÖ-Unterstützung für die SP-Minderheitsregierung, gab es 1970/71) wurden erprobt: Konzentrationsregierung bis 1947, große Koalition bis 1966, Alleinregierung der ÖVP 1966 bis 1970, SPÖ-Alleinregierung seit 1970. Es hat sich gezeigt, daß jedwede demokratisch legitimierte Regierungsform ohne größere Systembelastung möglich ist und daß sich drei relativ stabile politische Lager herausgebildet haben. Zu Beginn der 80er Jahre aber werden gewisse Schwäche- und Fragezeichen sichtbar:

- 34 1. Ist eine lang andauernde Alleinregierung für Österreich von Nutzen?
2. Wie können wichtige politische Themen (Ökologie etc.) ins politische System integriert werden — nur über „grüne“ Parteien?

Zwischen beiden Fragestellungen scheint mir ein Zusammenhang zu bestehen, der im Rahmen einer weiterführenden verfassungsmäßigen Erneuerung zu diskutieren wäre.

Zwölf Jahre SPÖ-Alleinregierung haben jedenfalls gezeigt, daß statt der versprochenen „Demokratisierung“ Machtzentrierung mit all ihren ungenutzten Folgerscheinungen (wie Ämterpatronage, Verquickung von Politik und Wirtschaft, versuchte Ausschaltung von Kontrolle) im Vordergrund steht, während auf die neuen Herausforde-

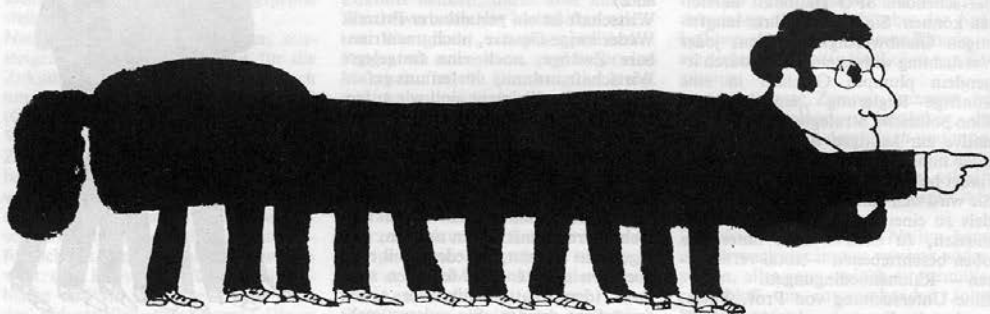
rungen der ökonomischen und ökologischen Krisenerscheinungen nur unzureichend mit Beschwichtigung und Schönfärberei reagiert wird, weil man Angst um die für die absolute Mehrheit entscheidenden Stimmen-Zehntelprozente hat.

Fraglos aber sind zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben eine offene und vorurteilslose Diskussion, ein mutiges Entscheiden mit gemeinsamem Verantworten vonnöten. Eine sinnvolle Weiterentwicklung des politischen Systems wäre daher in einer Institutionalisierung der Zusammenarbeit auf Bundesebene mit gleichzeitiger Stärkung der Kontrolle und der direkten Demokratie zu sehen. Etwas überspitzt formuliert ist es ein Webfehler der österreichischen Verfassung, daß auf Bundesebene keine Konzentrationsregierung bindend vorgeschrieben ist. Denn sowohl auf Landes- als auch Gemeindeebene ist zum größten Teil die Konzentration der politischen Kräfte zwingend verlangt. Die Sozialpartnerschaft als Form der Zusammenarbeit ist die Säule des wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs der Republik und seiner Stabilität geworden. Durch all diese Formen der Zusammenarbeit und aus der Lehre der bitteren Erfahrungen der ersten Republik ist es auch zu einer Entradikalisierung der politischen Lager und in ihrer öffentlichen Darstellungsform eigentlich zur Herausbildung zweier großer Volksparteien mit — sicherlich gewichtigen — unterschiedlichen Akzentsetzungen gekommen. Ausgerechnet auf Bundesregierungsebene soll diese Zusammenarbeit nicht mehr funktionieren, sollen unterschiedliche Akzente statt zum Kompromiß zur Konfrontation führen?

All jenen ehrlich besorgten Demokratietheoretikern, die vom Wechselspiel von Regierung und Opposition, von Verantwortung und Kontrolle im parlamentarischen Raum sprechen, muß die politische Realität entgegengehalten werden: Die parlamentarischen Kontrollrechte sind zu gering. In der Realverfassung ist das Übergewicht der Exekutive so groß, daß es auch durch die notwendige Stärkung des Parlaments nicht aufgewogen werden kann. Die wirksamste Form der Kontrolle ist die „von innen her“, also die innerhalb der Regierung.

Zweiter Kritikpunkt der Demokratietheoretiker ist die befürchtete Versteinerung der politischen Strukturen. Tatsächlich ist in der gegenwärtigen Bundespolitik die größtmögliche Versteinerung zu erblicken. Das ständige Bemühen um die Machtzentrierung der Alleinregierung bremsen sämtliche Erneuerungsbereitschaft, die der gesellschaftliche und wirtschaftliche Umbruch eigentlich verlangen würde. Gemeinsam und ohne dauernde Sorge um den Machtverlust werden die politischen Kräfte eher bereit sein, die notwendigen neuen Wege zur Zukunftssicherung zu beschreiten und auch unpopuläre Maßnahmen zu verantworten. Gleichzeitig freilich sollte der nicht zu gering schätzenden Gefahr einer verstärkten „Packelei“ mit einem Ausbau des Parlamentarismus und der direkten Demokratie mit allen Spielarten entgegengewirkt werden. Diese neuen Elemente der direkten Demokratie können zu einer wesentlichen Belebung der politischen Diskussion und des politischen Geschehens beitragen und auch grüne und alternative Ansätze wesentlich besser zum Tragen bringen, als durch Parteienbildungen, die eigentlich nur zu Verhärtungen der Positionen führen.

Die Reformdiskussion des politischen Systems zu Ende des 20. Jahrhunderts in Österreich sollte daher also in Richtung mehr Zusammenarbeit und mehr Bürgerrechte gehen. Dies wäre ein entscheidender Schritt zu echter weiterer Demokratisierung.



MEHR FANTASIE IN DIE POLITIK

Schon einmal das Frühstücksei ohne Dotter serviert bekommen?, ein Schauspiel ohne bunte Kostüme erlebt?, oder vielleicht ein Livekonzert ohne Musik, dafür mit schlechten Musikern?

andersrum
Schon einmal das Erlebnis gehabt, mit einem Politiker zu sprechen, bei dem Du das Gefühl hast, daß er Dir auch die Wahrheit sagt?, Diskussionen erlebt, bei denen Politiker sich nicht nur gegenseitig befetzten, sondern Dir auch ihre Inhalte verständlich gemacht haben?,

oder vielleicht eine Direktübertragung zum Beispiel aus dem Parlament miterlebt, bei der es Dir hochgekommen ist, weil Du meinstest, daß hier zu oft 1. die falschen Leute und 2. über nichts sprechen?

Was ich sagen will:

Jeder einzelne von uns versucht sein Leben einzurichten so gut er es kann; versucht seinem Leben Sinn zu geben, indem er bestimmte Ziele anstrebt (Glück, Familie, Arbeit, Bildung) und dabei von Werten ausgeht, die er für die richtigen hält (Ehrlichkeit, Gemeinsinn, Nächstenliebe), versucht sich selbst im Rahmen seiner Möglichkeiten in die Gemeinschaft einzubringen.

Dabei wird sich natürlich jeder bemühen, seine vorhandenen Fähigkeiten und Chancen zu optimieren. An einfachen Beispielen dargestellt: Bleiben am Monatsende S 300,— übrig, so steht es frei, dieses Geld anzuspargen, in einem Restaurant auszugeben, ein Konzert zu besuchen, einen Englischkurs zu absolvieren. Sehr wohl werde ich mich bemühen, dort zu sparen, wo ich für mein Geld die meisten Zinsen bekomme bzw. nicht in ein Gasthaus gehen, das verdorbenes Fleisch serviert bzw. Ei ohne Dotter usw.

Du wirst Dich vielleicht fragen, was das alles mit Fantasie zu tun hat oder gar mit Politik?

Die Fantasie in der Politik, die ich meine, hat nichts zu tun mit Neuem und Sensationellem, das Parteien und Politikern erst einfallen müßte. Der Appell zu mehr Fantasie ist einfach der Aufschrei eines Bürgers, die Politik künftig anders zu gestalten, weil er glaubt, daß es so nicht weitergehen darf, weil er glaubt, daß sich Politik immer stärker zu einem Spiel entwickelt, bei dem der Bürger nur Verlierer sein kann, weil er Stein anstatt Würfel ist: Man nennt das auch falsches Spiel.

(Typisches Beispiel: Eumig / Fürstentum — Kreiskybluff ohne Rücksicht auf das Schicksal der einzelnen Arbeitnehmer)

Jener Partei, der es gelingt umzudenken, die ihre Politik wieder am Leben des einzelnen orientiert, an seinen Sehnsüchten, Wünschen und Hoffnungen, die ihn dort abholt wo er sich befindet, anstatt über stereotype Kurzfloskeln in fremder Sprache per Distanz mit ihm zu „kommunizieren“, nur jener Partei wird und soll die Zukunft gehören, vorausgesetzt das Umdenken geht noch viel weiter.

Gute Politik beginnt nämlich in der Partei selbst und bedeutet den Mut aufzubringen, Funktionäre an der Basis, die noch am ehesten die Möglichkeit haben die wahren Bedürfnisse des Bürgers zu erkennen, die Politik entscheidend mitgestalten zu lassen; ein gutes Kommunikationssystem nach oben zu entwickeln und umgekehrt; Demokratie in der Partei selbst zu praktizieren und vorzuleben; jedem Mitglied und jedem Funktionär die Wichtigkeit seines persönlichen Einsatzes im Dienste der Gemeinschaft bewußt zu machen. Erst wenn eine Partei für ihre eigenen Leute Vorbild ist, kann sie auch glaub-

haft Vorbild nach außen sein.

Fantasievolle Politik heißt gemeinsam mit den Bürgern Probleme zu lösen und Entscheidungen zu treffen, nicht aber von oben zu verordnen.

Fantasievolle Politik heißt sich wieder auf Werte besinnen, die im täglichen Leben jedes einzelnen selbstverständlich sind. (Anständigkeit, Ehrlichkeit, Wahrheitsliebe)

Fantasievolle Politik heißt Politik für jeden einzelnen wieder durchschaubar und erlebbar zu machen und nicht als abstraktes Instrument erscheinen zu lassen, das über den einzelnen verfügt, anstatt von ihm gestaltet zu werden.

Fantasievolle Politik heißt „verbale Bilder“ (Sperl) für die Zukunft zu malen und umzusetzen.

Fantasievolle Politik heißt ein demokratisches und gutes Klima zu erzeugen, genauso wie man es sich in der eigenen Familie wünscht.

Fantasievolle Politik heißt Rahmenbedingungen mit dem Bürger zu schaffen, damit er sich individuell verwirklichen kann.

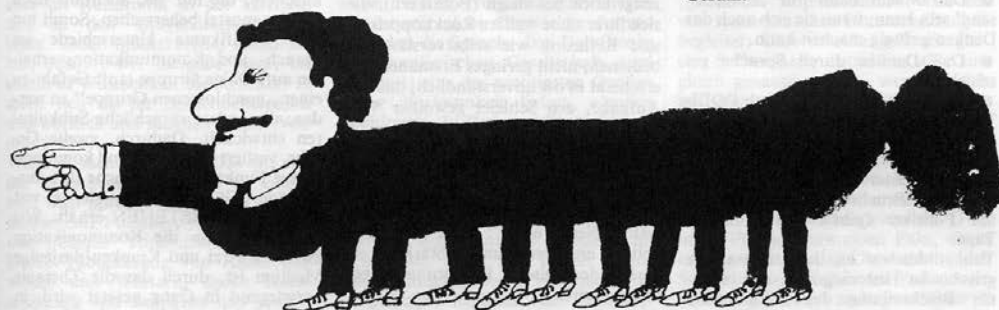
Fantasievolle Politik heißt verantwortungsvolle Ämter mit verantwortungsbewußten Menschen zu besetzen; Kontrollmechanismen zu entwickeln die garantieren, daß mit den Steuergeldern verantwortungsvoll und sinnvoll umgegangen wird (AKH).

Fantasievolle Politik heißt, alles was Dich persönlich an der Politik stört durch Deine Ideen und Deinen Einsatz zu ändern.

Nicht übersehen dürfen wir — und daran liegt, glaube ich, eine der größten Gefahren — daß Politik, wie sie derzeit vielfach praktiziert wird, sich auch negativ auf Ethik und Wertempfinden des einzelnen auswirkt, d. h. die Partei bzw. die Politiker nur noch dann in Anspruch genommen zu werden drohen, wenn der Bürger „Vitamin B“ braucht und der Meinung ist, der Politiker würde durch seinen Einfluß ihm „schon alles richten“.

Das würde in letzter Konsequenz bedeuten, daß die Politik jene Werte untergräbt, die das Zusammenleben der Menschen erst schön und wünschenswert machen.

Politik ohne Fantasie ist wie Liebe ohne Gefühl.



DIE MUNDWERKS- BURSCHEN BEHERRSCHEN UNS

Zur Rolle der Sprache in der Politik

Selbst die gewöhnliche Bedeutung der Worte für die Sachen ändern sie nach Gutdünken:

Freiheit ohne Sinn und Verstand war Mannesmut treuer Parteigenossen. Vorsichtiges Zögern — getarnte Angst. Besonnenes Verhalten — Maske des Feiglings.

Verrückter Radikalismus wurde echter Mannesart zugerechnet. Wer seine Unternehmungen bedächtig zu sichern trachtete, suchte nur einen feinen Vorwand, sich zu drücken. Wer über alles murrte, auf den konnte man sich verlassen. Wer aber den Hetzern widersprach, war verdächtig. Wenn seine Ränke glückten, galt für klug. Für noch bedeutender, wer hinter allem etwas witterte.

Wer vorsorgte, daß er dies ganze Treiben nicht brauchte, zersetzte die Partei und hatte sich durch die Gegenseite einschüchtern lassen. Schlechthin gelobt wurde, wer dem zuvorkam, der eine Niedertracht vorhatte. Nicht minder, wer den, der gar nicht an so etwas dachte, dazu anstiftete...

Gedanken zum politischen Stil der achtziger Jahre? Jedenfalls pointierte Thesen über die aktuellen Tendenzen zur Politik im allgemeinen und zur Rolle der SPRACHE in der Politik im besonderen. Die Parteien, so heißt es in obigem Kommentar weiter, liebten es, ihrer Sache mit erhabenen Worten einen besseren Klang zu geben. — Endlich einer, denkt sich (vielleicht) der geneigte politicum-Leser, der interessante Zusammenhänge zu dieser Thematik herzustellen vermag:

● Daß Politik viel mit Macht und dem Kampf um die Macht zu tun hat.

● Daß Macht dann nur „allumfassend“ sein kann, wenn sie sich auch das Denken gefügig machen kann.

● Daß Denken durch Sprache geschieht.

● Daß somit SPRACHE auch POLITIK ist.

Um es gleich vorwegzunehmen: Obiger Kommentar stammt weder von einem politisch interessierten Linguisten, noch von einem linguistisch interessierten Politiker (gibt's den?) unserer Tage.

Thukydides war es, der große antike griechische Historiograph, der in seiner Beschreibung des Peloponnesischen Krieges auf die Veränderung der

Sprache aufmerksam machte.

Warum ist Sprache „politisch“?

● Sie ist politisch, weil politische Herrschaft ohne Herrschaft über die Sprache auf Dauer unmöglich ist.

● Sie ist politisch, weil politische Herrschaft auch mit physischer Gewalt begründet werden kann, aber ohne die Zustimmung der Beherrschten keinen andauernden Erfolg hat.

● Schließlich: Sprache ist politisch, weil „Verantwortung für die Sprache zu empfinden ein Teil der Verantwortung aller Bürger für unsere Gesellschaft und für unseren Staat ist“.

(Walter Scheel). In George Orwells „Kleiner Grammatik“, die er seinem utopischen Roman „1984“ beigelegt hat, spielt die „Neusprache“ eine entscheidende Rolle: Der „newspeak“ als semantische Manipulation, wo allgemeingültige Wörter eine bewußt sinnändernde Verwendung erfahren. Sicher: Eine Hauptrolle in dem düsteren Szenarium totalitärer Herrschaft übertrug Orwell der Sprache, die seiner Überzeugung nach das wichtigste Mittel von Diktaturen ist, sich Menschen gefügig zu machen. Aber auch für die parlamentarische Demokratie mit ihrem komplizierten System von Machtverteilung und Machtkontrolle, hat die Sprache eine herausgehobene Bedeutung. Zum einen ermöglicht sie Konsens, Kompromiß und alternative Positionen, zum andern wird sie — heute mehr denn je — in den Dienst von Ideologie und Konsum gestellt.

Über die Sprache zu sprechen, einige Gedanken darüber zu verlieren, erzeugt noch bei vielen (Politikern), die sich ihrer ohne weitere Rückkoppelung und Reflexion wie selbstverständlich bedienen, nicht geringes Erstaunen. So erscheint es oft unverständlich, daß die Aufgabe, den Schleier gewollter Veränderungen in der politischen Sprache zu durchdringen, aufzuzeigen, was Sprache in der Politik vermag, oft als nicht realistisch anerkannt wird. Oder, wenn dem Wort der Anhänger von Orwells „Neusprache“: „Die Unwissenheit der anderen ist unsere Stärke“ keinerlei ideologische Bedeutung beigegeben wird.

Abhandlungen zum Thema „Sprache

und Politik“ gab es und gibt es nicht wenige. Sie verschwanden aber gerne in den hinteren akademischen Schreibtischwinkel; erst in den letzten Jahren ist die SPRACHE ins politische Gerede gekommen.

Seitdem Herbert Marcuse der studentischen Linken den Rat erteilte, den Kampf der Herrschenden bei der Umdeutung und Neueinführung von politischen Wörtern zu beginnen, wurde erst vielen der unauf löbliche Zusammenhang zwischen Sprache und politischem Handeln deutlich. Helmut Schelsky meint in diesem Zusammenhang, daß die überragende politische Gewalt sich heute nicht mehr in Verfassungs- und Regierungskonflikten kundtut, sondern längst in „rechtlich umgeformte Tiefenschichten des sozialen Verhältnisses von Menschen untereinander abgewandert ist“.

Anders formuliert heißt dies: Die letzte Form der Versklavung von Menschen scheint in der Beherrschung, in der Macht durch Sprache zu liegen. Sind doch wir Menschen als soziale Wesen auf den Verkehr durch Sprache genauso angewiesen wie jeder lebende Organismus auf Zufuhr von Nahrung und Sauerstoff. Der Herrschaftsgrad von Menschen über Menschen kann in der Beherrschung durch die Sprache in einem Maß erreicht werden, demgegenüber physische Gewalt noch harmlos ist.

Die selbstgeschützten Machtmittel der „Mundwerksburschen“ und deren Gefahren

Gerade die Politiker müssen sich auf dem Parkett der Sprachstrategie bewegen. Oft gehört es zum „Geschäft“, ungelöste Fragen Bürgern und Medien gegenüber zu verschleiern. „Wort-Betrügereien“, Losungsworte, die nur wenigen bekannt sind, eine Sprache der „hinterhältigen oder vordergründigen Umdeutungen und Verbiegungen“, wie Erhard Busek im Kontext zu unserer Politikerbefragung treffend formuliert, gehören heute zu den beinahe selbstgeschützten Machtmitteln:

Gehegte und gepflegte Codes, Sprachklischees, die nur sie, allenfalls noch Medienapostel beherrschen. Somit tun sich signifikante Unterschiede im Sprach- und Kommunikationsverhalten auf: Obige Gruppe läuft Gefahr zu einer „geschlossenen Gruppe“ zu werden, die andere sprachliche Subkulturen entwickelt. Dadurch, zweite Gefahr, verliert die soziale und kommunikative Funktion der Sprache ihre ausgeprägte Gültigkeit, die sie ja erst durch das VERSTEHEN erhält. Wie in der Medizin die Kommunikation zwischen Arzt und Kranken dasjenige Medium ist, durch das die Therapie vorwiegend in Gang gesetzt wird, in dem sie sich entfaltet und vollendet,

so soll auch der Sprache der Politik in erster Linie eine Orientierungsfunktion zukommen, die „therapeutische Dialogformen“ zuläßt.

Mit den heute üblichen Sprachstilen des Verwaltungschinesisch, des Wissenschaftskauderwelsch der Superexperten, aber auch mit vergrößernden Agitationsformen vermögen sich die Politiker die Bürger vom Leibe (und der Wahlzelle) zu halten und diese „therapeutischen“ Dialogformen zu vermeiden. Daraus resultiert nun — gleich einem *circulus vitiosus* — die dritte Gefahr: Anstatt einer Orientierungsfunktion kommt der politischen Sprache eher das Gegenteil zu. Durch die Vernebelung und Verschleierung von Tatsachen schwieriger politischer Zusammenhänge dank eines Codesystems oder auch einer Holzhammermethode, wird eher eine Verunsicherung der Menschen hervorgerufen. Daraus erwächst zwangsläufig eine Orientierungslosigkeit und gleichzeitig eine Verfestigung des Vorurteils von Politik als schmutzigem Geschäft und von Politikern, denen nicht zu trauen ist.

Kann man sich der ‚herrschenden Sprache‘ entziehen?

Hinzu kommt, daß sich der einfache Mann, der diese politische Sprachbeherrschung als Last empfindet, dieser herrschenden Sprache nur schwer entziehen kann. Oder, wie Schelsky es einmal ausdrückte, daß sich der einfache Mann nicht mehr wie früher in den Untergrund der Sprache zurückziehen kann.

(Detail am Rande: Folgendes Zitat des Soziologen Helmut Schelsky über diesen Rückzug in den „Untergrund der Sprache“ möchte ich an dieser Stelle nicht vorenthalten: Der kleine Mann sagte ‚Leck mich...‘ oder ‚Scheiße‘. Aber heute wird ihm auch dieser Ausweg in die sprachliche Grobheit versperrt, denn seine ureigene Sprache, sein ‚Volksvermögen‘, wird nun auch den Lehrern zur Verwaltung überantwortet, wie überhaupt diese Tonart immer weniger von den sprachlich domestizierten Arbeitern zu hören ist, dafür aber im Rundfunk, in der Literatur und in den Universitätsseminaren blüht. Jeder Intellektuelle, Akademiker, Juso... der ‚Scheiße‘ sagt, bestiehlt in Wirklichkeit die Arbeiter. Er spielt sich als ihr Sprachbeherrscher und wörtlich und sachlich als ihr ‚Vormund‘ auf).

Wenn es nicht mehr möglich ist, sich der herrschenden Sprache zu entziehen, wird Sprache zu einem Kontrollinstrument. Politiker, ja jede Gruppe oder „Clique“ kontrolliert sich selbst: Durch Tabuisierung von Ausdrucksweisen und Wörtern, durch Hochschätzung von Begriffen und jeweiligen Modewörtern.

Wer „in“ sein will, wer dazugehören will, hat sich gefälligst an diese ungeschriebenen Regeln des Wortgebrauchs und der Redeweise zu halten. Wer sich zuweit von der „Cliquensprache“ entfernt, riskiert, als Abweiche, Außenseiter ins „out“ gedrängt und geschnitten zu werden. Hinzu kommt, daß im Vokabular, ja selbst in der Grammatik diese gesellschaftliche Kontrolle existent ist. Ein Beispiel? „Wer jemandem rät, läßt ihn frei darin, ob er dem Rat folgen will oder nicht. Wer jemanden berät, erwartet, daß er sich dem Rat fügt.“ (Greiffenhagen) Liefert nicht unser moderner Versorgungsstaat eine große Anzahl von Beispielen für die Zunahme des Akkusativs als Ausdruck wachsender Kontrolle? „Nichts zu sagen haben und es ausdrücken können?“ — Karl Kraus hat damit einmal die Journalisten gemeint. Mit diesem bissigen Kommentar könnte man heute vieles umschreiben was gesprochen und geschrieben wird, angefangen von den Gemeinplätzen mancher Politiker, die nichts sagen wollen, bis hin zu noch so „g’scheiten“ Büchern, die nichts (aus)zusagen haben.

Die Sprache — das Element des Politikers

Wenn ich in diesem Aufsatz nun versuche, die politische Funktion der Sprache selber zur Sprache zu bringen, so deshalb, weil Sprache nicht nur ein wichtiges Mittel des Politikers, sondern das Element schlechthin ist, in dem sich sein Beruf vollzieht. Was immer er tut, in welchen Teilbereichen er auch tätig ist: Das Leben des Politikers ist reden, schreiben, lesen — also Umgang mit dem Wort. „Ich bin der Meinung“ — je mehr er dieses Wort beherrscht, je besser er sich in den verschiedenen Sprachebenen bewegt, desto größer wird seine Popularität sein. Von der Hochsprache bis zum Dialekt, von der Fachsprache wichtiger sozialer Gruppen bis zur Fremdsprachenkenntnis, von der Kenntnis der Literatur bis zur Kenntnis von Anekdoten und Sentenzen — der Politiker sollte nicht nur diese verschiedenen Sprachstile beherrschen, sondern er hat sie auch umzusetzen, will er erfolgreich sein. Und es scheint mir nicht übertrieben formuliert, daß die Sprache dem Politiker in der pluralistischen Gesellschaft (und nur dort) eine der wichtigsten Quellen seiner Wirksamkeit liefert, nämlich Legitimität. In Reden stellt er sich zur Wahl, Bürger und Medien erwarten sich von ihm öffentliche Argumentation und parlamentarische Debatte. Vielleicht haben viele auch deshalb ein Unbehagen an der Politik, weil die res publica, weil politische Karrieren im „Geheimen Rat“ und in der politischen Dunkelkammer und nicht im bürgerlichen Rathaus oder dem „öffentlichen Platz“ entschieden werden.

Zu einigen ‚Verbalstrategien‘ in der politischen Sprache

Die politische Sensibilität der Sprache läßt demjenigen, der auf sie achtet, einige „Verbalstrategien“ auffallen. Mit großen Schlüsselwörtern für noch größere Sehnsüchte wurden zu bestimmten Zeiten und Generationen schier unüberwindbare Herrschaftsmittel gewonnen.

Denken wir nur, daß mit den Formeln „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ oder „Nation“ und „Volk“ seit mehr als zwei Jahrhunderten Herrschaft begründet und gestürzt worden ist. Aber es müssen nicht immer größere Schlüsselwörter der Geschichte sein.

„Worte können sein wie winzige Arsendosen, sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun und nach einiger Zeit ist die Wirkung doch da“, schreibt Victor Klemperer über die Sprache des Nationalsozialismus. Aber ob braune oder rote Semantik, oder „Sprache der Herrschenden“: Die Hohepriester der Sprachstrategie sind Meister im Dosieren dieses Mittels. Dann nämlich, wenn beispielsweise eine Wahlwerbung, die von der Parteizentrale finanziert und im wesentlichen von Parteigenossen (oder -kollegen) getragen wird, großspurig als „Wählerinitiative“ bezeichnet wird. Oder wenn „Bürgerinitiativen“ von elfenbeintürmen Rathäusern angeregt und gesteuert werden, wo eine „Basisdemokratie“³⁷ nur in Worten vorgetäuscht wird.

„Die SPÖ ist die größte Bürgerinitiative Österreichs“, ließ Leopold Gratz jeden wissen, der es hören wollte. Abgesehen davon richten sich wahre Bürger- oder Wählerinitiativen — schon ihrem Begriff und ihrer Intention nach — gegen die Obrigkeit und traditionellen Parteien. Oder wenn man im politischen Handeln gewissen Sachverhalten einen positiven Anstrich geben möchte. Ich brauche mich nicht darüber zu verlieren, daß es keinerlei wirtschaftliche Stagnation mehr gibt, sondern bloß ein Nullwachstum; daß es in Zukunft keine Arbeitslosigkeit, sondern nur mehr „Freistellungen“ von Arbeitskräften geben wird. Dieser „politische Euphemismus“ wird oft von synonymischen Unterscheidungen begleitet; Unterscheidungen, die gleiche Sachverhalte betreffen, aber ungleich genannt werden, wenn sie sich auf eine negative Konkurrenzgruppe beziehen. So informiert die eine Partei, während die andere propagandiert; das Josef-Krainer-Haus bietet sicher politische Bildung, nicht politische Indoktrination; von sozialistischer Seite gibt es in Graz kein Bündnis zwischen ÖVP und FPÖ, sondern einen Pakt, einen unseligen dazu; das Überbetonen des Steirischen von Seiten der Volkspartei im vergangenen Landtagswahlkampf würde man am Karmeliterplatz auf

WER FRISST WEN?

keinen Fall chauvinistisch, eher (und das in abgeschwächter Form) patriotisch bezeichnen. Und bildhafte Ausdrücke mit Umschreibungen haben wir allesamt sehr gerne: Auch „rote Nelken welken“, gibt man sich in der Kärntnerstraße zuversichtlich, und in „Zeiten wie diesen“ könnte man auf einen „verlässlichen Steuermann“ nicht verzichten. Bei Grundsatzdiskussionen, etwa um den politischen Katholizismus — wolle man „das Rad der Geschichte“ nicht zurückdrehen (Metapher der Bewegung); die Aussagen Kreisky zu Jahresbeginn habe ihn „politisch ins Abseits gestellt, wie überhaupt die SPÖ sich damit „ein Eigentor geschossen“ habe. (Metapher aus dem Bereich des Sports).

Man sieht: der metaphorisch beschriebene Sachverhalt hat einen festen und bestimmten Platz in der politischen Sprache.

Die Sprachherrschaft in der unmittelbar aktuellen Politik erwirbt, wer die Wortfelder besetzen kann, in denen die tagesfülligen Konflikte ausgetragen werden. Wer hier den andern die Worte vorschreiben oder versprechen kann, hat schon gesiegt.

Daraus resultiert ja hauptsächlich der Sprachenstreit, der zugleich ein eminent politischer Streit ist.

Wenn Familie zur „Sozialisationsagentur“, Kinder zu „Dauerpflegerpersonen“, Eltern zu „Bezugspersonen“ Liebe zum „Integrationsmechanismus“ reduziert wird, so spielt das gezielt auf die Wertordnung an, auf die Wertwelt, die uns vor allem durch die Sprache vermittelt wird.

Parteipolitisch gesehen steht im Sinne der Wort-Politik die Volkspartei bis heute weitgehend im Ruf, eine Großväterpartei zu sein, demgegenüber sich die Sozialisten, man erlaube mir diesen Vergleich, in einer sprachlichen Dauerpubertät befinden.

Die Frage, ob und wann wir in unserem Staat eine spracherwachsene Politik zu hören bekommen, darf man ruhig stellen, wenn wir unsere Innenpolitik verfolgen. Sprache und Politik — schon der Turmbau zu Babel, von dem uns das Alte Testament berichtet, scheiterte an der Sprachverwirrung. Hoffentlich ist er kein Symbol für die Zukunft unserer politischen Kultur?

Literatur zum Thema:

Bergsdorf, Wolfgang, Politik und Sprache, Olzog 1978
ders, Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik, Bonn Aktuell, 1979.
Greiffenhagen, Martin, Zur Rolle der Sprache in der Politik, Zsf. f. Politik und Zeitgeschichte.
Kaltenbrunner, Gerd-Klaus, Sprache und Herrschaft. Die unfunktionierten Wörter, Herder, 1975.
Salaman, Kurt, Sprache und Politik, Verbalstrategien im politischen Handeln.

Fressen die Grünen die Blauen?

Fressen die Grünen die Roten?

Fressen die Grünen die Schwarzen?

Oder umgekehrt?

Das fragen sich die Strategen in den Hinterzimmern der Macht (und der Ohnmacht).

Pestalozzi und mit ihm viele andere sehen in den Großparteien unsympathische und vor allem unnütze Dinosaurier, über die sich lustige grüne Mikroben gerade hermachen. „Warum springt Ihr nicht ab und kommt zu uns?“ werden die Grünen innerhalb der Parteien von den Grünen außerhalb der Parteien oft gefragt. Wie kann man bei einer Großpartei bleiben, wenn man sich für die Solidarität mit der Natur und den Mitmenschen einsetzt? Wird man da nicht gefressen? Oder hat man die Illusion / Möglichkeit, selbst zu fressen? Hier sind ein paar recht persönliche Überlegungen eines bunten Hundes in der Volkspartei, warum er überhaupt in einer Partei ist, und noch dazu in der Volkspartei.

Mit dem Urteil der Alternativbewegung über die bestehenden Großparteien stimme ich weitgehend überein: sie sind verfilzt, korrupt, vor allem viel zu mächtig. Wenn ich mir die politische Zukunft unseres Landes vorstelle, blicke ich als gelernter Österreicher zunächst in die Vergangenheit. Bis heute gibt das politische Muster einen Teil der gesellschaftlichen Entwicklung spiegelbildlich wieder: Mit der Zunahme der Arbeitnehmer (Unselbständigen, Lohnabhängigen) ist auch die Sozialistische Partei immer weiter gewachsen. Und die anderen Parteien sind immer mehr zu Anti-SPÖs geworden. Bei gleichbleibender Weiterentwicklung und nicht allzu großen taktischen Fehlern wird die SPÖ eine Partei der Einheit bleiben können und gleichzeitig zur Einheitspartei werden. Ich bin weder in der Natur noch in der politischen Landschaft für Monokulturen; allein deshalb würde ich die Opposition unterstützen. Um wirksam zu kontrollieren und auch eine echte Alternative zu sein, muß die Opposition aber ziemlich stark bleiben. Im Akademikerbund haben wir einmal untersucht, welche großen und homogenen Bevölkerungsgruppen außer den Arbeitnehmern es in Österreich noch gibt. Zunächst advokativ, bald repräsentativ könnte man die Frauen vertreten (etwas über 50%), oder die ökologisch Interessierten (ungefähr 60%). Der Gedanke an einen Versuch, die alten Unterschiede zwischen den Großparteien durch neue und andere zu ersetzen, scheint mir zumindest belebend. Vielleicht bringen wir die

schwerfälligen Monster dazu, über ihren Schatten zu springen.

Der Prognose der Alternativbewegung, da die großen politischen Blöcke zerbrechen und sich in eine Vielzahl kleiner, politisch aktiver Gruppen auflösen werden, schließe ich mich an. Ich finde diese Vorstellung recht sympathisch und sie erinnert mich an etwas: an die Volkspartei. Da gibt es ja schon die Fülle von herumlaufenden und miteinander konkurrierenden Kleinparteien, die sich manchmal befruchten und manchmal lahmen. Die Volkspartei ist die Partei der Vielfalt — auch wenn man manchmal von ihrer Einfalt ganz ergriffen ist. Trotzdem stellt sie einen Quantensprung zu rivalisierenden parlamentarischen Splittergruppen dar: Bauern und Greißler, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Berufsjugendliche und Berufsalte, Frauen und Männer, Burgenländer und Voralberger, Liezener und Hartberger müssen sich zunächst einmal parteiintern zusammenraufen. Das geschieht nicht mit weniger Härte, aber in einer bindenderen Gemeinschaftsatmosphäre und mit geringerem finanziellen Aufwand, als wenn alle eine eigene Kleinpartei gebildet hätten. Die Macht der (vielen) Zentralen wird häufig gewaltig überschätzt. Dieses politische Grundmuster der Volkspartei und den sich daraus ergebenden Stil halte ich für vernünftig. Das ständige Suchen nach Konsens ist zwar mühsam, aber spannend, und hält einen auf einem recht menschlichen Boden der Tatsachen.

Die Forderung der Alternativbewegung nach ökologischer Solidarität im weitesten Sinn erhebe auch ich, aber gerade da habe ich noch eine Ergänzung. Als unheilbarer Optimist sehe ich nämlich in Ökologie, Humanismus und Ökonomie keine Gegenpositionen. Für wichtiger als neue Politiker oder gar neue Bürger halte ich neue Unternehmer: die im Einklang mit der Natur Langzeitökonomie betreiben, deren intelligent produzierte intelligente Produkte sich in intelligenten Kreisläufen bewegen, die Verantwortungsbewußtsein, Gspür, Ideen und vor allem: die Menschen gern haben. Auch wenn sie das nicht gern hört: Ich bin bei der Volkspartei, weil ich sie für eine Wirtschaftspartei halte. Weil ich glaube, daß hier die bessere Tradition für Innovationen zu neuen Ufern ist. Wer frisst wen? Hoffentlich frißt die Vergangenheit nicht die Zukunft. Hoffentlich frißt die Phantasie den Stumpfsinn. Hoffentlich frißt nicht Neid die Solidarität der bunten Hunde in allen politischen Lagern.



politicum fragt POLITIKER

Das Generalthema dieser Nummer des politicum, „Partei in der Gesellschaft“, verpflichtet gewissermaßen, die politisch Handelnden selbst zu Wort kommen zu lassen.

Die Fragen sind allesamt keine „11er-Fragen“, wiewohl die Brisanz und ihre Aktualität von einigen Befragten als solche aufgefaßt wurden. Die Fragen wurden von jungen Leuten erarbeitet, die die politische Kultur in unserem Lande aufmerksam, aber am Rande verfolgen. Verallgemeinernd und (vielleicht) provokant formuliert wurden die drei Fragen aus der Überzeugung, gerade diese Bereiche zur Diskussion zu stellen. Warum? Weil sich Inhalt und Auswirkung gerade dieser Fragen in letzter Zeit aufdrängen. Und weil viele — Junge wie Alte — Sorge haben, daß in einigen Bereichen unserer Politik diese Fragen schon längst keine mehr sind. Eher schon Aussagesätze oder gar Ausrufesätze...

Von 21 Politikern, die wir anscriben, haben immerhin 17 geantwortet. Das ist sehr erfreulich. Herzlichen Dank an die Antwort.

1.

Die Politiker haben sich in ihrer Sprachwelt isoliert und reden an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei.

Glauben Sie, daß es eine echte Sprachbarriere zwischen Politiker und Bürger gibt?

Hans Benedikter

„Die Sprache ist die Quelle aller Mißverständnisse“. Dieses weise chinesische Sprichwort trifft vor allem auf das Kauderwelsch vieler Politiker und Fachexperten zu. Die rühmlichen Ausnahmen, die besondere Wertschätzung verdienen, bestätigen nur diese traurige Tatsache. Die Volksvertreter werden von der Bevölkerung vielfach nicht mehr verstanden. Ein guter Teil politischer Verdrossenheit ist darauf zurückzuführen. Das „politische Chinesisch“ trennt die „politische Klasse“ von jenen, die mit ihren Phrasen und Fachausdrücken nicht viel anzufangen wissen, daher nicht mehr zur Welt der „Eingeweihten“ zählen und damit letzten Endes auch ins politische Abseits gedrängt werden.

Einfach, klar und verständlich zu reden, das haben viele Politiker weitgehend verlernt.

Schwierige Sachverhalte werden dadurch noch schwieriger, die politische Leere wird vielfach mit Wortakrobatik überdeckt. Nicht der Inhalt, nicht die Substanz oder Aussage, sondern die kunstvolle Form steht im Vordergrund.

Kosmetik heißt die Parole. Diese glit-

zernde Sprachbarriere trennt Bürger und Politiker mitunter mehr als jene Probleme, die man nicht zu bewältigen vermag. Was man nicht mehr versteht, dem traut man nicht mehr so recht über den Weg. Vor allem im Fernsehen hat ein Hofschranzen-Journalismus, den die Parteien nun proporzmäßig erleiden müssen, weil sie ihn wenig einsichtsvoll geschaffen haben, die hohe Kunst „des-am-Gesprächspartner-Vorbeiredens“, „auf-die-Argumente-des-anderen-nicht-Eingehens“ sind weltmeisterlich gedeihen lassen. Der Bürger merkt mit zunehmendem Verdruß, daß er im Prinzip elegant politisch verschaukelt wird.

Man redet ihm Mündigkeit allzu oft nur ein, um ihn einmütig politisch weiter vegetieren zu lassen.

Kritik am Gegner, auch Gehässiges ist gefragt, Selbstkritik hingegen Mangelware. Die Toleranz, d. h. die Einsicht, daß niemand Wahrheit und Weisheit gepachtet hat und sich deswegen auch nicht als Pächter dieser Tugenden fühlen darf, wird beim Gegner vermißt, am Gegner jedoch allzu selten geübt.

Erhard Busek

Nicht nur die Politiker haben sich in ihrer Sprachwelt isoliert und reden an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Man lese die Wirtschaftsseiten, etwa Bilanzbeurteilungen, und frage sich, was davon vom Leser, manchmal auch vom schreibenden Journalisten verstanden wird. Man nehme die Kulturterminologie unserer Zeit und überprüfe sie auf deren Zugänglichkeit, man gehe zu diversen Ein- und Aussteigern und erlebt überall das gleiche: der Zustand unserer Sprache widerspiegelt den Zustand unseres sozialen Lebens — und es ist kein guter Zustand. Wir sagen die Lösungsworte, die jeweils nur wenigen bekannt sind, wir verwenden eine Sprache der hinterhältigen oder vordergründigen Umdeutungen und Verbiegungen; gar nicht zu reden von der Machtsprache, der Kampfsprache und dem Sprachkampf, wo es darum geht, „Begriffe zu besetzen“, „Bewußtsein zu bilden“ und ähnliches. Das ist ein entscheidender und dramatischer Kampf, aber

wichtiger noch ist die einfache Sprache unseres alltäglichen Lebens, in dem sich das soziale Miteinander der Menschen abspielt. Was uns da manchmal als schnatterhafte Geschwätzigkeit erscheint, ist im Grunde ein resigniertes Verstummen der Mittelsamkeit, manchmal auch ein fürchterliches Schweigen. Unsere Sprache ist auf die Sprache der Gebrauchsanleitung reduziert, die einem sagt, was man tun soll, um diese oder jene Funktion auszulösen, auch, und vor allem im sozialen Bereich. Information über Dinge und Funktionen ist aber noch nicht die Sprache des Menschen, nicht die Sprache des sozialen Miteinanders, des Ich und Du und Wir. Der Dichter Novalis schreibt in seinem „Monolog“, „unser Irrtum wäre zu meinen, die Menschen sprächen um der Dinge willen, um etwas Bestimmtes zu sagen.“ Das Eigentümliche der Sprache hingegen, meint Novalis, liegt darin, „daß sie sich bloß um sich selbst bekümmert und das rechte Gespräch sei eben dieses Spiel mit Worten, das Schwatzen“, wie er sich ausdrückt, sei „die unendlich ernsthafte Seite der Sprache“. Das ist die Sprache der Mitteilung, der Teilnahme, der gegenseitigen Anteilnahme; nicht die technische Kommunikation der Mundwerksburschen, die wir zweimal wöchentlich im Club 2 sehen können, sondern jenes Miteinandersprechen und Kommunizieren, das Gemeinschaft stiftet und persönlich da-sein zum Ausdruck bringt.

Irene Dyk

Die Frage ist nicht einfach mit ja oder nein zu beantworten. Tatsächlich haben sich in den letzten Jahrzehnten Wissenschaftssprache, Politiksprache und Alltagssprache auseinanderentwickelt — aber das Fachchinesisch wird in der Regel doch vor allem in der fachlichen Auseinandersetzung verwendet. Dort dient es zum „Abgrenzen von Revieren“, d. h. es werden z. B. Trennlinien zwischen Theorie und Praxis, zwischen verschiedenen Disziplinen oder Interessensstandpunkten markiert. Darüber hinaus benützt man das Fachchinesisch zur gleichzeitigen

Offenlegung und Verschleierung. Wenn ein Politiker sagt: „Hier sind noch strukturelle und funktionale Komponenten zu analysieren, ehe unsere Realisierungsstrategie konzeptiv adaptiert werden kann“, ist für den Insider klar, daß man in dieser Sache weder etwas weiß, noch bisher etwas getan hat. Soweit funktioniert die Offenlegung — viel besser als die Verschleierung, denn der sogenannte Mann von der Straße hält diesen Satz weder für besonders interessant, noch für besonders gescheit — er wird im Gegenteil feststellen, daß kompliziert herumgeredet, aber nichts gesagt wurde. Und wahrscheinlich wird der einfache Zuhörer auch instinktiv mutmaßen, daß sich der Autor solcher Wortspielereien selbst nicht auskennt, oder daß er etwas zu verbergen hat.

Dementsprechend reden die meisten Politiker ja auch ganz anders — zumindest in ihren Sprechstunden, in Parteiversammlungen, vor der Presse. Gerade die Medien haben ja übrigens auch dafür gesorgt, daß manche Fachausdrücke bzw. Fremdworte mittlerweile Allgemeingut sind — man soll den Bürger nicht unterschätzen!

Wenn man Sprachbarriere allerdings — wie in der Vorfrage — gemeint ist, daß „an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeredet wird“, ist damit ein viel umfassenderes Demokratieverständnis angesprochen, bei dem sprachliche Verständigungsschwierigkeiten keine große Rolle spielen. Dieses Demokratieverständnis gibt es tatsächlich: zum einen liegt es an Politikern, die sich nicht nur zum Aufspüren, Aufgreifen und Lösen von Problemen berufen fühlen, sondern auch zur Festlegung dessen, was überhaupt ein Problem zu sein hat oder eines sein darf. Und zum anderen liegt es daran, daß es Fragen gibt, für die die Bevölkerung schwer zu aktivieren ist — und hier gibt es wiederum Politiker, die das immer schon vorneweg zu wissen glauben, und sich gar nicht um den Abbau von Sprach- und sonstigen Barrieren bemühen...

Robert Graf

Sicher gibt es zwischen Politiker und Bürger eine Sprachbarriere; allerdings aus einer Reihe von Gründen, die nicht ausschließlich politischer Natur sind. Ich versuche eine Auflistung:

- Sprachmanipulation aus politischen Gründen. Ein fast schon klassisches Beispiel dafür ist das „Null-Wachstum“. Klingt positiver als Stagnation. Einen Autofahrer, der sich in einem Stau „festfahren“ hat, könnte man freilich nicht damit trösten, daß er sich mit „Null-Geschwindigkeit“ fortbewege.
- Expertenchinesisch. Dieses kann ideologischer Natur sein, wenn man den Wunsch der Bürger nach Mitsprache und Mitentscheidung

als „partizipatorische Demokratie“ bezeichnet. Dieses kann auch soziologischer Natur sein, wenn man auf die hier gestellte Frage antworten würde, daß hier „kausal schwer zurechenbare Ursachensymptome“ vorliegen. Dieses kann aber auch in der Natur einer schwierigen Materie liegen, weil etwa die bei restriktiver Geldpolitik gleichartige Wirkung von Kapitalimporten und direkter Notenbankfinanzierung dem Laien nicht allein mit einem Fachausdruck erklärt werden kann.

- Medienbedingte Verkürzung. Nicht allein den Politikern anzulasten ist die oft von den Medien ausgehende Forderung, einen komplizierten Sachverhalt durch ein kurzes Statement, einen „Sager“ allgemein verständlich darzustellen. Hier führt die Mischung von kurzer und populärer Darstellung oft zum Gegenteil der Aufklärung. Der Bürger glaubt dann zwar zu verstehen, was der Bundeskanzler meint, wenn er sagt, ihm seien Schulden lieber als Arbeitslose, in Wirklichkeit aber verlernt er dabei ein Problem zu durchschauen, denn dieses besteht am Ende darin, daß ein überschuldeter Staat später unfähig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird.
- Spracharten. Hier gibt es zweifellos verschiedene „Verursacher“, zu denen Werbetexter und Journalisten ebenso gehören wie Politiker und andere Prominente, die in der Lage sind, Modeworte und Modedeformulierungen in Umlauf zu bringen.
- Zum „Abbau der Sprachbarriere“ (übrigens auch eine modische Formulierung!) müßten meiner Meinung nach alle — Politiker, Journalisten, Lehrer, aber auch die Bürger — einen Beitrag leisten. Der Politiker durch möglichst einfache Sprache, aber auch durch den Mut, für die Darstellung eines schwierigen Sachverhaltes genügend Zeit und Platz in den Medien zu verlangen. Die Journalisten durch mehr Zeit und Raum für gründliche Erörterung eines Problems, aber auch durch begleitende Information, die Begriffs- und Zusammenhangswissen vermitteln. Die Lehrer und vor allem auch die für die Lehrpläne Verantwortlichen durch stärkere und praxisnahe Vermittlung von Wissen über politisch wichtige Begriffe und Zusammenhänge. Nicht zuletzt aber die Bürger selbst, die sich nicht mit dem passiven Medienkonsum begnügen dürften, sondern sich zumindestens über Materien, in denen sie mitreden und mitentscheiden wollen, zusätzliches Wissen durch Fachlektüre und Weiterbildung aneignen sollten.

Walter Heininger

Wir ersticken heute fast an Fakten und Illusionen. Die Kompliziertheit und Flüchtigkeit der Zusammenhänge läßt

oft den geübten Interpreten ratlos werden. Erfahrungen müssen immer mehr neu überprüft werden. Modelle gelten nicht mehr. Alles vollzieht sich rascher, mitunter wie auf einer Flucht. Der Bürger, dem man diese Ereignisse und Symbole kaum mehr einfach übersetzen kann, wird mißtrauisch. Zu oft wurde er als Familienerhalter, als Steuerzahler, als Gewerkschafter, als einer, der anderen glaubte oder vertraute, hereingelegt.

Ich glaube nicht schlechthin an eine Sprachbarriere zwischen Bürger und Politiker, vielmehr sehe ich eine Verständigungsschwierigkeit, eine abnehmende Verständigungsbereitschaft zwischen Bürger und Politik. Man hört nicht zu, verdrängt, unterstellt. Man reagiert ungut aus dem Bauch der Vorurteile, statt sich herzlich mit Kopf an die Probleme zu wagen.

Politiker entwickeln ihre Sprache auch als „Geheimsprache“, soweit sie zum Nachweis von Geschehnissen sich des Soziologisch-chinesischen im Übermaß bedienen.

Eine Sprachbarriere zwischen Bürger und Politiker könnte unser demokratisches System in eine schwere Krise stürzen. Schon die Verständigungsschwierigkeit kann uns bei Zunahme sozialer Spannungen gewaltige Schwierigkeiten bereiten. Der Ausweg scheint so einfach wie er tatsächlich so schwer ist. Einfach mehr Wahrheit zueinander, just zu jenem Zeitpunkt wo so viele darüber nachdenken die Augen vor den unliebsamen Wahrheiten zu verschließen.

Manfred Heubrandtner

Aus dem Drang des Politikers nach Volkstümlichkeit entsteht das Bestreben sich mehr oder weniger den allgemeinen Sprachgewohnheiten anzupassen, also einfache Wortbildungen zu bevorzugen und Umgangssprache oder Dialekt zu verwenden.

Im allgemeinen ist der österreichische Politiker nicht besonders sprachgewandt — bedingt durch sein Naturell und die Vernachlässigung dieses Bereiches im schulischen Unterricht. Die Debatten unter österreichischen Politikern erreichen z.B. nie das sprachliche Niveau und die Prägnanz der Formulierungen des deutschen Bundestages.

Durch das Streben nach Volkstümlichkeit und die mangelnde Sprachgewandtheit bilden sich daher keine Sprachbarrieren zwischen Politikern und Bevölkerung.

Herwig Hofer

Zweifelloso steht heute ein großer Teil der Bevölkerung den Politikern aller Parteien mit Skepsis gegenüber. Das hat verschiedene Ursachen. Eine dieser Ursachen ist sicher darin gelegen, daß

sich viele Politiker seit Jahren und Jahrzehnten eine Sprache zu eigen gemacht haben, die von der breiten Bevölkerung nicht oder nur schwer verstanden wird. Manche Politiker verwenden rücksichtslos Fachausdrücke, mit denen das Volk nur wenig anfangen weiß und deren Bedeutung es nur vermuten kann. Das gilt vor allem für den Bereich der Wirtschafts- und Budgetpolitik, wo es eine Fülle von Ausdrücken gibt, die zwar immer wieder verwendet werden, mit denen die Bevölkerung aber nur wenig anfangen weiß. Die Lust an Wortkreationen wird sehr oft spürbar, offenbar in der Absicht, sich ein besonders intelligentes Image zu verschaffen. Ich glaube daher an eine Sprachbarriere zwischen Politikern und Bürgern. Nicht umsonst hört man bei div. Veranstaltungen immer wieder, daß sich die Politiker einer volkstümlicheren, d.h. einer verständlicheren Sprache bedienen sollen. Diese Forderung wird aber leider von vielen nicht ernst genommen, obgleich es im eigenen Interesse eines jeden Politikers liegt, von einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht verstanden zu werden. Ein Politiker, der glaubt, mit Fachausdrücken oder hochgestochenen Formulierungen glänzen zu müssen, kann kein Volkspolitiker sein.

42 Bertram Jäger

Sagen wir, es gibt Hürden zwischen der Sprachwelt des Bürgers und des Politikers. Es gelingt zwar — mehr oder weniger oft — diese Hürden zu überspringen, trotzdem kann nicht ausgeschlossen werden, daß zwischen dem einen und dem anderen sogar Sprachbarrieren bestehen.

Dies hat verschiedene Gründe. Sie im einzelnen aufzuführen, würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Nur soviel sei gesagt: der Wunsch und der Zwang verschieden, mit starken Zielkonflikten verbundenen Interessengruppen gerecht zu werden, führt beim Politiker oft zu einer Ausdrucksweise, die man im Volksmund als gummig, unverbindlich, zu allgemein, nichtssagend, ausweichend usw. beschreibt. Gegenüber steht der Bürger, der sich viel stärker an konkreten Beispielen orientiert, die oft eine hohe persönliche Betroffenheit aufweisen.

Ein zweiter Aspekt: Der Politiker ist in viel stärkerem Maße mit den gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen verbunden. Er kennt ihre personellen, ideologischen und organisatorischen Verflechtungen und weiß sich ihrer zu bedienen. Der Bürger steht diesen Bürokratien eher als Klient gegenüber, fühlt sich abhängig und erlebt ihre Komplexität als nicht durchschaubar. Dieses Phänomen ist nicht ohne Einfluß auf das Sprachverhalten

bzw. das Errichten von Sprachbarrieren. Lange Zeit bestand ja das Problemlösungsschema darin, auftretende Probleme durch ein Gesetz einer Bewältigung zuzuführen. Nach der Ankündigung kam die Verabschiedung und mit der Existenz des Gesetzes glaubte man die Sache bereinigt zu haben. Deshalb sitzen wir heute im Paragrafendschungel, in einem „Gehäuse der Hörigkeit“, wie es Max Weber bezeichnete. Und dieses „Gehäuse der Hörigkeit“, schafft natürliche Hürden und oft Barrieren zwischen denen, die dieses „Gehäuse“ interpretieren und auslegen und jenen, die dabei zuhören (müssen).

Kurt Jungwirth

Als Politiker ist man versucht, entweder Leute im kleinen Kreis mit „small talk“ niederzuplaudern oder mit großen Sprüchen über die Medien bei der Masse „ankommen“ zu wollen. Das führt zu Sprachbarrieren, wenn man dabei nur über die Leute hinwegredet. Dazu kommt, daß unser liebes Deutsch manchmal verhunzt ist. Begriffe stimmen nicht und werden in Diskussionen nicht geklärt, sodaß man munter aneinander vorbeiredet, sofern man überhaupt einander zuhört. Zuhören wäre oft wichtiger als reden. Mildern die Umstände muß man uns Politikern beim Transport unserer Äußerungen über die Medien zubilligen. Die Kürzel, die wir verwenden, um mit ein paar Zeilen oder Sendesekunden dranzukommen, führen zu exzessiven Mißverständnissen, gewollten oder nicht gewollten.

Hans Katschthaler

Ich will die erstrangige Bedeutung der Sprache als Verständigungsmittel betonen und ihren auch instrumentalen Wert in der Politik nicht verkennen. Über die Sprache können politische Anliegen vorgebracht und erläutert werden, ebenso aber auch verstärkt, verniedlicht oder vernebelt. Es wird kaum jemand eine Meisterschaft in der Politik ohne gekonnten Einsatz der Sprache erreichen können. Manche, so bin ich der Meinung, vermögen sogar gewisse Ausdrucksweisen weiten Teilen der Bürgerschaft anzueignen.

Ich glaube nicht an echte Sprachbarrieren zwischen Politiker und Bürger. Wohl ist es aber bisweilen so, daß beide einander sprachlich nicht voll verstehen, weil eine gewisse Gebundenheit des Politikers an die Sprache der Gesetze sowie an die oft komplizierten Sachverhalte, die einer öffentlichen Regelung bedürfen, eine nicht alltägliche Ausdrucksweise hervorruft. Eines bleibt gewiß unwidersprochen: wir reden zwar viel und mehr miteinander, aber ob wir einander auch immer ge-

nug sagen, entsprechen oder dienstbar sind?

Gertrude Kubiens

Meine Antwort auf Ihre drei Fragen lautet: Ja, Ja, Ja.

Warum?

Zur 1. Frage:

Und ob eine echte Sprachbarriere zwischen Politiker und Bürger besteht! Als Politfrischling habe ich bei der ersten Gemeinderatsdebatte teilweise überhaupt nicht mitgeköhrt, wovon eigentlich die Rede war. Aus meinem Zivildienst als Arzt bin ich nämlich gewöhnt, daß mir die Patienten sagen, was ihnen wehtut, und daß ich ihnen sage, was sie tun sollen. Wenn jemand dem Ohr wehtut, reden wir eben darüber: da ich in der Medizin schon ein alter Hase bin und mir vorstellen kann, wie ich es als Patient gern hätte, bemühe ich mich, mit meinen Patienten so zu reden, daß sie mich verstehen. Wir reden sozusagen „Tacheles“ — das wiegt's, das hat's. In der Politik reden wir aber von sozioökonomischen Strukturen und meinen damit, daß der Patient der's braucht, ein Spitalsbett kriegen soll. Oder wir reden von Vergabemodalitäten im sozialen Wohnbau und meinen damit: wie komme ich zu einer Wohnung. Und während ich mich in meiner Ordination mit dem Patienten ohne jeglichen Hintergedanken über sein Leiden unterhalte, bedenkt der Politiker bei jeder Meinungsäußerung nicht nur die sachliche Konsequenz, sondern auch die parteipolitischen Folgen.

Das verzerrt so manche Aussage eines Politikers bis zur Unverständlichkeit. In drei Jahren Politik habe ich gelernt, Politiker zu verstehen und ich muß mich schon sehr zusammenreißen, um nicht selber dauernd in den Politikerjargon zu verfallen. Im Privatleben wirkt das nämlich sehr störend.

Allerdings weiß ich jetzt, wie die Politikersprache entsteht: innerhalb jedes Berufsstandes entstehen Kürzel. Auch in der Politik. Politiker müssen sich mit verschiedensten Sachfragen herumschlagen, das Ergebnis dann politisch aufbereiten und versuchen — wie das so schön heißt — so „griffig“ wie möglich zu formulieren. Außerdem sind Politiker trotzdem Menschen, denen beim Reden manchmal nichts mehr einfällt; dann reden sie, ohne eigentlich etwas zu sagen; und dann müssen halt so hübsche nichtssagende leere Wörter wie Transparenz der Transparenz, Relevanz und was dergleichen mehr, aus unseren Politikermündern — auch aus meinem — quillt, herhalten. Klar, daß ein Außen-seiter, also der Bürger, für den der Politiker ja eigentlich da sein sollte, dann danebensteht.

Einige wenige Genies haben sich die

göttliche Gabe bewahrt, so zu reden, daß man sie auch ohne Lexikon und ohne Lehrgang in Politchinesisch versteht: einige Politiker reden sogar so, daß man versteht, was sie eigentlich meinen; das geht so weit, daß man einigen auch glaubt, daß sie meinen, was sie sagen.

Das Geheimnis ist, gescheit sein, aber nicht damit protzen, wissen, wovon man redet und wissen, was man eigentlich will, Herr und Frau Österreicher nicht für dumm halten, sondern als Partner erkennen, damit sie nicht abhalsen, sondern zuhören.

Reinhold Lopatka

Die Sprache der österreichischen Politiker hat sich unbestreitbar zu einer Fremdsprache mit einem eigenen Vokabular entwickelt, die oft für viele Bürger, vor allem für die Jugend, nicht mehr zu verstehen ist. Andererseits verstehen die etablierten Politiker wiederum viele Randgruppen und deren sprachliches Szenarium nicht mehr.

„Null-Wachstum“ und ähnliche Kreationen von Politikern sind Blüten, die ihre Wurzeln tief im Boden der Unehrlichkeiten und Halbwarheiten der Politik geschlagen haben. Sie sind für jede Verständigung und Diskussion zwischen Politikern und Bürgern ungeeignet, werden aber dazu mit Vorliebe benutzt. Diese Sprache der Politiker zeigt zweierlei: Einerseits dient sie den Politikern als Panzer, der sie gegen lästige Fragen Interessierter schützen soll. Wie soll man denn Fragen stellen, wenn man erst gar nicht richtig versteht, was man hört. Andererseits kommt hier die Feigheit der Politiker zum Vorschein. Sie haben nicht den Mut auch unpopuläre Tatsachen ehrlich der Bevölkerung mitzuteilen. Bei ihrem Versuch immer den Bürgern nach dem Mund zu reden, sind sie oft nur kurzfristig auf Stimmenhascherei ausgerichtet. Die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung kommen nicht zur Sprache. Auf der Insel der Seligen wird allem ein rosa Mäntelchen umgehängt. Die Sprache der österreichischen Politiker macht es ja möglich. Ein Stillstand (die Stagnation der österreichischen Wirtschaft), ein an und für sich statischer Zustand wird zu einer Bewegung, einem dynamischen Geschehen (Null-Wachstum) umfunktioniert. So einfach, oftmals wohl zu einfach, machen es sich unsere Politiker.

Solche Stilblüten sind nur Spitzen des Eisberges. Man denke nur an folgende Floskeln: „Ich werde mich bemühen, dahingehend zu wirken“. „Man wird sich in absehbarer Zeit mit der Problematik eingehend auseinandersetzen“. Was sagen sie schon aus, welche Zusicherungen kann man aus solchen Antworten entnehmen?

Diskussionen, in denen Politiker mit

nichtssagenden Phrasen den Fragen der interessierten Bevölkerung entgegengetreten, führen zwangsläufig zu wirklicher Verbitterung der Betroffenen. Vor allem dann, wenn sich die von Politikern in Aussicht gestellte „abschbare Zeit“ ins Unendliche ausdehnt.

Nicht nur die Generationen haben weitgehend verlernt, wirklich miteinander ins Gespräch zu kommen, auch Politiker und Bürger. Am deutlichsten zeigt sich nun diese Barriere zwischen Politikern und jungen Bürgern. Immer mehr muß die Jugend zu neuen Ausdrucksformen greifen, um sich verständlich zu machen und überhaupt ernstgenommen zu werden. Mit der herkömmlichen Sprache der Politiker, mit der sie kein Gehör bei ihnen finden, wenn sie ihre Anliegen vorbringen, mit der Sprache, in der Diskussionen geführt werden, in denen Jugendliche von Politikern mundtot gemacht werden, weil Politiker diese Sprache, ihre Politikersprache, einfach besser beherrschen, fangen viele junge Menschen nichts mehr an. Sie ist in den Händen der Politiker zu einem Instrument geworden, das in Diskussionen oft bewußt gegen unbequeme Fragesteller ausgespielt wird.

Zwei österreichische Beispiele zeigen deutlich auf, daß die Jugend mit einer anderen Form von Sprache, nämlich mit „der Sprache der Verzweiflung“, eher ihre Anliegen durchsetzt, als mit der von den Politikern geschaffenen Sprache, mit der in unzähligen Jugenddiskussionen ihre Forderungen zerredet werden.

Beispiel 1: Am 1. März 1981 fand in Wien von einer jugendlichen Randgruppe eine Demonstration statt. Obwohl die Transparente der Jugendlichen in der Sprache der Politiker („High sein, frei sein, Terror muß dabei sein“) wenig Aussagekraft hatten, reagierten die Politiker prompt. Noch Tage danach setzten sich Medien und Politiker aller Couleurs in ernsthafter Weise mit Problemen und Anliegen der Jugendlichen auseinander. Vorher aber hatten sie dazu keine Zeit gefunden. Wer wundert sich da noch, daß bei dieser Sachlage jugendliche Slogans, wie „Wer nur auf Pflastersteine reagiert, darf sich nicht wundern, wenn auch Pflastersteine fliegen“ — zu ihren Parolen machen.

Beispiel 2: Frau Minister Firnberg meinte, daß über das AHSTG nicht mehr diskutiert werde. Verhandlungen in der Sprachwelt der Politiker geführt, zeigten keinen Erfolg. Erst die Sprache der Verzweiflung, die Besetzung des Rektorats in Graz, führte zu einem Sinnungswandel der Politik. Die Bemerkenswerte für mich daran ist, daß in den beiden letzten Jahren die Bereitschaft der Jugendlichen gesunken ist, sich der Sprachwelt der Po-

litiker anzupassen. Die an der Politik interessierte Jugend schafft sich mehr und mehr eine Gegensprache.

Wenn Jugendliche aber Demonstrationen und Besetzungen als einzige von den Politikern ernstgenommene „Sprachformen“ empfinden, wenn diese Ausdrucksarten erfolgversprechender als Diskussionen sind, dann funktioniert unsere Parteiendemokratie nicht mehr richtig, meine ich. Daher ist es notwendig, wieder zu einer gemeinsamen Sprache zurückzufinden. Weder der Fachjargon der Politiker, noch die neue Gegensprache der Jugend sind zielführend. Nur wenn eine gemeinsame Sprache wiedergefunden werden kann, ist ein wirkliches Verstehen wieder möglich. Es müssen die Politiker ihre Sprachwelt ändern und insbesondere die Jugendpolitiker, ansonsten werden sich die Bürger mehr und mehr von der Politik abwenden.

1) Thesen zu den Jugendunruhen 1980, aufgestellt von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen, November 1980.

Alois Lugger

Der Sprache kommt als Instrument des Austausches von Gedanken und der Kommunikation zwischen Menschen in jeder Gemeinschaft ein Stellenwert zu, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die „Sprachpflege“ im Sinne einer Beständigkeit und Transparenz der verwendeten Begriffe ist für alle Lebensbereiche, natürlich auch für die Politik, außerordentlich wichtig. In diesem Sinne ist der Abbau vorhandener Sprachbarrieren, wo immer sie auftreten mögen, eine besondere Herausforderung.

Ein möglicher Mißbrauch der Sprache kann viele Gesichter haben: Besonders gefährlich scheint mir die Fälschung von Begriffen in der Weise, daß sie — ihres traditionellen Begriffsinhaltes entkleidet — als leere Worthüllen stehenbleiben, die dann mit beliebigen neuen Inhalten aufgefüllt werden. Beispiele aus dem täglichen Leben gibt es hierfür schon viel zu viele, wenn man etwa das Schruppen unseres Sozialproduktes als „Minuswachstum“ bezeichnet, jene Leistungen, die von der Gesamtheit der Steuerzahler zu finanzieren sind, zum „Nulltarif“ anbietet oder gedankenlos den Sprachterror von Extremisten übernimmt, die ihren „Häftlingen“ die „Todesstrafe“ androhen.

Alois Mock

Kritische Politik-Beobachter bezeichnen nicht nur mit „Sprachbarrieren“, sondern sogar mit „Sprachlosigkeit“ die Beziehung zwischen Regierenden und Regierten. Dieser Vorwurf, trafe er zu, müßte Politiker einer „Volks“-Partei geradezu schockieren. Wenn ihre politische Sprache nicht mehr den Bürger erreicht, nicht mehr

seine Ängste, Anliegen, Hoffnungen und Interessen zu artikulieren vermag, dann verfehlten Politiker ihren Auftrag, für ihre Zielvorstellungen um Zustimmung zu werben.

Sicherlich: mit unserer politischen Sprache müssen wir eine Vielzahl von Bürgern erreichen. Deshalb wird die „Verständlichkeit für Viele“ oft mit weit gespannten, vereinfachten Begriffsbedeutungen angepeilt, die sich zwangsläufig der individuellen Interpretation preisgeben.

Trotzdem: in einer Demokratie entscheiden sich Erfolg bzw. Mißerfolg einer Partei nicht zuletzt an ihrer Fähigkeit, ihre politischen Ziele in verständlicher, bürgernahe und wahrhaftiger Sprache umzusetzen.

Was wir jetzt beispielsweise mit dem „Modell Österreich“ anstreben ist nichts weniger als der irrtümlichen Vielseitigkeit und der davon hervorgerufenen Mißverständlichkeit politischer Aussagen, wie wir sie bei der gegenwärtigen Regierungspartei ständig erleben, konkrete Handlungsangebote entgegenzusetzen.

Verbindliche Aussagen, überprüfbare Festlegungen, eindeutige Inhalte: das ist es, was der Wähler von uns erwartet. Es ist gleichbedeutend mit dem von uns proklamierten „Mut zur Wahrheit“. Damit werden wir als Volkspartei die befürchtete Sprachbarriere überwinden können, weil die von allen erlebte und erfahrene Wirklichkeit — nicht ideologisch zugeschüttet, oder

— mit verträumten Leerformeln zugedeckt, sondern

— verantwortungsbewußt und ehrlich beschrieben und bewältigt werden kann. So wird es uns als Volkspartei gelingen, neue Anhänger zu gewinnen, Freunde in ihrer Meinung zu bestätigen und die Konturen unserer Bewegung schärfer zu markieren. Es ist uns ein ganz entscheidendes Anliegen, das „herrschende Gefühl der Orientierungslosigkeit“ (Daniel Bell) gerade in gesellschaftspolitisch zentralen Bereichen wie der Schulpolitik oder der Familienpolitik inhaltlich zu überwinden — als eine Partei, die für ihre politischen Überzeugungen in verständlicher Sprache glaubhaft wirbt.

Josef Riegler

Jede Berufsgruppe hat ihren eigenen Sprachjargon, ihre notwendigen Fachausdrücke, ihre eigene Sprachwelt. Meines Erachtens besteht die Gefahr einer Sprachbarriere zwischen Politiker und Bürger in mehrfacher Hinsicht:

Das Spezialistentum weitet sich auch in der Politik immer mehr aus. Selbst innerhalb des Nationalratsklubs einer Partei ist für den Sozialversicherungsexperten oft unverständlich, was die

besonderen Anliegen und Probleme des Steuerexperten, Schullehrers und Rechtsexperten sind. Umso schwieriger wird es für den Normalverbraucher, aus wenigen Sätzen einer „Zeit im Bild“-Meldung zu begreifen, worum es für ihn selbst bei politischen Stellungnahmen eigentlich geht.

Eine andere Gefahr liegt darin, daß gewisse Politiker versuchen, sich mit undeutlichen und in jede Richtung hin interpretierbaren Floskeln allzuoft an den entscheidenden Fragen vorbeizuschwindeln — gerade dort, wo Klarheit, eine deutlichere Sprache und eine feste Position vonnöten wären.

Das größte Problem scheint mir aber darin zu liegen, daß sich zum Teil eine immer größere Kluft zwischen der Welt des Politikers und der Erlebniswelt des Bürgers aufbaut. Die Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten kann für eine funktionsstüchtige Demokratie zur existenzbedrohenden Gefahr werden.

Helmut Stroh

Ja, ich fürchte schon, zumindest in ganz bestimmten Bereichen von Politik, vor allem dort, wo sich Politiker „spezialisiert“ haben. D.h. sie unterliegen, wie andere „Spezialisten“ — Gruppen auch, einem Phänomen unserer arbeitsteiligen Gesellschaft. Trotzdem glaube ich zum einen, daß Politiker — im Normalfall — sich durchaus verständlich machen können, zum anderen auch, daß die Sprachwelt der Politik in erster Linie von Journalisten geprägt wird, weniger von den Bürgern oder von den Politikern selbst.

Darüberhinaus bin ich davon überzeugt, daß die Sprachbarriere niedriger wird, wenn sich möglichst viele Bürger in Politik, in politische Vorgänge einmischen. (Siehe auch Punkt 3.) Dann geben sie „den Ton“ an, die Politiker werden sich — zumindest hier — als anpassungsfähig erweisen.

Hermann Withalm

Zuerst eine kurze Vorbemerkung: Es ist nicht vermeidbar, auf „bewußt verallgemeinernde und provokant formulierte Fragen“ eine entsprechende Antwort zu geben.

Zu Frage 1 wehre ich mich als Politiker, der im Rahmen der ÖVP für Altenpolitik zuständig ist, sehr energisch dagegen, daß wir uns womöglich in unserer Sprachwelt isolierten und daß wir an den Bedürfnissen der Bevölkerung (— in meinem konkreten Fall: der alten Menschen) vorbeiredeten.

Wir haben keine eigene Sprachwelt entwickelt, wir bedienen uns vielmehr der Sprache derer, für die wir da sind und wir kennen im übrigen infolge unseres ständigen Kontakte mit der älteren Generation deren Bedürfnisse sehr

genau. Daß derzeit die Realisierungschancen schlecht stehen, hängt mit anderen Umständen zusammen, auf die eine Oppositionspartei keine unmittelbaren Einflußmöglichkeiten hat.

2.

Das herkömmliche Parteiwesen ist an den Grenzen seiner Funktionsfähigkeit angelangt. Glauben Sie, daß sich eine andere Form (andere Formen) als Alternative zum etablierten System entwickeln wird (werden)?

Hans Benedikter

In diesem Sinne darf man verschiedene Bürgerbewegungen trotz aller Übertreibungen im Handeln und Fordern vorwiegend als Reaktion auf einen Zustand des Unbehagens verstehen, als Sehnsucht, Rahmen und Inhalt wieder besser durch- und überschauen zu können.

In Alternativen denken lernen, so heißt daher die Lösung und gewiß hat es derer schon schlechtere gegeben.

Das bedeutet jedoch noch lange nicht, daß das herkömmliche Parteiwesen bereits an die Grenzen seiner Ausdrucksfähigkeit gelangt ist. Ich gebe anderen Formen deshalb wenig Chancen, sich langfristig durchzusetzen, weil Parteien in Zeiten der Not schon oftmals gezeigt und bewiesen haben, daß sie die Kunst der Erneuerung, des Gesundenschumpfens, ja der Neubelebung noch nicht verlernt haben.

Wie Lazarus stehen sie wieder aus jenem Grabe auf, in das sie vorschnell gebettet wurden.

Erhard Busek

Das herkömmliche Parteiwesen ist in voller Entwicklung. Längst ist es ergänzt durch Bürgerinitiativen. Längst hat es zögernd und manchmal ungeschickt den Weg in die direkte Demokratie gefunden. Bis jetzt hat sich also das österreichische Parteiensystem sehr stabil erwiesen in seiner Anpassungsfähigkeit, die man ihm sonst gar nicht zutrauen würde. Ich glaube, daß das österreichische Parteiensystem

heute vor neuen großen Herausforderungen seiner Anpassungsfähigkeit in zumindest zweierlei Hinsicht steht: einerseits vor dem Problem die soziologische Entwicklung in dem damit einhergehenden Wandel im Wertbewußtsein der Bevölkerung nachzuvollziehen und entsprechend zum Ausdruck zu bringen, und andererseits vor dem dringenden neuen Problem, den „closed shop“ des politischen Machtkartells zu öffnen und auch andere Gruppierungen als formierte Wahlparteien an der demokratischen Willensbildung mitwirken zu lassen. Die rein sozialökonomische Expansion des Wohlfahrtsstaates und die kulturpolitische Säkularisierung waren die großen Themen der letzten Jahrzehnte. Sie treten heute angesichts der Wachstumskrisen und der sogenannten Sinnkrise deutlich zurück. Das Parteiensystem ist im großen und ganzen dazu übergegangen, die Krise zu verwalten. Das heutige Hauptthema lautet: Wahrung der ökonomischen und sozialen Besitzstände. An den Rändern der politischen Parteien oder außerhalb von ihnen bilden sich neue Gruppen, die dem Wertwandel zu einer anderen Lebensauffassung und zu Werten einer postindustriellen Gesellschaft artikulieren.

Da aber die Hauptströme in den traditionellen Parteien diesen Wertwandel keineswegs mitvollzogen haben, oder ihn sogar erbittert bekämpfen, entstehen bei diesen mehr oder weniger „alternativen Gruppen“, wie sie sich verstehen, eben „Parteienverdrossenheit“. Das Problem ist für die Parteien nicht einfach; sie müssen sich diesen Gruppen und ihren Gedanken öffnen, andererseits ist zu beobachten, daß in den Parteien Gruppen, die bisher fest integriert waren, deklassiert werden, zu Outsiders werden und an den Rand gedrängt sind. Die Kleingewerbetreibenden etwa, die Bergbauern, das alte klassische Arbeitermilieu etc. Auch hier artikuliert sich dann Parteienverdrossenheit, oft in der Form des populistischen Protests. Ich glaube, daß die Parteien diese Öffnung und diesen Themenwechsel zur postindustriellen Lebensform bewältigen werden. Wie langsam das geht und wie schwierig das durchzusetzen ist, darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben. Ich selbst darf mich da zu denjenigen zählen, die bisher die meisten Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt haben. Aber ich habe auch die positive Erfahrung, daß es doch geht.

Schwieriger allerdings ist die „Öffnung des Kartells“. Daß man Bürgerinitiativen, Protestgruppen oder Selbsthilfegruppen nicht nur nicht behindert oder hinterlistig unterwandert, sondern sie als gleichwertige Partner in den politischen Prozeß miteinbezieht und sich mit ihnen auseinandersetzt und mit ihnen zusammenarbeitet, das

stellt einen hohen Selbstverleugungsanspruch an das bisherige Macht- und Besitzdenken der Parteipolitik. Dieses offene System kann aber auch nur entstehen, wenn der Wille des Bürgers zur Selbständigkeit, zur Autonomie, zur Einmischung in seine eigenen Angelegenheiten wirklich ansteigt und sich verbreitet. Demokratie ist nur möglich mit dem Willen zum aufrechten Gang. Dieser aufrechte Gang muß vom Bürger beansprucht werden, er darf nicht warten, daß er gnädig von oben gewährt wird. Der aufrechte Gang unterscheidet ja angeblich den Menschen von anderen Lebewesen des Planeten.

Irene Dyk

Hier verstehe ich die Frage nicht ganz. Die Alternativen, die Grünen, die Bürgerinitiativen sind ja schon da — aber sie sind ein Korrektiv **neben** und nicht eine Alternative **zum** etablierten System. Wo und wann immer diese Gruppen mit den herkömmlichen Parteien tatsächlich in politische Konkurrenz getreten sind, haben sie jedenfalls die Fehler des etablierten Systems (Personenkult, Jagd auf Mandate, Postenschacherei) schneller übernommen als die Vorzüge (relative Geschlossenheit, Sicherheit in den Zielen, Konsequenz in Bezug auf die Mittel, funktionierende Apparatur), die zumindest manche der traditionellen Parteien fallweise aufzuweisen haben. Der Unterschied liegt letztlich in noch mehr Konfusion und der freundlichen Farbe Grün — wenn sich die Alternativen als Alternative **zum** System zu profilieren versuchen. Als Korrektiv **neben** dem System haben sie aber eine ganz wesentliche Funktion: sie zeigen genau auf, wo die Mängel des etablierten Systems liegen bzw. woran es der konventionellen Politik mangelt. Sie bringen Themen ein, die bisher entweder vernachlässigt oder aber nicht im Sinne der Vorstellungen vieler Menschen behandelt wurden — wie etwa die Friedensdiskussion, Umwelt- und Energieprobleme, Kritik an der Wohnsituation und an den Bedingungen von Produktion und Konsum, die Frauenfrage ... Und sie verweisen in ihrem Stil auf unbefriedigte Bedürfnisse — etwa in Bezug auf Autonomie, Spontaneität, Kreativität, (Zwischen-)Menschlichkeit: diese Aspekte kommen in der gegebenen Organisationsstruktur von (Groß-)Parteien sicher nicht oder kaum zum Tragen. Anders ausgedrückt: genau diese Funktionen werden von den etablierten Parteien, vom herkömmlichen politischen System bisher **nicht** (oder nicht mehr) ausgeübt — und damit glaube ich auch nicht, daß die Grenzen der Funktionsfähigkeit erreicht sind — sie sind noch gar nicht ausgelotet! Es könnte und sollte viel mehr und **andere** geleistet werden (im Hinblick auf

Problembewußtsein und kooperative Problemlösungsstrategien) — neben und anstelle von Funktionen, die sich überlebt haben oder nur der Aufrechterhaltung von verhärteten und ineffizienten Strukturen dienen.

Robert Graf

Die auf das „Parteiwesen“ eingeeengte Frage klammert die Gesamtproblematik der Gefälligkeitsdemokratie aus, die in der wissenschaftlichen Diskussion schon die Frage nach ihrer „Regierbarkeit“ aufgeworfen hat. Es gibt keine bekannte Form der Demokratie, in der Parteien keine Rolle spielen, wengleich sie in verschiedenen Demokratien — denken wir etwa nur an die ältesten Demokratien wie die Schweiz, Großbritannien oder die Vereinigten Staaten von Amerika —, auch eine sehr verschiedenartige Rolle spielen. Wir sollten nicht außer acht lassen, daß die angeblich nur herkömmlichen Parteien sich in den letzten Jahrzehnten auch weiter entwickelt haben. So werden zum Beispiel Programme diskutiert, Mitglieder befragt und direkte Formen der Demokratie in die Parteiarbeit einbezogen. Der Kontakt zu Wissenschaftlern und zu den Betroffenen wird auf neuen Wegen gesucht. Sicher ist die Wahlmöglichkeit der Jugend, das Entstehen alternativer Gruppen und zum Teil auch schon die Etablierung grüner Parteien ein Beweis für mangelnde Funktionsfähigkeit der traditionellen Parteien. Diese Mängel werden aber nicht allein durch andere Parteien oder den immer wieder unternommenen Versuch der „Partei der Parteilosen“ überwunden werden können. Die historischen politischen Lager haben schon sehr tiefe Zäsuren überlebt und entsprechen politischen Grundsätzen, die auch für die Zukunft Bedeutung haben. Sicher aber wird die moderne Partei, wenn sie sich behaupten will, noch offener und durchlässiger sein und sich als Dienstleistungsgemeinschaft verstehen müssen, die einer stärkeren Mitbestimmung und Kontrolle durch ihre Wähler und Mitglieder unterliegt und sich gleichzeitig stärker an neuen gesellschaftlichen Problemen orientiert.

Walter Heinzinger

Der Feststellung, das herkömmliche Parteiwesen wäre an der Grenze seiner Funktionsfähigkeit angelangt, vermag ich in dieser lapidaren Form nicht zuzustimmen. Herkömmliche Parteiwesen, das klingt so nach Parteiunwesen. Wir sollten den Masochismus mit den Parteien nicht so ins Kraut schießen lassen.

Wenn an den „herkömmlichen Parteien“ bemängelt wird, daß sie ungelenke

Großgebilde geworden sind, daß Mitglieder und Funktionäre darin teilweise ein Karrierevehikel sehen, daß es Tendenzen zur Obmannerdemokratie gibt, stimme ich dem zu. Durch die sinkende Selbstreinigungskraft, wie sie beim AKH-Skandal beim politischen Gegner zu beobachten war, fühle ich mich auch als Politiker beleidigt.

Die Entwicklung wird von „geschlossenen“ starken Mitgliederparteien weitergeführt zu grundsatzfesten Aktionsparteien mit starken Kerngruppen und wechselnden Wählerpartnerschaften. Die Parteien sollen offener werden. Partei-, Funktionärs- und Bevölkerungsstruktur müssen einander annähernd entsprechen. Hier gibt es schwere Verzerrungen gerade in der ÖVP. Dabei wird man die Gefahr der Herausbildung von oligarchischen Führungsgruppen, die Wahlkampfgewinnmaschinen betreiben, nicht übersehen dürfen. Mir ist die Zusammenfassung politisch aktiver Bürger in einer offenen grundsatzorientierten Partei, bei aller Mühsal eine solche Partei zu führen, lieber, als die erfolgreiche politische Wanderbühne der „Alleskönner“.

Es gehört zum Wesen der Politik, immer nach neuen Lösungsmöglichkeiten Ausschau zu halten. Für mich ist alternatives Denken ein grundsätzliches politisches Erfordernis. Alternatives Denken unterscheidet kennzeichnend Politik von Verwaltung.

46

Manfred Heubrandtner

Die österreichischen politischen Parteien verfügen im europäischen Vergleich über relativ hohe Mitgliederzahlen, da für die Aufnahme in bestimmte Dienstverhältnisse oder für das berufliche Fortkommen eine Mitgliedschaft bei einer Partei zumindest vorteilhaft ist. Die österreichischen Parteien sind also typische Mitgliederparteien. Mitgliedschaft bedeutet aber nur sehr selten auch Mitarbeit, ja nicht einmal unbedingt Identifikation mit den politischen Zielen der Partei.

Es besteht daher die ständige Gefahr, daß sich auf allen Ebenen der Parteien hohle, inhaltslose Strukturen mit einem sterilen Funktionärsklüngel entwickeln. Der Kontakt zur Bevölkerung wird dadurch zumindest gestört, das Vertrauen in die Parteien schwindet und das Image der Parteien verschlechtert sich.

Der Ausweg aus diesem Dilemma ist vielgestaltig. Er reicht von der Herstellung eines glaubwürdigen und begeisternden Politikerbildes im allgemeinen und besonderen, über die Installation von Vorfeldorganisationen bis zu neuen und oft ungewohnten Wegen um die Parteien nach allen Seiten hin zu öffnen und die Parteienverdrossenheit zu mildern. Eine Vorgangsweise,

die z.B. von der Wiener und steirischen Volkspartei in eindrucksvoller Weise demonstriert wurde.

Ich glaube daher, daß sich keineswegs neue Organisationsformen — von den üblichen Adaptierungen abgesehen — im Parteiwesen bilden werden oder bilden sollen. Die Parteien werden sich aber in Zukunft immer weniger als Institution und immer mehr als lebendige, wendige, einsatzbereite Servicestelle mit bestimmten ideologischen Grundlinien begreifen müssen.

Herwig Hofer

Sicher werden die Politiker heute von einer breiten Bevölkerungsschicht als geschlossene Gruppe angesehen. Die Zukunft der Parteien wird aber davon abhängen, ob sie den Bürger nur bei Wahlen zu Wort kommen lassen, oder ob sie bereit sind, auf das gesteigerte Selbstbewußtsein und auf das Mitsprachebedürfnis des Bürgers Bedacht zu nehmen, indem sie versuchen, ihn bei wichtigen Entscheidungen miteinzubinden. Hier geht die VP, so glaube ich, mit der Errichtung der Urabstimmung einen modernen und zukunftsweisenden Weg, wenngleich natürlich bei jeder Abstimmung das befragte Mitglied oder der befragte Bürger von der Sinnhaftigkeit der gestellten Fragen überzeugt sein muß.

Die Haltung der Jugend spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Politikverdrossenheit unter der Jugend, die u.a. in einem hohen Nichtwähleranteil bei div. Wahlen ihres Niederschlag findet, muß für jede demokratische Partei eine echte Herausforderung darstellen. Die Jugend von der Notwendigkeit zu überzeugen, am politischen Geschehen teilzunehmen, ist eine herausragende Aufgabe für die politischen Parteien, die viel Einfühlungsvermögen verlangt. Eine leichtfertige Politik von heute geht auf Kosten unserer Jugend, die einmal die Rechnung dafür bezahlen muß. Daher ist auch die Jugend gegen jede kostspielige und verschwenderische Gigantomie. Die Politiker, die kommen und gehen, müssen sich der Folgewirkung ihrer „Taten“ und „Untaten“ bewußt sein. Die Politiker müssen sich im verstärkten Maße des moralischen Aspektes der politischen Verantwortung bewußt werden.

Bertram Jäger

Es wird sich nicht die gesamte Form ändern, sondern Teile davon. Die politischen Parteien werden erhalten bleiben, jedoch ihr „Monopol“, den Willen des Volkes zu sammeln und in ideologischen Formierungen anzubieten, wird schwinden. Bürgerinitiativen und frei fluktuierende Gruppierungen werden zunehmend entstehen. Ihre politische Relevanz wird in der Fähigkeit lie-

gen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und damit die politischen Parteien zu bestimmten Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen zu zwingen.

Kurt Jungwirth

Die Parteien haben dort ihre Grenzen erreicht, wo sie sich zu viel anmaßen und sich für jeden Schmarren zuständig fühlen und damit falsche Hoffnungen auf die Allmacht von Politikern beim Volk erzeugt haben. Das Parteiensystem hat aber auch an Stellen Grenzen erreicht, wo Parteien nichts dafür können, nämlich dort, wo Macht in Wirtschaftsimperien, Gewerkschaften oder Medien ausgeübt wird, deren Interessen aus einer sehr speziellen Ecke kommen. Die Medien sind dabei ein Sonderfall. Sie sind fast die einzigen echten Kontrollorgane im politischen Leben, ihre Vielfalt ist unentbehrlich für Demokratie genauso wie alle anderen Belegungen durch freie, initiativ Bürger.

Es gibt nämlich nur eine Alternative zum Mehrparteiensystem: die Diktatur eines allmächtigen Einheitsapparates. Sie führt zu organisierter Unmenschlichkeit. Sie ist auch bei uns ohne weiteres wieder möglich, wenn Parteien abwirtschaften, die soziale Lage schlechter wird und das Volk an neue Wundertäter glaubt. Die besonnenen Demokraten aller Lager müssen für Freiräume sorgen, damit sich das demokratische System von innen her immer wieder regenerieren kann.

Hans Katschthaler

Parlamentarisch-demokratische Systeme benötigen politische Parteien. So gesehen ist das Parteiwesen unverzichtbar, was freilich nicht heißen kann, daß es keiner Reformansätze bedürfte. Zudem müßten die Möglichkeiten der direkten Demokratie ausgebaut und der politische Bildungsprozeß auf breiter Basis gefördert werden. In diesem Zusammenhang spielt aber auch die Entwicklung der Medien eine große Rolle: ob ihr und ihrer Träger Ziel hinsichtlich unserer Demokratie konstruktiv oder destruktiv ausfällt.

Gertrude Kubina

Der Bürger glaubt nämlich zunehmend, daß sich der Politiker mehr für seine eigenen und für parteipolitische Interessen einsetzt als für den Bürger. Hat der Bürger recht?

Das hängt vom konkreten Problem ab. Der Normalbürger setzt sich für sich und seine unmittelbare Umgebung ein; je direkter der Bürger sich von einer Entscheidung betroffen fühlt, desto intensiver wird er sich dafür einsetzen.

Der Politiker ist von vielen Problemen des Bürgers weder selbst noch direkt betroffen, er bekommt auch die Auswirkungen seiner politischen Entscheidungen nicht unbedingt am eigenen Leib zu verspüren. Sobald man nämlich Politiker ist, lebt man völlig anders als der normale Staatsbürger. Der Terminkalender und die Partei bilden eine Art Käfig, aus dem der Politiker nicht mehr herauskann, weil er einfach keine Zeit hat.

Es ist keine leichte Aufgabe für Politiker zu beweisen, daß sie sehr wohl hinter ihren Aussagen stehen und daß sie sehr wohl Sachprobleme lösen wollen und können. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Wobei ich das Wort Glaubwürdigkeit in Zusammenhang mit Politikern als abwertend empfinde; wer würde sich denn im normalen Leben mit jemandem, dem er nicht glauben kann, überhaupt abgeben? Welch erbärmliches Zeugnis für uns Politiker, daß Glaubwürdigkeit eine Forderung und keine Selbstverständlichkeit ist!

Reinhold Lopatka

Daß die Parteien an den Grenzen ihrer Funktionsfähigkeit angelangt sind, zeigt das Abwandern vieler kritischer Bürger aus den alten Parteien.

Die Gründung der Alternativen Liste Graz (ALG), die bei der nächsten Gemeinderatswahl kandidieren wird, ist eines von vielen Beispielen. Wo nicht neue Parteien entstehen, bilden sich zumindest von der Politik der alten Parteien angefressene Diskutierungsgruppen, die dann mit Einzelaktionen an die Öffentlichkeit treten, wie bei der Aktion „Stimmvieh – nein danke“ bei der letzten steirischen Landtagswahl.

Eine Minderheit setzt ihr Engagement auch außerhalb der alten Parteien fort, der Großteil zieht aber ins Privatleben zurück. Die Verweigerung der Bürger den mächtigen Parteien gegenüber zeigt dann der passive Widerstand des Nichtwählens.

1978 glaubten 40% der österreichischen Jugendlichen, daß „es neue bessere Parteien geben sollte“ und sie selbst „würden jetzt bei Nationalratswahlen gar nicht oder nur mit Widerwillen eine Partei wählen“.¹⁾ Diese Tendenz hat sich nach dem AKH-Skandal und nach der TKV-Affäre gewiß noch verstärkt. Die wenigen wirklich an der Politik interessierten kritischen Mitglieder gehen. Die Mitglieder, die mit dem Stichwort Partei eine Wohnung, einen Arbeitsplatz und noch andere von den Parteien offerierte Vorteile verbinden, bleiben, könnte man etwas vereinfachend sagen. Eigenschaften, die Politiker der 1. Stunde der 2. Republik kennzeichneten, nämlich Qualitäten, Mut und un-

eigennütziges Engagement, verbinden 1982 nur mehr sehr, sehr wenige mit der heutigen Politikergeneration. Bei Politik und Parteien denken heute vor allem Jugendliche, aber auch Erwachsene an Schmiergeldaffären, Korruption und Privilegien. Der Vertrauensschwund zeigt sich deutlich, 70 % der bis 20-Jährigen sprechen sich „für mehr Volksabstimmungen zu Lasten parlamentarischer Entscheidungen aus“.²⁾ „Zumindest innere Absetzbe-
wegungen“³⁾ der Bürger von den Parteien sind verspürbar.

Nach dieser Analyse des herkömmlichen Parteienwesens in Österreich, stellt sich nun die Frage, können sich andere Formen der Politik entwickeln, haben „neue“ Parteien eine Chance? Auf Gemeinde- und Stadtebene werden meiner Meinung nach die neuen Gruppierungen mit Erfolg das politische Geschehen beeinflussen. Hier können Aktivbürger durch ihren persönlichen Einsatz das wettmachen, was sonst bezahlte Parteifunktionäre und deren Apparate leisten. Auf Landes- und Bundesebene fehlen den einzelnen Aktivbürgern ihnen nahestehende Medien; Kammern und Verbände und jene Millionen verschlingenden Werbeapparate der „alten Parteien“, um ein bestimmender Faktor innerhalb der nächsten Jahre zu werden. Sind die „alten Parteien“ aufgrund ihrer dichten Organisation bis heute zwar aktionsreicher, so sind sie schon jetzt oft ideenärmer als die Aktivbürger.

Wo liegen nun grundlegende Unterschiede der „neuen“ zu den „alten“ Parteien? Sowohl in ihrem innerparteilichen Aufbau, als auch in ihren Forderungen stellen die mir bekannten Gruppen eine Alternative dar. Vielleicht auch nur deshalb, weil sie neu und voller Ideen sind und nicht so abgestumpft wie die „alten“ Parteien. Ich hoffe, daß sich meine letzte Feststellung in Zukunft als Irrtum erweisen wird.

Andere Wege gehen die neuen Parteien bei der Erstellung ihrer Kandidaten. Der Abgeordnete in Österreich ist derzeit fast ausnahmslos einer, der in den Parteigremien und nicht in seinem Wahlkreis seine Nominierung erkämpft hat. Ein kleines Gremium entscheidet, wer wo zu sitzen hat. Für die unlesbaren und alternierenden Politiker gibt es als Austriacum den Bundesrat als Ausgieding. Die „neuen“ Parteien ringen darum, möglichst alle Interessierten bei ihrer Kandidatenerstellung miteinzubeziehen, wie ich es selbst miterlebt habe. Ihnen ist es ein Anliegen, die Basis und somit die Bürger in ihre Entscheidungen einzubinden. Zu ihren Grundsätzen gehört auch das Rotationsprinzip. Nach einem gewissen Zeitraum sollen neue Politiker die alten ersetzen, die weiterhin beratend, aber nicht mehr so intensiv dem öf-

fentlichen Streß ausgesetzt, mitarbeiten. Bei ihnen gibt es daher keine „pragmatisierten“ Politiker und Sesselkleeber.

Sie treten für bis heute fast gar nicht verwendete Formen der Bürgermitbestimmung ein. Öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen, Bürgerbefragungen, Volksbegehren, Volksabstimmungen, Gemeindevollversammlungen sind für sie genauso ein Instrument der Politik wie Entscheidungen hinter verschlossenen Türen in den Unterausschüssen des Parlaments oder in den Ausschüssen der Gemeinden.

Der Tod von Millionen in der Dritten Welt, die Unsummen für Vernichtungswaffen, die Beschleunigung der Zerstörung unserer Umwelt, die sozialen Ungerechtigkeiten in unserem eigenen Land, sind nach Meinung der alternativen Gruppen ein Ergebnis der Politik der „alten“ Parteien. Sie geben ihrer Bewegung daher Grundsätze, mit denen sie gegen diese Mißstände anzukämpfen versuchen. Sie wollen eine „ökologische, solidarische, basisdemokratische, gewaltfreie, gegen Pfründensammlung“⁴⁾ auftretende Gruppe sein, deren Ziel es ist, „die Verkrustung der alten Parteien zu zersetzen und sie zu zwingen, neue Strukturen und mehr Demokratie“⁵⁾ zuzulassen. Das „Spielbein“ in der herkömmlichen Parteienpolitik, das „Standbein“ im außerparlamentarischen Aktionsfeld der Bürgerinitiativen und Alternativgruppen,⁶⁾ so sieht sich die ALG. Den Unmut vieler bringt sie klar zum Ausdruck: „Der wesentliche Grund für diesen Entschluß einer eigenen Kandidatur ist die Tatsache, daß wir unser Vertrauen in die alten Parteien verloren haben“.⁷⁾

Den alten Parteien muß man mehrheitsfähige Alternativgruppen wünschen, denn die nicht enden wollenden Skandale zeigen, daß die Moral innerhalb der Parteien einen Tiefstand erreicht hat. Freiwillig ändern die alten Parteien ihre heutige Form der Politik nicht, auch dann nicht, wenn nur mehr 50% zur Wahl gehen. Unter dem Druck starker neuer Parteien, bei denen Bürger- und nicht Parteinteressen im Vordergrund stehen, müssen sie es tun, wollen sie Mehrheitsparteien bleiben.

1) Brunmayr Erich, „Wertvorstellungen und Lebenskonzepte junger Österreicher“, Wien 1978.

2) Giesinger Ernst, „Jugend und Politik“, in: Khol/Stirmermann (Hrsg.), „Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979“, Wien 1980.

3) Krejci Heinz, „Bemerkungen zur Korruption, in der O-Nummer von „KONTRAST“, Zeitschrift für Gesellschaft und Politik, Graz 1981.

4) Kitzmüller Erich, anläßlich der Gründungsversammlung der ALG am 5. Nov. 1981 im Kleinen Minoriensaal in Graz.

5) ALG info, Nr. 1, Jänner 1982, Hrsg. Alternative Liste Graz.

Alois Lugger

Zweifellos sind viele Menschen zu Recht über die Identitätskrise unserer parlamentarisch-demokratischen Ordnung im freien Europa besorgt. Zu-

gleich sind wir von der Herausforderung bewegt, die Demokratie als bestimmenden Höchstwert des Zusammenlebens freier Menschen in ihrer wesentlichen Bindung an die Gemeinschaft zu rechtfertigen und für die Zukunft abzusichern. In der Wahl der hierfür nötigen Mittel aber ist besondere Behutsamkeit am Platz, weil jede Abstufung oder Trennung zwischen dem demokratischen System auf der einen und den politischen Parteien auf der anderen Seite in eine für den Fortbestand der Demokratie äußerst gefährliche Richtung münden müßte. Die europäische Demokratie ist ja mit politischen Parteien und Politikern untrennbar verbunden, wie es — nicht zufällig — auch die Verfassungsbestimmung des Bundesgesetzes vom 2. Juli 1975 mit aller Klarheit festhält, wonach die Existenz und Vielfalt politischer Parteien wesentlicher Bestandteil der demokratischen Ordnung der Republik Österreich ist. So sind wohl in erster Linie die politischen Parteien selbst aufgerufen, sich immer wieder um neue Formen, neue Arbeitsweisen und eine neue Glaubwürdigkeit zu bemühen.

Alois Mock

In der Tat wird immer häufiger bezweifelt, ob die bestehenden Parteien überhaupt noch fähig sind, — die richtigen politischen Fragen zu stellen,

— auf die brisanten Herausforderungen der Zeit nicht bloß tagespragmatisch und wahlterminorientiert, sondern zukunftsweisend zu reagieren, — das geeignete Führungspersonal zu rekrutieren.

Dieser Zweifel artikuliert sich nicht nur theoretisch-abstrakt, sondern organisiert sich auch in mancherlei Bürgerinitiativen. Daß sich in den aktuellen Protestbewegungen häufig besonders Nachdenkliche finden, muß die Parteien mit Sorge erfüllen. Und beunruhigen, wenn es ihnen nicht gelingt, jenes Protest-Potential, dem es um die Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Strukturen geht, inhaltlich zu erreichen. Nicht nur in der jüngeren Generation wenden sich manche von den vorhandenen politischen Institutionen ab und denken in „alternativen“ Kategorien; einige handeln sogar engagiert danach.

Die Unruhe an den Rändern aller Parteien bis hin zum „alternativen“ Aufstieg ist eine Aufforderung an die Parteien, sich nicht nur verbal den komplexen Bedingungen einer ausufernden Bürokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen. Gerade die VP muß sich immer wieder die Frage stellen, welche Konsequenzen sich aus unseren Grundsätzen des „Salzburger Programms“ für eine sich

verändernde Welt mit sich wandelnden Problemstellungen ergeben. Daraus sind neue Einstellungen zu den aktuellen Problemen zu entwickeln.

Dann wird der Vorwurf ins Leere gehen, daß die parteipolitische Willensbildung in Großparteien unsensibel ist gegenüber Problemen, die (noch) nicht mehrheitsfähig sind.

Die Volkspartei ist gemeinsam mit allen Nachdenklichen und Zukunftsbesorgten in der Lage, mit Mut „neue Themen“ aufzugreifen. Eine solche Wandlungs- und Lernfähigkeit muß dazu führen, die Funktionsfähigkeit des demokratischen Parteiensystems systematisch auszubauen und damit langfristig zu festigen.

Josef Riegler

Seit 3 Jahrzehnten haben wir in Österreich eine ziemlich festgefügte Parteienlandschaft. Neuerdings treten im Randbereich dieser politischen Landschaft verschiedene Gruppierungen auf, die meist bestimmte, thematisch eng begrenzte Interessen — oft mit großen persönlichen Engagement — verfolgen.

Dieser neue Aufbruch politischer Aktivität und Anteilnahme von ganz unten ist für unser traditionelles Parteiwesen eine Herausforderung und Chance zugleich:

Einerseits wird nicht nur alles, was „die da oben“ beschließen, einfach kritiklos hingenommen; andererseits haben die Parteien die Chance, initiative und unorthodoxe Menschen für die Mitarbeit in den eigenen Reihen zu gewinnen. Voraussetzung dafür sind die mutige Offenheit einer Partei und die Bereitschaft, die Probleme dieser Gruppen zu den eigenen zu machen.

Helmut Strobl

Das „herkömmliche Parteiwesen“ ganz sicher! Alternative kann und wird voraussichtlich auch eine „andere Form von Partei“, eine erneuerte Partei sein. Wenn man den wesentlichen Sinn der Bildung von Parteien im gemeinsamen Anhängen einer Weltanschauung (wenn auch verschwommenen) im Bündeln von unterschiedlichen Interessen und im gemeinsamen, wahlwerbenden Auftreten verschiedener Personen sieht, dann ist durchaus denkbar, daß — via Änderung bzw. Personalisierung des Wahlrechtes — neue Strukturen entstehen oder eben Parteien ihre innere Struktur von Grund auf ändern, ebenso denkbar, daß durch deutlicheres Formulieren von (gedanklichen) Wertsystemen und durch schärferes Eintreten für bestimmte Interessen eine Aufspaltung der traditionellen Parteien stattfindet. Beides sehe ich vorerst nicht als tragische Entwicklung für unsere Demokratie. Es wird jeweils auf die Konsensbe-

reitschaft und Konfliktfähigkeit aller Beteiligten ankommen. Beides ist hierzulande noch durchaus entwicklungsfähig! (Siehe auch Punkt 3.)

Hermann Withalm

Ohne Zweifel gibt es Erscheinungen, die diese Frage nicht ungerechtfertigt erscheinen lassen. Trotzdem erscheint es mir absolut übertrieben und den Tatsachen nicht entsprechend zu sein, daß das herkömmliche Parteiwesen an den Grenzen seiner Funktionsfähigkeit angelangt sei. Natürlich sind in unserer schnelllebigen Zeit langfristige Festlegungen nicht möglich.

Auf absehbare Zeit sehe ich jedenfalls keine Alternative zum derzeitigen System — wenn wir mit Erfolg versuchen — es fortzuentwickeln und wenn es vor allem gelingt, es den Zeiterfordernissen anzupassen.

3.

Im öffentlichen Leben haben die Politiker als „geschlossene“ Gruppe den Bürger aus den Entscheidungsprozessen weitgehend eliminiert.

Glauben Sie nicht, daß der Bürger bei der Lösung der ihn unmittelbar berührenden Probleme beteiligt werden soll?

Hans Benedikter

Daß der Bürger mit bei der Lösung der ihn unmittelbar berührenden Probleme beteiligt werden sollte, ist eine Binsenweisheit. Doch Wahrheiten werden auch durch Wiederholungen nicht abgeschwächt, wohl aber die Glaubwürdigkeit mancher Politiker, die davon nur reden, ohne dem Wortgeklänge nach auch Taten folgen zu lassen.

Gerade die europäischen Volksparteien muß sich mehr als bisher bewußt sein, daß unsere „Demokratie“ steht und fällt mit dem Mut, dem Volke die Wahrheit zu sagen, vor allem sich aber der Kritik des eigenen Verhaltens zu stellen und rückhaltslos darzutun, wa-

rum man so und nicht anders gehandelt habe." Carlo Schmidt ahnte damals, als er dieses Postulat aufstellte, freilich noch nicht, wie sehr unsere pluralistische Demokratie gefällig ausarten sollte.

Es wäre schade, wenn sich die Parteien nur mehr als verlängerte Mikrophone der Bürger verstünden, sozusagen als Echo im Walde. Noch fataler wäre es jedoch, wenn der Wald deshalb still bliebe, weil ihm das verzerrte Echo nicht mehr behagt.

Mehr Bürgernähe in der Politik heißt wohl, die Gesellschaft vom gegenwärtigen politischen Kopfweh zu befreien.

Doch nicht Eile, sondern nur Einsicht tut not.

Erhard Busek

Man müßte endlich einmal aufhören mit der lamoryanten Diskussion, daß die Politiker den Bürger beteiligen sollen. Für die Politiker gilt der Satz, den Fafner spricht: „Hier lieg ich und besitz.“ Es liegt also am Bürger, seine Beteiligung durchzusetzen und eine richtige „republikanische“ Gesinnung an den Tag zu legen. Diese Gesinnungsreform sagt dem Feudalwesen und der weiteren Feudalisierung der Politik, der staatlich beeinflussten Wirtschaft, der Medien und des öffentlichen Lebens den Kampf an. Politische Institutionen sind nicht ein eigener Privatbesitz, wobei sich der Feudalherr einer allgemeinen Akklamation sicher sein kann, wenn er eine ansprechende Repräsentation bietet. Republikanische Gesinnung heißt, den Staat nicht als Selbstbedienungsladen zur privaten Besserstellung oder Bereicherung zu sehen, sondern eben als eine öffentliche Sache — als res publica — zu der jeder seinen Beitrag zu leisten hat, nicht nur den finanziellen, sondern auch geistigen und moralischen Beitrag. Die Forderung trifft vor allem den Bürger. Wenn der Staat sich etwas einschränkt und nicht allzu gefällig die Bürger für sich arbeiten läßt, dann werden die Bürger auch aufhören, den Staat für sich arbeiten zu lassen.

Mit diesem unglücklichen Wechselspiel haben wir es ja derzeit zu tun. Republikanische Gesinnung heißt, „Prinzip an Öffentlichkeit“ ernstzunehmen und einzufordern. Das sogenannte „öffentliche Leben“ ist zum verfehlten Privatleben der feudalen Prominenz verkommen. Wen das Sternzeichen oder die Frühstücksgehnheiten eines Ministers mehr interessieren als seine Amtsführung, der kann ihn nicht zur politischen Verantwortung ziehen. Republikanische Gesinnung heißt den Staat nicht als Privateigentum der Herrschenden mißzuverstehen, von dem ein paar Brosamen auf die Lakaen abfallen sollen, sondern als die gemeinsame Sache aller

und jedes einzelnen.

Republikanische Gesinnung heißt, den Bürger als Souverän anzuerkennen. Ebenso aber, daß der Bürger sich selbst als Souverän versteht und seinen Pflichten und Verantwortungen als Souverän nachkommt, denn die Demokratie lebt nicht von ihren Führern, sondern von ihren Bürgern, die sich verpflichtet fühlen, selbst nach dem Besten zu sehen.

Irene Dyk

Zuallererst: Ich bin nicht der Meinung, daß Politiker in irgendeiner Form eine geschlossene Gruppe darstellen. Schon allein dadurch, daß sie verschiedene Interessen vertreten (auch innerhalb einer Partei), kann von Geschlossenheit keine Rede sein — und sie wäre auch nicht wünschenswert, weil nur Auseinandersetzungen Neuerungen — und auch Öffnung garantieren: einfach deshalb, weil man ja für jedes Anliegen in der Politik werben, Sympathie und Unterstützung finden und zumindest im Konfliktfall „Lager“ bilden muß. Der Rückhalt in den „eigenen Reihen“ reicht da (abgesehen vom Konkurrenzprinzip, das natürlich auch noch dazukommt) meist nicht aus, und der Politiker muß daher Öffnung respektive „Öffentlichkeit“ suchen: über die Medien, über die Meinungsforschung, über die Wissenschaft und letztlich über Diskussionen mit Interessierten oder Betroffenen. Im Hinblick auf letzteres geschieht sicher zu wenig — aus verschiedenen Gründen fehlt manchmal ebenso das Interesse der Öffentlichkeit wie (seitens der Politiker) das Interesse an der (Meinung der) Öffentlichkeit. Vielfach gelingt es einfach nicht, Bürger zu aktivieren, weil sie sich ihrer Betroffenheit nicht bewußt sind, oder aber weil sie das Gefühl haben, daß es nicht tatsächlich um ihre Meinung, sondern nur um einen Entlastungs- und Legitimationsmechanismus geht. (Dieser Eindruck wird sicher durch nicht eingehaltene Wahlversprechen und noch mehr durch nicht beachtete und nicht berücksichtigte Volksbefragungen verstärkt. . . .) Es kommt aber auch (und sicher nicht selten) vor, daß der Politiker erst gar nicht versucht, die Öffentlichkeit einzubeziehen: weil er schon genau weiß, was er will, und fürchten muß, daß sein Plan abgelehnt wird, oder weil er die gegebenen Beteiligungsformen für zeitraubend und umständlich hält und ohnedies von seinem „Fingerspitzengefühl“ überzeugt ist. Tatsächlich ist Bürgerbeteiligung bisher nicht ein Instrument, das politische Entscheidungen vereinfacht — eher werden die Dinge komplizierter, weil nicht nur mehrere unterschiedliche Interessen zutage treten, sondern u.U. ein massives „egoistisches“ Einzel- oder Grup-

peninteresse. Gerade um die (wenn auch konfliktäre) Interessensartikulation geht es aber — und wir werden uns anstrengen müssen, Formen zu finden, mit denen Politiker und Bürger umgehen können.

Robert Graf

Ich glaube sehr wohl, daß der Bürger bei der Lösung der ihm unmittelbar berührenden Probleme stärker beteiligt werden sollte. Von einer weitgehenden Eliminierung der Bürger aus dem Entscheidungsprozeß könnte freilich nur gesprochen werden, wenn man die repräsentative Demokratie ablehnt. Unsere Verfassung sieht zweifellos im Bürger keinen „Untertanen“, der politische Entscheidung der „Obrikeit“ überläßt. Aber sie sieht vor, daß das Staatsgeschehen vom Volk auch unmittelbar durch Repräsentanten bestimmt und kontrolliert werden soll. Ein in kleineren Wahlkreisen ausgeübtes und stärker persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht könnte auch die repräsentative Demokratie bürgernäher machen. Doch sind SPÖ und FPÖ mit der Wahlrechtsreform des Jahres 1970, insbesondere durch die Verminderung der Wahlkreise von 25 auf neun, leider den entgegengesetzten Weg gegangen. Der österreichische Wähler übt sein Wahlrecht in einem international überdurchschnittlichen Maß aus: bei Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen; bei Betriebs- und Kammerwahlen; und bei Bundespräsidentenwahlen. Wir müssen freilich darauf achten, daß das Wählen nicht zum Ritual einer bloßen Pflichtübung wird. Wahlen setzen, wie es in einem Kommentar zur Bundesverfassung heißt, „Wahlwerber, das heißt Personen mit profilierten politischen Zielen“ und Abstimmungen, „präzise Vorschläge zur Lösung politischer Fragen voraus“. Was die direkte Demokratie betrifft, so war ihr Auftakt durch das Rundfunkvolksbegehren des Jahres 1964 zweifellos ein spektakulärer. Doch darf nicht vergessen werden, daß die Rundfunkreform erst 1966 mit der absoluten Mehrheit der ÖVP Gesetzeskraft erlangte. Nach den bisher mit den Instrumenten der direkten Demokratie gesammelten Erfahrungen sollte überlegt werden, wie dem Bürger zusätzliche und miterlebbare Möglichkeiten der Ausübung seines Mitbestimmungsrechtes geboten werden können. Die Einübung in diese unmittelbar ausgeübte Verantwortung sollte verstärkt in überschaubaren Räumen und bei hautnahen Problemen erfolgen. Das Beispiel der direkten Demokratie der Schweiz, in der auch über Arbeitszeit und Steuern abgestimmt werden kann, zeigt uns, daß hier nicht nur von den Parteien, sondern auch von den Medien, noch ein langer Lernprozeß absolviert werden muß.

Walter Heinzinger

Der Bürger läßt Politiker offensichtlich tun, was sie tun und wie sie es tun. Politiker haben in der Regel ein recht gutes Sensorium für das entwickelt, was noch auf die öffentliche „Kuhhaut“ geht. Radikale Wahlbeispiele, die für Politiker am besten verständliche Antwort, entwickeln sich erst zaghaft, aber doch deutlich. Hier ist sicherlich ein neues Selbstbewußtsein der Wähler dringend anzustreben. Hier gibt es auch wichtige, oft stille Gemeinschaften und Bündnisse zwischen Teilen der Partei und der betroffenen Bevölkerung.

Ich verstehe Demokratie auch als laufende Verpflichtung des Bürgers zur aktiven Mitgestaltung an dieser Demokratie. Der Politiker, Verwaltung und Bürger können nur gemeinsam ihre Ziele sinnvoll erreichen. Der Bürger weiß selbst sehr gut was er will. Die Beteiligung möglichst vieler Bürger verhindert auch die Pflege des persönlichen oder gruppenspezifischen Florianprinzips.

Politiker, stärker noch die Verwaltung, haben den Bürger als „Störfaktor“ aus Entscheidungsprozessen verdrängt. Dieser Weg, sich Entscheidungen „leichter zu machen“, ist aber auch ein Entscheidungsprinzip, nach welchem in vielen anderen Bereichen vorgegangen wird. Es scheint mir ein überholtes Prinzip zu sein.

50 Die Angebote der Mitgestaltung an den Bürger sind nicht nach dem Motto „wenn Du unbedingt willst, kannst Du dreinreden“ zu gestalten, sondern einladend.

Manfred Heubrandner

Die Gruppe jener Bürger, die politisch tätig ist, also die Politiker i.w. Sinne, rekrutiert sich in immer stärkeren Ausmaßen aus bestimmten Berufsgruppen. Dadurch sind und werden gewisse Bevölkerungskreise überrepräsentiert, andere unterrepräsentiert. Neben dieser Verzerrung zwischen Bevölkerungsstruktur und Politikerstruktur ist eine starke Verankerung von Funktionsbereichen öffentlicher Körperschaften im politischen Leben festzustellen. Insbesondere in den höheren Ebenen des politischen Wirkens sind immer weniger echte Arbeiter, echte Unternehmer, echte Bauern usw. tätig.

Aus dieser Tatsache entsteht die Gefahr, daß die politische Entscheidungsfindung einseitig, im Sinne bestimmter Bevölkerungsgruppen oder Körperschaften ohne wirkliche Bürgernähe erfolgt. Man wird daher nach Wegen suchen müssen, um bisher unterrepräsentierten Bevölkerungskreisen die Möglichkeit zur politischen Betätigung ohne berufliche Nachteile zu geben. Die politischen Entscheidungsgremien sollen repräsentative und nicht Funk-

tionärsgremien sein.

Die Anwendung von Instrumenten der direkten Demokratie, wie z.B. der Volksbefragung, für die politische Entscheidungsfindung sollte jedoch nur in Ausnahmefällen und nur dann erfolgen, wenn das Problem von den Befragten auch beurteilt und überschaut werden kann. Eine Befragung über die Verwendung der Atomenergie zum Beispiel, ist daher sinnlos, weil sie die Beurteilungsfähigkeit fast aller Bürger übersteigt.

Herwig Hofer

Das erwachte Selbstbewußtsein des Bürgers wird die Parteien zwingen, aus eingefahrenen Geleisen herauszutreten. Ein Umdenken wird in Zukunft notwendig sein. Insbesondere auch in der Einstellung zur politischen Funktion bzw. zum politischen Amt. Eine klare Trennung zwischen parteipolitischen Funktion und dem politischen Amt in der Gemeinde, im Land oder im Bund wird mehr als bisher notwendig sein. Der Staatsbürger hat ein Recht auf Gleichbehandlung, unabhängig davon, ob er der Partei des Amtsträgers oder einer anderen oder überhaupt keiner Partei angehört. In Kärnten üfert das politische Machtstreben der Mehrheitspartei aus. Der Druck, der in div. Landesinstitutionen auf politisch anders Gesinnte ausgeübt wird, nimmt immer mehr zu. Dadurch wird das freie politische Bekenntnis, die freie politische Meinungsäußerung praktisch für viele unmöglich gemacht, weil unser System immer mehr Abhängigkeiten schafft und weil es sich die Jugend in einem Land mit einer 10%igen Arbeitslosenrate aus verständlichen Gründen mit dem sozialistischen Machthaber nicht verschmerzen will. Damit wird aber insgesamt der Freiheitsraum der einzelnen Bürger in unzumutbarer Weise eingeengt. Die Entwicklung unserer Demokratie muß daher in eine Richtung gelenkt werden, die Abhängigkeiten weitgehend verhindert und die die persönliche und politische Freiheit in allen Bereichen unseres Lebens sicherstellt.

Bertram Jäger

Als Reaktion auf die Eliminierung des Bürgers aus den Entscheidungsprozessen (wobei sie sich, aus welchen Gründen immer, z.T. selbst eliminiert bzw. distanziert haben) sind ja die Bürgerinitiativen entstanden. Ihre Bedeutung wird zunehmen. Nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, daß es immer schwieriger werden wird, in politischen Sach- und teilweise auch in Grundsatzfragen klare Mehrheiten zustande zu bringen. Es wird in der Zukunft notwendig sein, die Bürger über geplante Vorhaben und Entscheidungen so frühzeitig zu informieren, daß der Ent-

scheidungsprozeß noch beeinflußt werden kann. Die Erfahrung zeigt nämlich, daß Bürgerinitiativen nicht zuletzt deshalb entstehen, weil die Bürger oft erst dann über geplante Vorhaben informiert werden, wenn ihre Durchführung bereits beschlossen ist.

Die Zukunft unserer Demokratie liegt sicher darin, den Bürger wieder stärker in die Entscheidungsebenen miteinzubeziehen. Dies bedeutet, daß man in der Zukunft vieles anders machen muß, mit mehr Phantasie und auch mit mehr Herz. Diese Entwicklung geht konform mit einer seit dem Ende der 70er Jahre feststellbaren Tendenz zu mehr Eigeninitiative und Selbständigkeit. Wir sollten diese Entwicklung verstärken, indem wir den Bürger ermutigen, nicht nur nach dem Staat zu rufen, sondern verschiedene Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Kurt Jungwirth

Natürlich müssen Bürger an politischen Entscheidungen mitbeteiligt werden. Das ist ein notwendiges Korrektiv, wo Apparate zu groß und zu schwerfällig geworden sind. Dem Bürger sind alle Möglichkeiten zu geben — auch durch die entsprechende Erziehung. Es brodeln derzeit stark im Kessel unseres demokratischen Systems. Ich glaube allerdings, daß daran nicht nur allmächtige Politiker schuld sind, die auf dem Deckel sitzen, sondern auch Bürger, die nicht nur jammern sollten, sondern auch darüber nachdenken, warum Kants Ausspruch aus dem Jahr 1783 offenbar noch heute gilt: „Faulheit und Freiheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen hat, dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben.“

Hans Katschthaler

Engagierte Bürger sind aus dem öffentlichen Entscheidungsprozeß nicht eliminierbar, selbst wenn die Politiker dies wollten. Es gibt erfreulicherweise vielfältige Möglichkeiten der Mitwirkung des Bürgers an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, die sich einer Vereinnahmung durch Politiker entziehen. Die Anteilnahme der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen ist aber mindestens ebenso häufig an Privatinteressen orientiert wie die den Politikern recht schnell vorgeworfene Genügnahme nach eher machbezogenem als problemlösungswilligem Verhalten. Die Moral der Politiker kann im Grunde auch nicht besser sein als die der Bürgerschaft. Die Grundströme der Geistigkeit erfassen jeweils das ganze Volk, auch wenn es deutliche Abweichungen im einzelnen gibt.

Gertrude Kubiena

Natürlich glaube ich, daß der Bürger bei der Lösung der ihn unmittelbar berührenden Probleme beteiligt werden soll, weil er für seine Umgebung, für seinen Lebensraum am besten weiß, was gut ist. Allerdings gibt es Jahrhundertentstehungen, bei denen die Bürger einfach überfordert sind. Das liegt am unterschiedlichen Informations- und Bildungsstand. Beispiel: Nationalpark Hohe Tauern.

Selbstverständlich wollen die meisten Bewohner der Gegend rasch Geld verdienen, also Schizirkus und Knusperhäuschen; dies aber nur deshalb, weil sie nicht wissen, daß Österreich in fünfzig, vielleicht schon in zwanzig Jahren, nur dann als Fremdenverkehrsland bestehen kann, und daß ihre Gegend dann die Fremdenverkehrsattraktion sein wird, wenn wir heute ein Stück unberührte Natur erhalten. Der Politiker kann sich nun den meinungsforschenden Strömungen in der Bevölkerung beugen und für Schizirkus und Knusperhäuschen aber gegen den Nationalpark einsetzen. Dann hat er zwar eine klassische Fehlentscheidung getroffen, wird aber in vier, fünf Jahren wieder gewählt werden.

Er kann sich aber auch für den Nationalpark einsetzen — dann wird er vermutlich Stimmen verlieren, das schadet ihm und seiner Partei — und wer wird sich so etwas schon antun? Es gibt hier einen „richtigen“ Weg, der heißt: nicht den Wähler nur aus wahltaktischen Gründen hofieren, nicht diktieren, sondern informieren, informieren, informieren!

Die Verantwortung für Jahrhundertprojekte, die den Politikern zu brenzlich werden, auf den **uninformierten** Bürger abzuschieben, halte ich für unfair und unverantwortlich. Das gilt sowohl für Zwentendorf als auch für das AKH. Der uninformierte Bürger ist nämlich leicht manipulierbar, das heißt, es besteht die Gefahr, daß sich Politiker Angst und Mißtrauen des Bürgers vor neuen Projekten zunutze machen, um der anderen Partei eins auszuwichen. Außerdem ist es viel bequemer, bestehende Angst und Mißtrauen zu schüren, als richtig zu informieren.

Der Politiker hat also, wenn er's aufgrund seines höheren Informations- und Wissensstandes besser weiß, weder den Leuten nach dem Mund zu reden noch die Ergebnisse der Meinungsforschung nachzuplappern, sondern der Politiker hat wenigstens zu versuchen, die Bürger zu überzeugen.

Die Ergebnisse einer Volksbefragung oder Volksabstimmung hat der Politiker zu respektieren. Tut er es nicht, soll er gleich offen sagen, daß er vom Instrumentarium der direkten Demokratie nichts hält. Aber eine Volksabstimmung laufen lassen und das Ergeb-

nis ignorieren heißt Götzzeit für die Demokratie.

Am besten wäre es natürlich, wenn der Politiker nicht nur Politiker wäre, sondern wenn er daneben ganz selbstverständlich ein normaler Bürger bleiben könnte.

Dann würde nämlich der Politiker als Bürger von seinen politischen Entscheidungen genau so betroffen wie jeder andere auch. Manchen Berufspolitikern wird es vermutlich nicht erspart bleiben, ein Leben lang Politik machen zu müssen; Politik ist nämlich gar nicht so leicht zu erlernen. Aber das Gros der Politiker sollte nicht allzulange auf seinem Sessel picken bleiben; schon nach drei Jahren muß ich mich manchmal bereits ein bißchen mühsam daran erinnern, wie dies oder jenes in meinem normalen bürgerlichen Leben eigentlich war. Ich halte es aber für eine Todsünde, wenn ein Politiker vergißt, wie er als Normalbürger gelebt hat.

Das dreimalige Ja meiner Antwort läßt sich auch so ausdrücken: der Politiker hat Politik weder für die Politiker noch ausschließlich für seine Partei noch „an sich nach Kant“ zu machen, sondern für den Bürger. Deshalb muß der Politiker Bürger bleiben, er muß sich als Bürger fühlen, er darf die Probleme des bürgerlichen Lebens nicht vergessen. Er hat so zu reden, daß man ihn versteht; er hat nicht die Ergebnisse der Meinungsforschung nachzuplappern, sondern er hat zu informieren und zu überzeugen. Schließlich und endlich hat der Politiker nicht **statt** des Bürgers, sondern **als** Bürger mit dem Bürger und für den Bürger zu entscheiden.

Reinhold Lopatka

No na! Natürlich muß die Bürgermitbestimmung verstärkt werden und das nicht nur im unmittelbaren Nahbereich, sondern auch in gesamtösterreichischen Angelegenheiten. Auch hier müßten öfters als bisher alle Bürger zu Wort kommen. Anliegen wie die Umweltverschmutzung, zwar nur von verschiedenen lokalen Gruppen aufgezeigt, sind bundesweite Bedürfnisse, die einer ebensolchen Regelung bedürfen, bei der alle Österreicher mitentscheiden müßten. Bisher haben darüber ausschließlich Politiker entschieden, die mittlerweile für viele Bürger eine exklusive Clique darstellen, die im Abseits steht.

Volksabstimmungen nachdem bereits Millionen von Steuergeldern verbaut worden sind, sind ein Betrug am Steuerzahler; Volksabstimmungen vor wichtigen Entscheidungen mit verbindlicher Wirkung, wären eine Stärkung der Demokratie.

Ich könnte mir als konkretes Beispiel vorstellen, daß es einen Sinn hätte,

mittels einer Volksabstimmung festzustellen, ob die Österreicher eine schrittweise Umstellung unserer Rüstungsindustrie auf eine zivile Produktion, z. B. bis 1995 befürworten, und ob die Österreicher bereit sind, einen Fonds für die Arbeiter der Rüstungsindustrie aus Steuergeldern zu finanzieren. Bei der Einschränkung der Rüstungsindustrie auf zivile Produkte käme es wahrscheinlich vorerst zu Entlassungen (österreichische Politiker würden sagen „Freisetzungen von Arbeitskräften“). Bis zu deren Wiedereinstellung in einem zivilen Produktionsbereich müßten alle Österreicher deren materielle Einbußen mittragen.

Hier wäre es sinnvoll, alle Österreicher entscheiden zu lassen, und es nicht wie bisher der Laune und dem Gutdünken unseres Bundeskanzlers und weniger Manager zu überlassen, wieviele Panzer, Kanonenrohre, Granaten und Gewehre wir unter anderem auch für südamerikanische Diktaturen herstellen. Eine derartige Abstimmung würde auch bei der Jugend das Interesse an politischen Entscheidungen wieder erwecken. Jugendliche würden sicher ihre Stimmen abgeben.

In Graz arbeiten mehr als 25 Aktivgruppen. Ihnen gehören viele Bürger an, die sich auf diese Art gegen ihren Ausschuß aus sie betreffenden Entscheidungsprozessen wehren. Sie organisieren sich außerhalb der Parteien um ihre Ideen zu verwirklichen, für die innerhalb der „alten“ Parteien kein Platz zu sein scheint. Die „alten“ Parteien sind zwar immer größer geworden, aber nicht besser. Denkt man an unsere Mammutparteien (die SPÖ hat mehr Mitglieder als die SPÖ), kommen einem die Worte C. G. Jung's in Erinnerung, der einmal meinte: „Je größer die Organisation, desto größer ihre Im-moralität und blinde Dummheit“.

Die „alten“ Parteien halten sich zwar einige Alternativen und Aktivbürger zum Herzeigen, die jedoch in der Realität keinen Einfluß auf das Geschehen haben. Engagierte Bürger außerhalb der Parteien werden auf vielfältige Weise bekämpft. Einerseits versucht man sie zu integrieren, ohne ihre Ideen ernst zu nehmen oder stellt sie als Utopisten, weltfremde Träumer und Querulanten hin und versucht sie unglaublich zu machen. Busek in Wien stellt im Umgang mit Aktivbürgern eine rühmliche Ausnahme dar.

Von ihm, aber auch von den Aktivbürgern könnten die „alten“ Politiker so manches übernehmen.

Gerade im kommunalpolitischen Bereich müßte es in Zukunft möglich sein, vor endgültigen Entscheidungen auch die Meinung der Bürger einzuholen. Die Politiker müßten gezwungen sein, sich regelmäßig den Bürgern zu stellen. Bei Vorwahlen, deren Ergebnis verbindlich ist, müßten die Bürger

auch in den Prozeß der Kandidatenerstellung miteinbezogen werden. Schon durch die Berücksichtigung der beiden letzten Vorschläge wäre viel für eine Bürgerbeteiligung gemacht.

1) C. G. Jung, Die Beziehungen zwischen dem Ich und dem Unbewußten, 1968.

Alois Lugger

Ganz zweifellos besteht ein legitimes Interesse der Bürger daran, von den Planungen der Verwaltung so rechtzeitig Kenntnis zu erhalten, daß sie sich durch Einbringen eigener Gesichtspunkte am Planungsprozeß beteiligen können. Dies trifft in besonderer Weise für die Gemeinde zu, die durch die Überschaubarkeit der Problembereiche und Entscheidungsabläufe, durch die unmittelbare Betroffenheit der Menschen von den politischen Entscheidungen und durch die besondere Nähe, ja bisweilen Deckungsgleichheit von Politik und sogenanntem normalen Leben auszeichnet ist. Der hohe Stellenwert der Entscheidungsvorbereitungen, also der Informations- und Diskussionsphase, muß aber seine Ergänzung in der wohlüberlegten kraftvollen Entscheidung finden, ohne die unsere Demokratie handlungsfähig und unser Gemeinwesen unregierbar würde. Ergebnis des legitimen Wettstreites von Anrainern, Standes- und Gruppeninteressen muß daher stets und über den Weg eines fairen Belastungsausgleiches das öffentliche Wohl sein. Gerade weil auch von berechtigten Ansprüchen der einen Seite immer wieder Abstriche gemacht werden müssen, wenn und soweit dies Interessen der anderen Seite erfordern, können und dürfen sich die im Rahmen unseres Repräsentativsystems gewählten Entscheidungsträger die letzte Entscheidung nicht abnehmen lassen.

Alois Mock

Wer die Politik insgesamt verfolgt, erlebt in der Volkspartei eine wachsende Mitwirkung des Bürgers am politischen Entscheidungsprozeß.

Wir in der Volkspartei machen ernst mit der direkten Demokratie, deren Elemente — zugegeben — noch ausbaufähig sind. Das von uns durchgesetzte Volksbegehren zum UN-Konferenzzentrum ist deutlicher Beweis für unser ernsthaftes Wollen, mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten anzubieten. Und daß die Bereitschaft mitzumachen gerade in der Volkspartei sehr ausgeprägt ist, verdeutlicht die hohe Beteiligung an der jüngst partei-internen Urabstimmung.

Das Ziel des „selbständigen Menschen“ ist identisch mit mehr direkter Demokratie und stärkerem Einbeziehen des Wählers in die politischen Entscheidungsprozesse. Mit zwei Urab-

stimmungen und einer gesamtösterreichischen Gemeindefiskalpolitik haben wir als erste und einzige politische Partei in Österreich seit 1945 (!) Zeichen gesetzt, daß wir den Bürger bei der Entscheidungsfindung beteiligen wollen/können.

Die Volkspartei versteht sich auch als eine Bewegung für mehr Demokratie. Den gewollten Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten belegen

- die Forderung nach Einführung des Briefwahlrechtes;
- die Forderung, persönlichkeitsstärkende Elemente in unserem derzeitigen Wahlrecht durchzusetzen;
- die Forderung, die Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsgremien von den Arbeitnehmern direkt wählen zu lassen.

Josef Riegler

Das Auseinanderleben zwischen Politikern und Bürgern ist ein Problem. So wie es die Welt des Motorrennsportes, der Mediziner oder der Datenverarbeiter gibt, so gibt es die Welt einer relativ kleinen Insidergruppe von Politikern und Journalisten. Entscheidungen, welche „die da oben“ treffen, werden je nach Temperament, mit Achselzucken, Unverständnis oder Verärgerung zur Kenntnis genommen.

Erfreulicherweise gibt es eine Reihe ernst zu nehmender Ansätze für politische Mitgestaltung. Das Bemühen um die Bürgerinitiativen durch die Grazer ÖVP, die Modell-Steiermark-Arbeit, die pro-Wien-Aktion, oder die Aktion „Lebenschancen im ländlichen Raum“ des Österreichischen Bauernbundes möchte ich als Beispiele anführen.

Das an sich wichtige und wertvolle Instrument direkter Demokratie ist in den vergangenen Jahren leider einem gefährlichen Aushöhlungsprozeß ausgesetzt worden. Denn nichts kann für eine gefestigte, lebendige Demokratie gefährlicher sein, als der berechtigte Eindruck des Bürgers, unter dem Vorwand der Mitentscheidung gepflanzt und an der Nase herumgeführt zu werden.

Helmut Strobl

Auf die gestellte Frage wieder ein Ja. Auf die einleitende Behauptung hin muß ich festhalten, daß es auch — in Erkenntnis dieser Entwicklung — gegenteilige Erfahrungen gibt. Dort ausgelöst von der Basis her, hier „von oben her“ eingeleitet (so unwahrscheinlich dies auch klingen mag). Nachweislich zum Beispiel ist es so, daß in Graz die Bürger — vor allem bei den sie unmittelbar berührenden Problemen — heute wesentlich stärker an deren Lösung beteiligt sind als etwa noch vor 10 Jahren, oder als etwa noch

immer in Wien oder in vielen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland, wenngleich es gerade dort genau gegenläufige Modelle gibt.

Noch zwei Bemerkungen dazu:

— So selbstverständlich in einigen Lebensbereichen der Stadt Graz Bürgerbeteiligung auch bereits sein mag, so sehr bedarf es für diesen Vorgang immer wieder großer Anstrengung von Seiten aller Beteiligten — so ist sie eben die Demokratie: nämlich sehr anstrengend.

— So ausschließlich zwischen Politikern einerseits und Bürgern andererseits läuft das ja nicht ab, da gibt es — und hat es immer gegeben — noch andere, die durchaus an „geschlossenen Gruppen“ bzw. und vor allem an „geschlossenen Türen“ beim Entscheidungsvorgang interessiert sind, zum Beispiel diverse Lobbyisten, Funktionäre großer Apparate (ÖGB, Versicherungen, Wohnbauträger usw.). Daher ist wichtigste Voraussetzung für Bürgerbeteiligung nicht bloß die Bereitschaft von Politikern und Bürgern dazu, sondern — und vor allem auch — die Öffentlichkeit der Entscheidungsvorgänge.

Noch eines: Die Überlebensfähigkeit unserer — noch sehr zart entwickelten — Demokratie wird unter anderem von der verstärkten Ermöglichung von Bürgerbeteiligung abhängen und von der Bereitschaft, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen.

Wir brauchen Bürgerbeteiligung auch als „Training für schlechte Zeiten“ wenn zum Beispiel Verteilungskämpfe drohen und wir „noch miteinander reden können“ müssen.

Hermann Wahltham

Die Feststellung, wonach die Politiker den Bürger aus den Entscheidungsprozessen weitgehend eliminiert haben, scheint mir ein Widerspruch in sich zu sein.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß laut unserer Verfassungslage die Möglichkeiten der unmittelbaren Demokratie im Gegensatz etwa zur Schweiz sehr verkommen sind, wenn ich z.B. daran denke, daß die Möglichkeit einer Volksabstimmung über ein vom Nationalrat beschlossenes Gesetz nur dann besteht, wenn dies der Nationalrat mehrheitlich beschließt. Wie sich bereits einige Male gezeigt hat, war die Mehrheit, die den Gesetzesbeschluss gefaßt hat, nicht bereit, einen weiteren Mehrheitsbeschluss zu fassen, wonach „ihr Gesetz“ einer Volksabstimmung unterzogen werden soll.

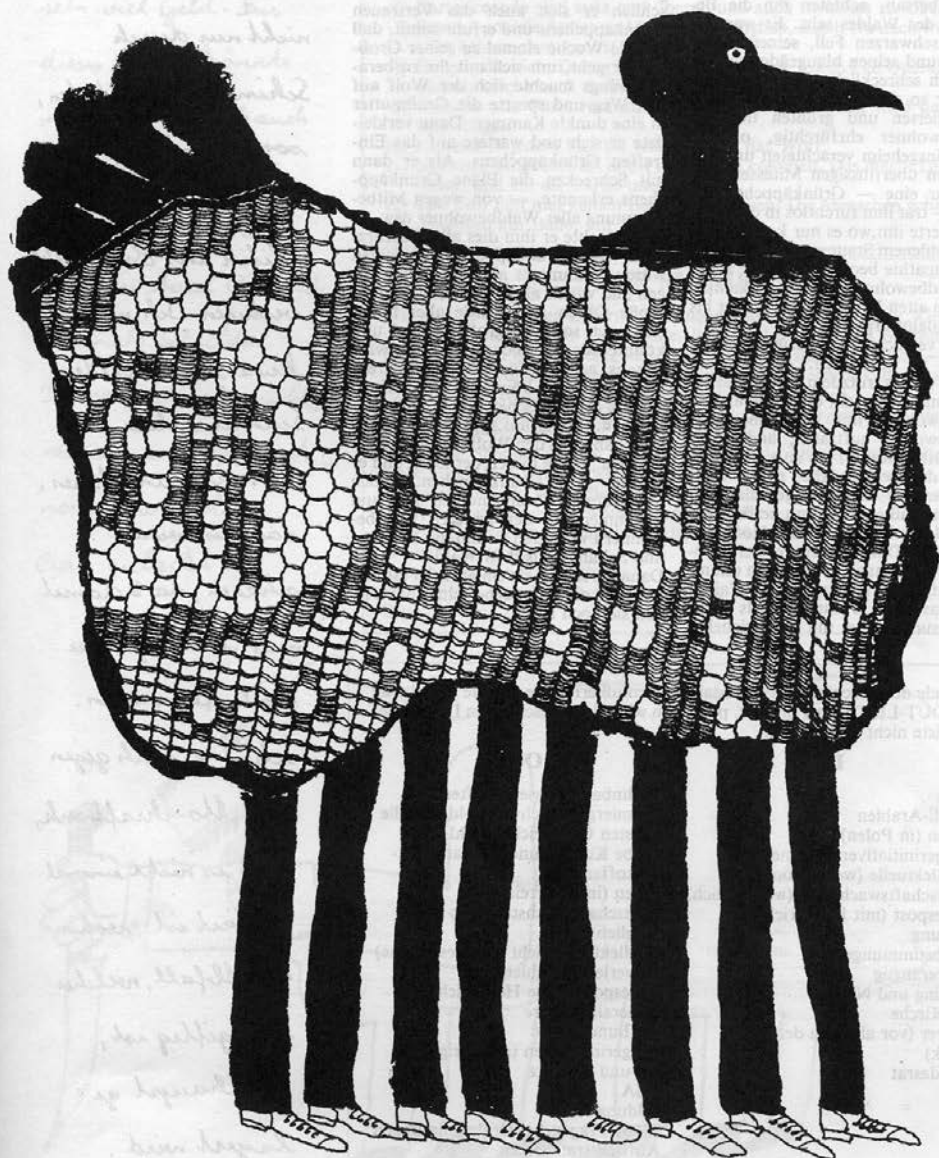
Hier ist der Hebel anzusetzen und in diesem Punkt pflichte ich Ihrer Frage Nummer 3 vollinhaltlich bei, wenn Sie die Frage stellen, ob der Bürger bei der Lösung der ihn unmittelbar berührenden Probleme beteiligt werden soll.

Es bedarf hier mutiger Schritte in Richtung des Einbaues und Ausbaues von Elementen der unmittelbaren Demokratie in unserer Verfassung. Ich hielte allerdings eine in Ihrer Fragestellung zum Ausdruck kommende nicht unwesentliche Einschränkung nicht für zweckmäßig, wenn Sie nämlich von der Mitwirkungsmöglichkeit bei der Lösung der ihn **unmittelbar** berührenden Probleme reden. Warum

diese Einschränkung auf unmittelbar berührend? Ich habe immer schon den Standpunkt vertreten, daß der Einbau von Elementen der direkten Demokratie nach dem Muster der Schweizer Referendumsmöglichkeiten (obligatorisch und fakultativ) unsere parlamentarische Demokratie wesentlich befruchten und daß damit ein sehr wesentlicher Beitrag zu ihrer Festigung geleistet werden

könnte.

Fragen der Art, wie sie zu 1 und 2 gestellt wurden, würden nach meiner Überzeugung eo ipso obsolet, wenn es uns nach Schaffung der notwendigen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen gelänge, den Bürger zu veranlassen, an einer Entscheidungsfindung aktiv mitzuwirken.



POLITICISSIMUS

von Ludo und Heli

Es war einmal...

Es war einmal ein großer dunkler Wald, in dem herrschte ein alter, großer Wolf. Wenn er auch schon betagt und nicht mehr der hellste im Kopf war und deshalb so manches Sumpfloch im Wald übersah, achteten ihn die Bewohner des Waldes sehr. Er war mit seinem schwarzen Fell, seinem roten Rachen und seinen blaugeäderten Augen auch schrecklich anzusehen. Und wenn er so durch den Wald trottete, applaudierten und grüßten ihn alle Waldbewohner ehrfürchtig, obwohl sie ihn insgeheim verachteten und ihn für einen überflüssigen Mitesser hielten. Nur eine — Grünkäppchen genannt — trat ihm furchtlos in den Weg und ärgerte ihn, wo es nur konnte. Mit unverhohlenen Staunen, ja sogar offener Sympathie beobachteten die anderen Waldbewohner diesen Zweikampf. Was den alten Wolf nur noch mehr bis zur Weißglut ärgerte.

Zuerst versuchte er, Grünkäppchen einfach zu ignorieren. Als er aber merkte, daß es trotzdem immer stärker wurde und als er sah, daß auch andere Waldbewohner ihm gegenüber viel selbstbewußter auftraten, änderte er die Taktik. „Kampf bis aufs Messer“, lautete die Devise. Aber nichts half. Und nach so mancher geschlagenen Schlacht mußte er sich mit zerrupftem Fell als Unterlegener in seine Höhle zurückziehen. Dort sinnierte er der schönen alten Zeit nach, wo er noch unumschränkter Herrscher seines Waldes war. Was sollte er nur tun? Als nächstes versuchte er es mit Schmeichelei-

en. Alles im Wald wunderte sich, was denn mit dem alten Wolf los sei. Er begleitete Grünkäppchen auf dessen Spaziergängen, grüßte alle, die ihm begegneten (was er früher nie tat!), zeigte an allem Interesse — kurz und gut, er war gänzlich verwandelt. Dadurch erschlich er sich auch das Vertrauen Grünkäppchens und erfuhr somit, daß es jede Woche einmal zu seiner Großmutter geht, um sich mit ihr zu beraten. Flugs machte sich der Wolf auf den Weg und sperrte die Großmutter in eine dunkle Kammer: Dann verkleidete er sich und wartete auf das Eintreffen Grünkäppchens. Als er dann mit Schrecken die Pläne Grünkäppchens erkannte, — von wegen Mitbestimmung aller Waldbewohner usw. — da versuchte er ihm dies alles auszurechnen. Wenn Grünkäppchen ihm folgen würde, bekäme es auch so große Augen und würde alles sehen und auch so große Ohren und würde alles hören und auch so einen großen Mund und könnte alle überreden. Und alle würden es achten, fürchten und ehren. Und schließlich könnte es dann seinen Posten als Herrscher des Waldes einnehmen. Als Grünkäppchen dies hörte, erkannte es den Wolf und lachte ihn aus. Da packte diesen der Zorn und er sprang auf Grünkäppchen. Doch Grünkäppchen war schon zu stark und zusammen mit den anderen Waldbewohnern verjagten sie ihn mit Schimpf und Schande aus dem Wald. Danach feierten sie ein großes Fest und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.

Gerade noch rechtzeitig vor Redaktionsschluß erreichte uns die brandneue IN-OUT-LISTE für Politiker. politicum will seinen geschätzten Lesern diese Liste nicht vorenthalten.

IN

grün
Saudi-Arabien
Polen (in Polen)
Bürgerinitiativen (die meisten)
Intellektuelle (wohlgesonnene)
Wirtschaftswachstum (wo möglich)
Tagespost (mit Hofbericht)
Bildung
Urabstimmungen
Steireranzug
Ö-Ring und Niki
die Kirche
Steirer (vor allem in der Steiermark)
Bundesrat

OUT

Wohnbaugenossenschaften
Schmiergeld, Schwarzgeld, für die meisten Österreicher Geld
Gelbe Kuverts und schwarze Aktenkoffer
Polen (in Österreich)
Wirtschaftswachstum (wo nicht möglich)
Intellektuelle (nicht wohlgesonnene)
vorverlegte Wahlen
Tagespost (ohne Hofbericht)
Generalsekretäre
die Bundesbahn
Bürgerinitiativen (die übrigen)
rot und schwarz
USA
Bildung
Blöde Fragen bei Urabstimmungen
Aufsichtsratsposten

Wenn ich Politiker
wäre

Ich würde die Meinung
meiner Partei
nicht nur durch
Schimpferei verteidigen,
sondern würde das
Problem, daß der
Politik ins Haus steht,
vertreiben. Ich würde
keine Schmiergelder,
Schwarzgelder und
so weiter annehmen,
sondern würde
sicherstellen, daß damit
neue Arbeitsplätze
geschaffen werden.
Ich bin auch gegen
das Atomkraftwerk,
weil es nicht einmal
geklärt ist, wohin
der Abfall, welcher
sehr giftig ist,
überhaupt gehen
sollte.

Durch gegen das Kongress:
zentrum habe ich
meine Meinung, dass
dieser Bau verschlingt
sehr viel Geld. Für
dieses Geld könnte
man in Österreich auch
die Arbeitslosigkeit
verringern. Außerdem
hat der Staat Österreich
vielmehr Schulden.
Ich verstehe aber nicht,
wieso man dann auch
noch einen solchen
Bau zulässt.

Bruno, 13 Jahre

Aus der Verhaltensschule für POLITIKER:

- 1) Du verdankst Deine Position der Partei. Erweise Dich daher immer dankbar!
- 2) Du verdankst Deine Position der Partei. Begegne daher Deinen Parteioberen stets mit dem gebührenden Respekt.
- 3) Die Partei weiß immer ganz genau, was sie tut. Kritik ist daher völlig unangebracht!
- 4) Du hast überall und jederzeit die Meinung der Partei zu vertreten. Eigenes Denken ist daher unnötig und bringt nur Reibereien.
- 5) Tue alles, was Dir Deine Parteioberen befehlen und Du wirst noch lange Politiker bleiben.
- 6) Parteifreunde sind stets und überall und auch trotzdem zu loben.
- 7) Sammle so viele Ämter und Posten als möglich, damit Du auch wirklich alles beherrschen kannst.
- 8) Bürger, die nicht Deiner Meinung sind, sind in jedem Fall Querulanten und als solche auch dementsprechend zu behandeln.
- 9) Besuche alle Parteiveranstaltungen, Deine Bedeutung wird dadurch sehr steigen.
- 10) Ergreife in jedem Fall bei jedem Anlaß das Wort.
- 11) Versuche möglichst oft in die Zeitung zu kommen. Das macht Dich berühmt und für die Partei unentbehrlich.
- 12) Laß kein Fest und keinen Ball vorübergehen. Die Menschen gehen nur deswegen auf Bälle, um Politiker zu sehen.

WIR SUCHEN

Wir suchen für unser Unternehmen neue und agile Mitarbeiter. Geboten werden: Dienstauto für die Familie, überdurchschnittliches Einkommen, Privilegien und Sonderrechte verschiedenster Art, sichere Pension — auch wenn Sie nur kurze Zeit unser Mitarbeiter sind. Außerdem kann dieser Beruf auch als Teilzeitjob bzw. Nebenjob ausgeübt werden.

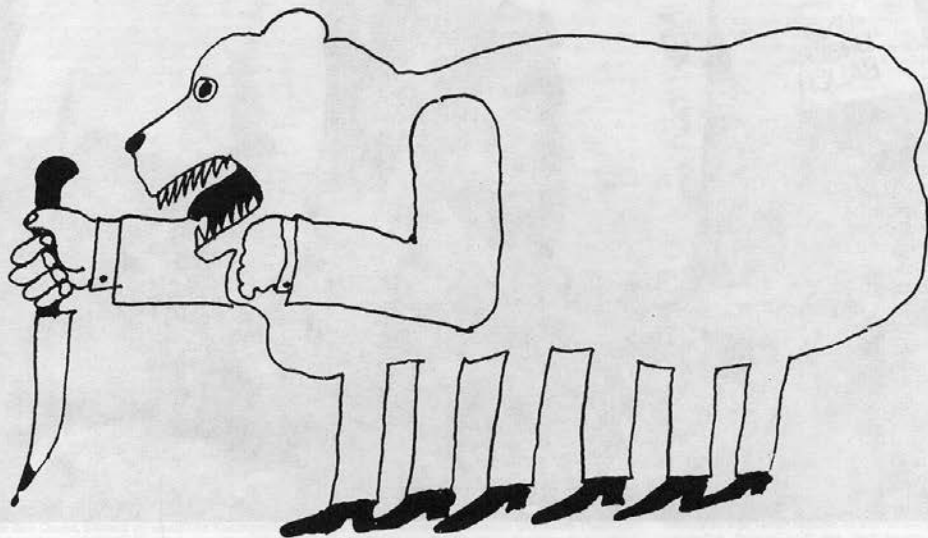
Sie benötigen weder einen Hochschulabschluß, noch irgendeine andere abgeschlossene Bildung.

Wenn Sie Schulterklopfen und Händeschütteln können, wenn Sie dem Volk aufs Maul schauen können und immer das machen, was die Lautstärksten fordern, wenn Sie gerne Bälle besuchen, Bänder durchschneiden und fotografiert werden wollen, dann sind Sie unser Mann.

Unsere Unternehmenszielrichtung ist flexibel und richtet sich nach den größten Interessen.

Entscheiden Sie sich bald.

Schriftliches Angebot an die Zeitung erbeten unter Chiffre: Vaupe, Espe, Efpe.





Die Arbeiterbewegung als Institution

In den letzten Jahren haben Untersuchungen über den „Verbandsstaat“ unter verschiedenen Aspekten, auch unter jenen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die den Industrieländern drohen, neue Aufmerksamkeit erfahren. Über die generellen Klagen bezüglich der „Nebenregierung“ durch die Verbände oder des „Gewerkschaftsstaates“ hinaus sind Fallstudien interessant, die einzelne Probleme und Institutionen analysieren; der Innsbrucker Politologe Anton Pelinka hat das Ergebnis eines Forschungsprojekts über den ÖGB und DGB vorgelegt:

Anton Pelinka: Gewerkschaften im Parteienstaat. Ein Vergleich zwischen dem Deutschen und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund. Duncker und Humblot (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 37), Berlin 1980, DM 68,-.

Der historische Rückblick auf die Entwicklung der beiden Gewerkschaftsverbände ergibt, daß sich schon vor 1914 deutliche Ansätze zu einer kooperativen, grundsätzlich reformistischen, nichtrevolutionären Politik nachweisen lassen; als ich in der Nachkriegszeit ein weitgehend neues Verständnis von Staat und Gesellschaft entwickelte, wurde der Integrationsprozeß in dieses Gesellschaftssystem fortgesetzt und forciert.

Die Gewerkschaften, so meint Pelinka heute festzustellen, sind von einem Instrument der Entrechteten zu einem der Berechtigten geworden; sie sind dem Zentrum des Systems nahegerückt, haben ihre Zuständigkeit auf praktisch alle Lebensbereiche ausgedehnt und sind zu Anspruchs- und Interessenverbänden geworden. Allerdings lassen sich auch charakteristische Unterschiede zwischen dem deutschen und dem österreichischen Gewerkschaftsbund feststellen, die immer wieder auf die Tatsache hinzuführen, daß die Verflechtung des ÖGB mit Partei und Staat noch viel enger ist als jene des DGB. Letzterer hat sich gegenüber der Politik der Umarmung durch den modernen Staat mit weitaus größerer Reserviertheit verhalten. Daß die Integration des ÖGB aber Anklang findet, läßt sich auch an der geringen Zahl der wilden Streiks in Österreich ablesen.

Die Rollenverteilung zwischen formellen Gewerkschaften, abweichenden Arbeitgeber und einem Staat, der zwischen und über diesen Konfliktpartnern steht, ist im ohpölnischen Ritual der Bundesrepublik noch gegeben. Diese Rollenverteilung ist im ohpölnischen Konflikt Österreichs praktisch nicht mehr vorhanden, die Funktion der Schlichtung, die in der Bundesrepublik der Staat übt, kommt in Österreich der informellen Präsidentenverprechung im Rahmen der autonomen Sozialpartnerschaft zu. Der ÖGB ist, in Kooperation mit den Arbeitgebern, selbst Schlichter. Die Verbände, eingebunden in die Gesetze der Sozialpartnerschaft, ersetzen in Österreich bereits den Staat.“ (143f.) Dies hängt natürlich auch mit der Tatsache zusammen, daß der ÖGB mehr ist als nur ein Dachverband; zwar hat sich in beiden Ländern das Konzept einer Einheitsgewerkschaft durchgesetzt, das Konzept eines zentralisierten Industriepinzips gegenüber einem föderalistischen bundesständischen Prinzip. Während jedoch die Tarifpolitik etwa in Deutschland in der Autonomie der Einzelgewerkschaften liegt, hat der ÖGB als Entscheidungsinstanz die formellen Befugnisse der einzelnen Gewerkschaften praktisch an sich gezogen. In der Verfügung über die Finanzmittel zeigen sich ähnliche deutliche Unterschiede. Allerdings weist der ÖGB eine Besonderheit seiner Binnenstruktur auf, die im DGB nicht gegeben ist – die weltanschauliche Fraktionierung seiner Mitglieder und Funktionäre; auch dies ist Ausdruck der größeren Distanz, die der DGB – unbeschadet faktischer Nahverhältnisse – gegenüber den politischen und staatlichen Instanzen hält. Weitere Unterschiede lassen sich finden: die höhere Organisationsstärke des ÖGB, die programmatische Orientierung des DGB, während der ÖGB sich auf Alltagspolitik konzentriert und langfristige Programme den Parteien (der Partei) überläßt; die ernstlichen Bemühungen der deutschen Gewerkschaften um die paritätische Mitbestimmung in den Betrieben, während sich die Österreicher auf die überbetriebliche Mitbestimmung konzentriert haben. – Jedemfalls sind die Gewerkschaften aus beiden politischen Systemen nicht mehr wegzudenken, die in Österreich die beträchtliche Verhinderungsmacht entfalten – d. h. ihnen unbenutzte Neuerungen blockieren. Aber mit ihrer vielfältigen Verflechtung mit diesem System ist auch „eine Identität hergestellt; die bestehende gesellschaftliche Ordnung ist auch eine von den Gewerkschaften getragene, mit den Gewerkschaften identifizierte Ordnung.“ (145) Dennoch kann nicht geleugnet werden, daß ihre Stellung in einem formaldemokratischen Sinne nicht zu rechtfertigen ist: „Die Gewerkschaftsmacht ist nicht zu rechtfertigen, wenn Demokratie weit und expansiv definiert wird, wenn der zentrale demokratische Wert der Gleichheit nicht bloß als formale Gleichheit vor dem Gesetz, sondern als inhaltliche Machtgleichheit interpretiert wird.“ (165) Dies bedeutet aber, daß auch

die Binnenstruktur solcher Vereine eine Angelegenheit des öffentlichen Interesses darstellt; wenn schon die Legitimierung ihrer Außenposition nur schwer möglich ist, wird die innere Demokratie besonders wichtig. Hier aber ist nach Pelinka Meinung ein Defizit an Pluralismus, an Partizipation und an Solidarität zu vermerken.

– Was schließlich einige Mutmaßungen über die Zukunft angeht, so läßt sich absehen, daß die Internationalisierung des Kapitals einige Schwierigkeiten für die Gewerkschaften aufwerfen wird“ besonders aber werden sie mit dem Apathieproblem zu kämpfen haben, einem Grunddilemma kooperativer Gewerkschaftspolitik: „Gewerkschaftliche Erfolge gelten dann als selbstverwirklicht, als natürliche Rechtsansprüche und nicht als Ergebnis umfassender Konflikte. Weil die Konflikte eben zwischen Gewerkschaften und Unternehmern ein extremes Abstraktionsniveau erreicht hat, wird dieser Konflikt dem einzelnen Arbeitnehmer immer weniger bewußt.“ (171) Vor allem aber können grundlegende Probleme durch die Identifikation mit dem Wachstums- und Fortschrittssystem werden; wenn Rückschläge kommen, ist der ÖGB aufgrund seiner stärkeren Verbindung mit diesen Eigenschaften des Systems in einer schlechteren Lage: „Der ÖGB hat zweifellos ein Plus an Gewerkschaftsmacht für politische und ökonomische Schönwetterzeiten entwickelt; dieses Plus droht jedoch sofort dann in ein Minus umzuschlagen, wenn die politische und ökonomische Großwetterlage grundlegend verändert wird.“ (.) Alle die Faktoren, die die Gewerkschaftsmacht des ÖGB und der politischen und ökonomischen Schönwetterlage besonders günstig beeinflußt haben, können in Krisenzeiten den gegenteiligen Effekt bewirken.“ (172f.) Dies kann auch einige der Verhaltensweisen des ÖGB und seiner Repräsentanten in jüngerer Zeit erklären helfen: „Die durch eine weit entwickelte, extrem kooperative Ausrichtung erreichte Identität zwischen Gewerkschaften und System macht jeden Angriff auf das System auch zu einem Angriff auf die Gewerkschaften; macht jede Krise des Systems auch zu einer Krise der Gewerkschaften; macht jeden Niederbruch des Systems auch zu einem Niederbruch der Gewerkschaften.“

M.P.

Feudalismus und Absolutismus

Aus der langen ökonomischen Krise des Feudalismus vom 14. bis zum 15. Jahrhundert entstand im Verlaufe des 16. Jahrhunderts der Absolutismus; die wesentlichen Strukturen dieser Systeme und den Prozeß der Transformation sucht Anderson, dessen Buch *Vom Antike zum Feudalismus. Spuren der Übergangsgesellschaften* 1978 erschien und dessen zweiter Band nunmehr in deutscher Sprache vorliegt, zu erklären:

Perry Anderson: Die Entstehung des absolutistischen Staates. Suhrkamp (edition suhrkamp 950), Frankfurt a. M. 1979, DM 16,-.

Eine Fülle von Materialien und historischen Darstellungen, eine ausgedehnte Erörterung der Geschichte Spaniens, Frankreichs, Englands, Italiens, Schwedens, Preußens, Polens, Österreichs, Rußlands und der islamischen Staaten belegt seine geschichtstheoretischen und sozialwissenschaftlichen Hypothesen.

Anderson wendet sich gegen jene Varianten der marxistischen Historiographie, von denen der Begriff der feudalistischen Gesellschaftsformation für jede Gesellschaft generalisiert wird, die durch die Verbindung von Großgrundbesitz und kleinbäuerlichen Produzenten gekennzeichnet ist; als System, in dem eine herrschende Klasse sich gewohnheitsrechtlich Naturalabgaben, Geldleistungen und Frondeinstellung aneignet und in welchem der Handel wenig entwickelt sowie die Mobilität der Arbeitskräfte gering ist. Zugleich muß aber anerkannt werden, daß die politischen und rechtlichen Strukturen höchst vielgestaltig sind; und so führt die nivellierende Verwendung des Feudalismus-Begriffs zu einer Erklärungslücke, weil die Frage, wie sich die im internationalen Vergleich einzigartige Dynamik des europäischen Feudalismus erklären läßt, nicht beantwortet werden kann. „Wenn es einerseits zutrifft, daß es vom Atlantik bis zum Pazifik eine gemeinsame wirtschaftliche Grundlage des Feudalismus gegeben hat und nur die rechtlichen und politischen Überbauformen jeweils unterschiedlich waren, und wenn es andererseits ebenso eine Tatsache ist, daß die industrielle Revolution, die letztlich zur Umgestaltung aller Gesellschaften führte, allein das Werk der Staaten Europas war, dann müssen die Gründe dafür, daß auf diesem Kontinent derart geschichtsverändernde Potentiale entfaltet werden konnten, in den politischen und rechtlichen Superstrukturen gesucht werden.“ Damit aber werden gerade die von den ökonomischen Verhältnissen getrennten Phänomene zur Erklärung für die unterschiedliche Entwicklung

der gesamten Produktionsweise herangezogen. Diesen Interpretationen hält A. entgegen, daß es unmöglich sei, die Ausbauformen von den ökonomischen als solchen abzulesen; vielmehr hätten sich außerökonomische Strukturen (Verwandtschaft, Religion, Rechtsordnung u. a.) in den vorkapitalistischen Staaten immer direkt mit der konstitutiven Struktur der herrschenden Produktionsweise verbunden, gerade weil diese kapitalistischen Gesellschaften, in denen die Wirtschaft als ein formell eigenständiges Teilsystem wurde, wurden die Überbauphenomene nur die „äußeren“ Vorbedingungen jeder Mehrwertgewinnung abgeben. Somit dürfte von der Einheitlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise nicht auf eine solche bei den vorkapitalistischen Systemen geschlossen werden. Mit seiner Ablehnung einer spezifischen Verflechtung dieses Teilsystems auch auf Marx, dessen Analyse der typischen Merkmale des Feudalismus folgende Elemente umfasse:

„die juristisch institutionalisierte Leibeigenschaft der Bauern, der den Leibeigenen gewährte militärische Schutz durch eine Adelsklasse, die persönliches Eigentum besitzt, persönliche Autorität genießt, im Rahmen einer politischen Ordnung, deren hervorstechende Charakteristika die geteilte Souveränität und ein ausbeutendes Steuersystem sind, die eine rechtliche Sonderstellung innehat und privilegiert ist, privates Recht zu sprechen, und die schließlich eine aristokratische Ideologie pflegt, die das Landleben verherrlicht.“ Nicht die bloße Existenz einer Feudalherren- und einer Leibeigenenklasse erschöpft die Eigentümlichkeit des Feudalismus; vielmehr sei es speziell das Verhältnis dieser beiden Klassen – das vertikal gegliederte System geteilter Souveränität und skalenares Besitzes – gewesen, das die feudale Produktionsweise Europas von allen anderen jener Zeit unterschieden habe.

Von Westeuropa, wo der Feudalismus entstand, breitete sich das System, das ein Gegenstück sonst nur noch in Japan findet, aus; der europäische Feudalismus, der die ursprüngliche Akkumulation und die Ausbildung einer bürgerlichen Klasse ermöglichte, wurde als „Keimzelle des Kapitalismus“. Dies war deswegen möglich, weil das fortwährende Erbe der klassischen Antike Konzepte bereitstellte, die sich für die weitere Entwicklung als entscheidend erweisen sollten: eine städtische Kultur, eine urbane Bürgerschaft, die Transformation des relativen Landesbesitzes zum absoluten Grundbesitz im Zuge der Anwendung des Römischen Rechtes. Die Aneignung der kulturellen Hinterlassenschaft des Altertums vermittelte Impulse für die zunehmende Durchdringung aller Lebensbereiche mit Rationalität, argumentativer Stringenz, Sakularität. „Das Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise in Europa kann nur dann verstanden werden, wenn man mit der Vorstellung einer obwaltenden Geradlinigkeit im historischen Zeitablauf bricht.“ (.) vielmehr war das Typische dieses Prozesses einmal die Remanenz des Verfallsstadiums einer Produktionsweise in einer Epoche, die von einer anderen Produktionsweise beherrscht wurde, und dann die Reaktivierung der ersten beim Übergang zu einer dritten.“

– Zugleich führte die Internationalität des europäischen Feudalismus zu einem regen und befruchtenden Austausch zwischen den Staaten und Völkern, ohne den die Entstehung des Absolutismus im Laufe des 16. Jahrhunderts, der den politischen Entschluß Europas zum Ausdruck brachte, unmöglich gewesen wäre. „Der Absolutismus war ein Produkt der in der Renaissance zustande gebrachten Synthese von Elementen der antiken Vergangenheit Europas, und den ökonomischen und sozialen Strukturen seiner überwiegend feudal geprägten Gegenwart, und blieb bis zum Ende der Aufklärung die dominante Staatsform auf dem Kontinent.“ Da sich formierenden Monarchien schafften das System der geteilten Souveränität ab, ohne jedoch eine wirklich absolutistische Herrschaft installieren zu können. Denn auch wenn die politische Macht immer mehr in den Händen des Souveräns konzentriert war, bedeutete dies nicht den Abbau der ökonomisch herrschenden Stellung des Adels; der Absolutismus sicherte nicht die Abschaffung des Feudalismus, sondern die Herrschaft unter den geänderten Verhältnissen ab. Denn die sich durchsetzende Umwandlung der Abgaben in Geldrenten löste die Leibeigenschaft – und damit die Grundherrschaft – auf; die vorher zerstreute politische Macht konzentrierte sich – letztlich im Interesse des Adels – in einer zentralen Autorität; die ökonomischen Verfügungsrechte dagegen wurden im Zuge der Rezeption römischer Rechtsvorschriften in die Hände des Souveräns konzentriert. Das Problem des Wandels mußte die Aristokratische Traditionen aufgeben, neue Kenntnisse erwerben und neue Verhaltensweisen annehmen. „Sie mußten lernen, die Unterschiede zwischen der Durchdringung militärischer Unternehmungen und der Ausübung privater Gewalttätigkeiten, zwischen den innerhalb der neuen komplexen Gesellschaftsstrukturen geltenden Regeln und dem zu Zeiten der Vasallen-Verhältnisse geltenden. Sie mußten die neuen ökonomischen Bedingungen sich anpassenden Lebensweise und der Sorglosigkeit eines ererbten Wohlstands, zwischen kulturellen Attributen und Ignoranz zu begreifen. Sie mußte die neuartigen Berufe eines disziplinierten Offiziers, eines gebildeten Beamten, eines feinen Hoflings und eines klug wirtschaftenden Grundbesitzers erlernen.“ Ihre Machtstellung und ihre Güter beschränkten aber immer zugleich die Herrschaft des absolutistischen Staates; nach den Turbulenzen des 17.

Jahrdhunderts hatten sie die Verhältnisse im 18. Jahrhundert stabilisiert, der absolutistische Staat im Westen war der umstrukturierte politische Apparat einer Feudalklasse, welche die durch Umwandlung des alten Abgabensystems bewirkte Veränderung ihrer Situation akzeptiert hatte; er war — angesichts einer ständig sich ausbreitenden städtischen Wirtschaft, die er nicht vollständig kontrollieren konnte und der er sich anpassen mußte — eine Kompensation des Verschwindens der Leibeigenschaft. Im Gegensatz dazu war der absolutistische Staat im Osten die Unterdrückungsmaschine einer Feudalklasse, welche gerade die für die Armeen in den Kommunen traditionell bestehenden Freiheiten radikal abgeschafft hatte. Er war — in einer Gegend, in der es weder ein autonomes städtisches Leben noch irgendeinen Widerstand gab — eine Einrichtung zur Konzentration der Leibeigenschaft. Die tiefgreifenden Unterschiede sind auch in der Genese der neuen Sozialsystems festzustellen; der Absolutismus im Osten entstand nicht im Zusammenhang mit Warenproduktion und Tausch: „Es waren (vielmehr) die beiden sich gleichzeitig auswirkenden Momente einer unvollständigen gesellschaftlichen Polarisierung — die später als im Westen began und, anders als dort, die hilfreiche Einbringung des antiken Erbes und unter sehr abgegrenzten topographischen und demographischen Bedingungen durchgeführt wurde — und eines zunehmenden militärischen Drucks aus dem entwickelteren Westen, die zum verführten Entstehen des Absolutismus im Osten führten.“ Damit zeichnet sich bereits eine Spaltung des Kontinents ab, mit der wir bis auf den heutigen Tag konfrontiert sind.

M. P.

Über staatliche Tarnkappen

Die Assoziation staatlichen Verwaltungshandelns mit Ämtern, Bürokraten und Polizisten trifft im modernen Leistungsstaat immer weniger zu; eine Tendenz läßt sich beobachten, die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben an Institutionen zu übertragen, die in den Rechtsformen des Privatrechts mit den Mitteln der Marktwirtschaft verbundenen Probleme geht es in dem Band:

Bernd-Christian Funk (Hrsg.): Die Besorgung öffentlicher Aufgaben durch Privatrechtssubjekte. Rechtsprobleme der Ausgliederung des Staates in Form von privatrechtlich organisierten Rechtsträgern ohne Imperium. Orae Verlag (Schriften zum gesamten Recht der Wirtschaft 4), Wien 1981.

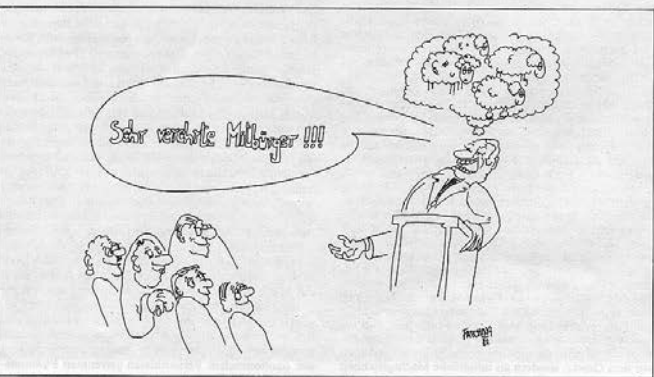
Die „staatsnahen, aber nicht-staatlichen Trägern der öffentlichen Hand“ (Novak) werfen (nur interdisziplinär zu bewältigende) Schwierigkeiten vielfältiger Art auf, da sie dem Staat die Möglichkeit bieten, rechtliche Bedingungen, die zum Teil Ergebnis des historischen Prozesses der Erringung der Demokratie waren, umschiffend abzustreifen. Wenn beispielsweise der Bund eine Straße baut, handelt es sich eindeutig um eine Verwaltungstätigkeit. „Wird aber die gleiche Aufgabe (Planung, Errichtung und Erhaltung einer Bundesstraße) etwa an eine zu diesem Zweck gegründete Kapitalgesellschaft übertragen, so werden die Tätigkeiten dieser Gesellschaft nicht mehr als Verwaltung (Vollziehung) angesehen.“ (Funk, S. 2). Dies hat aber gravierende Konsequenzen im Hinblick auf parlamentarische Kontrollbefugnisse, die Amtsverschwiegenheit, die Amtshaftung, das Legalitätsprinzip, die Grundrechtsbindung, die Kompetenzregelung zwischen Bund und Ländern. Die Beispiele für solche Auslagerungstendenzen sind zahlreich; Aicher unterscheidet Unternehmungen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung und der Monopolverwaltung, des Geldwesens, der deinsorgenden Leistungsverwaltung, der Raumplanung, des Gesundheits- und Kulturwesens und solche erwerbswirtschaftlicher Art. Zu den entsprechenden Institutionen zählen somit etwa die Österreichische Tabakwerke AG, die Austrian Airlines, die Phyrnautobahn AG, die Verbundgesellschaft, kommunale Versorgungsbetriebe, die Nationalbank, die AKPE des Wiener Krankenbaus und viele andere — alle jene Fälle, in denen juristische Personen privaten Rechts vorhanden sind, deren Träger eine Gebietskörperschaft ist. Die Übergänge zwischen der öffentlichen Verwaltung (im materiell-typologischen Sinn) und der privaten Wirtschaft sind jedenfalls, wie Funk betont, absolut fließend geworden, eine „graue Zone“ staatlicher oder parastaatlicher Tätigkeit wie Novak in seinen verfassungsrechtlichen Erörterungen feststellt, tut sich auf. Wann dürfen staatliche Vorhaben aus dem Verwaltungsapparat ausgliedert werden? Wann sind die ausgliederten Betriebe öffentlich oder nicht-öffentlich? Wo ist die Grenze zwischen den nicht-öffentlichen Unternehmen des Staates und den privaten zu ziehen? Neben den sozio-politischen Vorstellungen, denen manche dieser Fragen überlassen bleiben müssen, stellen sich juristische und verwaltungswissenschaftliche, politik- und organisations-soziologische Probleme.

Die Ausgliederungsmotive sind zum Teil durchaus richtig und beruhen häufig auf einem „öffentlich-rechtlichen Rechtsformendefizit“ wie Aicher (S. 206) hervorhebt: Effizienz und Flexibilität sollen gesteigert, dysfunktionale Bindungen des Budgetrechts abgestreift, personalpolitische Beweglichkeit soll sichergestellt werden; aber andererseits leistet die Verselbständigung von

Vorhaben einer Mentalität des Wirtschaftens auf fremde Rechnung und auf fremdes Risiko Vorschub (Funk, S. 30), führt zu einer durch neuerliche Koordinierungsanstrengungen zu kompensierenden Partikularisierung von Vorhaben und zu personellen Diskriminierungseffekten. Zugleich wird es — zu Lasten der Übersicht und Kontrollierbarkeit — häufig dankbar in Kauf genommen, daß es — wie Hengstschläger hervorhebt — zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte, einer Befreiung von budgetären Bindungen und einer Verschiebung der Budgetverhältnisse durch eine Vielzahl von ausgliederten Kassen kommt; dies gibt auch den Anstoß zu Reformvorschlägen für ein neues Haushaltsrecht, das auch in bezug auf Vorbehaltenen, Bürgerschaften, Subventionszusagen und Garantien die Transparenz sichert und einen Rahmen für Ausgliederungsvorhaben sowie einen Überblick über ausgliederte Rechtsträger bietet. Dem Rechtsformmißbrauch, für die Einhebung von Entgelten für die Straßenbenützung, die hoheitlich unzulässig wäre und privatrechtlich praktiziert wird, nur ein Beispiel ist, ist jedenfalls schwer Abhilfe zu schaffen. Die Schaffung neuer gesellschaftsrechtlicher Formen durch den Bund (Sondergesellschaftsrecht) ist einer der juristisch nicht vollkommen geklärten Probleme. Die Instrumente der Kontrolle einander: Während die Reichweite der parlamentarischen Kontrolle und jener des Rechnungshofes weitgehend klargestellt ist, plädiert Korinek etwa — entgegen der herrschenden Lehre — dafür, daß auch die privatrechtlich organisierten Verwaltungskörper der volkswirtschaftlichen Kontrolle unterliegen. Aicher befürchtet sich in seinem umfangreichen Beitrag mit den Folgen aus dem Dilemma zwischen Autonomie und Kontrolle, das er in der Weise umschreibt, „daß einerseits eine weitgehende Selbständigkeit der Führung des ausgliederten Unternehmens unerläßlich ist, wenn die betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Ausgliederungsziele erreicht werden sollen, andererseits aber auch staatliche Einflüsse und Kontrolle unverzichtbar ist, wenn das öffentliche Unternehmen in Erfüllung öffentlicher Aufgaben tätig wird.“ (S. 232) Seine Überlegungen führen zu einer „Einwirkungsspflicht“ des Staates; „Folgt... aus den Grundrechten und anderen Verfassungsnormen, daß eine aktive Teilnahme des Staates am Wirtschaftsverkehr durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sein muß, ergibt sich daraus nicht nur das Verfassungs-

gebot, den Ausgliederungen den jeweiligen öffentlichen Zweck als Unternehmensaufgabe „einzustiften“, sondern auch die Notwendigkeit, daß die zur Beteiligungsbefugnis kompetenten Staatsorgane auf die Tätigkeit des ausgliederten Unternehmens selbst Einfluß nehmen, um ein dem öffentlichen Zweck gerechtes Unternehmensverhalten zu sichern“ (S. 233 f.). Wird dieser Gedanke weiter verfolgt, würde die Möglichkeit des Zwecks, sich durch die Ausgliederung von Staatsaufgaben aus rechtlichen Bindungen zu befreien, stark eingeengt. Folgerichtig befürchtet Aicher anschließend mit der Typologie der einflussichernden Instrumente, mit der ihren Leistungsfähigkeit und rechtlichen Zulässigkeit, z. B. mit Organstellungsbefugnissen, Weisungsbefugnissen und vertraglichen Vereinbarungen, und erörtert die haftungsrechtlichen Probleme verschiedener rechtlicher und faktischer Konstellationen. Mit den steuerrechtlichen Aspekten des Ausgliederungsproblems setzt sich Ruppe auseinander, wobei er feststellen muß, daß eine durchgehend an inhaltlichen Kriterien orientierte, rechtsformindifferente Besteuerung öffentlicher Unternehmen bzw. Berücksichtigung der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dem Gesetzgeber bisher nicht gelungen ist. (S. 177) Winkler behandelt gewerbe- und kammerrechtliche Aspekte des Ausgliederungsproblems setzt sich mit strafrechtlichen Problemen, für die die Öffentlichkeit gerade angesichts der jüngsten Korruptionsfälle dieses Bereichs besonders sensibilisiert ist. Überlegungen zu den für die in Frage kommenden Sparten der Wirtschaftskriminalität besonders wichtigen Kategorien Betrug, Bestechung und Befugnismißbrauch veranlassen ihn, Vorschläge zur Konstruktion neuer Tatbestände und Sanktionen sowie zur Organisation und Durchführung der Strafverfolgung zu machen. Die umfassenden Analysen dieses Problems, das zweifelsohne an Bedeutung gewinnen wird, machen deutlich, in welchem Gebiet der Rechtsunsicherheit sich die privatwirtschaftlichen Betätigungen des Staates vollziehen; daß sich aus dem Nachhaken rechtlicher Entwicklungen hinter den raschen Wandlungen der sozialen Realität allerdings häufig Lücken der rechtlichen Absicherung, Einbindung und Formung des sozialen Wandels ergeben, ist nichts Neues. Die rechtsreformerische Notwendigkeit allerdings wird dann deutlich bewußt, wenn — wie in diesem Fall — grundsätzliche Fragen des demokratischen Rechtsstaates ins Spiel kommen.

M. P.



MONATSHEFTE

DISKUSSION

HEFTE

Die politische Diskussion pflegen: das ist Auftrag und Ziel der „Österreichischen Monatshefte“.

In Österreich, zumal in der Politik, leiden wir in fast allen Bereichen darunter, daß die Alltagsthemen und damit das kurzfristige Handeln und Entscheiden im Vordergrund stehen. Man lebt zu sehr von der Hand in den Mund. Eben diesen Umstand wollen die „Monatshefte“ beseitigen helfen.

Die „Monatshefte“, die von der Bundesparteiorganisation der Österreichischen Volkspartei herausgegeben werden, richten an alle politisch engagierten Mitbürger die Einladung, zur Feder zu greifen und an einer Diskussion mit Niveau mitzuwirken. Dabei ist die grundsätzliche Linie eine dem Salzburger Programm der ÖVP verbundene, was aber nicht bedeutet, daß in allen Fragen des Hier und Heute Standpunkte der ÖVP oder des Abgeordneten X restlos geteilt werden müssen. Auch konstruktiv gemeinter Widerspruch tut das und dort not.

Die Spannweite der Themen in den mindestens achtmal im Jahr

erscheinenden „Monatsheften“ reicht von der Innen- und Gesellschaftspolitik über Weltpolitik bis hin zu Rezensionen aktueller Bücher. Auch in der Auswahl der Themen, wie in der Zusammensetzung der Autoren, sollen Offenheit und Toleranz einer über traditionelle Parteigrenzen hinausblickenden Volkspartei zum Ausdruck kommen.

Dem Beirat für Grundsatzfragen gehören prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft an: Arno Anzenbacher, Harald Baloch, Eva Basetti, Hans Benedikt (Südtirol), Ernst Bruckmüller, Walfried Dettling (Bonn), Irene Dyk, Wendelin Etmayer, Hans-Peter Fagagnini (Schweiz), Gerhard Feltl, Erhard Fürst, Johannes Hawlik, Gottfried Heindl, Andreas Khol, Hans Klingler, Richard Kruspe, Helmut Kukacka, Wolfgang Mantl, Heinz Peter, Karl Pisa, Fritz Plasser, Sigrid Pöllinger, Theodor Quendler, Klaus Raidl, Bernd Raschauer, Bernd Schilcher, Ulrich Schmotzer, Heinz Jürgen Stigl, Ernst Streeruwitz, Herbert Vytiska, Klaus Zapotocky.

Namens der Redaktion lade ich Sie herzlich ein, vom Bestellschein auf dieser Seite Gebrauch zu machen!

Alfred Grinschl



Bestellschein

(zu senden an: Bundesparteileitung der ÖVP, Redaktion „Monatshefte“, Körntner Straße 51, 1010 Wien)

Ich abonniere ab sofort die „Österreichischen Monatshefte“ zum Jahrestarif von 200 Schilling.

Name:

Anschrift:

Datum:

Unterschrift:

orizont

DIE KRITISCHE JUGENDZEITSCHRIFT



60



All you need is love und Wohnungen.

„Die ÖVP will dem jungen Menschen eine Atmosphäre der Freiheit und des Anreizes bieten, die es ihm ermöglicht, Neues zu schaffen, aufzunehmen und zu verwirklichen“ (Salzburger Programm).

Diese Atmosphäre der Freiheit nützend, geben schon seit mehr als 15 Jahren junge Leute in einer Auflage von 15.000 Stück die Mitgliederzeitung der Jungen ÖVP Steiermark, den ORIZONT, heraus.

Dem derzeitigen ORIZONT-Team gehören neben 6 parteiungebundenen Mitarbeitern 5 Mitglieder der Jungen ÖVP im Alter von 18 bis 25 Jahren an. Das Redaktionsteam des Orizont versucht aus der 4mal jährlich erscheinenden Zeitung mehr als ein Sprachrohr der Jungen ÖVP zu machen. Es möchte über die Parteigrenzen hinweg den politischen Alltag, Zukunftsfragen, Kultur und gesellschaftliche Entwicklungen kritisch beleuchten. Fragen von gesellschaftlichen Randgruppen werden genauso behandelt wie innerparteiliche Auseinandersetzungen.

Die jüngste Nummer des ORIZONT setzt sich zum Beispiel mit den wachsenden Einkommensungleichheiten in Österreich, mit den unmenschlichen Zuständen im Landesonderkrankenhaus Graz sowie mit sündteuren, von der SPÖ propagierten Mietwohnungen auseinander. Freixemplare des ORIZONT können unter der Redaktionsadresse 8010 Graz, Abraham-a-Santa-Clara-Gasse 4/1, bestellt werden.

trofaiacher kreis...



Vorbild war zunächst der ‚Reintaler Kreis‘; vorgegeben war damals in der Innenpolitik die mühsam und schleppend geführte Grundsatzdebatte oder Ideologiediskussion.

1977 war es, als es allerorten hieß: „Die Volkspartei muß verlorenes Terrain zurückerobern und sich verstärkt mit Grundsatzfragen auseinandersetzen!“

Einfache Milchmädchenrechnung vieler (in der Volkspartei): Ideologie ist gleich Theorie, ist weiter gleich Sache akademisch-elitärer Stadtzirkel. Unterm Strich das Ergebnis dieser Rechnung: Alle Theorie ist grau. Nix für uns.

Doch etwas für uns! Für den TROFAIACHER KREIS, dessen Initiatoren, allen voran Peter Bermann und Otto Niedermayr, sich zum Ziel setzten, graue (politische) Theorie zu ‚übersetzen‘; zu sagen, daß es im politischen Metier kaum ein entscheidendere Frage als die nach den Zielvorstellungen für die Gesellschaft gibt.

Der TROFAIACHER KREIS geht von einem **offenen** Politikbegriff aus. Nicht, weil’s grad modern ist, sondern aus Überzeugung, weil die Demokratie von der wert- und sachbezogenen sowie **toleranten** Diskussion lebt.

So war es trotz fundierter Wertvorstellungen oberstes Gebot, wegzukommen von den an allzu enge Grenzen stoßenden Veranstaltungsrahmen und hinzufinden zu einem grundsätzlich diskutierenden Forum.

Entwickeln wir ein „Sensorium für subkutane Vorgänge“ forderte Gerfried Sperl in der ersten Ausgabe des ‚politicum‘!

In bescheidenem Maße will der TROFAIACHER KREIS solch ein „Sensorium“ mitentwickeln helfen. Gerade auch deshalb, weil die Schere zwischen der Komplexität der gesellschaftlichen — und damit verzahnten politischen — Entwicklung einerseits und der mangelnden Information sowie dem Vorhandensein vereinfachender Denkschemata erschreckend weit geöffnet ist.

Der TROFAIACHER KREIS will einen Dialog auf allen Ebenen führen. Einen Dialog, in dem eine wertgebundene Differenzierung der parteilich Gebundenen und eine Mitgestaltungschance sowie eine Identifikationsmöglichkeit der politisch Nicht-Gebundenen diskutiert und in die Praxis umgesetzt werden soll.

Das ist in einem Modell möglich, wo Lösungen nicht nur entwickelt, sondern auch begründet werden.

Das ist ferner in einem Modell möglich, wo in einem überschaubaren Rahmen und in zwangloser Atmosphäre **miteinander** geredet wird.

Daß die Verwirklichung solch einer ‚Modellart‘ innerhalb der Volkspartei möglich ist, zeigt, daß dem geradezu provokanten Mangel an Diskussionsfreudigkeit innerhalb dieser Partei weitgehend eine vernünftige Einsicht gewichen ist.